

DIE WEITWOCHE



Hilfe, meine Oma ist schwanger

Kinder für alle: Wo sind die Grenzen?
Von Philipp Gut und Alex Reichmuth

Gemütliche Nationalbank

Fürstliche Bedingungen für Kaderleute und offene Fragen
nach der Affäre Hildebrand. *Von Urs Paul Engeler und Pierre Heumann*

Knüsels Kulturkeule

Der Pro-Helvetia-Direktor rechnet mit den Subventionen ab. *Von Rico Bandle*



Bis Trainer Paul Berlinger sicher war, dass Bernhard Russi mit den besten Chancen in die WM-Abfahrt 1970 in Gröden starten konnte, wollte er nicht ruhen. (Gröden, 2011)



Steht Ihre Bank ebenso *entschlossen* hinter Ihnen wie Paul Berlinger hinter der Schweizer Skilegende Bernhard Russi?

Als Abfahrtstrainer überliess Paul Berlinger nichts dem Zufall.

Zudem passte er sich schnell und mit grossem Geschick den jeweiligen Umständen an und nutzte seine Chancen.

Wie bei seiner genialen Idee, in letzter Sekunde den Wachs von Bernhards Skiern zu entfernen.

Eine goldrichtige Entscheidung.

Wir sind überzeugt, dass Sie diese Mischung aus Erfahrung, Genauigkeit und Geschick auch von Ihrem Berater erwarten können.

Und bis Sie Ihre finanziellen Chancen ergreifen können, dürfen Sie sich auf eines verlassen:

150
Jahre

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/wirwerdennichtruhen

Intern

Mutter mit 66 – das ist keine skurrile Science-Fiction-Fantasie, sondern Realität in der kleinen Prättigauer Gemeinde Grüşch GR. Eine pensionierte Pfarrerin hat kürzlich im Kantonsspital Chur per Kaiserschnitt Zwillinge geboren, schätzungsweise rund zwei Jahrzehnte nach dem Ende ihrer Fruchtbarkeit. Den offenbar sehr dringenden Kinderwunsch der Seniorin erfüllten Ärzte in der Ukraine – mittels der in der Schweiz verbotenen Eizellenspende. Ein Vater ist nicht vorhanden. Die Kinder werden eine sogenannte gesplante Mutterschaft erleben: Ihre biologische und ihre soziale Mutter ist nicht dieselbe. Der



Mutter mit 66: Sonntagsblick-Titelseite.

Fall wirft ein Schlaglicht auf einen Trend. Es gibt in der Schweiz immer mehr alte Eltern, die Zahl künstlicher Befruchtungen hat sich in wenigen Jahren verdoppelt. Was bedeutet das für die Kinder? Braucht es Alterslimiten für Schwangerschaften? Wo liegen die Grenzen? Philipp Gut und Alex Reichmuth gehen diesen Fragen in unserer Titelgeschichte nach, zusammen mit fünf ausgewiesenen Spezialisten: einem Fortpflanzungsmediziner, einem Philosophen, einer Bioethikerin, einem Kirchenmann und einem Psychologen. Seite 24

Der Ärger ist gross in den Bergkantonen, weil eine Mehrheit von Unterländern der Initiative gegen den Zweitwohnungsbau zum Erfolg verholfen hat. Aber nicht überall dominierte der Groll, wie Andreas Kunz herausfand. Er besuchte den legendären Hotelier Art Furrer auf der Riederalp im Wallis und erlebte einen Unternehmer, der genug hat vom «uferlosen»

Bauwahn in den Alpen – obwohl er selber davon profitieren würde. Währenddessen passte Florian Schwab den Abstimmungsgewinner Franz Weber auf der A1 zwischen Zürich und Bern ab, um ihm einen Tag nach seinem erstaunlichen Sieg den Puls zu fühlen. Es war vereinbart, dass Webers Chauffeur den wartenden *Weltwoche*-Redaktor auf einem Autobahnparkplatz bei der Verzweigung Birrfeld



Gegen Zweitwohnungen: Hotelier Furrer.



Rasanter Umweltschützer: Initiant Weber.

AG auflesen würde, um die kostbare Zeit zwischen einer TV-Aufzeichnung im Leutschenbach und einem weiteren Auftritt in Bern zu nutzen. Zunächst fuhr das Auto mit Weber am bereitstehenden Schwab vorbei. Der rasante Umweltschützer wartete nach einigen Kilometern. Zum Glück, das Gespräch auf der Weiterfahrt zeigte neue Perspektiven auf das «Gesamtkunstwerk» Franz Weber. Seite 28

Die Kulturbranche zeichnet sich durch dieselbe Eigenschaft aus wie alle hochsubventionierten Bereiche: Oberstes Ziel vieler Exponenten ist nicht die Produktion von Theater, Musik oder Literatur, sondern die Besitzstandswahrung. Innovation und die Interessen des Publikums werden ignoriert. Die *Weltwoche* prangerte dies schon mehrfach an – und wurde dafür immer wieder gescholten. Jetzt bestätigt Pro-Helvetia-Direktor Pius Knüsel, der bekannteste Kulturförderer des Landes, in einem Buch einen Grossteil jener Befunde – und fordert die Schliessung der Hälfte aller Theater und Museen. Da sich Knüsel Anfang Woche als Mitglied des Board der International Federation of Arts Councils and Culture Agencies (IFACCA) gerade in Hongkong befand, führte Rico Bandle ein Gespräch mit ihm per Internet-Chat. Seite 62
Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 218.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (Leitung Inland)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (Leitung Kultur), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehriger,

Pierre Heumann, Kari Kälin,

Peter Keller, Andreas Kunz,

Christoph Landolt, Daniela Niederberger,

Alex Reichmuth, Beatrice Schlag (Los Angeles),

Florian Schwab, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Peter Holenstein,

Hansrudolf Kamer, Wolfram Knorr,

René Lüchinger, Dirk Maxeiner,

Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller,

Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,

Kurt Pelda, Pia Reinacher,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (New York),

Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (Leitung),

Verena Tempelmann, Patrick Kull (Assistent)

Layout: Tobias Schär (Leitung),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (Leitung), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (Leitung),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Geschäftsführer: Sandro Rügger

Marketing: Guido Bertuzzi (Leitung)

Anzeigenverkauf: Jean-Claude Plüss (Leitung),

Christine Lesnik (Leitung Stilausgaben),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (Leitung)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Stailamedia

Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50,

info@stailamedia.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Paperboy: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/paperboy



NEW SWIFT SPORT: FAHRSPASS PUR FÜR



Suzuki
Hit-
Leasing

**New Swift Sport
bereits für Fr. 8.90 / Tag***

**7 Airbags
(inkl.
Knieairbag
Fahrer)**

**ESP
serlen-
mässig**

**6-Gang
Sport-
getriebe**

**136 PS,
160 Nm,
8.2 kg/PS**

**17"-
Sport-
Alufelgen**

**Euro NCAP
★★★★
★★**

Die Sportpremiere des Jahres

Der New Swift Sport ist so kompakt, leicht und dynamisch, dass er mit seinem Leistungsgewicht von 8.2 kg/PS maximalen Fahrspass vermittelt. Und sein sportlicher Preis von nur Fr. 23 990.- inkl. Komplett-Ausstattung begeistert.

www.swift-sport.ch

Komplette Sport-Ausstattung

Sportkit (Sportfahrwerk, Dachspoiler, 4 Scheibenbremsen, Sportsitze), 17"-Sport-Alufelgen, Doppel-Auspuffendrohre, manuelles 6-Gang-Getriebe, 7 Airbags (inkl. Knieairbag Fahrer), ESP, ABS mit elektronischer Bremskraftverteilung, Seitenaufprallschutz, 195/45 R17 Sportreifen, Bi-Xenon-Scheinwerfer, Nebelscheinwerfer, Klimautomatik, Zentralverriegelung mit Fernbedienung Keyless Entry/Start, Engine-Start-Stopp-Knopf, Radio/CD/MP3 mit USB-Anschluss und 6 Lautsprechern, elektrische Fensterheber vorne, Sitzheizung vorne, Tagesfahrlicht, Lederlenkrad mit Bedientasten für Audiosystem und Tempomat, Parksensoren hinten, Metallclackierung.

Fr. 23 990.-



Dynamisches, sportliches Cockpit



Sportsitze inklusive



Sportliches, manuelles 6-Gang-Getriebe



Sportfahrwerk und Sport-Auspuffanlage



Mehr Informationen
zum New Swift Sport:
Scannen Sie den
QR-Code mit Ihrem
Smartphone ein!

Suzuki fahren, Treibstoff sparen. New Swift 1.6 Sport, 3-türig, Fr. 23 990.-, Treibstoff-Normverbrauch gesamt: 6.4l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO₂-Emission gesamt: 147g/km; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 159g/km.



*Leasingkonditionen: New Swift 1.6 Sport, 3-türig, Fr. 23 990.-, Sonderzahlung 15% vom Nettokaufpreis, monatliche Leasinggebühr Fr. 267.45, Laufzeit 48 Monate, 10 000km/Jahr, Kautions: 5% vom Nettokaufpreis, mind. Fr. 1 000.-, effektiver Jahreszins 4.59%. Vollkaskoversicherung obligatorisch. Eine Leasingvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt.

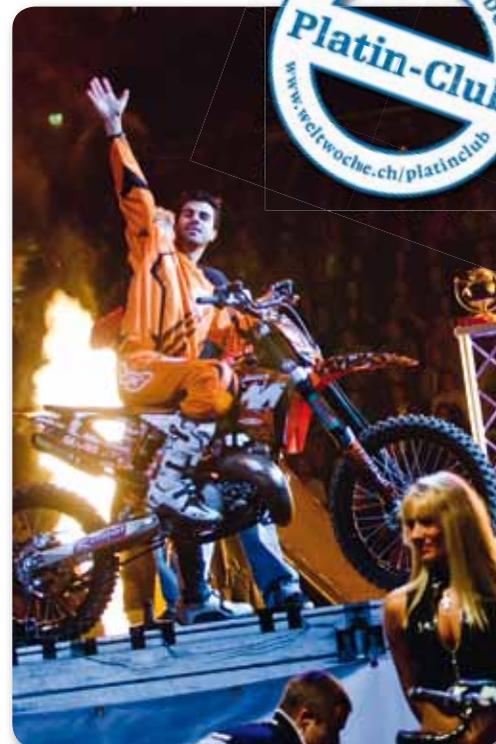
Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlungen, inkl. MwSt.

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch



Night of the Jumps

Die Luft brennt, der Atem stockt. Die weltbesten Motocross-Freestyler präsentieren Motorrad-Akrobatik auf höchstem Niveau. Die härteste Freestyle-WM aller Zeiten am 13./14. April 2012 in Basel.

Am 13./14. April 2012 erlebt die Schweiz den besten und härtesten Freestyle-Motocross-Sport aller Zeiten. Zum sechsten Mal fliegen die weltbesten FMX-Athleten zur «Night of the Jumps»/FIM Freestyle MX World Championship in der St. Jakobs-Halle Basel ein, um im Kampf um Medaillen und Preisgelder mehr als Kopf und Kragen zu riskieren. Mit absoluter Sicherheit wird es massig Trickpremierer hageln.

Aber das ist nur ein Teil der sensationellsten «Night of the Jumps» aller Zeiten. Natürlich liefern sich die FMX-Sportler aus nahezu allen Kontinenten wieder den ultimativen Kampf um die wichtigen WM-Punkte im Freestyle-Wettbewerb. Gegenseitig werden sie sich mit ihren schwierigsten Tricks und Backflips befuehnen.

Das Fahrerfeld wird angeführt von den Superstars der Freestyle-Motocross-Szene um Josh Sheehan (AUS), Libor Podmol (CZE), Brice Izzo (FRA) und Jose Miralles (ESP). Gegen diese Topstars werden die Schweizer Wild-Card-Fahrer und womöglich auch Mat Rebeaud um den Einzug ins Finale kämpfen. Zwölf Sportler aus unterschiedlichsten Teilen der Welt kämpfen beim Freestyle, Race and Style-Contest und Highest Air um den Sieg. Eine Menge Zündstoff wird in allen Wettbewerben der «Night of the Jumps» abgefeuert, der die Zuschauer von ihren Sitzen katapultiert. Wer sich diese Motorrad-Trickschlacht entgehen lässt, ist selber schuld.

Weltwoche-Spezialangebot

NIGHT OF THE JUMPS

Öffnungszeiten

Freitag, 13. April 2012:
Einlass 18 Uhr, Beginn: 20 Uhr
Samstag, 14. April 2012:
Einlass 17 Uhr, Beginn: 19 Uhr

Tickets

Kategorien	Normalpreis	Preis Platin-Club Wewo (entspricht 15% Rabatt)
VIP	299.–	254.–
1. Kat.	93.–	79.–
2. Kat.	81.–	69.–
3. Kat.	72.–	61.–
4. Kat.	53.–	45.–
5. Kat.	43.–	37.–

Veranstaltungsort

St. Jakob-Halle Basel

Bestellung

Rabattierte Tickets erhalten Sie bei www.startickets.ch. Bitte geben Sie bei Ihrer Bestellung den Promotion-Code «wsBasel2012» an.

Veranstalter

Feel IT, Production GmbH, Bern

Tyrannie

Wenn die Mehrheit die Minderheit terrorisiert: Warum Parteifinzen geheim bleiben müssen. *Von Roger Köppel*

Seit einigen Wochen bemühen sich die grossen Schweizer Medienhäuser, allen voran die *Neue Zürcher Zeitung*, die geheimen Finanzierungsquellen der SVP zwanghaft offenzulegen. Entdeckt wurden bisher eine Stiftung und ein Anwalt, der von anonymen Spendern Geldbeträge zuhanden der Volkspartei entgegennahm. Die Spender blieben geheim. Weil es sich angeblich um stattliche Bareinzahlungen handelte, wurde die branchenübliche Entrüstungsmaschinerie in Gang geworfen. Die NZZ stellte die Frage nach der Legalität der Summen. Die Absicht hinter den Nachforschungen wird erkennbar: Die Zeitungen wollen die Geldgeber outen und damit der Kritik all jener ausliefern, die es skandalös finden, dass jemand die SVP finanziell unterstützt. Weil eine Mehrheit der Wähler gegen die SVP ist, würde eine Offenlegung die Spender erheblichem sozialem und wirtschaftlichem Druck aussetzen, mit dem Ziel, sie und alle andern möglichen Geldgeber abzuschrecken. Es ist bezeichnend, dass die Zeitungen ihre Recherchen ausschliesslich auf die Finanzen der Volkspartei beschränken, jener Partei, die nicht im Mainstream mitschwimmt.

Zunächst: Nichts, was nach heutigem Wissensstand die SVP-Spenden betrifft, ist illegal. Parteispenden müssen in der Schweiz nicht öffentlich gemacht werden. Und Bargeld ist ein gesetzlich anerkanntes Zahlungsmittel. Es ist nicht verboten, einer Partei auch grössere Beträge cash zu übergeben. Dazu schrieb der emeritierte Zürcher Finanzprofessor Hans Geiger kürzlich einen aufschlussreichen Blog-Eintrag. Er zitierte das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel vom 22. Dezember 1999, in dem unzweideutig festgehalten wird: «Als gesetzliche Zahlungsmittel gelten: a) die vom Bund ausgegebenen Münzen; b) die von der Schweizerischen Nationalbank ausgegebenen Banknoten [...]. Schweizerische Banknoten müssen von jeder Person unbeschränkt an Zahlung genommen werden.»

Der vorausseilenden Verurteilung von Bargeldzahlungen als illegal entgegnet Geiger zu Recht: «Wie verdreht ist unser Denken, wenn wir die Verwendung des einzigen gesetzlichen Zahlungsmittels als legal fraglich erachten? Haben wir uns schon so daran gewöhnt, dass Zahlungen offensichtlich primär der Überwachung der Untertanen durch den Staat die-



Geheimhaltung ist Minderheitenschutz.

nen, was mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel (Bargeld) nicht möglich ist?» Geiger trifft einen Punkt, aber das Problem reicht tiefer: Es geht nicht nur um staatliche Überwachung und Transparenz, es geht um den Kampf der Mehrheit gegen die Minderheit.

Wir reden hier nicht von Verschwörungstheorien, sondern von bedrohlichen Entwicklungen innerhalb von Demokratien. Was sich bei der SVP abspielt, hat sich in der Schweiz schon früher bei den linken Parteien vollzogen. In den sechziger und siebziger Jahren war es in der von einer klaren bürgerlichen Mehrheit dominierten Schweiz ein Nachteil, links zu sein. «Moskau einfach» lautete der Schlachtruf gegen jene, die sich dem damaligen Konsens entgegenstellten. Die Forderung linker Philosophen nach einem «herrschaftsfreien Diskurs» (Jürgen Habermas) war der Hoffnung geschuldet, die eigene, vom herrschenden rechten Milieu abweichende Meinung zu äussern, ohne dafür gesellschaftliche oder berufliche Nachteile zu erleiden. Denn genau dies war lange Zeit der Fall: Wer links war, wurde abgestraft, bei der Stellenwahl diskriminiert, öffentlich angefeindet, ausgegrenzt. Gegen den marxistischen Kunsthistoriker Konrad Farnet entfesselte die NZZ seinerzeit eine «böse Kampagne», wie es der *Spiegel* ausdrückte. Farnets Kinder wurden in der Folge mit Steinen beworfen, Ladenbesitzer verkauften dem Kommunisten keine Lebensmittel mehr. Der als Gesinnungsverbrecher

Verunglimpfte wurde brotlos, musste bei Freunden betteln, sogar sein Zahnarzt verweigerte die Behandlung. Die Mehrheit terrorisierte die Minderheit.

Aus «Moskau einfach» wurde «Herrliberg einfach». Der Zorn der staatstragenden Rechten auf die unbotmässigen Linken wurde zum Zorn der staatstragenden Linken auf die unbotmässigen Rechten. Parteimitglieder, Sympathisanten und Spender sollen eingeschüchert, am besten verscheucht werden. Was hier abläuft, haben kluge Denker schon im 19. Jahrhundert als Schwachstelle der Demokratie gedeutet. Der britische Freiheitsphilosoph John Stuart Mill argumentierte in seinem Klassiker «On Liberty» (1859) gegen den sozialen Druck innerhalb demokratischer Gesellschaften, sich den herrschenden religiösen und politischen Konventionen zu unterwerfen. «Die Gesellschaft praktiziert eine soziale Tyrannie», schrieb Mill, «die gefährlicher ist als viele Arten der politischen Unterdrückung, denn sie lässt weniger Fluchtmöglichkeiten zu und dringt viel tiefer ein in die Details des Lebens, weil sie am Ende die Seele versklavt.» Mill warnte vor der Tendenz der Mehrheit, «ihre eigenen Ideen und Praktiken als Lebensregeln denen aufzuerlegen, die eine abweichende Meinung haben [...]». Mills Zeitgenosse Alexis de Tocqueville sprach von «Mehrheitsdespotismus»: Wer sich dem herrschenden Konsens entziehe, erkannte der geniale Diagnostiker, werde verlassen, isoliert, gemieden wie «ein Aussätziger», verdammt zu einem Leben «schlimmer als der Tod».

Man braucht der Dramatik der Philosophen nicht zu folgen, aber die Symptome zeigen die Gefahr. Der Versuch, die SVP anhand ihrer anonymen Spenden zu kriminalisieren, zielt darauf ab, die Minderheit zu schwächen, um sie der Mehrheit anzugleichen. Die Unterwerfung der Minderheit gefällt der Mehrheit, aber sie zerstört die Grundlagen der Demokratie. Demokratien leben von Vielfalt, von Auswahl und Freiheit, vom Streit der Meinungen und von der Unterschiedlichkeit der Positionen. Je grösser die Vielfalt, desto besser ist die Qualität der demokratischen Entscheidungen. Die von der Mehrheit erzwungene Gleichheit wäre das Ende des Schweizer Erfolgsmodells.

Man muss die medialen und gouvernementalen Angriffe auf die SVP-Finzen daher als das durchschauen, was sie sind: als Ausdruck der Herrschsucht der Mehrheit, als Vorboten jenes «Mehrheitsdespotismus», der für die Demokratie eine akute Gefahr bedeutet. Dass in der Schweiz geheim gewählt, geheim abgestimmt und geheim gespendet wird, schützt wie der Föderalismus und die direkte Demokratie die Minderheit vor Übergriffen durch die Mehrheit. Das ärgert die Mehrheit, aber es sichert die Freiheit.



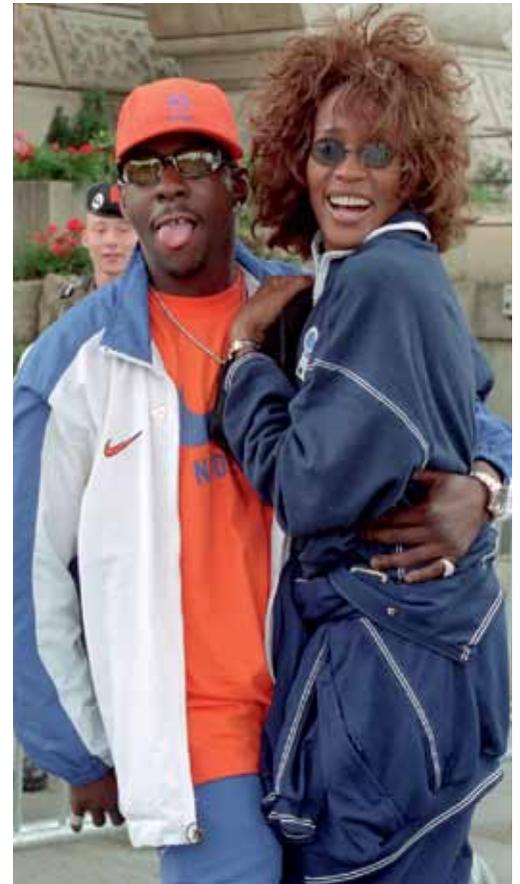
Stumme Zeugen: Schweizergarde. Seite 38



Späte Mutter: Carmela Bousada, 67. Seite 24



Unkontrolliert: SNB-Pressekonferenz. Seite 16



Bad Boy: Brown, Houston. Seite 48

Kommentare & Analysen

7 Editorial

12 Im Auge Jimi Hendrix, Gitarrenprophet

12 Kommentar Ausstieg ins Nichts

14 Finanzpolitik Kehrtwende

14 Gemeinden Vals trennt sich vom Star-Architekten

15 Personenkontrolle Zuppiger, Pfister, Berset, Jordan etc.

15 Nachruf Timo Konietzka, Fussballer

16 **Gemütliche Nationalbank**

Die Währungshüter agieren wie im Selbstbedienungsladen

18 Die Deutschen Demokratiepreis für die Türkei

18 Wirtschaft Politische Korrektheit bedroht die Wissenschaft

19 Ausland Bruderkrieg um Syrien

20 Mörgeli Drohbotschaft statt Frohbotschaft

20 Bodenmann Gesucht: Die Bäumle-CD

21 Medien Gedruckte Gewaltentrennung

21 Kostenkontrolle 22,9 Millionen Franken dank Bussen

22 Leserbriefe/ Darf man das?

Hintergrund

24 **Hilfe, meine Oma ist schwanger**

Moderne Fortpflanzungsmedizin: Wo sind die Grenzen?

26 Medizin Kinder aus dem Reagenzglas

28 Zweitwohnungs-Initiative Franz Weber nach dem Sieg

29 Wallis Hotelier Art Furrer, Befürworter der Initiative

30 Politik Leere Versprechungen der Grünliberalen

31 Essay Schweizer Regierungswahlen sind unbefriedigend

32 **Jeder sein eigener Atomexperte**

Politisch gefärbtes Urteil um das Kernkraftwerk Mühleberg

34 Schule Anti-AKW-Propaganda von der Energie-Stiftung

35 Emanzipation Markus Theunert, Männerbeauftragter

36 **Lieferstopp bei Krebsmedikamenten**

Engpässe nach Schliessung einer Pharmafirma

38 **«An die geliebten Söhne Eidgenossen»**

Die «Gründungsdokumente» der Schweizergarde

41 Griechenland Mythen der Euro-Krise

42 **Schneider-Amanns Monster**

Kritik an den Änderungen des Kartellrechts

44 **3000 Dollar für Verhütungsmittel**

Staatsaffäre um die Studentin Sandra Fluke in den USA

46 Israel Wie gross ist die Bedrohung wirklich?

47 Syrien Asma al-Assad, die missverstandene Diktatorengattin

48 **Männer mit Unterhaltungswert**

Warum selbst berühmte Frauen auf Bad Boys hereinfliegen

50 **«Ich manipeliere die Leute»**

Gedankenleser Thorsten Havener verrät sein Geheimnis

52 Schlachten-Serie Die Appenzellerkriege (1401–1429)



«Ein starker Partner, der auch bei
KMUs verlässlich mit anpackt.»

Truls Toggenburger, Toggenburger Unternehmungen

Besuchen Sie uns auf www.zkb.ch/firmen

Für Truls Toggenburger, Geschäftsführer, überzeugt die Zürcher Kantonalbank mit ihren Leistungen. Eine konstante Beziehung und die lokale Verwurzelung bilden das Fundament dieser erfolgreichen Partnerschaft.

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank



«Kultur ist nahezu heilig»: Pro-Helvetia-Direktor Knüsel. Seite 62

Interview

62 «Der Staat traut dem Bürger kein eigenes Urteil zu»

Der Direktor der Kulturstiftung Pro Helvetia, Pius Knüsel, übt heftige Kritik an der Subventionskultur. Die Kultur habe mehr Markt und weniger Staat nötig

Stil & Kultur

56 **Stil & Kultur** Romy Schneider, Schauspielerin

58 **Bestseller**

58 **Bezahlt fürs Stillschweigen**

Die legendäre Operndiva Natalie Dessay will Schauspielerin werden

60 **Hauptsache gegen Israel**

Viele Politiker und Bürger in Europa nehmen eine Vernichtung Israels in Kauf

64 **Literatur** Horror-Meister Stephen King macht Kennedys Tod rückgängig

65 **Humor** Das neue Programm des Kabarettisten SimonENZler

65 **Jazz** Christoph Irniger

66 **Top 10**

66 **Kino** «Poupoupidou»

67 **Fernseh-Kritik** «Virus»

68 **Namen** Familiensache

69 **MvH** Mein später Blüher

69 **Gesellschaft** Sarah! Sarah?

70 **Fernsehen** Das neue deutsche TV-Fräuleinwunder ist blond

71 **Die Besten** Verschärftes Schweizer Ticken

72 **Wein** Le Grand Stockalper Humagne rouge 2010

72 **Thiel** Mein Hund ist Fisch

73 **Auto** Jaguar XF 2.2 Liter Diesel

74 **Hochzeit** Jose Weber, jüdischer Heiratsvermittler

Autoren in dieser Ausgabe

Melanie Mühl



In ihrem Porträt zeigt Melanie Mühl das wahre Gesicht der als «Diana des Nahen Ostens» bezeichneten syrischen Diktatorengattin Asma al-Assad (Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv) Seite 47

Martin van Creveld



Er gilt als einer der weltweit führenden Militärgeschichtler und hat an die zwanzig Bücher verfasst. In seinem Beitrag für die *Weltwoche* bewertet Martin van Creveld die Gefahr, der Israel durch die Raketenangriffe aus dem Gazastreifen und die atomaren Ambitionen des Iran ausgesetzt ist. Seite 46

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH

Hollywood

Erlebe eine riesige
HD-Auswahl.



Ocean's Eleven
Im Frühling auf TNT Film HD

Neu!
Sunrise TV



Ganz grosses Kino: Sunrise TV bietet dir im Basispaket 29 Sender in brillanter **HD-Qualität**. Acht dieser Sender sind bei anderen Anbietern kostenpflichtig und nur bei Sunrise gratis enthalten.

sunrise.ch/TV

Alles für deinen Tag. **Sunrise**

Ausstieg in die Sackgasse

Von Alex Baur — Das drohende Ende des Kernkraftwerks Mühleberg stürzt die Ausstiegsbefürworter in ein Dilemma. Sie müssten nun Farbe bekennen – und bekommen prompt kalte Füsse.



Stimmung erfasst: BDP-Präsident Grunder.

Vor gut einem Jahr weibelte BDP-Chef Hans Grunder im Pro-Komitee für den Neubau des AKW Mühleberg. Mit Erfolg, der Berner Souverän nahm die Vorlage an. Wenige Wochen später, nach dem GAU von Fukushima, trimmte Grunder die BDP auf den Atomausstieg. Mit Erfolg, die Bonsai-Partei spielte das Zünglein an der Waage und durfte dafür den Sitz im Bundesrat behalten. Und jetzt, wo das Bundesverwaltungsgericht das Ende von Mühleberg in Aussicht stellt, ruft derselbe Hans Grunder: «Skandal!» Ausstieg ja, aber bitte nicht jetzt und auch noch nicht morgen.

Der Politfuchs aus dem Emmental dürfte die Stimmung einmal mehr präzise erfasst haben. Der Mühleberg-Entscheid, exakt auf den Jahrestag von Fukushima terminiert, sollte, so würde man meinen, den Atomgegnern Aufwind verschaffen. Bewirkt hat er jedoch das Gegenteil. Der Atomausstieg ist nun nicht mehr eine süsse Vision, die unsere Nachfahren dereinst in ferner Zukunft vielleicht bewältigen werden (oder auch nicht). Mit einem Schlag wird bewusst, was es bedeutet, wenn jene 40 Prozent (im Winter über 50 Prozent) des Stroms wegfallen, welche die Kernkraftwerke bislang sicher, sauber und günstig lieferten.

Allmählich erwacht die Wirtschaft aus ihrer Schockstarre. schon die Ankündigung des Atomausstiegs führte im letzten Jahr bei den

Schweizer Stromkonzernen zu Wertverlusten in zweistelliger Milliardenhöhe, wie die NZZ vorrechnete. Gerold Bühler (Economiesuisse) warnte vor einer gigantischen Vernichtung von Volksvermögen und vor Versorgungsengpässen. Selbst Atomgegner wie Eric Nussbaumer und Roger Nordmann wollen den AKW nun grosszügig eine Laufzeit von fünfzig Jahren zubilligen. Ansonsten sei zu befürchten, erklärten die SP-Politiker der *Sonntagszeitung*, dass die Ausstiegsallianz auseinanderbreche.

Nicht erst seit einem Jahr, sondern seit Jahrzehnten werden Alternativenergien und Sparmassnahmen gefordert und auch massiv gefördert. Das Resultat ist kaum messbar. In Deutschland, wo der Bau von Solar- und Windanlagen seit über zehn Jahren mit gigantischen Subventionsprogrammen forciert wurde, ist eine grosse Ernüchterung im Gang. Sogar der *Spiegel*, die publizistische Speerspitze der deutschen Energiewende, warnt neuerdings vor drohenden Blackouts, explodierenden Stromkosten und verheerenden wirtschaftlichen Langzeitschäden des Atomausstiegs. Die Gas- und Kohlekraftwerke, die nun aus dem deutschen Boden gestampft werden, gelten nicht als besonders umweltfreundlich. Und allmählich nimmt man auch in Mitteleuropa zur Kenntnis, dass aufstrebende Industrienationen wie China, Indien und Russland, aber auch etwa die USA unverdrossen neue Atomkraftwerke bauen.

In den Chefetagen der Stromkonzerne hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die unberechenbaren und unergiebigsten Energieträger Sonne, Wind und Biogas in diesem Land keine gangbare Alternative bieten. Die Investitionen im Öko-Business dienen allein der Imagepflege. Den Bau von neuen Kernkraftwerken haben die Produzenten als politisch nicht umsetzbar abgehakt. Für den Import im grossen Stil reichen die Netzkapazitäten nicht aus.

Will man die absehbare Versorgungslücke schliessen, bleibt der Bau von Gaskraftwerken im grossen Stil. Diese sind aber nicht zuletzt wegen ihres CO₂-Ausstosses dem Volk schlecht zu verkaufen. Der Umstieg auf Gas würde zudem neue Abhängigkeiten von wenig zuverlässigen Lieferanten schaffen. Das dürften mittlerweile auch einige Politiker erkannt haben. Nur lassen sich mit derart düsteren Aussichten kaum Wahlen gewinnen. Also hält man sich weiterhin an süsse Visionen und Illusionen.

Mehr zum Thema: Seite 32

Rock-'n'-Roll-Aktie



Jimi Hendrix, Gitarrenprophet

Die weisse Stratocaster, die Jimi Hendrix an jenem sonnengleissenden Montagmorgen des 18. August 1969 über den Feldern von Woodstock im Arm wiegte, verwandelte sich plötzlich in eine Waffe. Aus seiner E-Gitarre feuerte er Maschinengewehrsalven, Jagdfliegerangriffe, Bombendetonationen – ein musikalisches Inferno, seine grandiose Schockversion der Nationalhymne «The Star-Spangled Banner». Von der halben Million Festivalbesucher waren Heerscharen in der Nacht vor einem Unwetter geflüchtet. Hendrix, der ausgemusterte US-Soldat, spielte den Vietnamkrieg nach auf einem gespenstisch menschenleeren Schlachtfeld von Morast, Müll, Exkrementen und verlorenen Schuhen. Genau dreizehn Monate später war er tot, erstickt im Drogen- und Alkoholrausch mit erst 27 Jahren.

Seine Fender Stratocaster von Woodstock gilt als teuerste Gitarre der Welt, 1993 erzielte sie ein Sammler für 750 000 Dollar. Andere hat Hendrix in seinem Furor auf der Bühne verbrannt. Er war Linkshänder und benutzte ein spiegelverkehrtes Instrument für Rechtshänder. Die meisten Rock- und Bluesmusiker spielen Fender-Gitarren: Eric Clapton, Mark Knopfler, Ry Cooder, Keith Richards, Bruce Springsteen und J. J. Cale, der Übervater von vielen. Als Bob Dylan 1965 in Newport erstmals mit einer scheppernden elektrischen Stratocaster auftrat, stürzte die heile Folksong-Welt ein.

Der Erfinder Clarence Leonidas Fender (1909–1991) hat selber nie Gitarre gespielt. Der Tüftler war ursprünglich Buchhalter und reparierte in der Freizeit Radioapparate. Der Durchbruch gelang ihm 1954 mit der Stratocaster. Fender (Jahresumsatz: 700 Millionen Dollar, Gewinn: 3,2 Millionen) leidet unter der asiatischen Billig-Konkurrenz und überrascht jetzt mit dem Gang an die Börse. Der Ausgabekurs der ersten Rock-'n'-Roll-Aktie ist noch nicht festgelegt. Ihr Werbeprophephet ist, gänzlich unfreiwillig, James Marshall «Jimi» Hendrix, und nie werden wir aus seiner «Strat» das Wall-Street-Gewitter hören. Peter Hartmann

Jubiläums-Gutschein

Fr. 20.-

Gültig bei einem Kauf ab CHF 99.-, nicht kumulierbar, keine Barauszahlung. Einlösbar bis **31.03.12** über den Versand, in den HELVESKO-LadySko-Dansko-Fachgeschäften und übers Internet (Internet-Code: F12-35)!



z.B. FÜR SIE & IHN
HELVESKO 
SWISS MADE
NAVY
Gr. 35-45 **239.-**



HELVESKO , **LADYSKO**
SWISS MADE

und **dansko**-Bequemschuhe werden exklusiv für INTEGRA Nussdorf AG in der **SCHWEIZ** und in **EUROPA** produziert, mit viel Handarbeit für beste Qualität.

Bestellen Sie über den Versand oder verlangen Sie **gratis** unseren 112-seitigen Frühlings-Katalog 2012:
INTEGRA Nussdorf AG
Hauptstrasse 173 / 4422 Arisdorf BL
Tel. 061 816 98 88 / Fax 061 816 98 80

www.integra-ag.ch



Fachkompetente Beratung und Verkauf in unseren 14 HELVESKO-LadySko-Dansko-Bequemschuh-Fachgeschäften:
Arisdorf (BL) Hauptstrasse 173, Chur (GR) Vazerolgasse 1, Gossau (SG) St. Gallerstrasse 8, Ittigen (BE) Im Talgut-Zentrum, Luzern (LU) Frankenstrasse 12, Schlatt/Neuparadies (TG) Diessenhoferstrasse 14c, Urdorf (ZH) Bergstrasse 37, Möhlin (AG) Hauptstrasse 24.

Weitere Fachgeschäfte in: Fribourg, Genf, Lausanne, Losone, Sion und Yverdon.

Entdecken Sie die bequemsten Schuhe Ihres Lebens!

HELVESKO 
SWISS MADE

LADYSKO

dansko

Kehrtwende

Von Peter Keller — Ein vernünftiger Vorstoss von Thomas Jordan und Eveline Widmer-Schlumpf.

Mit dem Frühling kommt die Einsicht: Der Staat fördere die Überschuldung privater Haushalte. Namentlich der Steuerabzug von Hypothekarzinsen verleite Wohneigentumsbesitzer, ihre Verschuldung hoch zu halten. Und: Wer sein Häuschen abbezahlt, ist der Betrogene. Er muss am Ende dem Staat mehr abliefern als sein überschuldeter Nachbar.

Das sind keine Neuigkeiten – nur der Absender lässt aufhorchen. Die zitierten Schlüsse stammen aus dem Bericht der «Arbeitsgruppe Finanzstabilität» – und dieser gehören wesentliche Akteure der Schweizer Finanzpolitik an: Notenbanker Thomas Jordan und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Ihre Federführung ist insofern erstaunlich, als dass die Bündnerin noch 2004, damals Präsidentin der Finanzdirektorenkonferenz, das Steuerpaket bekämpfte. Mit diesem sollte auch der Eigenmietwert fallen – ein wesentlicher Faktor, wenn es um den Verschuldungsanreiz privater Wohneigentümer geht. Nun will die Arbeitsgruppe den steuerlichen Abzug von Hypothekarzinsen doch noch abschaffen und als Kompensation auch den Eigenmietwert.

Es war der damalige Präsident Philipp Hildebrand, der im Oktober 2010 festhielt, die tiefen Hypothekarzinsen würden einen «idealen Nährboden für sich aufbauende Risiken» bilden. Den Schuldigen suchte und fand Hildebrand bei jenen Banken, die durch «wenig konservative Vergabekriterien» auffielen. Dass die Nationalbank mit ihrer Zinspolitik selber den Nährboden für eine mögliche Immobilienblase legte, verschwieg der oberste Währungshüter.

Mit SNB-Vize Thomas Jordan ist wieder mehr Klartext angesagt. Er gesteht unumwunden ein, dass die Nationalbank in ihrer Geldpolitik blockiert ist – durch ihre eigene Geldpolitik. Aufgrund der Fokussierung auf den Euro-Mindestkurs könne derzeit «mit den herkömmlichen Instrumenten nicht auf eventuelle Fehlentwicklungen im Hypothekarmarkt» reagiert werden. Anders ausgedrückt: Eigentlich müsste die SNB die Leitzinsen erhöhen, was sie aber wegen der Euro-Krise nicht kann.

Immerhin führen die Fehler und Versäumnisse nun zu einer positiven Kehrtwende: indem der staatliche Anreiz zur Verschuldung wegfallen soll. Und damit der Eigenmietwert, der für ältere Hausbesitzer, die ihre Schulden abbezahlt haben, zu einer steuerlichen Zeitbombe werden kann.

Sonnenkönig von Vals

Von René Lüchinger — Die Valser haben sich von Star-Architekt Peter Zumthor befreit. Das ist nicht unvernünftig. Es gibt für die weltberühmte Therme im Bündner Bergdorf ein Leben danach.

Als die Wahl in Vals Vergangenheit, der Verkauf der Therme an den aus dem Dorf stammenden Remo Stoffel besiegelt ist, beginnen die emotional durchtränkten Nachbetrachtungen. Der Zürcher *Tages-Anzeiger* spricht vom «Weltgewandten» namens Zumthor, der von den «Abgeschiedenen im Alpendorf» verstossen worden sei, und ortet bei den Wahlsiegern unter den Valser Stimmbürgern gar grundsätzliche Charakterdefekte: «Demokraten können kleinlich sein. Gleichheit führt manchmal zu Mittelmass, Neid macht stillos.» Und der derart Beneidete, unterlegene Zumthor lässt verlauten: «Es geht um Rache», und er bezichtigt gar die *Weltwoche*, eine «Kampagne zu fahren» gegen ihn.

Ist es tatsächlich so einfach? Bornierte Bergler, die schlicht zu dumm sind, die Genialität der Architekten zu erkennen, beziehungsweise anzuerkennen, dass sie ohne Zumthor nichts sind und ihn deshalb gefälligst hätten weiter bauen lassen müssen in Vals? Nein. So dumm sind die Bergler nicht. Im Gegenteil. Sie haben weise entschieden. Sie haben sich von dem Mann befreit, der sie im Würgegriff hielt, seit er im Auftrag der Gemeinde die weltberühmte Therme bauen durfte. Zumthor hat nicht einfach einen Architekturauftrag erfüllt, sein Honorar eingestrichen und ist wieder

herabgestiegen vom Berg. Wie eine Sphinx hat er sich eingerichtet in Vals. Hat an Folgeaufträgen gut verdient. Hat seine Frau zur Hoteldirektorin gepuscht. Hat, wie auch seine Frau, private Geschäfte mit Investoren getätigt, die in erster Priorität in die Kuranlage investieren wollten. Und am Schluss, als dem Architekten dämmerte, dass ihm in Vals die Felle davonschwimmen könnten, stellte er der kleinen Gemeinde noch eine Honorarnote über 3,9 Millionen Franken für nicht realisierte Projekte und entgangene Aufträge. Kurzum: Peter Zumthor hat sich aufgeführt wie der Sonnenkönig von Vals. Und als die *Weltwoche* all diese Machenschaften fein säuberlich ausbreitete («Zumthors Turmbau zu Vals», Ausgabe Nr. 9/12) – angesichts des Urnengangs relevante Informationen –, zeigte sich der grosse Meister beleidigt, sprach nebulös von «grausamen Unwahrheiten». Die publizierten Dokumente aber sprechen eine klare Sprache.

Für die Stimmbürger ging es jedoch um weit mehr als um ein finanziell abgedecktes Ego-Projekt eines Stararchitekten. Für sie war die Ausgangslage klar: Die in den achtziger Jahren aus einer Konkursmasse heraus gekaufte Kuranlage benötigte nach dem Bau der Felsen-therme durch Peter Zumthor weitere Investitionen und finanzielle Mittel, welche die Gemeinde nicht aufbringen kann. Die Frage war nun: Sollte sie den Kurbetrieb einer Investorengruppe verkaufen, die sich den Stararchitekten wie eine Flying Lady als Kühlerfigur angeschnallt hatte, einen Mann, dem es immer mehr um sich als um Vals gegangen ist? Oder sollte sie sich endlich befreien aus diesem Abhängigkeitsverhältnis? Die Antwort haben die Stimmbürger nun gegeben, ohne ihre Seele zu verkaufen: Die Felsen-therme, das eigentliche Kleinod, ist vom Handwechsel ausgenommen. Sie wird in eine öffentlich-rechtliche Stiftung überführt.

Und Zumthor? Er darf im Alter von 68 Jahren noch eine Erkenntnis fürs Leben mitnehmen. Ein Architekt ist ein Dienstleister im Solde des Bauherrn. Und dieser darf eine Geschäftsbeziehung beenden, wenn sie nicht mehr passt. Es gibt ein Leben nach Zumthor für Vals. Ganz einfach deshalb, weil es nicht sein kann, dass Peter Zumthor der einzige Architekt sein soll, der imstande ist, in diesem abgelegenen Bergdorf herausragende Architektur zu erstellen. Das hat die Mehrheit der Stimmbürger einfach klug erkannt.



«Kampagne»: Architekt Zumthor.

Personenkontrolle

Zuppiger, Pfister, Berset, Hess, Rime Jordan, Rechsteiner, Widmer-Schlumpf, Mauch

Auf den Montag hatte der Wahlausschuss des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) zu Hearings geladen, um diejenigen Kandidaten zu testen, welche die Nachfolge des SVP-Nationalrats **Bruno Zuppiger** an der Spitze der mächtigen Organisation anstreben, obwohl sie nicht aus dem innersten Kern des SGV stammen. Das Treffen wurde kurzfristig abgesagt, und zwar mit zwei verschiedenen Begründungen. Der Zuger CVP-Nationalrat **Gerhard Pfister** wurde ausgeladen, weil ein spezielles Examen unnötig sei und das Versprechen vor dem SGV-Vorstand genüge. Dem Berner BDP-Mann **Lorenz Hess** hingegen



Neuer oberster Gewerbler: SVP-Mann Rime.

wurde beschieden, dass die Weichen schon weitgehend gestellt seien: Der Anspruch der SVP auf diesen Posten sei ausgewiesen; und der neue Präsident werde aus den jetzigen Führungsgremien rekrutiert. Damit steht bereits vor Beginn des Ausleseverfahrens fest, dass der Freiburger SVP-Vertreter und Unternehmer **Jean-François Rime** oberster Gewerbler wird. (upe)

Im Bundeshaus hält sich das Gerücht, Neobundesrat **Alain Berset** (SP) versuche, die Wahl von **Thomas Jordan** an die Spitze der Nationalbank zu verhindern. Der Grund des Widerstands sei die Dissertation Jordans mit dem Titel «Seigniorage, Defizite, Verschuldung und Europäische Währungsunion» aus dem Jahr 1993. («Seigniorage» bedeutet übrigens Gewinn aus dem Geldschöpfungsmonopol der Notenbank.) In seinem Werk hatte Jordan mit exaktem mathematischem Kalkül (759 Formeln) und klarem Blick die Euro-Krise in Ursache und Wirkung so vorausgesagt, wie sie eingetreten ist. Während Jordan etwa in der renommierten *FAZ* für seine brillante Arbeit staunenden Applaus erntet («Der Euro-Prophet»), versuchen hierzulande die letzten schwärmerischen EU-Turbos, den Realisten auszubooten. (upe)



«Eine Million Krebstote»: Autor Rechsteiner.

Alt Nationalrat **Rudolf Rechsteiner** (SP) lässt keine Übertreibung aus, um seine Mission gegen Atomkraftwerke zu befeuern. In seinem neuen Buch «100 Prozent erneuerbar» schreibt er, dass in Fukushima «eine Million Krebstote» zu erwarten seien. Rechsteiner stützt sich dabei einzig auf die Aussage eines ehemaligen Beraters der Atomindustrie ab, der einen Bericht von Greenpeace zur Fukushima-Havarie mitverfasst hat. Ob der ehemalige Journalist Rechsteiner immer so oberflächlich recherchiert? (are)

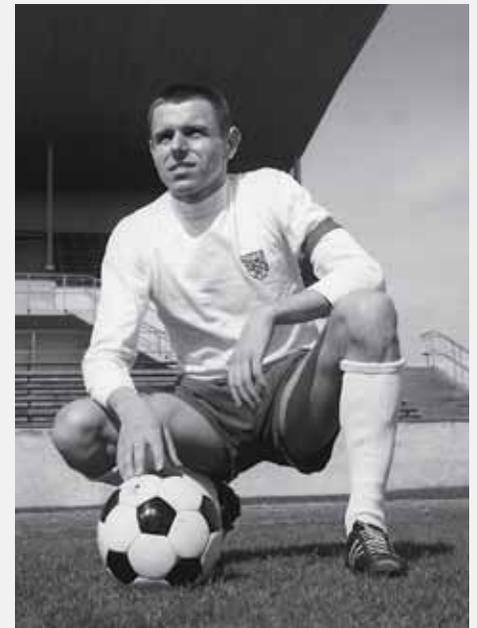
Auf Anfrage der *Weltwoche* zeigt die Bundespräsidentin, Finanzministerin und ehemalige Bankrätin **Eveline Widmer-Schlumpf** (BDP) sich offen für eine Kontrolle ihrer Konti und Transaktionen. Allerdings mache sie dies nur allenfalls und höchstens gegenüber der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) und nicht etwa gegenüber der *Weltwoche*. Sie habe in die EFK, die in der Affäre Hildebrand zweimal das politisch gewünschte Ergebnis geliefert hat, «grösseres Vertrauen als in die *Weltwoche*», schreibt ihr Medienmann Roland Meier zurück: «Besten Dank für Ihr Verständnis.» (upe)

Als ob der Griechen-Vergleich (*Weltwoche* Nr. 9/12) noch einer Bestätigung bedurft hätte, stimmten die welschen Kantone der Ferien-Initiative deutlich häufiger zu als die Deutschschweiz. Das genaue Studium der Resultate verblüfft allerdings. In den Zürcher Stadtkreisen 3, 4 und 5 waren die Stimmbürger sogar mehrheitlich für die Ferien-Initiative. Die rot-grün regierte und von **Corine Mauch** (SP) präsierte Limmatstadt zeigt: Die Griechen sind mitten unter uns. (aku)



Die Griechen sind mitten unter uns: Mauch.

Nachruf



Chef, Idol, Vorbild: Fussballer Konietzka.

Timo Konietzka (1938–2012) — Ich habe beim FC Winterthur zusammen mit Timo zwei Jahre in der Nationalliga A gespielt. Er, der grosse Bundesligastar, ich, der kleine «Eisenfuss» aus dem Zürcher Oberland. Als eigener Nachwuchsspieler beim FCW wurde ich, wie ich später erfahren habe, auf Wunsch von Timo in das Kader der ersten Mannschaft aufgenommen. Der Trainer neben dem Platz hiess René Hüsey, der Trainer auf dem Platz Timo Konietzka.

Junge Spieler hat er gefordert und gefördert. Auch wenn wir Timo nach den Spielen die Fussballschuhe putzen mussten, war er für uns eine Vaterfigur. Nach dem Training erzählte er bei sich zu Hause von seiner Zeit im Kohlenpott, als er 1000 Meter unter der Erde «malochen» musste, bevor er zum Training nach Dortmund gehen konnte. Er sagte, was es braucht, um erfolgreich zu werden. Wir glaubten ihm jedes Wort. Wenn er nach dem Spiel nur «heissen Tee» gegen den Durst trank, sogar im Sommer bei über 30 Grad, machten wir es auch. Wenn er seine «Körnli-Menüs» hervorzauberte, verzichteten wir auf die Bratwurst. Er war der Chef, das Idol, das Vorbild.

Timo hat mir als junger Spieler beim FC Winterthur Leistungswillen und Disziplin beigebracht. Ich habe mein ganzes Leben, sowohl sportlich wie beruflich, von seinen Grundsätzen profitiert. Sein trockener Humor war unübertrefflich. Er war ein fantastischer Spieler und Trainer auf höchstem Niveau. Und er war ein wunderbarer Mensch. Sein Abschied ist schwer zu verarbeiten, für alle seine Freunde und für mich.

Rolf Bollmann

Das Nationalbank-Paradies

Von Urs Paul Engeler und Pierre Heumann — Die geschützte Zone, in der die Währungshüter agieren, hat sich zu einem unkontrollierten Selbstbedienungsladen entwickelt. Auf äusseren Druck werden jetzt immerhin die Transaktionen von Frau Hildebrand nachuntersucht.



Zwang zur Transparenz: Pressekonferenz der Nationalbank am 7. März in Zürich.

So abweisend das Gebäude an der Börsenstrasse 15 in Zürich den Besucher empfängt, so wohligh lebt's sich hinter den düster-kalten Fassaden. Mit dem repetitiven Verweis auf die «Unabhängigkeit» der Schweizerischen Nationalbank (SNB) haben die Bediensteten sich ein komfortables Leben eingerichtet, kaum belästigt von neugierigen Blicken oder gar von strengen Kontrollen. Die drei Direktoren brauchen den Bankrat, der sie beaufsichtigen sollte, nicht zu fürchten. Der Bankrat ist nur sich selbst Rechenschaft schuldig. Der Bundesrat hat zwar ein «Organisationsreglement» für die gesamte Nationalbank erlassen. Aber die Landesregierung überwacht dessen Einhaltung nicht. So wird die SNB zur Kuschelzone: Kritische Stimmen werden als «politisch motivierte Einmischung» und Vorstösse gegen die Autonomie der SNB bekämpft.

Platzt ein Skandal wie der um die Devisenspekulationen des ehemaligen Präsidenten Philipp Hildebrand, wird mit Hilfe von PR-Profis zuerst geblockt, dann vertuscht und abgelenkt, schliesslich scharf zurückgeschossen.

Bewusste Irreführung

Der Mann für diese unappetitliche Arbeit im Fall Hildebrand war Dr. Jörg Denzler, vormals Direktor der Dr. Rudolf Farner Public Relations AG, heute Inhaber der Zürcher Balanx AG. Dieser Spindoktor hatte, als die unlauteren Hildebrand-Transaktionen nicht mehr zu verheimlichen waren, mit Hilfe der Sonntagsmedien vom 1. Januar 2012 die Sache – garniert mit gezielten Falschmeldungen – in eine billige Anti-SVP- und Anti-Blocher-Story gedreht. Für einen «Kommunikationsberater» ist dies zwar eine durchaus branchenübliche Masche; delikater ist hierbei jedoch, dass

Bankrat und Direktorium diese parteipolitische Strategie nicht nur ausdrücklich mitgetragen, sondern gemeinsam definiert und auch bezahlt haben.

Das Mandat Denzlers wurde nach Auskunft des abtretenden Bankrats-Präsidenten Hansueli Raggenbass (CVP) übrigens nie schriftlich fixiert; offenbar war die «mündliche Vereinbarung» (Raggenbass) finanziell wie inhaltlich in jede Richtung offen gestaltet. Der konkrete Auftrag lässt sich nicht rekonstruieren. Somit ist der Bankrat verantwortlich für die Anti-SVP-Kampagne, für die bewussten Irreführungen («es war das Konto seiner Frau») sowie für das schriftliche Spekulationsbekenntnis von Frau Kashya Hildebrand («der Kurs des Dollars war so tief») – auch wenn Raggenbass heute sagt, die SNB sei in diese unglücklichen PR-Manöver «in keiner Weise involviert» gewesen.

Konsequenzen hat das alles nicht, weil der «unabhängige» Bankrat sich selbst (nicht) kontrolliert. Im ganzen Organisationsreglement der SNB findet sich kein einziger Passus dazu, wer welche Vorgaben wie zu überwachen und allfällige Verstösse zu ahnden hat. Zentral zur Beurteilung des Falls Hildebrand ist Artikel 26 des Reglements. «Die Mitglieder des Bankrats, die Mitglieder des Direktoriums und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter treten bei Geschäften in den Ausstand: a) an denen sie ein persönliches Interesse haben [...] d) in denen sie aus anderen Gründen befangen sein könnten», wird darin verlangt.

Undurchsichtige Rolle des Chefjuristen

Der omnipräsente Chef des SNB-Rechtsdienstes, Hans Kuhn, spielt eine undurchsichtige Rolle, auch in der Causa Hildebrand. Der Chef des Rechtsdienstes ist sowohl für das zu beaufsichtigende Gremium, die Notenbank, als auch für das Aufsichtsgremium, den Bankrat, zuständig. Er hatte Ende Dezember versucht, die Untersuchung gegen seinen obersten Chef zu torpedieren. Als Nationalrat Hans Kaufmann (SVP) vom Bundesrat Auskunft über Vorschriften haben wollte, die der SNB-Elite das Ausnutzen vertraulicher Informationen verbiete, überraschte Kuhn den Parlamentarier nicht mit einer prompten, erschöpfenden Antwort, sondern mit der Frage, weshalb er sich dafür interessiere.

Das war Ende Dezember, kurz vor Weihnachten. Wenig später wurde bekannt, dass Philipp Hildebrand bei der Bank Sarasin ein Millionenvermögen in US-Dollar hält. Hildebrand, dies hat die zusätzliche Untersuchung der Firma KPMG zutage gefördert, verfügt(e) überdies bei der Genfer Union Bancaire Privée (Madoff-Bank), für die er früher tätig war, über Anteile eines Hedge-Fund, der in Euro geführt wird, ebenfalls in Millionenhöhe. Mit jeder währungspolitischen Intervention, den Franken zu schwächen, konnte Strahlemann Hildebrand sein eigenes Vermögen somit über Nacht massiv vergrössern – ein klassischer Fall von «persönlichem Interesse». Ein Ausstand wurde von ihm aber nicht verlangt. Der Bankrat blieb passiv.

Auf die Frage, welche Kriterien für den Ausstand gemäss Artikel 26 gelten, lässt Raggenbass lediglich mitteilen: «Dieser Artikel ist weitgehend selbsterklärend.» Und auf die Nachfrage, ob Millionenvermögen in Fremdwährungen keine Gründe für Befangenheit seien, verlautet er aufschlussreich knapp: «Es bestand schon bisher ein Verbot, notenbankpolitische Entscheide unter dem Einfluss von privaten Interessen zu treffen.» Im Klartext: Artikel 26 blieb immer toter Buchstabe, bestenfalls ein frommer Wunsch. Kontrolliert wurde nie, durchgegriffen schon gar nicht.

Aufgeschreckt durch die unrechtmässigen Devisentransaktionen Hildebrands, raffte der

Bundesrat sich Ende letzten Jahres erstmals zu einer Überprüfung der Geschäfte des unabhängigen SNB-Präsidenten auf. Der Auftrag ging an Kurt Grüter, Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), und dessen Adlatus Michel Huissoud. Die amtliche Ferndiagnose, in Eile angefertigt ohne jede Konsultation des Verdächtigten und der SNB-Spitze, war der von der Politik gewünschte Persilschein.

Als Anfang Januar der belastende E-Mail-Verkehr zwischen Hildebrand und seinem Kundenberater auftauchte, der den Geldstar zum Rücktritt zwang, musste Grüter sich in einem «Folgeauftrag» rechtfertigen. Er tat dies, indem er a) trotz klarer Fakten an der Verteidigung des fehlbaren Präsidenten festhielt und b) den SNB-Rechtsdienst beschuldigte, ihn von wichtigen Informationen und Kontakten mit Philipp Hildebrand ferngehalten zu haben. Dieser Linie der Selbstverteidigung folgte der in seiner Reputation gefährdete Grüter auch bei der Anhörung vor der GPK. Seiner Darstellung widerspricht die SNB allerdings vehement bis schnippisch: «Die Bereitschaft Herr Hildebrands, schriftlich auf Fragen zu antworten, war stets gegeben. Die PwC [die ersten Prüfer der Transaktionen; die Red.] hat diese Möglichkeit wahrgenommen, die Prüfer der EFK haben darauf verzichtet.» Die Kontrolleure des Bundes wollten die Wahrheit gar nicht ergründen.

Der Bankrat nimmt es gelassen

Um das Bild des unschuldig gefallenen Präsidenten nicht zu gefährden, verzichteten der Bankrat und die KPMG in ihrer Zweituntersuchung der privaten Geldvermehrung der SNB-Spitze auf eine Analyse aller Konti des Ehepaars Hildebrand. Die Bewegungen der Guthaben bei der Bank Sarasin und die Bankverbindungen von Frau Hildebrand waren für die Prüfer tabu. Nach der öffentlichen Kritik an diesem merkwürdigen Entscheid stellte der Bankrat vor einer Woche in Aussicht, das Versäumte nachzuholen. Jetzt macht er tatsächlich Ernst, zumindest teilweise.

Auf Nachfrage der *Weltwoche* teilt die SNB mit, der Bankrat habe entschieden, die Transaktionen über 100 000 Franken auf den Geschäftskonti von Frau Hildebrand nun doch genauer unter die Lupe nehmen zu lassen. Beauftragt wurde die KPMG. Die bei Sarasin angehäuften Kapitalien, die Auslöser des Skandals, verbleiben auf Weisung von Juristen allerdings weiterhin in der Sperrzone – wegen laufender Verfahren.

Der Bankrat, das Überwachungsgremium, das im Fall Hildebrand versagt hat, bleibt weiterhin nur sich selbst verantwortlich. Eine genaue Kontrolle der privaten Finanztransaktionen der Bankratsmitglieder erübrige sich, sagt Raggenbass: «Die Mitglieder verfügen über keine privilegierten geld- und währungspoli-

tischen Informationen.» Die Vermögensverwaltung sei deshalb «ausschliessliche Privatangelegenheit». Es bestehe deshalb keine Notwendigkeit, sie dem Reglement der Notenbank über Eigengeschäfte zu unterstellen.

Gelassen nimmt es der Bankrat zudem, wenn es um Auslagen für die Pensionskasse der SNB-Angestellten geht. Derzeit profitieren diese vom komfortablen Leistungsprimat, bei dem die Rente im Voraus festgesetzt wird, wobei Prämienschwankungen nicht berücksichtigt werden können. Von diesem System können gesamtschweizerisch neunzig Prozent der Arbeitnehmer bloss träumen. Die meisten Kassen haben das Leistungsprimat abgeschafft, weil es für Arbeitgeber zu teuer wurde. Für die grosse Mehrheit gilt das Prämiensprimat. Ihre Rente bemisst sich nach dem Umfang der Einzahlungen.

Luxuslösung bei der Pensionskasse

Die SNB leistet sich nicht nur die Luxusvariante der Altersvorsorge. Die Bank des Bundes beteiligt sich überaus generös an der Finanzierung. Die sonst übliche Parität gilt bei der Pensionskasse der SNB nicht. Die Arbeitneh-

Die Aufsicht über Nationalbankgremien bleibt gefährlich lückenhaft.

mer zahlen sieben Prozent, die Nationalbank vierzehn bis fünfzehn Prozent des versicherten Salärs.

Besonders profitiert von der Luxuslösung der Pensionskasse hat Direktionsmitglied Jean-Pierre Danthine. Die Jahresrechnung der SNB weist für ihn im Jahre 2010 unter dem Posten «Arbeitgeberbeiträge, Pensionspläne, AHV» insgesamt 512 800 Franken aus. Das beinhaltet einen «einmaligen Einkauf in die Pensionspläne», wie in einer Fussnote zum Geschäftsbericht erläutert wird. Raggenbass hält das für eine «akzeptable Norm», immerhin eine Verbesserung zu früher. Der Zuschuss der SNB an die Einkaufssumme sei vor zwei bis drei Jahren begrenzt worden. Hildebrand oder Jordan, um nur zwei Namen zu nennen, haben für ihre Altersvorsorge, so ist zwingend zu folgern, noch höhere Beträge aus der SNB-Kasse erhalten als Danthine.

Trotz des Zwangs zur Transparenz, ausgelöst durch die Affäre Hildebrand, bleibt die Aufsicht über Nationalbankgremien gefährlich lückenhaft. Es wäre zum Beispiel der Job des Bankrates, der kostspieligen Maxi-Lösung der Pensionskasse ein schnelles Ende zu setzen, weil die Aufsicht über die effiziente Geschäftsführung der SNB zu seinem Auftrag gehört. Wenn er diesem nicht gewachsen ist: Wie will er dann künftig die neuen Vorschriften über Eigengeschäfte der Notenbankdirektoren durchsetzen? ○

Im Klub

Von Henryk M. Broder — Endlich bekommt die Türkei einen Preis für «demokratischen Wandel».



Im Jahre 2010 wurde an den türkischen Ministerpräsidenten der Internationale Gaddafi-Preis für Menschenrechte verliehen. Der Preis wurde vom Namensgeber finanziert und von einer Schweizer NGO gemanagt, die ihrerseits von einer Schweizer Stiftung unterstützt wurde, deren Vizepräsident Jean Ziegler war, der seinerseits im Jahre 2002 mit dem Gaddafi-Preis für Menschenrechte geehrt worden war, woran er sich heute freilich nicht mehr erinnern kann. Zu den Preisträgern gehörten auch andere prominente Streiter für Menschenrechte, darunter Louis Farrakhan, Fidel Castro und Hugo Chávez.

Am Samstag dieser Woche bekommt der türkische Ministerpräsident wieder einen Preis, dieses Mal den Steiger Award in der Kategorie «Europa». Die Preisverleihung findet in Bochum statt, einer Stadt im Ruhrgebiet, in der unter anderem das Deutsche Bergbau-Museum seinen Sitz hat. «Der Steiger Award», heisst es auf der dazugehörigen Website, «ist Preis und Philosophie zugleich», mit ihm würden «Persönlichkeiten» geehrt, «die sich durch Geradlinigkeit, Offenheit, Menschlichkeit und Toleranz auszeichnen». So musste die Wahl beinahe zwangsläufig auf den türkischen Ministerpräsidenten fallen, der sich «seit Jahren» um einen «demokratischen Wandel in seinem Land bemüht».

Dass es im türkischen Strafgesetzbuch noch immer den Paragraphen 301 gibt, der die «Herabsetzung des Türkentums, der Republik und der Institutionen des Staates und seiner Organe» unter Strafe stellt, dass derzeit über hundert türkische Journalisten in Haft sitzen, hat die Preisgeber offenbar nicht beeinflusst. Dann haben sie kurz überlegt, wer die Laudatio auf Erdogan halten könnte, und eine weitere kluge Entscheidung getroffen: Gerhard Schröder, ehemaliger Vorsitzender der SPD und letzter Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Schröder kann es nicht nur gut mit Erdogan, er ist auch mit dem russischen Präsidenten Putin befreundet, den er erst vor kurzem wieder als einen «lupenreinen Demokraten» gelobt hat.

So schliesst sich der Kreis. Gaddafi, Ziegler, Erdogan, Schröder, Putin – im Klub der lupenreinen Demokraten findet jeder seinen Platz.

Was man sagen darf

Von Silvio Borner — Die politische Korrektheit bedroht die aufgeklärte Wissenschaft. Wer zum Beispiel die abstrusen Prognosen für Alternativenenergien anzweifelt, dem droht der Entzug von Geldern.

Politische Korrektheit im Alltag ist eine Herausforderung an den (schwarzen) Humor und die Meinungsfreiheit. Aus den «Alten» sind «Betagte» geworden, aus «Dicken» «ästhetisch Benachteiligte». Wir schreiben von «Migrationshintergründen» oder «Gewaltbereitschaft» und meinen etwas Bestimmtes. «Scheininvalid» darf man sein, aber nicht sagen. «Scheinselbständig» darf man nicht sein, aber sagen. Das ist mehr als scheinheilig.

Gefährlich wird es aber, wenn die politische Korrektheit aus dem politischen Alltag in die Wissenschaft überschwappt. Im Gegensatz zu religiösen Dogmen verkündet die Wissenschaft keine allgemeingültigen oder gar ewigen Wahrheiten, sondern nur vorläufige Erkenntnisse. Diese sind so zu dokumentieren, dass andere sie kritisch überprüfen können. Deshalb kann man hier weder «leugnen» noch «lästern». Sehr wohl kann die Wissenschaft jedoch religiöse Erklärungen widerlegen und – der Aufklärung sei Dank – muss sie dafür keine päpstlichen Bestrafungen oder Steinigungen mehr gewärtigen. Wenn die Islam-Uni in Kairo eine Fatwa publiziert, ist das eine verbindliche Auslegung des Korans, an die man sich in islamistischen Gottesstaaten besser hält. Wenn eine ETH-Studie sagt, der Ausstieg aus der Kernkraft sei ohne CO₂-Vermehrung und ohne Wachstumsverluste möglich, so ist das eine gründlich zu hinterfragende Modellprognose. Leider macht das aber niemand, weil es politisch «nicht korrekt» wäre.

In der aufgeklärten Wissenschaftstradition gibt es jedoch weder Tabus noch «verbotene Zonen» für die Forschung. Wissenschaftliche Revolutionen sind gewaltige Erschütterungen und werden meist von einzelnen Genies oder kleinen unabhängigen Forscherteams ausgelöst. Sie müssen dabei aber gewaltige Widerstände und Rettungsversuche des Establishments überwinden. Darwin und Einstein kommen einem sofort in den Sinn.

Einer genügt, um Fehler aufzudecken

An die Evolution muss man nicht glauben, weil sie wissenschaftlich belegt ist. Man kann trotzdem an der Idee eines göttlich vorgeschalteten *intelligent design* festhalten, aber die Mechanismen der Selektion und Anpassung widerlegen sicher die biblische Schöpfungsgeschichte. Einsteins Relativitätstheorie liess

die Frage offen, ob hinter den physikalischen Gesetzen ein Gott stehe, der nach seiner Ansicht «nicht würfeln würde». Dass die Lichtgeschwindigkeit jedoch eine absolute Obergrenze sein muss, stand für ihn theoretisch felsenfest. Bis jetzt ist es noch niemandem gelungen, dies zu widerlegen. Sowohl Darwin wie Einstein sind nicht nur wissenschaftlich hart in Frage gestellt, sondern auch politisch bedrängt worden. Einem Scharlatan namens Lyssenko gelang es, Stalin für seine antidarwinistische Position zu gewinnen und dadurch die sowjetische Forschung «politisch korrekt» in die Irre zu führen. In Nazi-Deutschland publizierten hundert Physiker eine «politisch korrekte» Schrift, die den jüdischen Verräter Einstein entlarven sollte. Dieser meinte gelesen, dass ein Einziger genüge, um einen Fehler für alle andern sichtbar aufzudecken.

So weit sind wir heute noch nicht, aber auch in unseren Breitengraden muss die Wissenschaft sich vor dem Diktat der politischen Korrektheit in Acht nehmen. So werden in gewissen Staaten der USA den Schulkindern Darwin und die Schöpfung als gleichwertige Erklärungen aufgetischt. Historikern ist davon abzuraten, die von Mao und Stalin zu verantwortenden Toten mit dem Holocaust zu vergleichen, weil das schnell als eine



Holocaust-Leugnung geahndet werden könnte. Oder denken wir an die abstrusen Prognosen im Bereich der neuen Alternativenenergien oder der Claims der biologischen Landwirtschaft. Hier als Wissenschaftler dagegenzuhalten, ist riskant – weniger für Leib und Leben als vielmehr wegen der öffentlichen Forschungsfinanzierung und Verleumdung.

Man klagt immer wieder über die Beeinflussung der Forschung durch private Geldgeber. Heutzutage ist die politische Korrektheit gegenüber der staatlichen Forschungsförderung das weit grössere Problem. In der klinischen Genforschung sind wir bereits bei einem Verbot angelangt. Besonders spannend ist es bei der Klimaforschung geworden. Wenn sich eine Wissenschaft vor allem mit der Anzahl Unterzeichner einschlägiger Berichte oder gar dem weltverbessernden Auftraggeber Uno zu legitimieren beginnt, muss man hellhörig werden und die sogenannten Leugner gut im Auge behalten. Denken wir an Einstein: Einer genügt, um ein Theoriegebäude einzureissen.

Bruderkrieg um Syrien

Von Boris Kálnoky — Die Türkei strebt nach regionaler Dominanz auf Kosten des Iran. Auch im Irak ringen die beiden Mächte um die Vormachtstellung.

Die türkische Politik gegenüber dem Iran ist kaum wiederzuerkennen. Noch Ende 2010 wirkten die beiden Länder wie engste Freunde. Nachdem der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan im Mai 2010 den Bruch mit Israel vollzog, klangen seine verbalen Ausbrüche gegen den Judenstaat ganz so wie die des iranischen Präsidenten Machmud Achmadinedschad; die Türkei lehnte im Uno-Sicherheitsrat verschärfte Sanktionen gegen das Atomprogramm des Iran ab; und Achmadinedschad wurde im Juni 2010 wärmstens in Istanbul empfangen, wo er sich und Erdogan als «Leuchttürme der Menschlichkeit» pries und von der «Totenglocke für Israel» schwadronierte. Dritter im Bunde war Syriens Diktator Bashar al-Assad, den Erdogan seinen «Bruder» nannte und auch privat gerne traf. Die islamischen Milizen im Libanon und im Gazastreifen, die Hisbollah und die Hamas, unterstützt vom Iran, von Syrien und der Türkei, feierten Erdogan als «neuen Sultan».

Aus der Brüderlichkeit ist ein erbitterter Bruderkrieg geworden. In Syrien geht es nicht um Demokratie gegen Diktatur oder um Gut und Böse – es geht, aus türkischer Sicht, vor allem darum, dem Iran Syrien zu entreissen und die bisher vom Iran und von Syrien finanzierten Milizen Hamas und Hisbollah stärker unter türkischen Einfluss zu bringen.

Wer genauer hinsah, konnte ein heimliches Kräfteressen zwischen Ankara und Teheran schon früher erkennen. In den Wikileaks-Depeschen heisst es in einer Nachricht der US-Botschaft in Bagdad vom 23. Januar 2010, der türkische Botschafter Murat Özcelik habe erklärt, dass die Türkei den irakischen Ministerpräsidenten, den Schiiten Nuri al-Maliki, von der Macht entfernen wolle, weil «er dem Iran unangenehm nahesteht». Stattdessen wolle Ankara den säkularen Sunniten Iyad Allawi «aktiv» an die Macht bringen.

Das ist noch heute so. Allawi war gerade letzte Woche in Ankara, wo er sich die Unterstützung Erdogans holte, um gegen Maliki und den Iran zu ringen. Maliki seinerseits (und durch ihn Teheran) beschuldigte Erdogan, sich in die inneren Angelegenheiten des Irak einzumischen, was noch «tragische Folgen» haben könne.

Wenn die Interessen der Türkei und des Iran schon damals konträr waren, warum dann die ganze Brüderlichkeit? Ein Wikileaks-Dokument aus der gehackten E-Mail-Korrespondenz der amerikanischen Sicherheitsfirma Stratfor

kann da einen Hinweis geben. Im Februar 2010 berichtet Stratfor-Chef George Friedman seinen Mitarbeitern von einem Gespräch mit dem einstigen US-Aussenminister Henry Kissinger. Der hatte Erdogan getroffen und erzählte, dieser habe gesagt, er werde «irgendwann mit Israel brechen und sich zur muslimischen Welt orientieren. Er will deren Führer werden.» Drei Monate später kam es zum Eklat um die türkische «Hilfsflotte für Gaza», die im Mai 2010 blutig von Israel gestoppt wurde. Es war offenbar eine bewusste Provokation der Türken gewesen, um den Bruch mit Israel herbeizuführen.

Umarmen bis zum Ersticken

«Führer der islamischen Welt» kann man natürlich nur werden, indem man gegen Israel wütet und die Massen der «islamischen Strasse» hinter sich bringt. Das war genau das, was der Iran zu tun versuchte. Um die Iraner zu übertrumpfen, musste man sie umarmen. Teheran spielte das Spiel mit, weil die neue Freundschaft der Türkei des Iran internationale Isolation verringerte und Israel schwächte, was man daheim als Erfolg verkaufen konnte.

In Wirklichkeit bestand die türkische Strategie darin, die Iraner so fest zu umarmen, bis sie ersticken. Die Freunde des Iran wurden auch die Freunde der Türkei. Mit Assads Syrien wurde eine Freihandelszone geschaffen, das

verringerte Syriens Abhängigkeit vom Iran. Türkische Organisationen begannen, die Hamas im Gazastreifen massiv aus sogenannten Spendengeldern zu finanzieren; das verringerte deren Abhängigkeit von Teheran.

Als aber der arabische Frühling und der Aufstand in Syrien ausbrachen, galten neue Parameter. Erdogan hatte seine Strategie der Öffnung zur muslimischen Welt auf besagter Brüderlichkeit mit den Regimen der Despoten gebaut, hatte beste Beziehungen zu Libyens Diktator Gaddafi, zu Assad und zum ägyptischen Diktator Mubarak. Plötzlich musste er umdenken. Er liess seine «Brüder» fallen und schlug sich auf die Seite der Rebellen. Syriens Aufständische operieren ungehindert von türkischem Gebiet aus. Syriens Opposition residiert in Istanbul. Wenn Erdogan seine Karten geschickt spielt, kann die Türkei nicht nur die entscheidende Macht in Syrien neben dem Iran werden, sondern die Iraner ganz aus Syrien vertreiben.

Und wenn das verhasste Israel, oder die USA, den Iran angreifen? Ein riskantes, aber chancenreiches Szenario für die Türkei. Ein Viertel der Iraner sind türkischsprachige Aseris. Zwar sind Ankara und Tel Aviv neuerdings Gegner, aber Aserbajdschan, das der türkische Aussenminister Ahmet Davutoglu als «Teil der türkischen Nation» bezeichnet, hat gerade einen milliardenschweren Rüstungsdeal mit Israel unterschrieben, und die aserische Regierung sah sich genötigt, zu dementieren, eine wichtige Rolle bei Israels Plänen gegen Teheran zu spielen.

Erdogans Politik zielt auf eine wie auch immer geartete Reinkarnation des einstigen Osmanischen Reiches. Dessen grosser Gegner im Osten war schon immer der Iran.

Unser Kolumnist Hansrudolf Kamer befindet sich auf längerer Auslandsreise.



Reinkarnation des einstigen osmanischen Reiches: türkischer Premier Erdogan.

Mörgeli

Drohbotschaft statt Frohbotschaft

Von Christoph Mörgeli

Die Politik ist ein beliebtes Tummelfeld für Heuchler. Auch die Religion ist ein beliebtes Tummelfeld für Heuchler. Das beliebteste Tummelfeld für Heuchler aus Politik und Religion ist die Energiediskussion. Besonders virtuos handhabt das heuchlerische Fach der Grunder Hans – auf allen Kanälen berüchtigt als «Echo von Trubschachen». Im Februar 2011 kämpfte er für den Ausbau des Kernkraftwerks Mühleberg. Im März 2011 kämpfte er für den Atomausstieg inklusive Mühleberg. Im März 2012 fand er die richterliche Stilllegung von Mühleberg einen «Blödsinn».

Letzten Samstag ertönte im «Wort zum Sonntag» des Schweizer Monopolfernsehens die gnadenlose Gnadenpredigt von Tania Oldenhagen. Sie stammt aus Deutschland und amtiert als Pfarrerin in Fluntern. Ihr Mann stammt auch aus Deutschland und amtiert als Pfarrer in Opfikon. Ihre energiepolitische Ansicht stammt ebenfalls aus Deutschland und amtiert als Mehrheitsmeinung in Berlin. Die bedauernswerte Frau ist als «Kind im Nuklearzeitalter» aufgewachsen und sah aus dem Fenster «Kernkraftwerke im Abendhimmel». Darum weiss Theologin Oldenhagen ganz genau: «Die Kernenergie ist ein Risiko für Gott.»

Gott sei Dank lebt unter uns Normalsterblichen in Fluntern die Risk-Managerin des lieben Gottes auf Erden. Die fanatische Busspredigerin weiss genau Bescheid, obwohl in der Bibel kein Wort über Kernenergie und Endlagerung radioaktiver Abfälle steht. Evangelium heisst wörtlich «frohe Botschaft». Doch statt der biblischen Frohbotschaft verkündet Tania Oldenhagen die politische Drohbotschaft: «Radioaktive Abfälle gefährden zukünftige Generationen, und sie gefährden Gottes Wohnung unter den Menschen.» Tatsächlich gefährdet der Atomausstieg die Pfarrwohnung der Oldenhagens unter den Menschen. Denn auch diese kommt ohne Kernkraft nicht aus.

Irdische Wahrheit ist: «Neue erneuerbare Energien werden auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, die Schweiz mit genügend Strom (Mengenproblem) zu einem günstigen Preis (Preisproblem) rund um die Uhr zu versorgen (Problem der Verfügbarkeit).» Genau das schreibt die Arbeitsgruppe «Christen + Energie». Deren Präsident heisst Stefan Burkhard und ist Pfarrer der reformierten Kirchgemeinde Wettingen-Neuenhof. Wetten, dass wir Pfarrer Burkhard nie im «Wort zum Sonntag» des Schweizer Fernsehens hören werden?

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Gesucht: Die Bäume-CD

Von Peter Bodenmann — Die Grünliberalen unter Führung von Martin Bäumle waren federführend im Kampf gegen Franz Weber.



Dann begann es Katzen zu hageln: Martin Bäumle, Präsident der Grünliberalen.

Mit der Veröffentlichung der Bankdaten von Philipp Hildebrand hat die SVP die Büchse der Pandora geöffnet. Jetzt wird ihre eigene, geheimste Dunkelkammer mittels gestohlener CD-Daten ausgeleuchtet.

So erhielt die SVP das Geld für ihren Wahlkampf 2007 teilweise bar in Couverts. Vom Vertrauensanwalt von Christoph Blocher. Damit die Spender im Dunkeln bleiben. Sizilien lässt grüssen. Adolf Ogi witterte Morgenluft und forderte deshalb den geordneten Rückzug von Chefstrategie Christoph Blocher. Dabei geht die SVP ohne Blocher unter wie die «Costa Concordia». Nicht nur finanziell.

Früher oder später werden nicht nur die Banken, sondern auch die Parteien trotzdem auf eine Weissgeld-Strategie umschwenken. Nicht weil sie wollen, sondern weil sie müssen.

Bis heute werden bürgerliche Parteien von der Wirtschaft über Kampagnen mitfinanziert. Das System: Eine bürgerliche Partei übernimmt die Federführung einer Kampagne und kann unter der Position «Aufwand» übersetzte Spesen in Abzug bringen. Und sich so finanzieren.

Quer durch den politischen Garten haben fast alle die Initiative von Franz Weber unterschätzt. Doris Leuthard liess den Text der Initiative nicht einmal analysieren. Die zuständige Bundesrätin weiss bis heute nicht, was seit Sonntag verfassungsmässig gilt. Die finanzstarken Umweltorganisationen liessen Franz

Weber im Regen stehen. Economiesuisse, Gewerbeverband samt SVP, CVP und FDP übertrugen die Kampagnenführung Martin Bäumle. Und die Gebirgskantone haben sich – für den Fall der Annahme der Initiative – nicht einmal einen Plan B zurechtgelegt.

Sie alle waren sich sicher: Die erfolgreichen Grünliberalen sind in Öko-Fragen glaubwürdig. Wenn Bäumle gegen die Initiative von Weber antritt, hat diese keine Chance. Bäumle ging mit viel Elan ans Werk. Er wollte subito vom Geld der Wirtschaft profitieren.

Dann begann es Katzen zu hageln: Mehrere grünliberale Kantonalparteien beschlossen – zum Ärger der Parteizentrale – Zustimmung zur Initiative von Weber. Der sonst so agile Martin Bäumle war plötzlich wie gelähmt.

Weil SVP, FDP und CVP weiter schliefen, erwachte das direkt betroffene Baugewerbe in den Randregionen. Josef Stalin mit Hammer und Sichel erlebte sein Revival in Inseraten. Christian Constantin liess seine Spieler mit Polit-Leibchen antreten.

Wann taucht wo die Bäume-CD mit allen Zahlen zur dümmsten Kampagne der vereinigten bürgerlichen Parteien seit Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz auf?

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.
Mehr zum Thema: Seite 28, 30

Gedruckte Gewaltentrennung

Von Kurt W. Zimmermann — Publizistik und Politik sind wie Feuer und Wasser. Leider gibt es zu viele Feuerschlucker.

Als junger Journalist arbeitete ich bei der *Tat*. Das Blatt, verlegt von der Migros, wurde als flotte Boulevardzeitung neu auf den Markt gebracht. Chefredaktor war Roger Schawinski. Der heutige TV-Talker war schon damals ein guter Vermarkter der eigenen Sache.

Schawinski lancierte darum 1977 eine Volksinitiative über die «Rechte der Konsumenten». Die Unterschriften kamen zusammen. 1980 wurde über das entsprechende Gesetz zum Konsumentenschutz abgestimmt. Die *Tat* jedoch war inzwischen längst eingegangen.

Als weniger junger Journalist arbeitete ich später bei *Politik und Wirtschaft*. Das Blatt, verlegt von Beat Curti, wurde als gehobenes Monatsmagazin auf den Markt gebracht. Chefredaktor war Peter Hartmeier. Der heutige UBS-Kommunikationschef war schon damals ein guter Vermarkter der eigenen Sache.

Hartmeier lancierte darum 1990 eine Volksinitiative zum EU-Beitritt der Schweiz. Die Unterschriften kamen nicht zusammen. Das spielte aber keine Rolle mehr, denn *Politik und Wirtschaft* ging kurz darauf ein.

Zeitungsmarketing mit Volksinitiativen, so scheint es, ist eine ziemlich selbstmörderische Idee.

Die neueste Idee kommt von *K-Tipp* und *Saldo*. Die beiden Konsumentenhefte starteten soeben eine dirigistische Volksinitiative zum Service public. Post, SBB und Swisscom soll verboten sein, Gewinne zu machen. Managern von Bundesbetrieben soll verboten sein, über 440 000 Franken zu verdienen.

Natürlich ist es auch diesmal eine reine Marketingidee. Denn die Auflagen der beiden Blätter schrumpfen. Der *K-Tipp* liegt mit rund 250 000 Exemplaren allerdings noch deutlich besser im Markt als sein schwächelndes Schwesterblatt.

Schon im Jahr 2010 hatten *K-Tipp* und *Saldo* das Modell erprobt. Sie ergriffen das sogenannte Rentenklau-Referendum und gewannen die Abstimmung. Am meisten Erfahrung im publizistischen Politmarketing hat indes der *Beobachter*. Zweimal schon, bei Opferhilfe und Gentechnologie, sammelte er werbewirksam Unterschriften für eine Gesetzesänderung.

Im Grunde ist die Vermengung von Publizistik und Politik eine unappetitliche Sache. Journalisten, so ihr Jobprofil, haben die Politik kritisch zu beschreiben. Sie haben nicht selber Hilfspolitiker zu spielen. Das gebietet schon die gesellschaftliche Gewaltentrennung.



Medienleute im Parlament: Aebischer.

Ähnlich dubios ist es, wenn Medienleute im Parlament sitzen. Auch dann kollidiert die distanzierte Beobachterrolle des Journalisten mit der distanzlosen Interessenvertretung des Parteimitglieds. Es war darum richtig, dass etwa «Tagesschau»-Sprecher Matthias Aebischer beim Fernsehen aufhören musste, als er für die SP in den Nationalrat gewählt wurde.

In der privaten Presse ist man weniger vorbildhaft. Sechs Journalisten sitzen derzeit in National- und Ständerat: Lorenzo Quadri (Lega und *Mattino della Domenica*), Filippo Leutenegger (FDP und *Hausmagazin*), Peter Keller (SVP und *Weltwoche*) und die freien Journalisten Christian Lohr (CVP), Fathi Derder (FDP) und Géraldine Savary (SP).

Schauen wir mal, was die sechs Kollegen zuletzt an parlamentarischen Vorstössen eingereicht haben. Es sind hübsche Themen darunter. Quadri stellte kritische Fragen zu Spielcasinos, Leutenegger interessierte sich für Ausschaffungsflüge, Keller wollte mehr zum Fall Hildebrand wissen, und Savary erkundigte sich über Pornografie im Internet.

Unser Rat an die Kollegen: Statt eure Zeit im Bundeshaus zu verplempern, schreibt lieber eine harte Storys über Spielcasinos, Hildebrand, Ausschaffungsflüge und Pornografie. Erstens liest man harte Story lieber als eine parlamentarische Interpellation, und zweitens nützt es mehr.

22,9 Millionen Franken dank Bussen

Von Kari Kälin

Die Luzerner Regierung will die Staatskasse mit Bussgeldern aufpolieren. Sie rechnet 2012 mit 22,9 Millionen Franken Einnahmen von Verkehrsstündern – gut vier Millionen mehr als im Vorjahr.

Die FDP und die SVP kündigen für die bevorstehende Budgetdebatte Widerstand an. Mit Bussgeldern Finanzpolitik zu betreiben, sei eine «Frechheit», sagte SVP-Kantonsrat Marcel Omlin der *Neuen Luzerner Zeitung*.

Dass die Luzerner Strassen neuerdings gefährlicher geworden wären, kann man nicht behaupten. Die jüngsten Zahlen belegen das Gegenteil. Gemäss dem Bundesamt für Statistik passierten 2010 im Vergleich zum Vorjahr weniger Unfälle. Auch die Zahl der Verkehrstoten sank von 22 auf 17. Sicherheitsdirektorin Yvonne Schärli (SP) verweist aber auf den Handlungsbedarf, den die Polizei identifiziert habe. Die meisten Unfälle ereigneten sich wegen überhöhter Geschwindigkeit und Alkoholeinfluss. Prompt kündigt die Luzerner Polizei Massnahmen an. «Wir werden in diesem Jahr mehr Tempo- und Alkoholkontrollen durchführen», sagte Polizeikommandant Beat Hensler.

Mit dem Versuch, via Bussen das Budget aufzubessern, steht Luzern in der Zentralschweiz momentan allein da. Die Kantone Zug und Nidwalden kalkulieren mit weniger, Obwalden mit gleich viel Einnahmen. Die Kantone Uri und Schwyz versprechen sich zwar ebenfalls mehr Bussengelder. Die Polizisten werden die Autofahrer aber nicht schärfer kontrollieren – im Gegensatz zu ihren Kollegen in Luzern.

Dass vermehrte Kontrollen ein beliebtes Instrument für höhere Einnahmen sind, ist keine Luzerner Erfindung. Der Kanton Schwyz hat bereits bei früherer Gelegenheit zugegeben, dass sich dies lohnt. Als der damalige Kantonsrat Hermann Betschart (CVP) im Dezember 2006 den Budgetposten für neue Radargeräte streichen wollte, entgegnete der damalige Landammann Alois Christen (FDP): «Ich sage es nicht so gerne, aber die Einsparung, die Betschart mit der Budgetstreichung zu erzielen meint, holen wir im ersten Jahr wieder mit den Bussen herein. Bereits im ersten Jahr werden die Geräte bezahlt sein aus Bussgeldern.»



Leserbriefe

«Das Thema Christenverfolgung findet offenbar in unseren Gesellschaftskreisen keine Lobby.» *Peter Wettstein*



«Beherrscht von Gleichgültigkeit»: Christenverfolgung.

Stiller Schrei

Nr. 10 – «Verschwörung des Schweigens»;
Urs Gehrig über die Christenverfolgung

Zu diesem aufschlussreichen und mutigen Bericht möchte ich Ihnen herzlich danken! Das Thema Christenverfolgung findet offenbar in unseren Gesellschaftskreisen keine Lobby. Wir sind beherrscht von Gleichgültigkeit. Es ist zu hoffen, dass solche Berichte wenigstens Einzelne wachrütteln, damit dem stillen Schrei der Verfolgten endlich eine Stimme gegeben wird!

Peter Wettstein, Brütten

Als überzeugter Atheist halte ich natürlich ganz grundsätzlich nichts von allen Religionen. Dieser Bericht in der *Weltwoche* zeigt aber wieder einmal mit aller Deutlichkeit auf, welche Religion aktuell die schlimmste und rückständigste ist.

Peter Reich, Uhwiesen

Sauberere Schweizer

Nr. 9 und 10 – «Die Griechen der Schweiz»;
Andreas Kunz über die Romands

Der Verfasser des Artikels bedient für Deutschschweizer das Klischee der nicht so arbeitsseriösen Romands, was diese allerdings – offenbar auch dem Verfasser – nicht unsympathischer macht. Gleichzeitig bedient er jedoch noch ein zweites Klischee, mit dem man als Zürcher in der Romandie

immer wieder unangenehm konfrontiert wird: das Klischee vom arroganten Zürcher. Da hat der diesbezüglich vielleicht ein wenig naive Verfasser doch ein widerliches Eigentor geschossen.

Ernst Nef, Lufingen

Es braucht eine gehörige Portion Arroganz, einen solchen Beitrag zu schreiben und zu veröffentlichen. «Minderheitendiskriminierung» würde ich es nennen. Immerhin zeigt die Statistik, dass die Romands etwas mehr für Lebensmittel und Toilettenartikel ausgeben als die Deutschschweizer. Die Romands sind demnach die saubereren Schweizer, die Deutschschweizer also logischerweise die dreckigeren! Der Autor wird uns hoffentlich in Kürze die statistischen Vergleichszahlen zwischen den Deutschschweizer Kantonen liefern, damit wir dann auch wissen, wer die schlampigsten Schweizer diesseits des Röstigrabens sind!

Roland Triet, Kirchberg

Es ist doch einigermaßen erstaunlich und befremdend, dass ein gestandener Journalist rein aufgrund von Statistiken über unsere schöne und in gewissen Bereichen sehr erfolgreiche Romandie herzieht. Es scheint, als hätten wir nicht genug an allen Fronten zu kämpfen, beispielsweise gegen die vereinigten Staaten und andere nach unserem Geld gierende Länder, gegen die Überfremdung et cetera. Wieso müssen wir uns

innerhalb unseres Landes zerfleischen und Zwietracht säen zwischen den einzelnen Kulturen, die die Vielfalt der Schweiz ausmachen! Ich habe einige Jahre in der Romandie gelebt und muss nach wie vor feststellen, dass uns Deutschschweizern unsere *chers compatriotes* etwas voraus haben, was uns vollends abgeht.

Andreas Spreng, Solothurn

Im neuesten Romandie-Artikel kam ein wichtiges Element dazu, das im ersten Artikel noch schmerzlich gefehlt hatte: eine Standortbestimmung. Gewiss, am Computer in einer Zürcher Redaktion kann man allerlei Zahlen, Fakten und Statistiken sammeln – zur Beschreibung eines Landesteils braucht es aber schon ein bisschen mehr. Es stimmt schon, dass das Welschland linker und etatistischer ist; das trifft aber nicht auf alle welschen Kantone zu und auf jeden Fall nicht im selben Ausmass. Die Waadt und Genf sind seit je «napoleonistisch» geprägt, diese beiden Kantone orientieren sich deutlicher an Frankreich als andere.

Klar, sind sie etatistisch, doch sie finanzieren ihren Sozialstaat auch selber, die Waadtländer haben sogar einer «Lex Maillard» zugestimmt, die die Arbeitszeit besteuert. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass eine Minderheit sich eher anpasst als eine Mehrheit; so reden die Welschen tendenziell besser Deutsch als die Deutschschweizer Französisch. Und die Tessiner können oft gleich beide Sprachen. Selbst die Präsidenten der Bundesratsparteien bestätigen diesen Eindruck: Pelli, der Tessiner, kann zusätzlich Deutsch und Französisch; Darbellay und Levrat sind ebenfalls «Arena»-tauglich; bloss Toni Brunner redet nur Toggenburgerisch. Dazu kommt: Die Zürcher haben es fertiggebracht, dass Englisch als erste Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet wird, noch vor der Landessprache Französisch. In der Romandie wäre Englisch vor Deutsch schlicht unvorstellbar. Es stimmt auch, dass die Welschen sehr gern gegen die Deutschschweizer schimpfen; doch auch die Romands sind ein Teil der Willensnation Schweiz. Wenn sie schon eine Minderheit bilden müssen, dann lieber zusammen mit den «bourbines» in einem föderalistischen Land denn als *Quantité négligeable* in einem zentralistischen Frankreich.

Tatsache ist: Die Mehrheit der Welschen ist dankbar, dass sie nicht in der EU ist, und sie weiss auch, dass sie es den Deutschschweizern verdankt.

Frédéric Rey, Icoigne

Typisch für Zürich, dünkelfhaft und eingebildet, zum Glück sind nicht alle Zürcher so. Haben Sie einmal in einem Betrieb in der Romandie gearbeitet? Genauso kann man nicht

die Romandie in einen Topf werfen. Muss denn die ganze Schweiz nur ans Geld denken?
Ruth Tschopp, Steinen

In diesem Artikel werden die Romands als die Griechen der Schweiz bezeichnet. Diese Aussage wird bestätigt im Artikel des *Sonntagsblicks*: «Die Karte der Loser» von vorletzter Woche. Auf dieser Übersichtskarte sind die «Zahlungsstörungen» Betreibungen, Inkassofälle und Konkurse enthalten. Am stärksten betroffen sind wieder die Westschweiz und das Tessin, aber auch die Städte der Deutschschweiz. Die Menschen leben auf Pump, und dies auch dank der sozialen Fürsorge der Linken und Grünen und mit dem Wohlwollen der FDP und der CVP.
Benno Blatter, Chur

Ich möchte Sie bitten, diesen Griechen-Romands-«Zauber» unverzüglich zu beenden. Selbst im Fall, dass sachlich etwas dran sein sollte, ist die Art der Behandlung des Themas eine Zumutung. Provokation in Ehren, aber dies ist Verunglimpfung und dem Klima in unserem Land nicht förderlich. Ich schätze ansonsten die *Weltwoche* sehr. Sollte das Thema jedoch weiter «vertieft» werden, sehe ich mich gezwungen, das Abonnement zu kündigen.
Ulrich Weilenmann, Winterthur

Manchmal nervt die *Weltwoche*, wenn sie trotz anerkannter Erfolge durch den berechtigten Abschluss korruptionsanfälliger Figuren wie Zuppiger und Hildebrand wohlbekannte und dabei nicht minder abgestandene Klischees zementiert. So die Attacke gegen unsere *compatriotes romands*: Allein der Titel ist eine Frechheit, riecht stark nach Verkaufsförderung und wird der Realität nicht im Geringssten gerecht. Mit breiter Erfahrung in nationalen Wirtschaftsverbänden, im nächsten Umfeld des Bundesparlaments und mit langjährigem Wohnsitz in der Westschweiz, muss ich den im Artikel aufgetischten Insinuationen eine klare Absage erteilen: Mit Roger de Weck etwa im Service public, Jean-Luc Godard in der Kultur oder mit der ganz grossen Integrationsfigur Henri Guisan in schwierigen Momenten für unser Land hat die Romandie Köpfe hervorgebracht, die Ihre Liste mit Garbani und Co. Lügen strafen. Aus dem Artikel spricht ein grosses Quäntchen Neid, dass unsere Welschen eben Effizienz und feine Lebensart eleganter zu verbinden vermögen als östlich der Saane-Maginot-Linie.
Karl J. Heim, Binningen

Weder übergewichtig noch schlampig
Nr. 10 – «Der Cowboy aus dem Schangnau»;
Klaus Zaugg über Beat Feuz

Die *Weltwoche* schätzen wir als die Zeitung, die sich nicht auf Vorurteile und Wieder-

käueri anderer Kommentare beruft. Indes, bei der Untertitelung des Cowboys aus unserem sonst treffend beschriebenen Schangnau steigt die Galle hoch: Beat Feuz war nie und ist nicht übergewichtig oder schlampig. Schlampig kommt Ihr unprofessionelles und unkritisch überprüftes Vorurteil daher. Unpassend für Ihre Zeitung.
Veronika Oberli, Schangnau

Hätte ich es früher gewusst
Nr. 10 – «Erfolg und ewige Zweifler»;
Marco Vogelsang über die Chiropraktik

Ich kann Marco Vogelsang nur beipflichten. Die Chiropraktik ist wirksam, kostengünstig, und es braucht, wie ich selbst erfahren durfte, keine Schmerzmittel! Ich hätte mir den Umweg, verbunden mit vielen (teuren) Arztbesuchen, langer Arbeitsunfähigkeit und der Einnahme von vielen Schmerzmitteln, ersparen können, hätte ich um die Wirksamkeit der Chiropraktik früher gewusst. Bei jeglicher Art von Gelenkschmerzen werde ich in Zukunft zuerst den Chiropraktiker meines Vertrauens aufsuchen und nicht den Hausarzt. Die Krankenkassen sollten sich über jeden Patienten mit Rückenleiden freuen, welcher zuerst den Chiropraktiker aufsucht.
Kathy Kulmann, Zürich

Stadler fehlte
Nr. 10 – «Frauenkrankheit Esoterik»;
Gion Mathias Cavelti über die Esoterikmesse

Herrlich, dieser Artikel. Mir fehlte nur noch eine Ergänzung von Professor Beda Stadler.
Ruedi Kurmann, Rüti

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse:
Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf der Pöstler, der mir ein Einschreiben an die Türe bringt, neugierig in meine Wohnung linsen und mich danach darauf hinweisen, dass ich dringend mal wieder lüften sollte?
Till Schneider, Basel

Unsere Umfragen zeigen es klar: Die Kunden schätzen die Arbeit des Briefträgers sehr. Im vergangenen Jahr gaben sie den Postboten 91 von 100 möglichen Punkten. Besonders zufrieden waren die Kunden mit der Fachkompetenz und der Freundlichkeit. Der Postbote wird als zuverlässig und hilfsbereit angesehen. Zu den Aufgaben eines Postboten gehört auch die Beratung der Kundschaft – sicherlich weniger zu Fragen nach dem richtigen Lüften der Wohnung oder nach der Dekoration der Eingangshalle, sondern vielmehr zu Fragen rund um die Produkte und Dienstleistungen der Post. Nur so kann die Post die Bevölkerung ausgezeichnet bedienen!
*Nathalie Salamin,
Mediensprecherin Schweizerische Post*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Kinder für alle

Im Kanton Graubünden hat eine 66-jährige Frau Zwillinge zur Welt gebracht – dank moderner Fortpflanzungsmedizin. Dass Omas Mütter werden, liegt im Trend. Was heisst das für die Kinder? Wo liegen die Grenzen? Von Philipp Gut und Alex Reichmuth



Breite Palette an medizinischen Möglichkeiten: die Rumänin Adriana Iliescu, 72, mit ihrer Tochter, 5.

Sie wolle das Ereignis «jetzt in aller Stille geniessen», sagte die Frau nach der Geburt. Die Ruhe war von kurzer Dauer: Der Fall schaffte es auf die Titelseite des *Sonntagsblicks* und sorgte international für Schlagzeilen. «Sensation in der Schweiz», vermeldete etwa die deutsche *Bild*-Zeitung. Eine pensionierte Pfarrerin aus Grüşch im Kanton Graubünden hatte im Kantonsspital Chur per Kaiserschnitt Zwillinge geboren – im Alter von 66 Jahren. Sie ist die bisher älteste Mutter der Schweiz.

Mit natürlichen Dingen ging es dabei nicht zu. Um ihren offenbar sehr dringenden Kinderwunsch zu erfüllen, war die 66-Jährige in die Ukraine gereist, wo sie eine in der Schweiz verbotene Technologie in Anspruch nahm: die Eizellenspende. Die Mutter hat ihre Fruchtbarkeit längst verloren, und auch ein Vater ist nicht vorhanden. Dennoch kam es jetzt zur Entbindung.

Es ist eine stille, aber weitreichende Revolution im Gang: Die natürlichen Grenzen für Schwangerschaften fallen. Um Kinder in die Welt zu setzen, braucht es weder eine Frau im gebärfähigen Alter noch einen Vater, noch eine Familie (mehr). Es braucht, vor allem, geeignete Technologien und einen willigen Arzt. Prominente wie die Rocksängerin Gianna Nannini, die mit 56 Mutter wurde und schwanger auf dem Cover der italienischen *Vanity Fair* posierte, machten es vor und setzten einen Trend. Die Spanierin Carmen Bousada gebar 2006 ebenfalls im Alter von 66 Zwillinge. Sie galt damals als die älteste Mutter der Welt. Drei Jahre später starb sie.

Mittlerweile ist bereits die 70er-Grenze überschritten worden. Mütter im Greisenalter: Das ist keine Fantasie aus einem skurrilen Science-Fiction-Film, es ist Realität. Gab es vor zwei Jahrzehnten in der Schweiz erst sehr vereinzelt werdende Mütter mit Alter 50 oder

mehr, sind es heute jährlich rund ein Dutzend. Selbst Mütter über 55, die bis 1998 völlig unbekannt waren, sind keine Seltenheit mehr. Ähnlich sieht es bei greisen Vätern aus: Die Zahl der Vaterschaften im Alter von 70 plus hat 2008 erstmals die Marke von zwanzig erreicht. Auch über 80-jährige Männer mit Vaterglück kommen im Gegensatz zu früher regelmässig vor. 2008 bekam sogar ein 93-jähriger Nachwuchs. Auch hier gibt es prominente Vorbilder: Picasso etwa oder der Schweizer Dirigent Paul Sacher.

Wer ein Kind will, aber nicht auf natürlichem Weg schwanger wird, dem steht heute eine breite Palette an medizinischen Möglichkeiten offen (siehe Seite 26). Selbst wenn die Frau oder der Mann völlig unfruchtbar sind, kann ein Kinderwunsch realisiert werden: Bei Sterilität des Mannes ist eine Samenspende durch einen bekannten oder anonymen Drit-

ten möglich. Fehlen der Frau Eizellen, etwa weil sie schon über 45 ist, kann eine Spende im Ausland weiterhelfen. Auch die Leihmutter-schaft, die für Frauen ohne Gebärmutter in Frage kommt, ist in der Schweiz zwar nicht legal. Die nötigen finanziellen Mittel vorausgesetzt, kann ein Paar aber leicht andernorts eine Leihmutter finden – zum Beispiel in den USA.

Verdoppelung in wenigen Jahren

Die Angebote der Fortpflanzungsmedizin werden in der Schweiz immer stärker genutzt. Die Zahl der Frauen, die wegen einer In-vitro-Fertilisation in Behandlung stehen, hat sich seit 2002 nahezu verdoppelt. 2002 waren es 3467 Frauen, 2010 bereits 6492. Insgesamt werden mittlerweile jährlich weit über 10 000 Behandlungszyklen der In-vitro-Fertilisation gestartet (2010 waren es 10 898). Noch rasanter zugenommen haben die Versuche, mit fremdem Samen schwanger zu werden. Wurden 2002 erst 52 solche Besamungen (mit anschließender In-vitro-Fertilisation) gemeldet, waren es 2010 schon 424. Wie viele Frauen jährlich ins Ausland reisen, um sich mittels einer Eizellenspende zu behelfen, ist nicht erfasst. Laut Fortpflanzungsmediziner Peter Fehr kann deren Zahl aber auf mehrere hundert pro Jahr geschätzt werden. Noch wenig verbreitet ist die kostspielige Leihmutter-schaft, auf die pro Jahr vermutlich weniger als zehn Schweizer Paare zurückgreifen.

Technisch und medizinisch ist heute also vieles möglich. Die natürlichen Beschränkungen scheinen weitgehend aufgehoben. Wo aber liegen die moralischen Grenzen? Ist es zulässig und verantwortbar, wenn Frauen im Oma-Alter Kinder bekommen? Können sie den enormen Kraftakt überhaupt noch leisten? Und was heisst es für die Kinder, wenn sie mit Eltern aufwachsen, die möglicherweise wegsterben, bevor sie erwachsen sind?

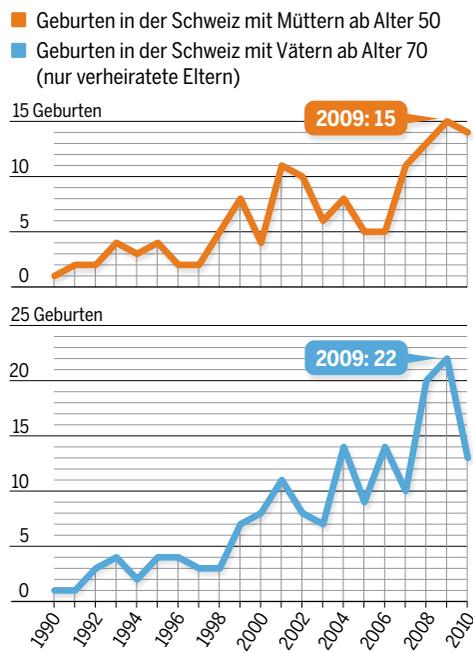
Die *Weltwoche* hat fünf Fachleute um eine Einschätzung gebeten: einen Fortpflanzungsmediziner, einen Philosophen, eine Medizinethikerin, einen Kirchenmann und einen Pädagogen und Psychologen.



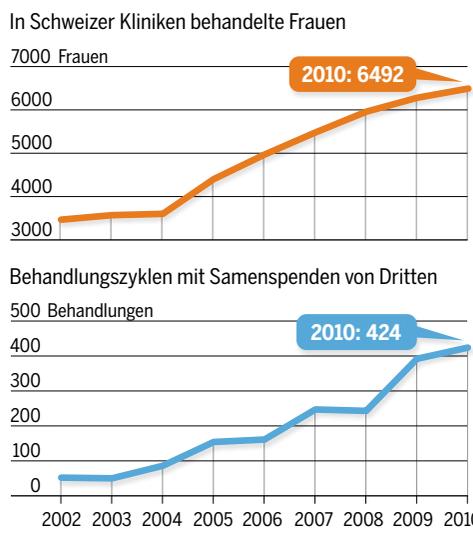
Peter Fehr, Fortpflanzungsmediziner und ehemaliger Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin. – Seine Praxis ist eine von insgesamt 25 in der Schweiz, die In-vitro-Fertilisationen durchführen. Zudem vermittelt Fehr Behandlungen im Ausland, die in der Schweiz nicht zugelassen sind: Eizellenspende und Leihmutter-schaft (die Vermittlung ist legal). Fehr lehnt eine Behandlung ab, wenn der

Mann oder die Frau «zu alt» für ein Kind sind. Vom Gesetz sei er sogar verpflichtet, einen Kinderwunsch nur dann zu erfüllen, wenn beide Eltern voraussichtlich in der Lage sind, das Kind bis zur Volljährigkeit zu erziehen. «Darum muss ich die Behandlung einer Frau mit einem 70-jährigen Partner ablehnen, selbst wenn diese erst 30 ist.» Persönlich ziehe er die Altersgrenze für werdende Väter zwischen 55 und 60. Bei Frauen, die im fortgeschrittenen Alter noch ein Kind bekommen möchten, erachtet Fehr eine Grenze zwischen 45 und 50 als sinnvoll, wobei es auf die physische Verfassung der Frau ankomme. Für eine fitte 49-jährige könne eine Schwangerschaft mittels Eizellenspende unter Umständen sinnvoll sein, für eine 46-jährige mit Übergewicht und hohem Blutdruck jedoch nicht. Eine 66-jährige mit Kinderwunsch würde Fehr auf keinen Fall behandeln. Und auch nicht vermitteln.

Alte Mütter und Väter in der Schweiz



In-vitro-Fertilisation



Rasante Zunahme.

Mann oder die Frau «zu alt» für ein Kind sind. Vom Gesetz sei er sogar verpflichtet, einen Kinderwunsch nur dann zu erfüllen, wenn beide Eltern voraussichtlich in der Lage sind, das Kind bis zur Volljährigkeit zu erziehen. «Darum muss ich die Behandlung einer Frau mit einem 70-jährigen Partner ablehnen, selbst wenn diese erst 30 ist.» Persönlich ziehe er die Altersgrenze für werdende Väter zwischen 55 und 60. Bei Frauen, die im fortgeschrittenen Alter noch ein Kind bekommen möchten, erachtet Fehr eine Grenze zwischen 45 und 50 als sinnvoll, wobei es auf die physische Verfassung der Frau ankomme. Für eine fitte 49-jährige könne eine Schwangerschaft mittels Eizellenspende unter Umständen sinnvoll sein, für eine 46-jährige mit Übergewicht und hohem Blutdruck jedoch nicht. Eine 66-jährige mit Kinderwunsch würde Fehr auf keinen Fall behandeln. Und auch nicht vermitteln.

Es gelte zudem, die soziale Situation eines Paares zu beachten. Wichtig sei vor allem, dass beide Partner den Kinderwunsch teilten. «Stelle ich fest, dass ein Mann, der zum Beispiel aus einer ersten Ehe schon zwei Kinder hat, nur seiner neuen Partnerin zuliebe nochmals in Nachwuchs einwilligt, lehne ich eine Behandlung ab.» Skeptisch wird Fehr auch, wenn er eine «Bedienermentalität» feststellt – zum Beispiel, wenn ein Paar ausdrücklich einen Sohn oder eine Tochter wünsche. Insbesondere bei türkischen Familien komme es vor, dass der Mann einen Stammhalter möchte: Mädchen unerwünscht.



Otfried Höffe, Philosoph und Präsident der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK). – «Die 66-jährige Mutter setzt ihre Kinder einer geballten Ladung von Erschwernissen aus», sagt Professor Höffe. Es handle

sich um eine «gespaltene Mutterschaft»: Die biologische und die soziale Mutter sind nicht dieselbe (die Eizellen stammen ja von einer Drittperson). Auch ein Vater sei nicht vorhanden. Früher oder später werde das den Kindern bewusst, und sie wollten wissen, wer ihre biologischen Eltern seien.

Kinder sollten wenn immer möglich mit Mutter und Vater aufwachsen. Gerade in den «sensiblen und prägungstärksten Jahren» der frühen Kindheit, später der Pubertät, sei es wichtig, dass die Kinder männliche und weibliche Vorbilder hätten. Man müsse sich im Fall der 66-jährigen Mutter fragen, ob die Kinder nicht «instrumentalisiert» würden. Die Mutter denke wohl vor allem an ihr persönliches Glück – wobei fraglich sei, ob sie wirklich auf Dauer glücklich werde. Kinder aufzuziehen, sei sowohl erfreulich als auch gelegentlich anstrengend. Es sei zweifelhaft, ob eine Mutter im Pensionsalter noch die dafür nötige Vitalität und Gelassenheit aufbringe, sagt Höffe.

Hat die bislang älteste Schweizer Mutter aus vorwiegend egoistischen Motiven gehandelt? Höffe drückt es so aus: «Sie hat sich einen akuten Wunsch erfüllen wollen.» Dabei gehöre es zum menschlichen Leben, «verzichten zu lernen». Die 66-Jährige hingegen liefere das Beispiel eines «eklatanten Nicht-Verzichts». Für Höffe ist klar: «Man sollte biologische Grenzen ernst nehmen und sich nicht leichtfertig über sie hinwegsetzen.» Zwar habe sich eine liberale Demokratie mit Verboten zurückzuhalten. Es gebe aber «starke moralische Bedenken», die gegen künstliche Schwangerschaften im fortgeschrittenen Alter sprächen. Die Schweizer Ärzte orientierten sich denn auch an einer Altersgrenze von

Kinder aus dem Reagenzglas

Was tun, wenn sich keine Schwangerschaft einstellt?
Die wichtigsten Methoden – und wer sie bezahlen muss.



6000 bis 9000 Franken: In-vitro-Fertilisation.

Hormonelle Stimulation

Die Frau lässt sich Hormone spritzen oder nimmt diese in Tablettenform ein. Damit wird versucht, die Fruchtbarkeit der Frau zu erhöhen. Die Behandlung verdoppelt ungefähr die Chance, schwanger zu werden – was in den meisten Fällen aber nicht ausreicht. Die Stimulation wird typischerweise über vier bis sechs Monate fortgesetzt und kostet zwischen 200 und 500 Franken pro Monat. Diese Kosten werden von der Krankenkasse übernommen.

Insemination

Das Spermium des Mannes wird direkt in die Gebärmutter der Frau gespritzt. Die Chance, schwanger zu werden, beträgt pro Versuch durchschnittlich 10 bis 15 Prozent. Eine Insemination kostet 300 bis 400 Franken pro Versuch. Die Krankenkasse bezahlt maximal drei Versuche pro angestrebte Schwangerschaft.

In-vitro-Fertilisation

Durch einen operativen Eingriff entnimmt man der Frau mehrere Eizellen. Diese werden ausserhalb des Körpers («im Glas») mit dem Spermium des Mannes zusammengebracht und befruchtet. Innerhalb einiger Tage entwickeln sich die befruchteten Eizellen zu Embryonen. Anschliessend bekommt die Frau einen Embryo oder mehrere Embryonen in die Gebärmutter eingesetzt. Die Chance einer erfolgreichen Geburt beträgt pro eingesetzten Embryo 15 bis 20 Prozent. Um das Risiko von Mehrlingsgeburten zu begrenzen, dürfen nicht mehr als drei Embryonen verwendet wer-

den. Im Schnitt werden zwei Embryonen eingesetzt. Das Missbildungsrisiko beim Kind ist nicht höher als bei natürlicher Empfängnis. In-vitro-Fertilisation wird in der Schweiz in einer von 25 spezialisierten Kliniken durchgeführt und kostet 6000 bis 9000 Franken pro Versuch. Die Methode ist nicht kassenpflichtig.

Fremdsamenspende

Ein Dritter spendet sein Spermium. Spendet er anonym, sind seine Personalien beim Bundesamt für Justiz registriert. Anschliessend erfolgt eine Insemination oder eine In-vitro-Fertilisation. Fremdsamenspende ist in der Schweiz nur verheirateten Paaren erlaubt. Die Erfolgchance liegt bei etwa 20 Prozent pro Versuch. Jeder Versuch kostet zwischen 800 und 1000 Franken. Die Kosten für eine Insemination mit Fremdsamen werden von der Krankenkasse übernommen (maximal drei Versuche), nicht aber diejenigen für eine In-vitro-Fertilisation. Das Kind hat mit achtzehn Jahren das Recht, die Personalien des biologischen Vaters einzusehen und allenfalls eine Zusammenführung zu verlangen.

Eizellenspende

Einer anonymen Spenderin werden Eizellen entnommen, die mittels In-vitro-Fertilisation mit dem Spermium des Mannes befruchtet und anschliessend der Frau eingesetzt werden. Die Methode eignet sich für Frauen, die aus medizinischen Gründen oder altershalber keine eigenen Eizellen (mehr) haben. Eizellenspende ist in der Schweiz nicht erlaubt, jedoch in den meisten übrigen europäischen Staaten und in den USA. Die Erfolgchance pro Versuch beträgt mindestens 60 Prozent. Die Kosten betragen 10 000 bis 30 000 Franken.

Leihmutterchaft

Einer Dritten werden befruchtete Eizellen des Paares mit Kinderwunsch eingesetzt. Die Leihmutter bringt das Kind zur Welt und übergibt es anschliessend dem Paar. Die Methode eignet sich, falls die Frau keine Gebärmutter (mehr) hat. Leihmutterchaft ist weder in der Schweiz noch in den meisten europäischen Staaten erlaubt, jedoch in den USA. Die Kosten betragen etwa 100 000 Franken. *Alex Reichmuth*

45 Jahren, was ungefähr dem Ende der natürlichen Fruchtbarkeit entspricht. Eine «vernünftige Regel», findet Höffe.



Nikola Biller-Andorno, Direktorin des Instituts für Biomedizinische Ethik an der Universität Zürich. – Eine ganz andere Auffassung vertritt Höffes Kollegin Nikola Biller-Andorno. «Ich wundere mich, wo der Skandalwert liegen soll», sagt sie zum Fall der rekord-

alten Bündner Mutter. Über Väter im Seniorenalter rege sich auch niemand auf. Biller-Andorno will von Verboten und Altersgrenzen für künstliche Befruchtungen nichts wissen. Das Alter dürfe «kein Ausschlusskriterium» sein. Die Tatsache, «dass wir es einfach nicht gewohnt sind, dass Frauen jenseits der Menopause Kinder kriegen», sei kein Argument gegen Schwangerschaften in fortgeschrittenen Jahren.

«Wer soll das Recht haben, die Voraussetzungen für eine Elternschaft zu prüfen?», fragt die Medizinethikerin. Die Verantwortung liege bei den Eltern. Und bei den Ärzten, die eine Entscheidung für eine künstliche Befruchtung «auch mit ihrem Gewissen vereinbaren können müssen». Ob eine Geburt auf natürlichem Weg geschehe oder nicht, könne «moralisch nicht in Anschlag gebracht wer-

«Wer soll das Recht haben, die Voraussetzungen für eine Elternschaft zu prüfen?»

den». Mit andern Worten: Eine Geburt werde nicht deshalb fragwürdig, weil sie mit technischen Hilfsmitteln zustande kommt. Normen und Traditionen müssten immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie nicht diskriminierend seien, sagt Biller-Andorno. Auch das Argument «Kindeswohl» pariert sie kritisch: Die Antwort auf die Frage, worin dieses Wohl bestehe, hänge stark davon ab, «wie sich die Leute die Welt vorstellen». Das Wort lade zum Missbrauch geradezu ein. Eine Einschränkung macht Biller-Andorno aber doch: «Ich würde nicht so weit gehen, Designerbabys zu befürworten», sagt sie. Wenn jemand etwa nur Kinder mit hellblauen Augen wollte, käme das für sie nicht in Frage. Die Grenzen der Reproduktionsmedizin seien dann erreicht, wenn diese in den Dienst eugenischer Vorhaben gestellt oder wenn mit «individuellem Leben sorglos experimentiert» werde.

Christoph Casetti, Bischofsvikar und Domherr von Chur. – Reproduktionstechnischen Massnahmen grundsätzlich ablehnend ge-



genüber steht Christoph Casetti. Der Priester und Domherr von Chur ist zuständig für Ehe- und Familienangelegenheiten im Bistum von Vitus Huonder. Dass Frauen im Pensionsalter noch Mütter werden, sei «ethisch nicht vertretbar», sagt er. Dagegen

spreche «die Art und Weise der Zeugung und das Wohl der Kinder». Aus kirchlicher Sicht habe «jeder Mensch das Recht, aus einer liebenden Vereinigung von Mann und Frau gezeugt zu werden. Bei der Reproduktionsmedizin ist das ausgeschlossen.» Ausserdem sei diese «embryoverbrauchend», so Casetti.

Die Grenzen der Mutterschaft würden bestimmt durch die «natürliche Fruchtbarkeit der Frau». Das Argument, ältere Männer könnten ja auch noch Kinder zeugen, also solle betagten Frauen ebenfalls die Möglichkeit der Mutterschaft eingeräumt werden, weist Casetti zurück: «Es liegt in der menschlichen Natur – christlich gesprochen: in der Schöpfungsordnung –, dass sich die Fruchtbarkeit von Mann und Frau unterscheiden.» Der physische Beitrag des Mannes zur Zeugung eines Kindes sei auch geringer als derjenige der Frau: «Eine Schwangerschaft und eine Geburt verlangen einen unvergleichlich grösseren körperlichen Einsatz als die Samenspende.»

Problematisch am Fall der 66-jährigen Mutter sei aber nicht nur die Art und Weise der Zeugung, sondern auch der Umstand, dass die Kinder eine Mutter bekämen, die «bei der Geburt schon im Alter einer Grossmutter ist». Hinzu komme, dass ein Vater fehle – eine Abwesenheit mit Folgen: «Denn Vater und Mutter vermitteln verschiedene Lebenskompetenzen.»



Allan Guggenbühl, Psychologe und Pädagoge. – Guggenbühl steht alten Eltern skeptisch gegenüber. Wer mit über 50 oder sogar über 60 ein Kind bekomme, müsse damit rechnen, seine Rolle als Vater oder Mutter später nur eingeschränkt wahrnehmen zu können. Dabei denkt der Pädagoge weniger ans Fussballspiel, bei dem der Papi im Pensionsalter nicht mehr mithalten kann, sondern an dessen Autorität als Erzieher. «Man stelle sich einen 15-jährigen vor, der seine Grenzen testen will. Ein 80-jähriger Vater ist physisch kaum mehr in der Lage, die Energie für entsprechende Auseinandersetzungen aufzubringen.» Oft müssten Personen aus

Entwicklung zu Geburten im Senioren-, ja gar im Greisenalter scheint eine weit ausgreifende Anspruchshaltung zu stehen, der manche im Zeitalter der Frauenemanzipation und der politischen Korrektheit nichts entgegenzusetzen wagen. Man macht sich nicht unbedingt beliebt, wenn man, wie Domherr Casetti, auf die biologischen Unterschiede von Mann und Frau hinweist. «Der Wunsch nach einem Kind kann nicht seine <Produktion> rechtfertigen», heisst es in der Instruktion *Dignitas Personae* über Fragen der Bioethik, die die vatikanische Kongregation für die Glaubenslehre im Jahr 2008 herausgegeben hat.



Mutter mit 56: Sängerin Nannini.

dem familiären Umfeld dann Erziehungsfunktionen übernehmen, oder diese würden gar nicht wahrgenommen.

Eltern im Rentenalter hätten zwar oft den Vorteil, für ihre Kinder mehr Zeit als jüngere Leute aufbringen zu können, sagt Guggenbühl. Umgekehrt schämten sich Kinder oft, wenn ihr Vater oder ihre Mutter sehr alt sei. Ein weiteres Problem betagter Eltern bestehe darin, dass ihre Kinder sie oft schon im frühen Erwachsenenalter pflegen müssten.

Unter den Experten gehen die Meinungen auseinander, Journalisten und Kommentatoren hüten sich vor kritischen Einlassungen zum Fall der 66-jährigen Mutter. «Verurteilen darf man nicht», titelte der *Blick*. «Falsche Empörung über eine Mutter im Pensionsalter», rügte die *NZZ am Sonntag*. Tatsächlich?

Die Bevölkerung jedenfalls sieht es anders. Mutterschaft im Oma-Alter, das gehe «auf keinen Fall», fanden 4056 von 4976 Lesern einer *Sonntagsblick*-Umfrage, was einem Nein-Stimmen-Anteil von 81 Prozent entspricht.

Es stimmt zweifellos: Die ihm von der Natur gesetzten Grenzen hat der Mensch in seiner Geschichte immer wieder hinausgeschoben und überwunden. Das gehört zu seinem Wesen, im Gegensatz zu anderen Lebewesen, die in ihren natürlichen Grenzen gefangen bleiben. Dennoch muss es erlaubt sein, den Trend zu immer älteren Eltern in Frage zu stellen. Was zählt mehr, Selbstverwirklichung oder das (vermutete) Wohl der Kinder? Ego-Trip oder Verantwortung?

Kinder zu kriegen, stellt Jugendpsychologe Guggenbühl fest, verkomme immer mehr zu einem «Projekt». Sie sollten aber nicht «Teil der Selbstverwirklichung oder des persönlichen Lebensplans» der Eltern sein, sondern «einfach Kinder sein können». Hinter der

Die öffentliche Diskussion vermittelt bisweilen den Eindruck, als gebe es so etwas wie ein «Recht» auf ein Kind. Kinder zu haben, wird als universales Gut betrachtet, auf das jeder und jede Anspruch hat: Kinder für alle. «Wenn junge Frauen Kinder kriegen dürfen, dann darf ich das als ältere Frau auch. Wenn Männer noch mit 70 Väter werden, dann will ich das in diesem Alter ebenfalls»: so lautet der Tenor. Zu dieser Haltung passt, dass auch Schwule und Lesben darauf pochen, Kinder adoptieren zu dürfen. Sie verweisen gern darauf, dass es auch sonst vorkomme, dass Kinder ohne Mutter (oder Vater) aufwachsen. Dem ist so. Doch lassen sich aus Ausnahmefällen und Defiziten Normen und Ansprüche ableiten? Soll man sich an gesellschaftlichen Mängeln orientieren?

Einleuchtend wirkt eher das Gegenteil: Es gibt kein Recht auf ein Kind. Aber es gibt das Recht der Kinder auf Eltern, die ihre Verantwortung wahrnehmen, auf einen Vater und eine Mutter, die da sind – bis zur Volljährigkeit und so weit wie möglich darüber hinaus. Wer mit 66 gebiert, nimmt zumindest in Kauf, dass er die Verantwortung für den «eigenen» Nachwuchs in absehbarer Zeit abtritt. Die Grosseltern, die nach jüngsten Studien für die Entwicklung der Kinder ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, kommen dafür nicht in Frage, wenn bereits Wöchnerinnen AHV beziehen.

Das Kind als Ego-Projekt und ultimativer Selbstverwirklichungs-Trip: Zu dieser Entwicklung trägt der Staat bei, indem er Infrastrukturen bereitstellt und (falsche) Anreize schafft. Die 66-jährige Mutter aus Grüşch durfte im Kantonsspital Chur auf Kosten der Krankenkasse einen Kaiserschnitt für ihre Wunschzwillinge vornehmen lassen. Obwohl die Eizellenspende in der Schweiz verboten ist, kommt die Allgemeinheit für die Folgekosten auf, Komplikationen inbegriffen.

Sollte die Pension der Frau nicht ausreichen, um ihre Kinder durchzubringen, kann sie auf staatliche Sozialleistungen zählen. Krippen werden subventioniert, die entsprechenden Kosten lassen sich von den Steuern abziehen. Und sollte die Mutter die Volljährigkeit ihrer Kinder nicht mehr erleben: Vater Staat wird auch dann – gleichsam als Ersatzmutter – zur Stelle sein.

○

Die Stunde des Romantikers

Für die meisten war sein Sieg überraschend. Nicht für Franz Weber selbst. Der Umweltaktivist war überzeugt, dass es diesmal klappen würde. Auch nach seinem grössten Triumph lässt der 84-Jährige die Fragen zur Umsetzung der Initiative offen. Von Florian Schwab



Eine Art Inspektor Columbo der Umweltbewegung: Initiant Franz Weber.

In den letzten 24 Stunden war er der gefragteste Mann der Schweiz. Ein grosses Porträt in der Sendung «10 vor 10», dann ein Interview in der Talk-Sendung von Roger Schawinski: Der grossgewachsene Initiant der Zweitwohnungs-Initiative ist allgegenwärtig in den Medien. Ein gewisser Reiz des Authentischen begleitet ihn und macht selbst aus Schawinski einen handzahmen Befrager. «So eine Aufmerksamkeit hatte ich noch nie», freut sich Franz Weber. Die *Weltwoche* begleitet ihn auf dem Rückweg vom Leutschenbach nach Bern, wo er einen weiteren Fernsehauftritt in der Nachrichtensendung der TSR hat. Ausnahmsweise ist Weber im Auto unterwegs, chauffiert von seinem Schwager. «Sonst schaffe ich die ganzen Termine nicht», merkt er fast entschuldigend an. Normalerweise fahre er «natürlich» Zug.

Die Anstrengung des vergangenen Tages ist ihm anzumerken. Nach der Feier in Bern hat er sich zuhause mit seiner Familie «eine Flasche Champagner» gegönnt, was gut zu seinem Auftreten passt, das an einen französischen Landadeligen erinnert: stets gut gekleidet, mit Krawatte und wallendem weissen Haar. Weber ist durch und durch frankophil, hat sich in Montreux in der Westschweiz niedergelassen. Gerne lässt er sich im Trenchcoat fotografieren als eine Art Inspektor Columbo der Umweltbe-

wegung: ein unerschrockener Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit dem Bösen. Mit den Unterschieden, dass Weber stattlicher und weniger tapsig ist und dass er keine Kriminaldelikte aufklärt, sondern sich «Spekulanten» und «Baulöwen» entgegensetzt, wo sie «Naturfrevel» begehen.

Vor Jahrzehnten wurde Weber in einem Walliser Gasthaus von der Serviertochter mit einem Eimer Gülle übergossen; in Turin manipulierten Unbekannte die Bremsen seines Wagens. Solchen Attacken setzen sich die sogenannten Umweltschützer aus der bequemen Parteien- und Verbandswelt des linksgrünen Lagers heute nicht mehr aus, über die ein harter Kerl wie Weber sich im Stillen amüsiert. Anders als sie besitzt Weber keine Ferienwohnungen. Er ist authentisch.

Volkes Seele auf Webers Seite

Die 60er, 70er und 80er Jahre waren die Zeit seiner grössten Popularität und seiner grössten Kampagnen: «Naturfrevel in Surlej», «Rettung» des waadtländischen Weinbaugebietes Lavaux, der Donau-Auen, der Stadt Delphi. Nach der Basler Kindheit in Kriegszeiten und einer Ausbildung zum Kaufmann ging er nach Paris. Er erkannte, dass seine Wortgewalt ihn für den Journalismus qualifizierte. Seine gefragten Reportagen verkaufte

er nach ganz Europa: Weber war um 1960 ein gemachter Mann, ein Star-Journalist.

Doch dann folgte das Erweckungserlebnis, nach dem Weber unter materiellen Einbussen den Journalismus an den Nagel hängte: In Surlej, inmitten der Oberengadiner «Gotteslandtschaft» hatte man «den hässlichsten Parkplatz der Schweiz» gebaut. Weber ist überzeugt, dass ohne seinen damaligen Kampf gegen die «Zubetonierung des Engadins» das Tal mittlerweile eine durchgehende Stadt wäre, die von Maloja im Oberengadin bis nach Martina im Unterengadin reicht. Bei «Natur- und Kulturfrevel» war Weber zur Stelle. «Man hat mich gerufen», sagt er. Andere sagen, dass sich Weber vielfach das Ziel seiner Kampagnen selber ausgesucht hat und es mit den Fakten nicht immer genau nahm. In einer grossen Polemik Ende der 80er Jahre befand er sich mit Felix E. Müller (damals *Weltwoche*, heute *NZZ am Sonntag*) in einer juristischen Auseinandersetzung wegen solcher Vorwürfe. Weber sagt, er habe vor Gericht gewonnen. Die Nachrichtenrecherche zeigt, dass man sich vor Gericht verglichen hat.

Auch heute ist Weber, der ursprünglich Schriftsteller werden wollte, kein Mann der harten Fakten und Argumente. Fragen zur Umsetzung der Initiative beantwortet er aus Prinzip nicht, weicht aus auf die Forderung, das «Zubetonieren» und die «Verschandelung» müssten aufhören. Auch die Feststellung, dass die betroffenen Gebiete (inklusive das Weber so vertraute Silvaplana im Engadin) gegen seinen Vorschlag gestimmt haben, kümmert ihn wenig: «Meine stärkste Unterstützung kam aus dem Engadin.» Ob es staatspolitisch bedenklich sei, dass die urbane Stadtbevölkerung den Bergkantonen derartig in die Parade fährt und für wirtschaftliche Einbussen in den Bergkantonen sorgt? Selbe Antwort wie vorher.

Dem Gesamtkunstwerk Franz Weber geht es nicht um technische Details. Es geht ihm um das grosse Symbol, die grosse Geschichte. Einmal mehr hat er dem Schweizer Stimmvolk seine Geschichte erzählt von den Spekulanten, welche die Natur verschandeln, und von sich selbst, Franz Weber, dem unerschrockenen Kämpfer gegen den «Naturfrevel». Diesmal ist er erhört worden. Weber spürt in dem Entscheid «Volkes Seele». Was heisst das? «Schwer zu sagen. Es ist ein Gefühl.» Den Sieg reklamiert er nicht für sich: «Der Sieg gehört dem Schweizervolk.» ○

Abschied vom Heimetli

Der Kanton Wallis hat die Beschränkung von Zweitwohnungen haushoch abgelehnt. Nur der legendäre Hotelier Art Furrer hatte sich für ein Ja eingesetzt. In seinem Resort auf der Riederalp erklärt er, warum das Resultat «die nötige Lawine ins Rutschen bringt». Von Andreas Kunz

Er habe sich schwergetan, dann aber doch ja gestimmt. Für eine Beschränkung von Ferienwohnungen und Chalets auch hier in seiner Walliser Heimat, der Riederalp, «Top of Aletsch». Art Furrer, 75, Besitzer mehrerer Hotels und Restaurants, Selfmade-Millionär und Bilderbuch-Bergler, sagt in breitem Walliserdeutsch: «Es musste sich etwas ändern. Ohne diesen Entscheid des Schweizer Volks käme die nötige Lawine nicht ins Rutschen.»

Furrer kommt direkt von der Piste, er trägt für einmal Helm statt Cowboyhut, Tausende Tage Höhensonne sind in seinem Gesicht gespeichert. Mit den Skischuhen stapft er durch den Schnee hinein in die «Art-Furrer-Stube» im «Art Furrer Resort», wo er einen «Art-Furrer-Wii» offeriert. «Zum Gügele braucht's aber auch ein bisschen Käse, gäled?», sagt der Patron und bestellt einen Walliserteller dazu.

Natürlich würden die Bergkantone jetzt jammern und sich über die Unterländer beklagen, die für das knappe Ja an der Urne verantwortlich sind. «Vor allem hier im Wallis», sagt Furrer, wo er «fast der Einzige» gewesen sei, der nicht gegen die Initiative Stimmung gemacht habe. Gerade einmal 26,2 Prozent der Walliser haben ein Ja eingelegt. 61.000 Zweitwohnungen sind bereits gebaut im ganzen Kanton, womit deren Anteil am Wohnungsbestand mit 35,7 Prozent schon heute weit über der vom Stimmvolk beschlossenen Beschränkung von 20 Prozent liegt. Furrer zeigt auf ein Bild von Regierungsrat Jean-Michel Cina (CVP) in der Montagsausgabe des *Walliser Boten*. Darunter das Zitat: «Die Städter hätten es auch nicht gerne, würden wir über ihre eigenen Entwicklungen entscheiden.» Der Hotelier lacht und verwirft die Hände: «Das ist typisch, aber völlig falsch. Wir fühlen uns ja auch nicht diskriminiert, wenn die Unterländer zu uns kommen und ihr Geld ausgeben.»

Art Furrer gehören auf der Riederalp mehr Betten, als alle anderen Hotels zusammen besitzen. Er hat den Boom im Wintersportort ausgelöst, nachdem er in den Siebzigern aus den USA zurückgekehrt war, sich ein Grundstück erworben und darauf sein erstes Hotel gebaut hatte. Elf Franken hat er damals pro Quadratmeter bezahlt – heute liegt der Preis bei über tausend Franken. «Ich besitze immer noch viel Bauland, das ich teuer verkaufen könnte», sagt Furrer. Ein Nein zur Initiative wäre deshalb besser gewesen für ihn. «Mittel- und langfristig wird sich die Beschränkung aber auch für mich lohnen.»



«Fürchterliche Klötze»: Selfmade-Millionär Furrer.

Er nimmt einen Schluck Wein, legt sein iPhone beiseite und beginnt jetzt auf sympathische Bergler Art zu poltern. Es gebe schon zu viele *Nächter* hier, sagt Furrer, und es brauche nicht noch mehr Chalets für «pauschal besteuerte Ausländer, die höchstens einmal im Jahr auftauchen». Solche Beispiele machten ihn wütend – «das geht doch nicht, gäled?» Die Berggebiete hätten es «total übertrieben» in den letzten Jahren, man habe «betrogen und beschissen», noch aus dem «letzten *Berghüttli* ein Restaurant» gebaut und teils «fürchterliche Klötze» aufgestellt. Daran verdient hätten aber vor allem die Immobilienfirmen und -händler sowie das Baugewerbe. «Das Dorfleben und die Gemeindekasse profitierten davon wenig.»

Das perfekte Skigebiet

Furrer nimmt ein Stück Käse, das die Service-dame auf seinen Wunsch in winzige Quadrate geschnitten hat («Das ist viel besser so als gehobelt»). Die Analyse geht weiter: «Unsere Wintersportorte stagnieren. Skifahren ist teuer geworden. Noch mehr Gäste können nicht mehr erreicht werden.» Die einzige Lösung heisse: Qualität. – «Und was ist Qualität?» Er gibt die Antwort gleich selbst und zeichnet in Gedanken das perfekte Skigebiet «mit intakter Natur, Ruhe für Menschen wie

Tiere, schönen Hotels mit geräumigen Zimmern, Wellness-Angebot und Beizen mit unterschiedlichem Angebot».

Der Auftrag heisse jetzt: sanieren! Vor allem das Baugewerbe müsse «den Schalter umlegen». Es gebe genügend Chalets, die in «himmeltraurigem Zustand» seien, sagt Furrer. Auch die Hotels müssten zulegen, fügt er selbstkritisch hinzu. Nicht jeder brauche sein eigenes Heimetli in den Bergen, sondern die Touristen könnten sich auch in einem «gediegenen Gasthaus» wohl fühlen. «Die Gemeinden profitieren davon mehr. Im Gegensatz zu Chalets schaffen Hotels Arbeitsplätze im Dorf, sie zahlen Steuern und Abgaben.»

Die Flasche Wein ist beinahe leer, aus Furrer sprudelt es weiter heraus, er erzählt ein Beispiel aus seinem Resort: Nestlé-Präsident Peter Brabeck habe sich statt eines Grundstücks einige Suiten in seinem Hotel gekauft. Er habe darauf bestanden, dass Furrer die Zimmer auch den anderen Gästen vermiete, wenn er selbst nicht anwesend sei. «Ein kaltes Bett in den Bergen zu besitzen, war Brabeck ein Graus.» Und für ihn, den Einheimischen, habe sich der Deal ebenfalls gelohnt.

Es beginnt zu dunkeln, Furrer zieht die Skijacke an und stapft voraus. «Jetzt müssen wir uns halt alle wieder nach der Decke strecken, und dann kommt's gut.» ○

Es bleibt die Farbe Grün

Die Grünliberalen versprechen, umweltpolitische und liberale Anliegen zu verbinden. Im Parlament stimmen sie jedoch auffällig oft für mehr Staat. *Von Kari Kälin*



«Vielleicht etwas unschön»: Grünliberale Nationalräte Weibel, Moser, Bäumle (v.l.).

In finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen, sagt Parteipräsident Martin Bäumle, positioniere sich die Grünliberale Partei (GLP) klar und kriegten «Haue von links». Dafür ernte sie Komplimente von rechts. «Die Linken haben nicht viel zu lachen. GLP scheint SVP rechts überholen zu wollen», twitterte der Zürcher SVP-Kantonsrat Claudio Zanetti. Der Anlass: In der Budgetdebatte stutzte die grünliberale Fraktion zusammen mit den bürgerlichen Parteien den Voranschlag des Regierungsrats um 350 Millionen Franken zurück. Als im letzten Sommer eine bundesrätliche Intervention gegen den starken Franken zur Debatte stand, sagte Bäumle in der *Neuen Luzerner Zeitung*: «Die Politik kann und soll nicht zu viel tun gegen den starken Franken.» Für den vergangenen Abstimmungssonntag hatten die Grünliberalen mehrheitlich die gleichen Parolen wie die Bürgerlichen gefasst: Nein zur Zweitwohnungsinitiative, Nein zu sechs Wochen Ferien für alle, Nein zur Buchpreisbindung.

Das Etikett «grünliberal» ist ein Erfolgslabel. An den eidgenössischen Wahlen segelte die Bäumle-Partei mit der Verheissung, ökologische Anliegen ohne wirtschaftsfeindliche Politik zu vertreten, zu einem bemerkenswerten Erfolg. Sie legte von 1,4 auf 5,4 Prozent zu und stellt neu zwölf National- und zwei Ständeräte. Doch wie freiheitlich tickt die Partei wirklich? Ist «liberal» mehr als eine Wort-

hülse, mit der sich erfolgreich Politmarketing betreiben lässt? Steht die GLP konsequent für weniger Staat? Stemmt sie sich gegen linke Anliegen? Diese Fragen sind wichtig. Immerhin können die grünliberalen Stimmen mittlerweile den Ausschlag geben, ob ein Geschäft nach links oder rechts kippt.

Mehr Lohn für sich selber

Ein Blick auf die laufende Session liefert ein ernüchterndes Bild. Bei zahlreichen Geschäften politisiert die GLP im Gleichtakt mit den Linken und Etatisten anderer Parteien. Eine Bonus-Steuer als direkter Gegenvorschlag zur «Abzocker»-Initiative? Für Martin Bäumle wäre dies «vielleicht etwas unschön», wie er in der Ratsdebatte sagte. Die GLP aber wolle ein «Pfand behalten, um gegen die Minder-Initiative etwas Ernsthaftes in der Hand zu haben». Nur dank der geschlossenen Stimmen der GLP winkte der Nationalrat die Steuer mit 100 zu 87 Stimmen durch. Gabi Huber, Urner Nationalrätin und Fraktionschefin der FDP, geisselt diese Position als «eklatantes Beispiel für eine nichtliberale Haltung». Die Kritik erstaunt nicht. Die Grünliberalen machen der FDP, die sich als liberales Original versteht, liberale Wählerstimmen streitig.

Die Liste der Beispiele, in denen die GLP nach mehr Staat ruft, lässt sich verlängern: Geschlossen votierte sie im Nationalrat für das

Präventionsgesetz, mit dem der Bund die Volksgesundheit fördern will. Der Zürcher GLP-Nationalrat Thomas Weibel hält «viele Leute» für «kaum mehr in der Lage, die geforderte Eigenverantwortung auch wirklich wahrzunehmen». Mit grünliberalem Support sprach sich die Grosse Kammer für eine direkte staatliche Medienförderung aus. Auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört für die GLP als «Staatsaufgabe» in der Bundesverfassung festgeschrieben. Gutgeheissen hat sie überdies – in bester Gesellschaft mit FDP, CVP und BDP – die Aushöhlung des Bankgeheimnisses. Demnach dürfen die USA künftig Gruppenanfragen ohne Nennung von Namen an die Schweiz richten, um Steuersünder aufzustöbern.

Bei der Lohnerhöhung für Parlamentarier weibelten grünliberale Politiker an vorderster Front. Fraktionschefin Tiana Angelina Moser fand es zwar «unsympathisch und störend», fürs eigene Portemonnaie zu politisieren. Doch dann klagte sie, die Grünliberalen würden alle vier Jahre einen «stattlichen Anteil des Einkommens in die Wahlkämpfe investieren». Mit 78 zu 74 Stimmen sträubte sich jedoch die Ratsmehrheit gegen mehr Geld für die eigene Tasche. Dass die GLP für den Atomausstieg, mehr Umweltschutz und ergo mehr Regulierungen plädiert, versteht sich von selbst. «In Fällen, in welchen ökologische und ökonomische Ziele als unvereinbar erscheinen, wird ersteren der Vorrang gewährt», schrieb die GLP des Kantons Zürich 2006 in einem Positionspapier. Wer sich durch die Vorstösse der grünliberalen Bundesparlamentarier klickt, sucht vergebens nach Ideen für weniger Staats-tätigkeit. Auf TeleZüri pries Parteipräsident Bäumle neulich die Aufstockung der Entwicklungshilfe sogar als Mittel, Wirtschaftsflüchtlinge von der Schweiz fernzuhalten.

Dass die GLP nur bedingt liberal ist, bestätigt eine Untersuchung des Zürcher Politforschers Michael Hermann. Hermann wertete 400 Abstimmungen der vergangenen Legislatur aus und kam im letzten August zum Schluss, dass sich die Grünliberalen im Liberalitäts-Rating lediglich im Mittelfeld befinden – sowohl in wirtschaftlichen als auch in gesellschaftlichen Fragen. Am wirtschaftsliberalsten ist demnach die FDP, vor der SVP und der BDP. Die GLP schafft es bloss auf Rang vier. Auch in gesellschaftspolitischen Fragen belegt sie den gleichen Rang. Fazit: In der politischen Realität wird die GLP vor allem der Farbe im Parteinamen gerecht. ○



Essay

Zufallswahl des Bundesrats

Schweizer Regierungswahlen sind unbefriedigend. Dunkle Manöver, fintenreiche Täuschungen irritieren. Die Lösung wäre einfach: Man sollte die Sitze des Bundesrats verlosen. Nach dem Zufallsprinzip.
Von Bruno S. Frey und Lasse Steiner

Die Wahlen in den Bundesrat sind in zweierlei Hinsicht problematisch. Erstens binden sie die Aufmerksamkeit der Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung für Wochen und halten sie damit von der Beschäftigung mit wichtigeren Geschäften ab. Zweitens entspricht die Zusammensetzung des Bundesrates seit einiger Zeit nicht mehr dem Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger: Der Anteil der Parteien im Bundesrat unterscheidet sich wesentlich von den bei National- und Ständeratswahlen erzielten Stimmenanteilen. Das gilt zurzeit insbesondere für die SVP, die bei den letzten Wahlen knapp 27 Prozent der Stimmen erreicht hat, im Bundesrat aber nur auf einen Sitz und damit 14 Prozent kommt. Diese Partei ist somit massiv untervertreten (in geringerem Ausmass auch die GPS – die Grüne Partei der Schweiz). Andere Parteien, wie FDP und BDP, sind entsprechend übervertreten.

Diese Probleme lassen sich durch das Verfahren der mathematischen Zufallsauswahl lösen. Der Name jedes Mitglieds der Vereinigten Bundesversammlung (denn aus ihr werden ja fast ohne Ausnahme die Bundesräte gewählt) wird in eine Urne gegeben. Daraus werden dann nach dem Zufallsprinzip sieben Namen gezogen. So erhält jedes Mitglied die genau gleiche Chance, in den Bundesrat gewählt zu werden. Wer aus irgendwelchen Gründen nicht in den Bundesrat möchte, kann – wie bisher auch – ablehnen. Dann wird einfach ein neuer Name aus der Urne gezogen. So würde auch verfahren, wenn ein Bundesratsmitglied während seiner Amtszeit zurücktritt.

Entlastung für die Parlamentarier

Diese Lotterie hat gegenüber dem heutigen Wahlsystem erhebliche Vorteile. Dem Wählerwillen wird entsprochen; die Anteile der Parteien, Sprachen, Landesgegenden und Geschlechter entsprechen präzise denjenigen in der Vereinigten Bundesversammlung und sind damit repräsentativ. Dies gilt, wenn man den Ausgang der Zufallsauswahl von mehreren Wahlterminen zusammen betrachtet. Die Ränkespiele und strategischen Manöver vor einer Bundesratswahl entfallen, und die Parlamentarier können sich wieder ihren Kernaufgaben zuwenden, nämlich vernünftige und gutüberlegte inhaltliche Beschlüsse zu fassen.

Das Zufallsverfahren hat auch gegenüber dem häufig vorgebrachten Vorschlag einer Volkswahl des Bundesrates erhebliche Vorteile. Bei einer Volkswahl würde gerade der Aufwand durch die Parteien und Politisierenden gewaltig gesteigert; die zur Verfügung stehenden Geldmittel würden den Wahlausgang wesentlich mitbestimmen. In der Schweiz hätten wir dann das gleiche Schauspiel wie bei den amerikanischen oder den französischen Präsidentenwahlen, was sicherlich vermieden werden sollte.



Einfach: Alle Parlamentarier sind Kandidaten.

Auf den ersten Blick erscheint eine Zufallsauswahl willkürlich und irrational. Bei genauerer Überlegung zeigt es sich jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Ein erster Einwand könnte sein, dass unfähige Personen in den Bundesrat gewählt würden. Wir müssen aber darauf vertrauen, dass solche Personen gar nicht erst in unser nationales Parlament gelangen. Wer im National- oder im Ständerat über unsere Gesetze beschliesst, sollte auch fähig sein, diese in der nationalen Exekutive umzusetzen. Im Übrigen ist auch nach dem jetzigen System keineswegs gesichert, dass wirklich die fähigsten Politiker in den Bundesrat gelangen.

Nicht selten wird das Gegenteil gemunkelt. Im Unterschied zu einem System wie in den USA oder Frankreich, in dem es entscheidend auf die Qualität des Präsidenten ankommt, entscheidet bei uns letztlich das Stimmvolk über die wesentlichen politischen Angelegenheiten. Deshalb ist in der Schweiz die Exekutive weniger wichtig als in anderen Staaten.

Vorbild venezianische Republik

Historische Erfahrungen zeigen, dass das Zufallssystem über lange Zeit Bestand haben und erfolgreich sein kann. Im antiken Griechenland wurden in Athen die politischen Ämter mittels einer Zufallsauswahl aus den Bürgern (Frauen, Sklaven und Ausländer waren ausgeschlossen) besetzt. Dieses Verfahren funktionierte gut, denn gerade zu dieser Zeit war Athen politisch und wirtschaftlich enorm erfolgreich und ist zu einer kulturellen Hochblüte gelangt, die wir noch heute bewundern.

Auch die norditalienischen Stadtstaaten verwendeten Zufallsverfahren zur Wahl der Exekutive. Die Republik Venedig hat dieses Verfahren über Jahrhunderte (bis zur gewaltsamen Okkupation durch Napoleon) erfolgreich angewendet, um ihren Dogen zu wählen. Dabei ist abwechselnd ein normales Abstimmungsverfahren mit einem Zufallsverfahren kombiniert worden. Auf diese Weise konnte verhindert werden, dass eine der mächtigen Familien die Herrschaft an sich reisst und damit die Republik beseitigt. Venedig war in dieser Zeit – ähnlich wie Athen zuvor – sowohl politisch wie auch wirtschaftlich enorm erfolgreich, und auch seine kulturellen Leistungen waren herausragend.

Eine Zufallsauswahl des Bundesrates aus den Mitgliedern der Vereinigten Bundesversammlung stellt eine geeignete Alternative zur heute geltenden Wahl in der Versammlung selbst und auch zu einer Volkswahl dar. Sie weist erhebliche Vorteile auf, die ernsthaft diskutiert werden sollten.

Bruno S. Frey ist seit 1977 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich und seit 2010 Distinguished Professor of Behavioural Science an der Warwick Business School in England.

Lasse Steiner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Zürich.

Jeder sein eigener Atomexperte

Im Rechtsstreit um das Kernkraftwerk Mühleberg haben sich die Richter selber zu Gutachtern erhoben. Herausgekommen ist ein politisch gefärbtes Urteil, welches dem Geist des Gesetzes widerspricht und der Sicherheit der Atomanlage eher abträglich ist. *Von Alex Baur*



Für propagandistische Zwecke prädestiniert: AKW Mühleberg an der Aare.

Zum Jahrestag der Havarie von Fukushima hat das Bundesverwaltungsgericht mit dem Mühleberg-Urteil den Atomgegnern ein kleines Geschenk gemacht. Das mag ein Zufall sein oder auch nicht. Viel mehr als ein symbolischer Akt ist das Verdikt, zumindest vorläufig, nicht. Denn es bedeutet keineswegs, dass die Richter «Mühleberg den Stecker ziehen», wie die *Aargauer Zeitung* und der *Blick* voreilig frohlockten. Sondern lediglich, dass die Erteilung einer unbeschränkten Betriebsbewilligung an Auflagen geknüpft wird.

Mühleberg verfügte als einziges Kernkraftwerk in der Schweiz bis 2009 über keine unbefristete Lizenz. Dieser Sonderfall geht auf einen Turbinenbrand zurück, der die Anlage 1972 kurz nach der Inbetriebnahme über ein Jahr lang blockierte. Eine Gefährdung für die Bevölkerung bestand nie. Doch die AKW-Gegner haben sich seither am angeblichen «Schrott-Reaktor» festgebissen, der auch dank seiner Nähe

zur Bundesstadt für propagandistische Zwecke prädestiniert ist. Die zuständigen Politiker, stets bestrebt, möglichst wenig Staub aufzuwirbeln, belassen es daher bei der provisorischen Lizenz. Bis just der atomkritische Moritz Leuenberger (SP) 2009 den Bann brach und Mühleberg eine unbeschränkte Bewilligung erteilte. Atomgegner fochten diesen Entscheid umgehend beim Bundesverwaltungsgericht (BVG) an. Darum geht es heute.

Die Bedeutung der definitiven Bewilligung ist insofern zu relativieren, als in der Schweiz eine Laufzeitbeschränkung für Kernanlagen im Prinzip gar nicht vorgesehen ist. Mühleberg wird, wie jedes andere AKW, ständig kontrolliert und darf, wie alle anderen auch, so lange betrieben werden, als die Anlage nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen als sicher gilt. Ist diese Voraussetzung nicht mehr gegeben, muss das Kraftwerk heruntergefahren werden, und zwar sofort.

Diese Regelung hat sich bewährt, zwingt sie die Betreiber doch, ihre Anlagen permanent nachzurüsten. In Fukushima wurde dieses Prinzip sträflich vernachlässigt. Die Betreiberin Tepco rechnete damit, das AKW bald stillzulegen, und verzichtete deshalb auf eine Modernisierung. Die Folgen waren fatal. Wäre Fukushima Daiichi auf dem Sicherheitsniveau von Mühleberg gewesen, wäre der nukleare GAU und namentlich die Freisetzung von Radioaktivität auszuschliessen gewesen.

Irritierend knappe Frist

Es gibt im Gesetz allerdings eine Ausnahmeklausel, die eine befristete Bewilligung zulässt, wenn kleinere Mängel vorliegen, die eine sofortige Abschaltung als «unverhältnismässig» erscheinen lassen. Auf diese schlüpfrige Bestimmung beruft sich das BVG in seiner Entscheidung. Nach Meinung der Richter gibt es «offene Sicherheitsfragen», welche die Bernischen Kraftwerke (BKW) als Betreiberin von Mühleberg durch ein definitives Sanierungskonzept ausräumen sollen, und zwar bis Juni 2013. Wird diese Auflage nicht erfüllt, müsse das Kraftwerk vom Netz genommen werden.

Irritierend ist vorweg die für ein derartiges Globalkonzept knappe Frist, zumal sie von einem Gericht verhängt wurde, das selber für überlange Verfahrensdauern berüchtigt ist. Die fünf Richter (Christoph Bandli, SVP; Marianne Rytter, SP; Lorenz Kneubühler, SP; Kathrin Dietrich, CVP; André Moser, FDP) liefern die Begründung nicht. Jedenfalls nicht direkt.

Zwischen den Zeilen lassen die Richter indes durchblicken, dass Mühleberg «nach vierzig Betriebsjahren sicher eher am Ende seiner Lebensdauer» angelangt sei und ein weiterer Betrieb zwar «nicht völlig ausgeschlossen», aber doch höchst zweifelhaft erscheine. Sie setzen sich damit über den Kerngedanken des Gesetzgebers hinweg, der eben gerade nicht von einer festen Lebensdauer ausgeht.

Es stimmt wohl, dass Kernkraftwerke buchhalterisch in der Regel auf vierzig Jahre abgeschrieben werden. Doch die Gründe dafür sind nicht technischer, sondern politischer Natur. Theoretisch ist es möglich, ein Kernkraftwerk ewig zu betreiben. Mit den Jahrzehnten steigen aber die Kosten für Renovationen und die Instandhaltung exponentiell. Das war der Grund, weshalb sich das Berner Stimmvolk vor einem Jahr für einen Neubau des AKW aussprach. Die Regierung erklärte den Volksscheid nach Fukushima zur Makulatur.

Wie lange eine Anlage rentabel betrieben werden kann, geht die Richter nichts an. Die Atomgegner seien vor falschen Hoffnungen gewarnt. Noch ist Mühleberg ein Goldesel für die BKW. Die Rechnung ist simpel. Weil das Kernkraftwerk bereits zu einem grossen Teil abgeschrieben ist, rechnen Insider mit Gestehungskosten von rund drei Rappen pro Kilowattstunde Strom, der sich auf dem Markt für durchschnittlich neun Rappen verkaufen lässt. Bei einer Produktion von jährlich rund drei Milliarden Kilowattstunden ergibt das einen Gewinn von rund 180 Millionen Franken. Mit diesem Geld lässt sich einiges bewerkstelligen. Würde Mühleberg abgeschaltet, müsste der Strom im Ausland eingekauft werden. Engpässe, vor allem auch im Netz, und massive Preiserhöhungen wären absehbar.

Richtigstossend wird das Urteil dort, wo sich die Bundesverwaltungsrichter selber zu Atomexperten küren und vermeintliche Sicherheitsrisiken aus dem Stand heraus, gleichsam über den Daumen gepeilt, einstufen. Es handelt sich dabei um potenzielle Schwachstellen, auf die das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) schon seit Jahren ein Auge hat und die es periodisch überprüft, jedoch nicht für derart gravierend erachtet, dass eine Stilllegung angezeigt wäre. Wo nötig, wurden immer wieder Verbesserungen angeordnet.

Doch den Richterexperten reicht das nicht. Wie aus der Urteilsbegründung herauszulesen ist, haben sie selber im Internet noch ein wenig gegoogelt. Dabei gelangten sie zu einem pessimistischeren Befund als die Fachleute vom Ensi und verlangen nach einer definitiven Lösung. Gemäss Bruno Pellaud, einer Koryphäe der Schweizer Nuklearszene, überschreiten die Richter damit nicht nur ihre Kompetenz. Sie setzen sich auch über den Kerngedanken des Gesetzgebers hinweg: «Sicherheit ist kein Zustand, sondern ein Prozess.»

Die Bedenken der Richter beziehen sich zum einen auf mikroskopisch kleine Risse im sogenannten Kernmantel, die 1990 entdeckt wurden und seither die Fantasie der Politiker beflügeln. Dazu muss man wissen: Beim Kern-

mantel handelt es sich um einen offenen Stahlzylinder, der den Wasserfluss um die Brennstäbe herum optimiert. Für den Strahlenschutz ist er bedeutungslos. Der Kernmantel hat, anders als der Ausdruck suggeriert, weder eine Last noch Druck auszuhalten. Eine theoretische Bruchgefahr besteht lediglich im Falle eines extremen Erdbebens.

Risse im Kernmantel wurden bei der Hälfte von weltweit rund neunzig Siedewasserreaktoren festgestellt. Zu einem Bruch kam es nie, auch nicht beim historischen Erdbeben von Japan. Trotzdem sicherte man die Zylinder durch zusätzliche Zuganker. Die Stahlstreben mögen das Auge des Ästheten stören, aber sie versehen ihren Dienst, und sie werden in den meisten Ländern, namentlich in den USA, von den Behörden als abschliessende Lösung anerkannt. Nicht so vom Ensi. Die als besonders streng geltende Schweizer Kontrollbehörde verlangt eine ständige Überwachung.

Der andere Punkt, über den seit Jahren gestritten und der nun auch vom BVG aufgenommen wird, ist die Staumauer des Wohlensees. Untersuchungen haben gezeigt, dass das

Mikroskopisch kleine Risse im Kernmantel beflügeln die Fantasie der Politiker.

Wasserkraftwerk, das wenige Kilometer oberhalb von Mühleberg an der Aare liegt, womöglich einem grossen Erdbeben nicht standhalten würde. Bei einem Dammbbruch könnte eine denkbare Schlammlawine die Kühlung des AKW beeinträchtigen.

Allerdings wäre bei einem Dammbbruch am Wohlensee eine allfällige Kernschmelze im AKW Mühleberg, welches anders als jenes von Fukushima unter anderem über ein äusseres Containment verfügt, kaum das Hauptproblem. Dies zeigt gerade die Flutkatastrophe von Japan auf, die mehr als 20 000 Menschen in den Tod riss, während die medial zum Super-GAU emporstilisierte Havarie von Fukushima bislang kein einziges Menschenleben gekostet hat. Wer die totale Sicherheit will, müsste demnach vorweg die Stauseen in der Schweiz trockenlegen. Wirtschaftlich betrachtet, wäre es auf jeden Fall sinnvoller, das Wasserkraftwerk am Wohlensee einzumotten, bevor man das Kernkraftwerk Mühleberg stilllegt, welches sechzehnmal mehr Strom produziert.

Das Urteil gegen Mühleberg ist kein Einzelfall. Gerade beim BVG ist die Tendenz hin zur Politjustiz notorisch. Die Richter gebaren sich als Gesetzgeber, Exekutive und Gutachter in Personalunion. Besonders ausgeprägt ist dieser Hang bei den ausländerrechtlichen Abteilungen. Unter Berufung auf angeblich übergeordnete, auslegungsbedürftige internationale Konventionen steuern die Richter die schwei-

zerische Migrationspolitik weitgehend autonom. Die Asylrichter unterhalten sogar ihre hauseigenen «Experten», die aufgrund von Berichten der Hilfswerke und internationaler Organisationen die angebliche Bedrohungslage für Flüchtlinge bestimmen.

Sicherheit ist keine Frage der Politik

Das verquere Verständnis des Bundesverwaltungsgerichtes von Gewaltentrennung kommt auch im Mühleberg-Urteil zum Ausdruck. Die Richter postulieren ein Recht für «Dritte [. . .], auf prozessrechtlichem Weg auf die Handhabung von Sicherheitsfragen einzuwirken». Jeder Bürger, jeder Politiker, jeder Aktivist und jeder Richter wird damit zum Atomexperten, der beim Management der hochkomplexen Kernanlagen mitreden darf. Damit begibt sich das Gericht auf die Linie der Anti-AKW-Aktivistinnen, die mit der Verbreitung von Halbwissen, Spekulationen und unbelegten Behauptungen die Kernenergie seit Jahren systematisch in Misskredit bringen.

Anders als im Ausländerrecht sind die internationalen Standards bei der Kernenergie für das BVG kein Thema. Erst kürzlich hat die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) in einem Bericht der Schweiz eine Entkoppelung von Politik und Sicherheitskontrollen bei nuklearen Anlagen empfohlen. Das leuchtet ein. Niemandem würde es einfallen, die Normen für den sicheren Betrieb von Autos oder Kaffeemaschinen basisdemokratisch zu bestimmen. Dies muss erst recht für Atomanlagen gelten.

Die IAEA postuliert eine Stärkung des Ensi als unabhängige Instanz, die auch abschliessende Entscheide in Sicherheitsfragen fällen soll. Gerade die Erfahrung aus Japan hat gezeigt, was passieren kann, wenn die Sicherheit von Kernkraftwerken nach politischen statt nach wissenschaftlichen Kriterien definiert wird. Richtig gefährlich wird es, wenn selbsternannte Experten von Greenpeace, dauerbesorgte Geistliche oder Juristen die Sicherheitskonzepte von Kernkraftwerken definieren. ○



Neue Hoffnungen: Atomgegner in Mühleberg.



Risiko: Wasserkraftwerk am Wohlensee.

Atomausstieg für die Schule

Die links-grüne Schweizerische Energie-Stiftung beliefert Lehrer mit Unterrichtsmaterial. Es gehe ihr um ausgewogene Informationen zum Thema Atomenergie, behauptet die Organisation. Tatsächlich handelt es sich um einseitige Anti-AKW-Propaganda. Von Alex Reichmuth



Fukushima ist «überall und jederzeit» möglich: Schülerdemonstration gegen AKW.

In den USA hat die Affäre um das Heartland-Institut, eine Hochburg der sogenannten Klimaskeptiker, hohe Wellen geworfen. Klimaforscher Peter Gleick hatte sich unter falscher Identität Dokumente des Instituts beschafft (*Weltwoche* Nr. 9/12). Er wollte unter anderem nachweisen, dass das Institut an Schulen gegen die These des menschengemachten Klimawandels lobbyiert. Während Amerika noch darüber streitet, ob die Vorwürfe zutreffen, lässt sich versuchte politische Beeinflussung von Schülern in der Schweiz belegen.

Vor kurzem verschickte die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) eine Medienmitteilung mit dem Titel: «Endlich: Ausgewogene Information auch für die Schule». Auf der neuen Website Unterrichtatom.ch finde sich eine Fülle von Informationen zum Thema Atomenergie für den Unterricht. Die Website versuche, das Thema Atomenergie «gesamthaft darzustellen» und richte sich an Lehrkräfte aller Stufen. Die Schweizerische Energie-Stiftung wurde 1976 gegründet und engagiert sich gegen Atomkraftwerke und für Wind- und Solarenergie. Von ausgewogener Information kann bei der Website Unterrichtatom.ch keine Rede sein. Die Plattform liefert Anti-AKW-Propaganda, die irreführend bis falsch ist. Aufschlussreich ist die Liste mit Argumenten für und gegen Atomenergie. «Die Pro- und Cont-

ra-Argumente werden im Folgenden aus der Sicht der Atomgegner dargelegt», liest man hier. Es folgen zuerst neun Argumente pro Kernkraftwerke, die allesamt in Bausch und Bogen verworfen werden. So wird das Argument, mit erneuerbaren Energien liessen sich Kernkraftwerke nicht ersetzen, als «Zweckbehauptung der Elektrowirtschaft» bezeichnet. Zum Argument, Schweizer Kernkraftwerke seien sicher, heisst es, eine grosse Atomkatastrophe wie in Tschernobyl oder Fukushima sei «überall und jederzeit» möglich.

Anschliessend folgen achtzehn Argumente gegen Kernkraftwerke, die alle bestätigt werden. So liest man zum Beispiel, dass Atomkraftwerke auch im Normalbetrieb Radioaktivität an die Umgebung abgeben würden – «nicht kontinuierlich, sondern in sogenannten Hotspots». Studien hätten einen Zusammenhang zwischen radioaktiven Emissionen aus AKW und Leukämieerkrankungen bei Kindern klar belegt, wird entgegen den wissenschaftlichen Fakten behauptet. Die Website suggeriert zudem, Schweizer AKW erzeugten im Normalbetrieb Krebs und Missbildungen – auch mit Sätzen wie: «Erneuerbare Energien verursachen keinen Krebs.» Weiter wird behauptet, Wind-, Wasser- und Solarkraftwerke seien im Gegensatz zu Atomkraftwerken genügend gegenüber ihren Risiken versichert. Richtig ist aber,

dass der Versicherungsschutz vieler Stauseen bei weitem nicht ausreicht, sollte der Staudamm brechen. Falsch ist auch die Behauptung, Wind, Sonne und Biogas schnitten beim CO₂-Ausstoss viel besser ab als AKW. Die Produktion von Wind- und Sonnenenergie verursacht mehr CO₂, als diejenige von Atomenergie.

«Atommülldeponie» statt «Endlager»

Die Website Unterrichtatom.ch stellt den Schulen auch Arbeitsblätter zur Verfügung. Bei einem geht es darum, die «korrekten Bezeichnungen» für Begriffe zu finden, die von der Atomwirtschaft verwendet würden. Im zugehörigen Kommentar erfahren Lehrer und Schüler, dass «Endlager» durch «Atommülldeponie» zu ersetzen sei oder «kontaminieren» durch «radioaktiv verseuchen».

SES-Sprecherin Linda Rosenkranz bestreitet, dass sich auf Unterrichtatom.ch die Standpunkte prononcierter Atomgegner fänden. Die Website sei ausgewogen, weil «fein säuberlich Argumente pro und contra aufgelistet sind». Auf die Frage, ob es legitim sei, wenn Lobby-Organisationen über Lehrkräfte versuchten, Schüler zu indoktrinieren, zählt Rosenkranz einige Publikationen von Atomenergie-freundlichen Organisationen auf, die sich ebenfalls an Lehrkräfte richten – etwa solche der Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute oder des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen. Auch die Lehrer selber haben offenbar wenig Probleme mit dem Beeinflussungsversuch, der SES. Franziska Peterhans vom Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer erkennt in der neuen Website «an sich nichts Ungewöhnliches, das machen viele». Für Lehrer sei es selbstverständlich, nicht einfach Unterrichtsmaterialien von einer Seite herunterzuladen, um diese dann von Schülern bearbeiten zu lassen, ohne den Kontext zu nennen. Insofern handle es sich bei der Website der SES um einen «durchaus nützlichen Beitrag».

Zwar gibt es neben der SES tatsächlich auch andere Interessenvertreter, die Material für den Schulunterricht bereitstellen. Solche Einflussnahmen sind zwar immer problematisch. Dennoch ist in anderen Beispielen jeweils ein ehrliches Bemühen um Objektivität und Ausgewogenheit erkennbar. Der Website Unterrichtatom.ch geht dies völlig ab. Wenn man beim Lehrerverband diesen Versuch der Indoktrination als «nützlichen Beitrag» bezeichnet, müssen die Alarmglocken läuten. O

Dritter Weg der Männlichkeit

Markus Theunert, der erste Männerbeauftragte der Schweiz, war mit fünfzehn Feminist. Heute kämpft der Gründer einer Männerzeitung für die verborgenen Wünsche seiner Geschlechtsgenossen und für mehr Teilzeitstellen. Von Christoph Landolt und Marvin Zilm (Bild)

Die letzte Woche wird in die Geschichte der Zürcher Emanzipationsbewegung eingehen. Unter dem Beifall von Gewerkschafterinnen pflanzte Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) und Stadträtin Ruth Genner (Grüne) am Donnerstag einen «Gleichstellungsbaum». Tags zuvor hatte die Fachstelle für Gleichstellung des Kantons Zürich einen Meilenstein gesetzt: Mit Markus Theunert verpflichtet sie den ersten Männerbeauftragten der Schweiz. Im Communiqué, das die Wahl vermeldete, war allerdings fast nur von den Zielen der weiblichen Emanzipation die Rede. Männerprobleme kamen in einem einzigen Satz zur Sprache: «Umgekehrt zeigt sich, dass es auch Männer oft schwer haben, Familie und Beruf zu vereinbaren.»

Ist diese Stelle nötig? Was haben die Männer von Theunert zu erwarten? Aufschluss gibt ein Gespräch im Kaspar-Escher-Haus, einem Verwaltungskomplex an der Limmat. Ein bereits vereinbartes persönliches Treffen hat Theunert abgesagt, stattdessen aber eine Runde vorgeschlagen, an der auch seine Chefin, die kantonale Gleichstellungsbeauftragte Helena Trachsel, teilnehmen soll. Den Kaffee serviert sie, was aber, wie Trachsel klarstellt, keinesfalls als geschlechtertypischer Akt zu verstehen sei.

Seine 39 Jahre sieht man dem neuen Männerbeauftragten nicht an. Statt eines Haarschnitts trägt Theunert eine Frisur, sonst ist alles kantig und athletisch. Von allen Mitgliedern der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen weist er locker den höchsten Testosteron-Wert auf. Seine Aufgabe sei es, «auf Männerseite Leidenschaft für das Projekt Gleichstellung zu wecken», erklärt Theunert. «Es braucht einen qualitativen Schritt hin von Männern als Adressaten von Gleichstellungsappellen zu Männern als Akteuren des gleichstellungspolitischen Entwicklungsprozesses.» Ist der Männerbeauftragte also ein Werkzeug der Frauenemanzipation? Für Theunert ist das die falsche Frage: «Geschlechterpolitisch ist es ganz zentral, dass es nicht auf einen Vergleichsdiskurs hinausläuft, bei dem die Geschlechter gegeneinander ausgespielt werden.» Sein Ziel sei nicht defizitorientiert, sondern ressourcenorientiert.

Homosozialer Druck

Defizitorientiert ist aus Sicht Theunerts beispielsweise die Journalistenfrage, wo Männer denn überhaupt diskriminiert seien. Rechtlich sei die Gleichstellung weitgehend verwirklicht, auch wenn es immer noch Ungleichheiten gebe. Als Beispiele für die Diskriminierung

von Männern nennt er das Sorgerecht, die Dienstpflicht oder das Rentenalter.

Gravierender seien aber «subtilere Differenzen, die die tatsächliche Gleichstellung verhindern». Eine Studie habe ergeben, dass 90 Prozent der Männer lieber weniger arbeiten wollten. Wenn aber ein Kind komme, würden die Mütter ihr Pensum reduzieren, während die Väter gar noch mehr arbeiteten. Dafür verantwortlich sei «vor allem homosozialer Druck» – die männlichen Arbeitskollegen lassen es an Respekt für Teilzeit-Papis vermissen.

Obwohl Theunert betont, es gehe nicht um Gleichmacherei und Männer müssten nicht unbedingt Hausmänner und Frauen nicht Karrierefrauen werden, misst er die Gesellschaft just daran. Dass zwei Drittel der unbezahlten Arbeit von Frauen verrichtet wird, während die Männer für Lohn arbeiten, ist für ihn ein Beweis, dass es mit der Gleichstellung hapert. Wenn es tatsächlich so wäre, dass Frauen naturgemäss mehr Zeit mit den Kindern verbringen wollten, so Theunert, sei nicht erklärbar, warum es andernorts auch matriachale Gesellschaften gebe. «Unser Familienmodell ist eine Erfindung der industriellen Revolution.» Der neue Männerbeauftragte will deshalb «im Dialog mit Arbeitgebenden» dafür sorgen, dass mehr Teilzeitstellen für Männer geschaffen werden. Das sei auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

Doch würden die Firmen nicht selbst Abhilfe schaffen? «Wenn die Männer wirklich mit Herz 50 Prozent-Stellen forderten, würden die Unternehmen sehr schnell passende Arbeitszeitmodelle finden», ist Theunert überzeugt. Den Schluss, dass demzufolge die meisten Männer schlicht nicht wollen, lässt er indes nicht gelten. «Doch, sie wollen. Das zeigt sich in anonymen Umfragen. Doch die Leidenschaft fehlt.»

Trotzdem kämpft Markus Theunert für die verborgenen Wünsche der Männer. Die nötige Erfahrung dazu bringt der gebürtige Basler, der Soziologie und Psychologie studiert hat, mit. Mit fünfzehn Jahren bezeichnete er sich als Feminist. «Ich hatte ein schlechtes Männerbild.» Die Suche nach einem dritten Weg zwischen Macho und Softie habe ihn zeitlebens umgetrieben. Später gründete SP-Mitglied Theunert eine Männerzeitung und präsidierte den neuen Dachverband Männer.ch, der mit Forderungen wie einer Porno- und Prostitutionssteuer oder einem Verbot für Werbung, die Männer «unfreiwillig sexuellen Reizen aussetzt», auf sich aufmerksam machte. In dieser Hinsicht ist vom Männerbeauftragten, der sich gegen sechzig Mitbewerber durchgesetzt hat (darunter achtzehn Frauen), keine Aktivität zu erwarten. «Das ist geschlechterpolitisch relevant, aber nicht gleichstellungspolitisch», stellt Stellenleiterin Helena Trachsel klar. ○



«Ich hatte ein schlechtes Männerbild»: Soziologe Theunert.

Lieferstopp bei Krebsmedikamenten

Eine Pharmafirma wird wegen Unregelmässigkeiten geschlossen. Die von ihr produzierten Medikamente zur Krebsbehandlung sind nicht mehr erhältlich. Ärzte und Patienten suchen verzweifelt nach Ersatz. Solche Fälle könnten sich in der Schweiz bald häufen. *Von Alex Reichmuth*



Stärkere Nebenwirkungen und teurere Preise wegen Engpässen: Apotheke in Zürich.



«Immer gravierender»: Apotheker Martinelli.

Martin Hagen, Onkologe im zürcherischen Horgen, hat Sorgen. Mehrere Medikamente für die Behandlung seiner Krebspatienten sind ausgegangen. Es sind solche, die von der Firma Alkopharma mit Sitz in Martigny vertrieben wurden. Bis im letzten November. Damals sistierte das Schweizerische Heilmittelinstitut Swissmedic die Betriebsbewilligung von Alkopharma und leitete ein Verfahren gegen die Firma ein. Diese hatte offenbar die Verfalldaten von Medikamenten gefälscht. Es gehe darum, zu verhindern, «dass durch rechtswidrige Aktivitäten die Sicherheit von Patientinnen und Patienten gefährdet wird», begründete Swissmedic ihr Eingreifen in einem Schreiben.

Damit habe Swissmedic den Krebspatienten einen Bärendienst geleistet, ist Martin Hagen überzeugt. Seine Praxis habe in den letzten Monaten verzweifelt versucht, bei Apotheken in der ganzen Schweiz Restposten von Medikamenten zu erhalten, die ehemals von Alkopharma vertrieben wurden. «Wir mussten überall herumfragen, ob es noch hat.» Eine seiner Patientinnen habe gar selber nach einem fehlenden Medikament gesucht und sich dann mit Glück bei einer Ostschweizer Apotheke eindecken können, erzählt Hagen. Von den Beschwichtigungen der Behörden, es gebe Ersatzmedikamente, hält der Krebsarzt

nicht viel. «Die angeblichen Alternativen passen oft schlecht in den Therapieablauf, haben oft viel mehr Nebenwirkungen oder sind deutlich teurer.» Hagen rechnet vor, dass die Mehrkosten von Ersatzmedikamenten rasch Hunderttausende, wenn nicht Millionen Franken betragen können, selbst wenn es nur um einige Dutzend Krebspatienten gehe. Fehlende Medikamente aus dem Ausland zu beziehen, sei auch problematisch, weil dies mit hohen Gebühren verbunden sei, die nicht alle Krankenkassen übernehmen würden. Zudem müsse für jeden Patienten einzeln eine Importgenehmigung beschafft werden, was einen grossen bürokratischen Aufwand bedeute.

«Einen wirklichen Ersatz gibt es nicht»

Engpässe gibt es zum Beispiel bei Navoban, einem Medikament gegen Übelkeit, die während Chemotherapien auftritt. Navoban wird von Novartis produziert. Der Vertrieb des Medikaments ging vor zwei Jahren aber an Alkopharma über. Seit die Betriebsbewilligung von Alkopharma blockiert ist, ist das Medikament in der Schweiz nicht mehr erhältlich. «Der Lagerbestand der Apotheke ist bis auf wenige Ampullen Navoban 5mg aufgebraucht», mahnte zum Beispiel die Spitalapotheke des Kantonsspitals St. Gallen Ende Februar in einer internen Notiz. Thomas Lehmann von

der Spitalapotheke bestätigt den Engpass. Zwar habe die Apotheke im letzten November, als der Vertriebsstopp bei Alkopharma bekannt wurde, sofort das Lager gefüllt mit Medikamenten dieser Firma. Jetzt sei der Vorrat an Navoban trotzdem erschöpft.

«Navoban ist ein Basismedikament, das bei Chemotherapien zentral ist», sagt Andreas Lohri, leitender Onkologe am Kantonsspital Liestal. Auch er bemängelt, dass Swissmedic Alkopharma geschlossen habe, ohne sich um den Ausfall der entsprechenden Medikamente zu kümmern. Zwar seien Alternativmedikamente vorhanden, sagt Lohri. Diese seien aber entweder völlig anders in der Verabreichung oder für stärkere Chemotherapien reserviert. Einen wirklichen Ersatz gebe es nicht. «Die Verantwortlichen beim Bund müssten zusammensitzen und eine Lösung suchen, wenn jetzt wie nach der Schliessung von Alkopharma Medikamente fehlen», fordert Krebsarzt Andreas Lohri. Stattdessen verschanzten sich die Behörden hinter juristischen Formalitäten.

Bei Swissmedic verteidigt man sich damit, dass aufgrund der festgestellten «schwerwiegenden Verstösse» die Heilmittelbehörde verpflichtet gewesen sei, die Betriebsbewilligung von Alkopharma zu sistieren. Das Gesetz lasse hier keinen Spielraum. Swissmedic habe

informiert, wie bezüglich der Beschaffung der Arzneimittel vorzugehen sei. Die Behörde bestreitet, dass für jeden Patienten eine separate Importbewilligung einzuholen sei. Weiter betont Swissmedic, vom Gesetzgeber keinen Auftrag zu haben, die Verfügbarkeit von Arzneimitteln sicherzustellen. «Die Arzneimittelbranche in der Schweiz ist grundsätzlich marktwirtschaftlich organisiert.» Darum gebe es auch für die Industrie keine Verpflichtung, den Markt mit Medikamenten zu versorgen.

Situation wie in den USA

Swissmedic weist weiter darauf hin, dass die Zulassung für eine Reihe von Alkopharma-Medikamenten inzwischen an die Firma Pro Concepta in Zug übertragen worden sei. «Diese Arzneimittel sind somit wieder erhältlich.» Auf Nachfrage teilt Pro Concepta aber mit, dass erst ab 20. März alle der übernommenen Medikamente wieder in ausreichenden Mengen geliefert werden könnten. Navoban wird weiterhin nicht erhältlich sein, da es nicht an Pro Concepta übergang.

Noch sind Probleme mit fehlenden Medikamenten in der Schweiz Einzelfälle. Anders ist es in den USA, wo Engpässe bei Krebsmedikamenten bereits bedrohliche Ausmasse angenommen haben. «Zum ersten Mal sind in den USA unentbehrliche Krebsmedikamente nicht in ausreichendem Mass vorhanden», hielt im letzten November das renommierte *New Eng-*

land Journal of Medicine fest. Es handle sich vor allem um Generika und Medikamente mit abgelaufenem Patentschutz, die seit Jahren gegen Kinderleukämie und andere heilbare Krebsarten eingesetzt würden. «Der Mangel führte zu ernsthaften Sorgen bezüglich Sicherheit, Kosten und Verfügbarkeit von lebensrettenden Behandlungen.» Die Engpässe hätten die bereits aus dem Ruder laufenden Kosten für Krebsbehandlungen zusätzlich erhöht, schrieb das Journal weiter. Ein Grund dafür sei der grosse Aufwand, der nötig sei, um knapp gewordene Arzneimittel zu beschaffen; ein anderer, dass bei Beschaffungen auf inoffiziellen

«Der Mangel führte zu Sorgen bezüglich Verfügbarkeit von lebensrettenden Behandlungen.»

Kanälen der bis zu dreissigfache Preis bezahlt werden müsse.

Die Engpässe bei Krebsmedikamenten hätten vor allem ökonomische Ursachen, schrieb das *New England Journal of Medicine* weiter. Wenn Produzenten mit einem Medikament nicht genug Gewinn erzielen könnten, würden sie diese nicht mehr produzieren. Europa leide weniger an Medikamentenmangel – unter anderem darum, weil hier die Preise für Generika höher seien, so dass es sich eher lohne, sie zu produzieren.

Doch auch bei uns gleichen sich die Zustände denjenigen in Amerika an. Davon sind führende Onkologen und Apotheker überzeugt. 2009 und 2010 seien in der Schweiz je etwa zwanzig Medikamente ausgegangen, teilt Enea Martinelli mit, Vorstandsmitglied bei der Gesellschaft Schweizerischer Amts- und Spitalapotheker. 2011 seien es hingegen schon sechzig Medikamente gewesen. Medikamentenknappheit gebe es zwar schon seit langem, sagt Martinelli, «es wird aber immer gravierender». Die Probleme beim Medikament Navoban erinnerten ihn an die Situation in den USA, sagt Onkologe Andreas Lohri. «Wenn Medikamente immer billiger werden, kommen eben kleine, wirtschaftlich schwache Produzenten rasch in Existenznöte. Das Risiko ist, dass sie nicht mehr zuverlässig arbeiten oder einfach aufhören, wichtige Medikamente zu produzieren.»

Auch Jakob Passweg, Präsident der Krebsliga Schweiz, sieht Parallelen zu den USA. Es sei problematisch, dass renommierte Pharmafirmen die Vertriebsrechte an wichtigen Krebsmedikamenten an kleine Firmen abträten, nachdem deren Patentschutz abgelaufen sei. Die zuständigen Ämter hätten dies aber noch zu wenig erkannt. Apotheker Enea Martinelli sieht es ähnlich. Er habe sechs Jahre lang gekämpft, um den relevanten Stellen beizubringen, dass es sich um ein wichtiges Problem handle. ○

Anders, als Sie denken.

Mehr Durchblick, mehr Recherche,
mehr Vielfalt.

Bestellen Sie jetzt ein Probe-Abonnement
à 10 Ausgaben für nur Fr. 40.–.
Telefon: 043 444 57 01,
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch,
oder unter www.weltwoche.ch/abo.

DIE WELTWOCH





Stumme Zeugen: Schweizergardisten bei der Verleihung der päpstlichen Verdienstmedaillen.

«An die geliebten Söhne Eidgenossen»

Für Touristen sind sie – wie Toblerone und Swatch – Symbole für Schweizer Qualität. Doch ihre Wurzeln reichen ein halbes Jahrtausend zurück. Erstmals werden nun in Rom «Gründungsdokumente» der Schweizergarde präsentiert. Die *Weltwoche* erhielt eine Abschrift davon. Von Urs Gehrig

Das Dokument liegt wie eine Reliquie unter Glas in einem verdunkelten Saal. «Dilectis filiis» ist im Spotlight zu entziffern und: «Den geliebten Söhnen Eidgenossen Oberalemannens, Gruss euch und apostolischen Segen».

Wer ein Schreiben mit solch huldvollen Worten einleitet, braucht und will etwas. In diesem Fall geht es um eines der kostbarsten Güter überhaupt: um Schutz und Sicherheit. Man ersuche «Fussknechte aus euren landen in Sold zu nehmen», steht in kunstvoll geschwungener Schrift geschrieben. «Auf Gottes Eingebung hin haben wir die Absicht, ihren Dienst für die Bewachung unseres Palastes, den der Herr gegründet hat, einzusetzen».

Die Schweizer, um die man hier warb, waren freilich zu mehr berufen als bloss «zur Bewachung apostolischen Palastes». Um das Wohl des Papstes höchstpersönlich geht es in dem Breve, datiert vom 21. Juni 1505 und gerichtet

an die Tagsatzung. Kurz: Es ist das erste Aufgebot für die Schweizergarde des Papstes, das nun – nach einem halben Jahrtausend – zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert wird, im Rahmen der Ausstellung «Lux in arcana», inmitten von einhundert Schätzen aus dem «Geheimarchiv des Vatikans» (siehe Seite 40).

Verfasst hat den Brief «an die geliebten Söhne Eidgenossen» der Papst höchstpersönlich. Und welcher Papst war es, der die Schweizer da zu seinen Diensten rief! – Julius II. «Sein Name glänzt in der Geschichte des Kirchenstaates und Italiens als der des kraftvollsten Priesterkönigs auf dem vatikanischen Thron», urteilt Ferdinand Gregorovius in der faszinierendsten Biografie, die je über Rom geschrieben worden ist.

Als Enkel eines Fischers aus niedrigem Stand geboren, wurde er zum Mäzen von Bramante, Michelangelo und Raffael. Als Freund der Künste und der Wissenschaft wird er beschrie-

ben. Aber auch als rau und herrisch. Stets trug er einen Stock bei sich, um Untergebene, die ihn ärgerten, schlagen zu können. «Il Terribile» nannte man ihn, den Schrecklichen; dies nicht allein wegen seines aufbrausenden Temperaments. Als Kardinal pflegte er zahllose Liebchaften und zog sich dabei die Syphilis zu.

Trotz seiner Schwäche für sinnliche Genüsse wie korsischen Wein, Pfauenzungel, Neunauge und Nachtigallenpastete war er niemals lethargisch und schlaff, vielmehr ein Mann von mächtigem Streben, Feldherr und Machtpolitiker. Wann immer möglich, zog er an der Spitze der päpstlichen Truppen ins Feld, um eine aufbegehrende Stadt in die Schranken zu weisen oder verlorene Gebiete für die Kirche zurückzugewinnen, und legte dabei weit mehr Zähigkeit und Einsatzbereitschaft an den Tag, als es den weniger robusten Kardinälen, die mit ihm ziehen mussten, lieb war.

Wer sich derart ins Schlachtengetümmel warf, bedurfte eines zuverlässigen Schutzes. Doch wem sollte er sein Leben anvertrauen? Die Bewohner des von politischer Leidenschaft zerrissenen Italien boten für solche Treue wenig Gewähr, stellten Ansprüche und kämpften oft nur widerwillig. Schweizer Fusssoldaten dagegen genossen an der Schwelle zur Neuzeit an den Höfen Europas einen ausserordentlichen Ruf. Von allen Völkern seien sie «die Allerbewaffnetsten und Allerfreisten», lobte Machiavelli. Tapferkeit und Treue waren ihre Paradedugenden, mittels welchen sie gegen Habsburg, Burgund und den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches die Unabhängigkeit der Schweiz erkämpft hatten.

«Wir vertrauen darauf, dass ihre Treue und Waffenkunst unserem Bedürfnis entsprechen wird. Deshalb ersuchen wir eure Gnaden im Herrn», so Julius II. in seiner Bittschrift an die Tagsatzung. «Zweihundert Fussknechte» begehre er, die «nach eigener Wahl anzuwerben und heranzuführen» seien. Zweihundert? Es scheint, dass sich Julius II. von den «Cent-Suisses», der Schweizergarde des französischen Königs, leiten liess. Doch um gegenüber dem weltlichen Herrscher seine Position zu unterstreichen, verlangte der Kriegerpapst das Doppelte. Der Mann, der die Anwerbung richten sollte, war Petermann von Hertenstein, «Kämmerer, Familiengenosse und langjähriger Vertrauter» des Papstes. Hertenstein war ein rastloser Innerschweizer, ein Pfründenjäger, ein typischer Vertreter eines zur geistlichen Laufbahn bestimmten Adelligen, der sein grosses Beziehungsnetz zielstrebig zu ansehnlicher Kumulation von Titeln und Ämtern nutzte.

Doch seine Söldner-Werbung erwies sich als zäher als erwartet. Seit Jahren hatte sich die Tagsatzung nämlich gegen das Reislafen und die daraus erwachsenden schweren Unsitten gestemmt. Zudem zog es die abenteuerlustigen Schweizer Recken eher nach Frankreich, wo Aussicht auf Ruhm und Beute grösser waren als beim Wachdienst hinter Vatikanmauern. So war die «Aushebung» Hertensteins ernüchternd. Statt der prestigeträchtigen 200 vermochte er lediglich 150 Mann zu rekrutieren. Ohne die Antwort der Tagsatzung abzuwarten, machten sich die Schweizer unter Führung des Urner Hauptmanns Kaspar von Silenen mitten im Winter zu Fuss auf nach Rom. Vermutlich nahmen sie den kürzesten Weg, über den Gotthard. Am Donnerstag, den 22. Januar 1506, um fünf Uhr abends, marschierten die «gwardiknechte» durch die Porta del Popolo in den Vatikan. 50 Päpste haben seither den Stuhl Petri bestiegen, 34 Kommandanten sind an der Spitze der Garde gestanden, 506 Jahre sind vergangen, wobei die ersten zu den turbulentesten gehörten.

Während Rom in der auferstehenden Renaissance vibrierte, wurden die stummen Schweizer innerhalb des Vatikans Zeugen zunehmend lasziverer Zügellosigkeit, besonders als 1513 Leo X.



«Il Terribile»: Garde-Gründer Julius II.



Schauer und Schrecken: Sacco di Roma, 1527.

zum Papst gekürt wurde. Bereits der *sacro possesso*, der offizielle Einzug des neuen Pontifex, wurde mit allem Pomp begangen, den die päpstlichen Kassen zuließen. Aus den Brunnen liess er Wein anstelle von Wasser fliessen, Kammerdiener warfen aus prallen Geldsäcken ganze Hände voll Silbermünzen unter das Volk, das frenetisch «Leone! Leone!» skandierte.

Rückzugsbefehl aus Zürich

Doch die Figur, die der neue Papst abgab, passte nicht recht zu der prachtvollen Prozession. Fett und aufgedunsen, wirkte der 37-jährige wie ein Greis. Die Gardisten an seiner Seite konnten beobachten, wie sein Unterkiefer schlaff herabhing, sein Gesicht in der Sommerhitze purpurne Farbe annahm und ihm der Schweiß – trotz seidenen Baldachins – aus den Kinnfalten quoll und den kurzen Hals hinunterrann.

Die meisten Gardisten waren Söhne vornehmer schweizerischer Familien, doch was sie in Leos achtjährigem Pontifikat zu Gesicht bekamen, sprengte jegliche Vorstellung von Prunk und Prasserei. Wagenladungen von ausgeweideten Tieren trafen Tag für Tag in Rom ein, wo Dutzende von Köchen bereitstanden, um aus ihnen Genüsse für die päpstliche Tafel zuzubereiten. Gaukler und Musikanten hatten für das Amusement des Papstes zu sorgen. Was den

Medici-Papst besonders erheiterte, waren Spektakel zynischer Art: ausgewählte Kretins, zum Beispiel, die man hatte hungern lassen und denen man mit einer scharfen Sosse übergossene Aasstücke vorsetzte, die sie gierig verschlangen, in der Überzeugung, es handle sich um eine Delikatesse von der Speisekarte des Pontifex.

Wie dieses Treiben auf die treuen Wächter wirkte, ist nirgendwo verbrieft. Dafür wissen wir, wie ein anderer Zaungast, ein aufmüpfiger Augustinermönch namens Martin Luther, darüber dachte. Während der Papst «auf herausgeputzten Hengsten umherparadierte, schnatterten Priester die Messe herunter», erieferte er sich. Die Renaissance-Atmosphäre, die in der Stadt herrschte, die das Schöne mit dem Guten gleichstellte, war Luther zutiefst zuwider. Schockiert über das Treiben, wuchs seine Überzeugung, dass die Kirche einer radikalen Überholung bedürfe.

Die aus Deutschland nach Rom dringenden Forderungen nach Kirchenreformen prallten an den Vatikanmauern ab. Nicht so in der Heimat der Gardisten, vor allem in Zürich, wo unter dem Einfluss Zwinglis jegliches Reislafen verboten wurde und der reformierte Glauben Einzug hielt. Im Januar 1527 rief die Obrigkeit der Stadt den Zürcher Kommandanten Kaspar Röst und die Gardisten aus dem Kanton dazu auf, innert vier Monaten den Dienst zu quittieren und in die Heimat zurückzukehren.

Röst weigerte sich. Gemeinsam mit seinen Leuten beschloss er, dass «unss nitt woll anstünd, als trüwen kriegslütten und dieneren si in iren grossen nötten verlassen und also von in abston und zuchen, möchte unnss woll daruss verachtung, grossen schaden und unsicherheit ob wir heim kämind entstan».

Mit den «grossen Nöten» war Karl V. gemeint, der sich mit einem Heer von 24 000 Mann Rom näherte. Kaum zwanzig Jahre war die Garde am Vatikan, da wurde die Stadt von einer solchen Plünderungswelle erfasst, wie man sie selbst beim Gotensturm unter Alarich nicht erfahren hatte und die unter dem Namen Sacco di Roma bis heute Schauer und Schrecken nachbeben lässt. Die Lutheraner, wie die deutschen Landsknechte genannt wurden, flankiert von den noch derberen spanischen Söldnern, raubten, vergewaltigten, brandschatzten und mordeten, was ihnen in die Hände kam.

Was sich in den ersten Stunden der Tragödie zutrug, sollte den Ruf der Schweizer als unerschrockene, treue Schutzengel des Papstes abermals steigern, wenn auch zu einem Preis, der gewaltiger kaum hätte sein können. «Die Schweizergarde fiel bis auf einen kleinen Rest am vatikanischen Obelisk nach tapferster Gegenwehr», hält Gregorovius fest. Dass Papst Clemens VII. unversehrt blieb, hatte er dem kleinen Rest der Schweizer zu verdanken. Herkules Göldi – sinnigerweise einer jener Zürcher, die den Rückzugsbefehl aus ihrer Heimat in den Wind geschlagen hatten – schützte ihn auf der Flucht

Ausstellung

«Lux in arcana»

Der Vatikan zeigt Perlen der Weltgeschichte aus seinen Aktenarchiven.

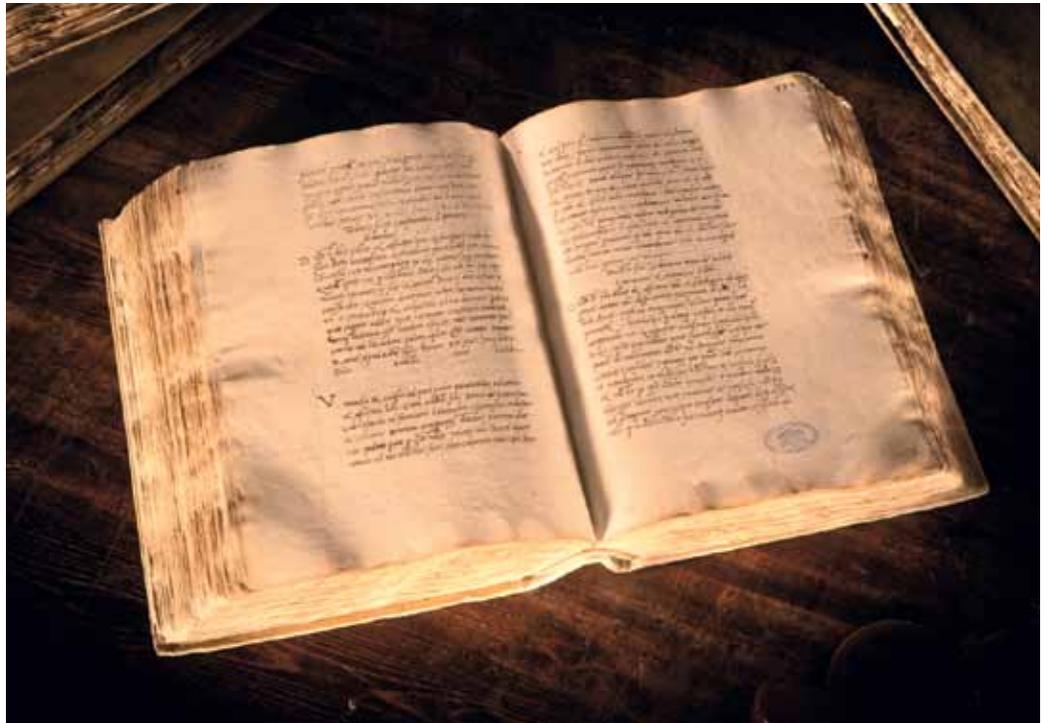
Schon der erste Blick lässt das Herz höher schlagen. In einem Schaukasten liegen Auszüge aus der Inquisition gegen Galileo Galilei, der die Kirche in Bedrängnis brachte mit seiner Erkenntnis, dass die Erde um die Sonne kreist. Galileis Verurteilung ist dokumentiert und die von ihm verfasste Abschwörung signiert vom Astronomen persönlich.

Die hundert Exponate, die in den Gemächern der Kapitolinischen Museen folgen, sind Perlen der Weltgeschichte, die sich zu einer abenteuerlichen Reise durch zwölf Jahrhunderte reihen. «Lux in arcana» (Licht auf die Geheimnisse) haben die Kuratoren die Ausstellung publikumswirksam getauft. Geboten werden erlesene Schätze aus 85 Regalkilometer Vatikan-Akten, die erstmals öffentlich gezeigt werden.

Die Bannbulle zum Beispiel, mit der Papst Leo X. Reformator Luther exkommunizierte. Oder Dokumente zur folgenreichen Ehescheidung des englischen Königs Heinrich VIII. Obskures ist zu sehen, wie der Brief der heiligen Bernadette von Lourdes an Papst Pius IX., nachdem dieser das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariens erlassen hatte. Einzigartiges, wie eine auf Birkenrinde gekritzelte Botschaft von bekehrten Ojibwe-Indianern, verfasst am «Ort, wo die langen Gräser wachsen». Bisweilen stockt einem der Atem. Ob der Zeilen Marie Antoinettes etwa, aufgesetzt vor dem Gang zum Schafott: «Les sentiments de ceux qui partagent ma douleur», schreibt sie dem Papst, «sont la seule consolation que je puisse recevoir dans cette triste circonstance.»

Der Vatikan offenbart nichts, was ein schiefes Licht auf seine Geschichte werfen könnte. Mit Entzücken studiert man dennoch Schriftstücke Lincolns, Napoleons oder Kopernikus', und stösst hinter den Siegeln aus Blei oder Gold auf den Mantel der Geschichte, der zum Weiterlesen anregt. Bisweilen entdeckt man Subversives. So im Brief des japanischen Kaisers Hirohito an Pius XII., wo er dem «Chef der römischen Lehre» zur Papstwahl gratuliert – womit er signalisiert, dass wir es mit einer Lehre unter vielen zu tun haben und der Pontifex die Wahrheit nicht gepachtet hat.

Lux in arcana, bis zum 9. September in den Kapitolinischen Museen in Rom



«Zweihundert Fussknechte»: Rekrutierung der ersten Schweizergarde, 1505.

durch den Geheimgang in die Engelsburg. Der Aderlass unter den Schweizern war verheerend. 147 Gardisten starben. Kaum gegründet, war die Leibwache zerrieben. Zwanzig Jahre lang schickten die Eidgenossen keinen ihrer Söhne mehr nach Rom. Erst 1548 wurde ein neues Abkommen zur Entsendung von Gardisten zwischen dem Papst und den katholischen Kantonen ausgehandelt. Am 20. März 1561 schliesslich wurden die Einsatzmodalitäten Papst Pius IV. zur Unterzeichnung vorgelegt. Auch dieses Dokument wird im Rahmen der Ausstellung erstmals der Öffentlichkeit präsentiert.

Die vatikanischen Kuratoren haben der *Weltwoche* eine Abschrift dieses historischen Dokuments – eine Art Urkunde der Neugründung der Garde – zum vertieften Studium zur Verfügung gestellt. In zwölf Punkten sind darin die Dienstmodalitäten abgefasst, die sich wie ein moderner Arbeitsvertrag lesen: Die Dienstzeit beträgt «ein Jahr», der Sold muss «einmal monatlich, ohne Verzögerung, innerhalb der ersten drei Tage des Monats» ausbezahlt werden. Verlässt der Papst Rom, muss er jedem Söldner einen Aufschlag zum gewöhnlichen Sold entrichten. Im Krankheitsfall eines Gardisten, so schreibt das Reglement dem Papst vor, «darf er nicht entlassen, sondern muss gepflegt werden», und er hat sogar Anrecht auf den vollen Sold. Selbst die Kündigungsfrist ist genau reglementiert; sie beträgt die in der heutigen Arbeitswelt übliche Dauer von drei Monaten.

Interessant ist Punkt 5, der die Bewaffnung umschreibt: «Entsprechend der Notwendigkeit muss der Papst jedem Soldaten – anstelle von Schiesspulver und Blei – eine Arkebuse geben.» Die Arkebuse – auch Hakenbüchse genannt – war ein Vorderlader mit Luntenschloss, der leichtere und kürzere Zwilling der Muskete.

Zwar verfügte die erste Garde bereits über Geschütze. So berichtete Kommandant Rüst dem Rat von Zürich, wie seine Truppe nach dem Tod Leos X. den Vatikan mit Kanonen geschützt habe. Durch die Ausstattung mit Arkebussen 1561 scheint man die Gardisten jedoch erstmals mit portablen Feuerwaffen bestückt zu haben.

Hellebarde, Sturmgewehr, Pfefferspray

Hat man damals die Konsequenz gezogen aus dem Gemetzel im Sacco di Roma, bei dem die deutschen Landsknechte «Handrohr» und «Todeskugel» eingesetzt hatten? Wahrscheinlich habe es sich eher um eine normale Aufrüstung und Anpassung an den damaligen waffentechnischen Standard gehandelt, sagt Garde-Experte Robert Walpen. Bis auf den heutigen Tag wird die Garde fortlaufend mit modernsten Waffen ausgerüstet. So stehen neben der dekorativen Hellebarde und dem Schwert die Pistole 75 sowie das Sturmgewehr 90, gegebenenfalls auch ein Pfefferspray, zur Verfügung.

Kaum verändert hat sich die «Einsatzdoktrin». Seit 506 Jahren lautet die Hauptaufgabe, «ständig über die Sicherheit des Heiligen Vaters und Seiner Residenz zu wachen». «Ständig» heisst 24 Stunden pro Tag und an 365 Tagen im Jahr. Somit ist die Schweizergarde nicht bloss die dekorativste und kleinste Armee, als die sie oft beschrieben wird, sondern auch die älteste und loyalste – und als solche rund um den Globus Symbol für Schweizer Qualität.

So lesen sich die Schlussworte aus dem Rekrutierungs-Breve von 1505 – von Julius II. nicht ohne Eigennutz in schmeichelhafter Sprache abgefasst – wie eine Prophezeiung: «Es möge eurer gesamten Nation zum Lob reichen, dass eure Männer zur Bewachung des apostolischen Palastes berufen werden.» ○

Versteckspiel mit Schulden

Politiker und die Öffentlichkeit in Europa leiden unter Krisenmüdigkeit. Die Situation um Griechenland ist so komplex geworden, dass viele lieber an Mythen glauben wollen, als sich der Realität zu stellen. *Von Andreas Höfert*

Vor zwei Wochen mussten die deutschen Parlamentarier über das neue Rettungspaket für Griechenland abstimmen. Es war keine Sternstunde der Demokratie. Selbst Kabinettsmitglieder verblüfften; das Verhalten von Innenminister Hans-Peter Friedrich grenzte an Schizophrenie. Am Montag drängte er Griechenland zum Austritt aus der Euro-Zone, um am Dienstag brav für das Paket zu stimmen (dieses Paket war in einem 726-seitigen in Englisch verfassten Dokument verpackt, das den Abgeordneten zwei Stunden vor der Abstimmung vorgelegt wurde). Viele Parlamentarier der Koalition fühlten sich vermutlich unwohl angesichts der Diskrepanz zwischen dem, was die Kanzlerin und ihre Minister sagten und dem, was sie wirklich denken. Dieser Widerspruch ist kein deutsches Phänomen. Die sieben Mythen, mit denen die Lage in ganz Europa schöngeredet wird:

1—Griechenland erhält 130 Milliarden Euro. Das macht 12 000 Euro für jeden Griechen.

Falsch. Der Rettungsplan wird zwar mit 130 Milliarden Euro beziffert, aber der Durchschnitts Grieche auf der Strasse – dessen Einkommen gerade um bis zu 50 Prozent geschrumpft ist – sieht keinen Cent davon. 30 Milliarden werden für den Kauf von Sicherheiten für neue Griechenland-Anleihen verwendet, 50 Milliarden für die Stabilisierung griechischer Banken, und 50 Milliarden wandern auf ein Treuhandkonto für Zinszahlungen auf Griechenland-Anleihen.

2—Griechenland ist nicht in Konkurs gegangen.

Falsch. Am vergangenen Freitag musste auch die hochoffizielle Vereinigung International Swaps and Derivatives Association endlich anerkennen, dass der Schuldenschnitt und -tausch Griechenlands einem «Kreditereignis» entspricht. Das heisst, Griechenland hat einen partiellen Bankrott angemeldet. Einem Teil der Kreditgeber wurde dieser Plan durch rückwirkende Umschuldungsklauseln, die das griechische Parlament vor zwei Wochen beschlossen hatte, aufgezwungen. So viel zur Rechtssicherheit in der EU. Wenn man sich die Betörungen vieler europäischer Politiker in den vergangenen zwei Jahren, «Griechenland wird nie und nimmer pleitegehen», in Erinnerung ruft, dann weiss man jetzt schon, wie viel deren neues Mantra, «Griechenland ist ein Einzelfall, Portugal ist ganz bestimmt sicher», wert ist.

3—Dies ist der letzte Plan zur Rettung von Griechenland.

Falsch. Selbst wenn er reibungslos umgesetzt wird, kommt Griechenland damit bestenfalls bis 2014 über die Runden. Niemand weiss, was dann geschieht. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble war fast schon naiv offen, als er noch vor der Abstimmung des Bundestags meinte, dass es vermutlich nicht die letzte Rettungsaktion Griechenlands sein würde.

4—Bis 2020 sinken die Schulden auf 120,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Das würde mich überraschen. Schon alleine die präzisen 0,5 Prozent sind Humbug. Uns Ökonomen fällt es schon schwer genug, die nächsten sechs Monate zu prognostizieren. Prognosen mit einem Horizont von acht Jahren sind daher ein sinnloses Unterfangen.

5—Durch den Rettungsplan bleibt Griechenland in der Euro-Zone.

Vorerst vielleicht. Ich bin jedoch skeptisch, ob die griechische Bevölkerung bereit ist, all die Opfer auf sich zu nehmen, die ihr – nicht nur jetzt, sondern mindestens noch zehn Jahre lang – abverlangt werden, nur um das Gesicht zu wahren. Wahlen stehen in Griechenland an, und die traditionellen Parteien haben kaum Chancen, diese zu gewinnen.

6—Die EZB monetisiert die europäischen Staatsschulden nicht.

Stimmt nur halb. Wenn durch eine bewusste Förderung der Teuerung die Schuld real verringert wird, spricht man von «monetisieren». Damit sollen die Schulden durch wachsende Teuerung real verringert werden. Die Europäische Zentralbank (EZB) monetisiert die Schulden zwar nicht direkt. Aber ihre längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte, die mittlerweile über 1000 Milliarden Euro betragen, sollen den europäischen Banken den Kauf europäischer Staatsanleihen erleichtern. Im Grunde handelt es sich also um Gelddrucken und Schuldenkauf – genau wie dies die Zentralbanken der USA und Grossbritanniens in grossem Stil betreiben. Die EZB macht dies eben kontinentaleuropäisch subtiler. Die Monetisierung der Staatsschuld wird nicht direkt, sondern indirekt über das Bankensystem getrieben.

7—Die Euro-Krise ist nun zu Ende.

Darüber freute sich der französische Präsidentschaftskandidat und Noch-Präsident Nicolas Sarkozy vergangene Woche. Er freut sich zu früh. Denn das Ende der Euro-Krise ist nicht absehbar.

Andreas Höfert ist Chefökonom bei der UBS.



Ein Ende der Krise ist nicht absehbar: Deutscher Finanzminister Schäuble, Kanzlerin Merkel.

Schneider-Ammanns Monster

Wirtschaftsverbände, Experten und selbst die Gewerkschaften: Johann Schneider-Ammanns Änderungen des Kartellrechts werden von allen Seiten kritisiert. Trotzdem will der Volkswirtschaftsminister die Vorlage durchs Parlament pauken. Der Wirtschaft drohen kompliziertere Verfahren. *Von Florian Schwab*



Hin und her: Wirtschaftsminister Schneider-Ammann.

Carl Baudenbacher versteht die Welt nicht mehr. In einem 300-seitigen Gutachten für das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat der Kartellrechtsexperte der Uni St. Gallen die Probleme des Schweizer Kartellrechts analysiert. Baudenbacher ist dabei nicht irgendein beliebiger Rechtsprofessor, sondern er hat sich als Präsident des Gerichts der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) weitherum Ansehen erworben. Was nun aber der Bundesrat aus seinem Papier gemacht hat, findet Baudenbacher empörend. «Will man uns für dumm verkaufen?», wettet er in der *Handelszeitung* vom vergangenen Donnerstag.

Es stört ihn, dass der Bundesrat seinen umstrittenen Vorschlag, die «Lobbyisten» aus der Wettbewerbskommission (Weko) zu entfernen, zum Anlass für einen weit umfassenderen Systemwechsel im Kartellrecht genommen hat. Doch nicht nur Baudenbacher, sondern auch

die an der Vernehmlassung beteiligten Verbände nehmen Anstoss an dem Vorgehen.

Formal stört die geringe Qualität der Botschaft, welche der Bundesrat am 28. Februar verabschiedet hat. Eigentlich sollte sie das Für

Weshalb sollte das Gesetz innerhalb eines Jahres zuerst entschärft und nun verschärft werden?

und Wider abwägen und ein aussagekräftiges Bild der Vernehmlassung unter Parteien und Verbänden präsentieren. Die Leitgedanken hinter den in der Botschaft zusammengefassten drei Revisionen bleiben nebulös.

Unklare Botschaft

Der Text liest sich als «Rechtsschrift» (Baudenbacher), ohne grundlegende Fragen zu

diskutieren, wie etwa diese: Weshalb sollte innerhalb eines Jahres das Kartellgesetz zuerst entschärft und nun verschärft werden? Der an der Vernehmlassung beteiligte Schweizerische Gewerbeverband (SGV) erkennt die Ergebnisse der Vernehmlassung in dem Text nicht wieder.

Neben diesen handwerklichen Schwächen kristallisieren sich inhaltlich vor allem zwei Probleme heraus. Das erste davon präsentiert Baudenbacher in seinem Zeitungsartikel: Der Bundesrat will, dass die Weko in ihrer heutigen Form als Behörde abgeschafft wird. Sie soll neu die Funktion einer Art Staatsanwaltschaft erhalten, welche bei Verdacht auf Verstoss gegen das Kartellgesetz bei einem neu zu schaffenden Bundeswettbewerbsgericht ein Verfahren eröffnet. Dieses Gericht soll beim Bundesverwaltungsgericht angesiedelt werden. Nach Baudenbachers Überzeugung ist

das eine «Revolution» und ein «Systemwechsel» vom europäisch geprägten Schweizer Kartellrecht auf das System der Vereinigten Staaten von Amerika.

Weit weg von der Realität

Was auf den ersten Blick aussieht wie eine rein verwaltungstechnische Frage, ist in der Praxis relevant. Der Systemwechsel bedeutet nämlich, dass die Entscheidungen in Zukunft von Juristen weit ab von der ökonomischen Realität gefällt werden. Aus einem Verwaltungsverfahren mit der Möglichkeit eines Rekurses vor dem Bundesverwaltungsgericht würde von Anfang an eine juristische Auseinandersetzung, in der Richter ohne ökonomischen Sachverstand entscheiden. Kompliziertere, längere und teurere Verfahren könnten die Folge sein.

Der Bundesrat hat offenbar den Eindruck, Schweizer Importeure verhielten sich nicht korrekt.

Die Wirtschaft beurteilt diesen Systemwechsel nicht einheitlich. Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, hat Sympathien für die Änderung, sofern sichergestellt wird, dass das neue Bundeswettbewerbsgericht fachlich und personell in die Lage versetzt wird, innerhalb eines Jahres ein erstinstanzliches Urteil zu fällen.

Baudenbacher bezweifelt, dass solche Voraussetzungen hierzulande zu gewährleisten sind. Bereits heute ist das Bundesverwaltungsgericht die Rekursinstanz für Weko-Entscheidungen. Die Verfahren dauern aber nicht selten mehrere Jahre. Anders als Economiesuisse sieht der Schweizerische Gewerbeverband in der Systemänderung keinen Gewinn. Oftmals brächten gerade die heute in der Weko vertretenen Praktiker eine Spur Realitätssinn in die Verfahren. SGV-Vertreter Schneider: «Es ist auf jeden Fall besser, dass das Praxiswissen früh in die Entscheidungsfindung einfließt.» Das zweite Problem ist die Neuregelung betreffend «vertikale Abspra-

chen». Vertikale Absprachen sind, vereinfacht ausgedrückt, Vereinbarungen, welche den Vertrieb eines Produktes regeln, beispielsweise langfristige Lieferverträge zwischen Produzent und Detailhandel, alle Vertriebsgesellschaften und sogar Forschungszusammenschlüsse von Unternehmen. Sie sollen in Zukunft pauschal als wettbewerbsschädlich unter Verbot gestellt werden – es sei denn, die beteiligten Unternehmen beweisen im Einzelfall, dass ihre Absprache nicht wettbewerbsschädlich ist. Bislang musste die Weko das Gegenteil beweisen, woran sie oft scheiterte.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben weder die notwendigen Marktinformationen noch die notwendigen Kapazitäten, um die «Nicht-Wettbewerbsschädlichkeit» zu beweisen. Die Beweislast liegt neu beim Unternehmen.

Leise Kritik klingt bei Economiesuisse an: Thomas Pletscher, der für den Wirtschaftsdachverband das Kartellrecht betreut, legt dar, dass die Verschärfung bei den vertikalen Absprachen «nicht in erster Linie ökonomisch geboten, sondern eine politische Frage» sei. Der St.Galler Wirtschaftsprofessor Stefan Bühler, Vizepräsident der Wettbewerbskommission, hat im Sommer 2010 in einer Publikation dargelegt, dass man «aus ökonomischer Sicht» darauf verzichten sollte, bei vertikalen Absprachen grundsätzlich die «Wettbewerbsbeseitigung» zu vermuten. Dieser Auffassung war auch der Bundesrat bis vor kurzem: Er wollte die betreffende Bestimmung lockern und nicht, wie jetzt vorgeschlagen, verschärfen.

Vorgeschobene Frankenstärke

Wie ist dieser Sinneswandel zu erklären? Ein Blick in die bundesrätliche Botschaft offenbart, dass sich der zuständige Bundesrat Schneider-Ammann von dem Eindruck hat leiten lassen, dass die Schweizer Importeure die Preisvorteile nicht korrekt weitergeben, die sie durch den starken Schweizer Franken erlangen. Ausser dem Bundesrat glauben nur hartgesottene Konsumentenschützer wie das

Gespann Rudolf Strahm (SP) und Roger Zäch (CVP), bestehend aus dem ehemaligen Preisüberwacher und seinem akademischen Alter Ego, dem Zürcher Rechtsprofessor Zäch, dass mit der Vorlage die Folgen der Frankenstärke abgemildert werden könnten.

Differenzierter klingt es bei Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB): Die mangelhafte Weitergabe von Preisvorteilen sei als Anlass für die Revision ungeeignet, denn die Preise würden sich «mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung» anpassen. «In der heutigen Situation müssen wir uns eher über das breitflächige Absinken der Preise Sorgen machen», denn das treffe früher oder später auch die Löhne. Die Kartellgesetz-Revision sei insofern verkehrt herum gedacht. Ein modernes Kartellgesetz prüft bei Vertikalabreden den Einzelfall. «Pauschalverbote sind schlechter für die Konsumenten.»

«Klippen umschiffen»

Schneider-Ammann scheint also mit diesem «populistisch draufgesattelten» Teil seiner Revision, wie es Pletscher ausdrückt, allein auf weiter Flur. Die Begeisterung bei seiner Partei, der FDP, hält sich ebenfalls in Grenzen: Fraktionschefin Gabi Huber legt Wert auf die Feststellung, dass es eine Vorlage des Gesamtbundesrates ist. Bei der Umsetzung sei «sicherzustellen, dass wir kein bürokratisches Monster schaffen. Hier wird die Vorlage noch Klippen zu umschiffen haben.»

In einem Punkt, das muss man der bundesrätlichen Botschaft lassen, ist sie entwaffnend offen: «Gemäss OECD sind die Weko und ihr Sekretariat im internationalen Quervergleich personell eher knapp dotiert.» Der Schlüssel zum Verständnis einer von allen Seiten mit Unverständnis bedachten Vorlage liegt vielleicht in der Erkenntnis, dass die Vorschläge weitgehend ohne vorangehende politische Diskussion von Seco-Direktor Aymo Brunetti, dem Genfer Professor Christian Bovet und Weko-Direktor Rafael Corazza als direkt betroffenen Beamten ausgearbeitet wurden. ○



HUBLOT

CLASSIC FUSION SKELETON
EXTRA THIN KING GOLD

BEYER

Zürich seit 1760 · Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 · 8001 Zürich
Tel +41 (0)43 344 63 63 · beyer.ch.com

3000 Dollar für Verhütungsmittel

In den USA hat die Studentin Sandra Fluke eine Staatsaffäre losgetreten. Sie fordert, dass die katholische Georgetown-Universität allen Studenten Verhütungsmittel und Abtreibungspillen bezahlt. Die Debatte wird giftig geführt bis hoch zu Präsident Obama. *Von Matthias Rüb*



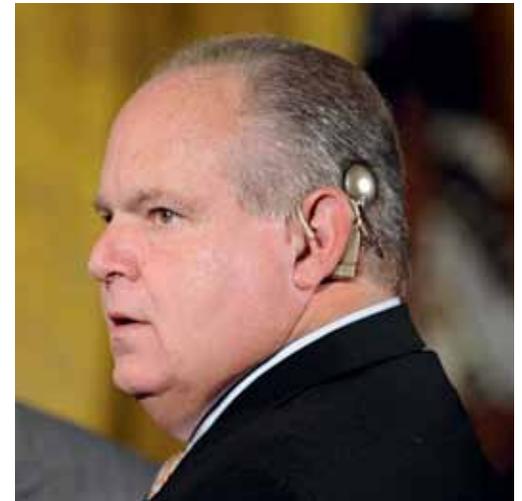
«Reproduktive Gerechtigkeit»: Jura-Studentin Fluke.

Die Republikaner haben sich in die Sexfälle locken lassen. Dort sitzen sie fest, und das ist in einem Wahljahr kein guter Platz. Medienstrategie Alex Castellanos, seit zwei Jahrzehnten mit allen Wassern Dutzender Wahlkampagnen gewaschen, hat das Dilemma seiner Partei auf den Punkt gebracht: «Es ist nicht gut, wenn die Republikaner gegen Sex sind. Sex ist populär.» Natürlich sind die Republikaner weder gegen Sex noch gegen Frauen, noch gegen Verhütung. Aber in einer Debatte, die derzeit ganz nach dem Geschmack der Demokraten verläuft, werden sie als Sexgegner, Frauenfeinde und Verhütungsgegner hingestellt.

Staat als Geburtenverhinderer

Wie konnte es dazu kommen? Begonnen hat der Streit Ende Januar mit einer Verfügung des Gesundheitsministeriums. Eine Bestimmung der von Präsident Barack Obama im März 2010

unterzeichneten Gesundheitsreform habe auch für Einrichtungen in religiöser Trägerschaft zu gelten. Es geht um die Verpflichtung, dass die vom Arbeitgeber angebotenen Krankenversicherungen bei weiblichen Angestellten auch die Kosten für Verhütungsmittel abdecken müssen. Dazu zählen neben der Antibabypille auch das in Amerika als «Plan B» bekannte Verhütungsmittel für den sogenannten Morgen danach, das bis zu 72 Stunden nach dem ungeschützten Beischlaf eine ungewollte Schwangerschaft verhindert. Auch ein erst jüngst zugelassenes Medikament, das bis zu fünf Tage nach dem ungeschützten Koitus das Heranreifen einer befruchteten Eizelle verhindert, wird in die neue Pflichtversicherung zur «reproduktiven Gesundheit der Frau» mit eingeschlossen. Das Mittel enthält ähnliche Wirkstoffe wie die Abtreibungspille RU-486, jedoch in geringerer Dosis.



«Prostituierte»: Radio-Haudegen Limbaugh.



T-Bombe: Obama, Töchter Malia (l.), Sasha.

Ausgenommen von dieser Pflicht zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel sind nur Kirchen und religiöse Einrichtungen selbst, nicht aber die von diesen betriebenen Krankenhäuser, Schulen, Universitäten oder karitativen Einrichtungen. Die Regierung in Washington argumentiert, diese Institutionen seien im Wesentlichen soziale Einrichtungen, bei denen Ausnahmeregelungen, die den Religionsgemeinschaften selbst eingeräumt werden, keine Geltung hätten. Für Studentinnen und weibliche Angestellte an katholischen Universitäten muss künftig faktisch die katholische Kirche die Kosten für Verhütung und Frühabtreibung übernehmen, obwohl der Einsatz dieser Mittel ihrer Glaubensdoktrin widerspricht.

Dagegen haben die katholische Kirche sowie sechzig namhafte Pastoren protestantischer und evangelikaler Kirchen ihren entschiedenen Widerstand angekündigt. Kardinal Timo-

thy Dolan aus New York geisselte das «schrecklich verfehlte Urteil» des Präsidenten und versicherte in einem Hirtenbrief an alle Gläubigen: «Noch niemals zuvor hat eine Regierung Individuen und Organisationen dazu gezwungen, ein Produkt zu kaufen, das ihren Gewissensüberzeugungen widerspricht. In einem Land, in dem die Religionsfreiheit zu den obersten Verfassungsgrundsätzen gehört, darf es das nicht geben. Wir können und werden dieses ungerechte Gesetz nicht befolgen.»

Zunächst erlangen die Republikaner die Debattehoheit in dem Streit um diesen Angriff auf die Religionsfreiheit. «Wir brauchen einen Präsidenten, der das erste Recht in Amerika schützt: das Recht, je nach unserem Gewissen Gott anzubeten», sagt der republikanische Präsidentschaftskandidat Mitt Romney. Sogar in Obamas eigener Partei gehen dem Präsidenten zahlreiche katholische Abgeordnete und Senatoren von der Fahne, weil sie um ihre Wiederwahlchancen im November fürchten.

Gegen den eigenen Glauben

Noch ist nicht klar, ob die neue Bestimmung zu Verhütungsmitteln überhaupt Rechtskraft erlangen wird, denn es sind Klagen von Kirchen sowie von religiösen Rundfunksendern anhängig. Im Kongress haben die Republikaner zudem Gesetzesentwürfe mit dem Ziel eingebracht, die Verfügung Obamas und seiner Gesundheitsministerin wieder rückgängig zu machen. Auch die Zukunft der Gesundheitsreform von 2010 im Ganzen ist noch ungewiss. Ende März eröffnet der Oberste Gerichtshof mit den Anhörungen der Rechtsvertreter von Bundesregierung und von Klägern der Gliedstaaten das Verfahren zur Überprüfung der Verfassungskonformität von «Obamacare». Vor allem geht es um die Bestimmung, dass jeder Amerikaner eine Krankenversicherung abschliessen muss. Gegen dieses Versicherungsmandat haben 26 Staaten geklagt.

Bei der Gesundheitsreform im Ganzen wie beim Streit um die Bezahlung von Verhütungsmitteln geht es darum, was die Regierung in Washington den Menschen und den Religionsgemeinschaften aufzwingen darf. Um sich für diesen Grundsatzstreit wie auch für den jüngsten Zwist über die Religionsfreiheit mit Argumenten aufzumunitionieren, setzt der republikanische Vorsitzende des Ausschusses für Regierungsaufsicht und Verwaltungsreform, Darrell Issa aus Kalifornien, Mitte Februar eine Kongressanhörung an. Dabei tappen die Republikaner in die Falle. Zu der Anhörung lädt Issa nur Männer ein, die sich allesamt namens ihrer Religionsgemeinschaften und unter Berufung auf die Verfassung gegen diesen Angriff der Regierung Obama auf die Glaubensfreiheit aussprechen. Dieser Umstand öffnet den Demokraten eine Tür: «Wo sind die Frauen?», ruft die demokratische New Yorker Abgeordnete Carolyn Maloney und stürmt aus dem Raum.

Dann tritt Sandra Fluke auf. Und zwar bei einer konkurrierenden zweiten Anhörung eine Woche später, zu der allein die demokratische Minderheitsfraktion einlädt. Frau Fluke ist dreissig Jahre alt, studiert Jura an der renommierten Washingtoner Georgetown-Universität, wo sie sich als Präsidentin einer Organisation namens «Jurastudenten für reproduktive Gerechtigkeit» engagiert hat. Die Georgetown-Universität ist eine von Jesuiten gegründete und geführte Hochschule, die ihren Studenten zwar einen umfassenden Krankenversicherungsschutz bietet, aber gemäss katholischer Doktrin die Kosten für Verhütungsmittel und die sogenann-

Weibliche Wähler wenden sich nach den Tiraden Limbaughs wieder den Demokraten zu.

te Frühabtreibung bisher nicht übernimmt. Kann eine Studentin an der Georgetown-Universität aber nachweisen, dass sie ein Hormonpräparat wie die Pille aus medizinischen Gründen braucht, dann werden die Kosten für das Medikament schon jetzt übernommen.

7300 Kondome in drei Jahren

Sandra Fluke beklagt bei ihrer Solo-Anhörung, dass zahlreiche Studentinnen ohne Versicherungsschutz «bis zu 3000 Dollar für Verhütungsmittel während ihrer Studienzeit bezahlen müssen». Viele könnten sich das nicht leisten. Doch die Kosten von 1000 Dollar für Verhütungsmittel pro Studienjahr werden bald in Zweifel gezogen. In Apotheken in der Nähe des Campus der Georgetown-Universität kostet eine Monatspackung der Pille neun Dollar; das ergibt für drei Jahre 324 Dollar und nicht 3000. Wer im Internet günstig einkauft, kann in Amerika ein Kondom für 41 Cents erwerben; für die von Sandra Fluke genannten 3000 Dollar wären das gut 7300 Kondome in drei Jahren – was einen Bedarf von fast sieben Kondomen pro Tag decken würde. Mancher stellt sich die Frage, ob Studenten die durchaus moderaten Kosten für Verhütungsmittel tatsächlich nicht selbst tragen könnten.

Doch nicht wegen ihrer Zahlenakrobatik wird Sandra Fluke nach ihrem Auftritt im Kapitol sogleich berühmt, sondern als Opfer des rechtskonservativen *talk radio*-Königs Rush Limbaugh. In seiner Radioshow, die werktags drei Stunden lang von mehr als 600 lokalen Rundfunkstationen im ganzen Land ausgestrahlt und von 14 bis 20 Millionen treuen Hörern verfolgt wird, bezeichnet Limbaugh Frau Fluke als «Schlampe» und als «Prostituierte». Denn: «Sie will dafür bezahlt werden, Sex zu haben.» Einen Tag später tritt Limbaugh nach: Frau Fluke möge Videos ins Internet stellen, damit sie beim Sex, für den sie bezahlt werden will, von aller Welt betrachtet werden kann.

Der Sturm der Entrüstung über Limbaughs wüste Beleidigung wird vom Weissen Haus

zusätzlich angefacht. Dort zündet Obama die T-Bombe: Er erwähnt, wenn es politisch opportun ist, seine beiden Töchter, die ansonsten von den Medien in Ruhe gelassen werden müssen. Der Präsident greift zum Telefon und ruft Sandra Fluke an, um sich bei ihr für deren Aussage im Kongress zu bedanken. «Ich dachte an Malia und Sasha», sagt Obama kurz darauf vor der Presse: «Ich möchte, dass auch sie später einmal ihre fundierte Meinung sagen können, ohne schrecklich beschimpft zu werden, nur weil sie gute Bürger sind.» Inzwischen hat sich Limbaugh für seine beleidigenden Ausfälle bei Sandra Fluke entschuldigt. Doch die hat die Entschuldigung nicht angenommen.

Die orchestrierte Entrüstung über Limbaugh zeigt eine starke weltanschauliche Schlagseite. Limbaughs Tirade wird als Indiz dafür hingestellt, dass die Republikaner einen «Krieg gegen Frauen» führen, dass sie Frauen nicht nur das Recht auf «reproduktive Selbstbestimmung» absprechen, sondern ihnen Sex rundweg verbieten wollen. Diese aufgewärmte Kulturkriegsthese hat mit dem ursprünglichen Streit um Religionsfreiheit zwar nichts zu tun. Doch die Taktik der Demokraten zur Neuausrichtung des politischen Diskurses scheint aufzugehen. Weibliche Wähler, die den Republikanern noch zum historischen Wahlsieg bei den Kongresswahlen von 2010 verholfen hatten, wenden sich wieder den Demokraten zu.

Frauenhass von links

Inzwischen hat Sarah Palin, Vizepräsidentkandidatin der Republikaner von 2008, jedoch zum Gegenangriff geblasen. Sie fordert von Präsident Obama, dass er eine Wahlkampfspende des linken Fernseh-Talkers Bill Maher in Höhe von einer Million Dollar zurückgibt. Maher ist gleichsam Weltmeister im Beleidigen der ehemaligen Gouverneurin von Alaska: Er pflegt Sarah Palin im Fernsehen nicht nur als «Schlampe», sondern auch als «Tussi» und mit nicht druckfähigen Anwürfen zu beschimpfen; zudem macht er sich über das am Down-Syndrom leidende jüngste Kind der Palins lustig. Entschuldigt hat sich Maher bei Palin für seine Tiraden noch nie.

Obamas Sprecher Jay Carney will keinen Widerspruch darin erkennen, dass der Präsident dem Opfer des rechten Frauenhassers Rush Limbaugh öffentlichkeitswirksam Trost spendet und zugleich das «schmutzige Geld» (Palin) des linken Frauenhassers Bill Maher für seine Kampagne zur Wiederwahl annimmt. Wenn heute in Amerika zwei Männer Frauen das Gleiche antun, ist es eben noch lange nicht dasselbe. Im Wahljahr 2012 wird in Amerika kein Krieg gegen Frauen geführt, sondern um Frauen – und um deren Wählerstimmen. Am 6. November stehen Sieger und Verlierer fest.

Matthias Rüb ist langjähriger USA-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Raketen ins Nichts

Der Staat Israel ist permanent bedroht. Vom Gazastreifen werden täglich Dutzende Geschosse abgefeuert, der Iran rüstet nuklear auf. Aber ist die Gefahr wirklich so gross?

Von Martin van Creveld



Trommelfeuer: Raketenangriff auf einen israelischen Schulbus.

Die Tatsache, dass Israel gegenwärtig mit Raketen vom Gazastreifen angegriffen wird, mag in den Augen vieler Leute die fundamentale Veränderung verwischen, die in der Sicherheitslage des Landes über die Jahrzehnte eingetreten ist. Im Frühling 1948 wurde Israel, das damals eine Bevölkerung von bloss 650 000 Personen hatte, kaum Streitkräfte und keine schweren Waffen hatte, aus allen Richtungen gleichzeitig angegriffen. Die Libanesen standen vor Nazareth, die Syrer hatten den Jordan überschritten. Die Iraker und Jordanier kontrollierten, was heute Westjordanland genannt wird, waren 25 Kilometer von Tel Aviv entfernt und marschierten in einer zweiarmigen Klammerbewegung auf die Stadt zu. Die Ägypter besetzten Beersheba, schnitten den Negev ab und standen 40 Kilometer vor Tel Aviv respektive 5 Kilometer vor Jerusalem.

Im Oktober 1973 wurde Israel erneut Gegenstand eines kombinierten Angriffs, diesmal von syrischen und ägyptischen Streitkräften mit gemeinsam ungefähr 400 000 Mann, 4500 Panzern und 1000 Kampfflugzeugen.

Und wie sieht die Lage heute aus? Im Uhrzeigersinn: 2006 erhielt die Hisbollah eine Lektion, die sie wohl nicht so schnell vergessen wird. Als Militärmächte existieren Syrien und der Irak nicht mehr. Die Tatsache, dass ihre Sicherheitskräfte gegen die Palästinenser

im Westjordanland zusammenarbeiten, ist ein entscheidender Grund dafür, dass der Terrorismus in diesem Gebiet sich nie derart entwickeln konnte wie im Gazastreifen. Ägypten hat eine schwache Regierung, und seine Streitkräfte sind vollständig von amerikanischen Waffen, Ersatzteilen, amerikanischer Munition und Ausbildung abhängig. Folglich ist es nicht in der Lage, einen grösseren Krieg gegen Israel anzufangen, selbst wenn es dies wollte.

Jungfrauen im Paradies

Während der letzten Monate ist der Iran ins Blickfeld geraten. In Tat und Wahrheit hat Israel die nötigen Mittel, um den Iran abzuschrecken, und die Iraner wissen es. Es käme für den Iran einem Selbstmord gleich, wenn es eine etwaige Kernwaffe gebrauchen würde, um Israel anzugreifen. Jeder einzelne Iran-Experte, den ich im Laufe der letzten paar Jahre getroffen habe, sagte mir, dass die Herrscher des Irans rational seien und keineswegs begierig darauf, sich zu den Jungfrauen im Paradies zu gesellen. Der frühere Chef des Mossad General i. R. Meir Dagan hat dies vor einigen Tagen auch wieder bestätigt. Wenn einige israelische Politiker von einem Präventionsschlag gegen den Iran reden, wie sie das jedes Jahr seit mindestens 2005 tun, dann ist

offenbar ihr wirkliches Ziel, mehr Geld und Waffen von den USA und Deutschland zu erhalten. Sie haben damit Erfolg gehabt. Wieso also sollten sie aufhören?

Eine Million Israelis sind betroffen

Schliesslich Gaza. Während ich dies schreibe, fallen jeden Tag Dutzende vom Gazastreifen aus abgefeuerte Raketen nieder. Einige zielen auf israelische Objekte, die bis zu vierzig Kilometer entfernt sind. Bis jetzt haben diese Raketen nicht einmal eine einzige Person töten können. Der Sachschaden blieb minim. Teilweise verdanken die Israelis dies den von ihnen erstellten ausgezeichneten Zivilschutzeinrichtungen, teilweise ihrer Raketenabwehr, der am weitesten fortgeschrittenen der ganzen Welt. Die meisten Raketen landen auf leeren Feldern. Neunzig Prozent derjenigen, bei denen die Computer berechnen, dass sie auf bebauten Gebiete zusteuern, werden abgeschossen. Dies ist in gewissem Sinne eine grossartige Leistung. Nie zuvor haben so viele Geschosse so wenig Leute getötet und so wenig Schaden angerichtet.

Natürlich macht es keinen Spass, unter Trommelfeuer zu stehen. Etwa eine Million Israelis sind davon betroffen. Die Wirtschaft stockt oder kommt zum Erliegen. Wahrscheinlich ist das Ergebnis auch ein psychologischer Langzeitschaden, vor allem bei Kindern. Das Schlimmste ist, dass die Raketen israelischen Hardlinern einen weiteren Vorwand geben, um ernsthaften Verhandlungen mit den Palästinensern auszuweichen und am Westjordanland festzuhalten. Sollten die Angriffe andauern, wird Israel zu andern Massnahmen greifen müssen – wahrscheinlich solchen, die schwere Opfer unter Zivilisten zur Folge hätten, wie dies während der Operation Cast Lead 2008/2009 der Fall war, bei der über tausend Einwohner im Gazastreifen getötet wurden.

Vorläufig jedoch ist die Bedrohung aus Gaza, die nicht von der Hamas, sondern von kleineren Organisationen wie dem Islamischen Dschihad herrührt, leicht zu handhaben. Es wird gut für alle sein, wenn dies so bleibt.

Martin van Creveld ist ein israelischer Militärhistoriker und Strategieexperte. Sein neuestes Buch, «Kriegs-Kultur», ist 2011 im Ares-Verlag erschienen.

Henryk M. Broder über das Verhältnis europäischer Politiker zu Israel auf Seite 60

Die Frau des Diktators

Asma al-Assad galt als «Diana des Nahen Ostens». Eine gebildete, schöne Frau mit westlichem Demokratieverständnis. Die Realität ist nüchterner. Brutal widerlegt sie das Klischee, dass Frauen die besseren, mitfühlenderen Menschen seien. *Von Melanie Mühl*

Frauen sind die besseren Menschen. Würden Frauen die Welt regieren, heisst es, dann wäre die Welt gerechter, die Schere zwischen Arm und Reich würde sich bald schliessen, es würden weniger Kriege geführt, stattdessen herrschte allorts mehr Liebe und Empathie. Mit Frauen verhält es sich wie mit Kindern, über die Herbert Grönemeyer in seinem Lied «Kinder an die Macht» einmal sang: «Die Armeen aus Gummibärchen / Die Panzer aus Marzipan / Kriege werden aufgeessen / Einfacher Plan / kindlich genial.» Es wäre eine Welt, in der sich jeder aufgehoben fühlte.

Das ist natürlich Quatsch. Fest steht, dass wir bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen mit Weiblichkeit assoziieren und andere mit Männlichkeit. Frauen gelten als sanfter, diplomatischer, empfindsamer und sozialer als Männer. Während Männer stets Machtkämpfe auszutragen scheinen, streben Frauen nach Gerechtigkeit. Das Weibliche steht, zugespitzt, für das durch und durch Gute, weshalb unsere Enttäuschung jedesmal gross ist, wenn eine Frau die Erwartungen an die Rolle, die wir ihr zugeschrieben haben, nicht erfüllt, wenn sie sich von der guten Fee, die sie in Wahrheit ja nie gewesen ist, in eine böse Hexe verwandelt.

«Wie ein Sonnenaufgang im Zeitraffer»

Asma al-Assad, die Gattin des syrischen Diktators Baschar al-Assad, ist so eine Frau. Sie wurde in London als Tochter einer Diplomatin und eines Kardiologen geboren, sie studierte Informatik und französische Literatur am King's College, war Investmentbankerin bei J.P.Morgan und der Dresdner Bank. Eine gebildete, kluge Frau, vom westlichen Demokratieverständnis geprägt. Asma al-Assad ist auch eine schöne Frau: Das braune Haar trägt sie zum lockeren Bob geschnitten, die rehhaften Augen blicken neugierig. Ihr Stilbewusstsein veranlasste die *Elle* dazu, sie die «eleganteste Frau in der Weltpolitik» zu nennen. In Interviews legt Asma al-Assad den Kopf gerne leicht schräg, wie es Mädchen tun, wenn sie jemanden um den Finger wickeln möchten. Ihre Stimme klingt so verständnisvoll, als sei in ihrem Herzen für jeden Menschen Platz. «Dieses Lächeln, es beginnt langsam, mit einem Spiel der Lippen, die Mundwinkel zucken kaum sichtbar. Dann breitet es sich über ihr Gesicht aus, wie ein Sonnenaufgang im Zeitraffer», schrieb die *NZZ*. Es gibt ein Foto aus dem Jahr 2010, auf dem Asma al-Assad und ihr Mann mit Nicolas Sarkozy und Carla Bruni an einem Tisch im Elysée-Palast

sitzen und in die Kamera lachen. Dazu soll Sarkozy gesagt haben, dass eine Frau wie Asma unmöglich einen üblen Menschen zum Ehemann haben könne. Falls doch, schwingt als Subtext mit, so wird sie gewiss einen besseren Menschen aus ihm machen.

Empathie als Strategie

Die Wirkungsmacht, die Asma al-Assad oft zugeschrieben wurde, hatte sie nie. Womöglich wollte sie sie auch nie haben, da ihr wahres Wesen trotz allem zu dem ihres Mannes passt. Dass Frauen, was ihr Einfühlungsvermögen betrifft, genetisch besser ausgestattet sind als Männer, ist ein Irrglaube. Die Psychologinnen Nancy Eisenberg und Randy Lennon haben die affektive Empathiefähigkeit von Frauen und Männern untersucht und festgestellt, dass sich der weibliche Vorsprung bezüglich Empathie in dem Masse vermindert, wie die Offensichtlichkeit zurückgeht, dass das, was getestet werden soll, etwas mit Einfühlungsvermögen zu tun hat. In ihrem Buch «Die Geschlechterlüge» schreibt Cordelia Fine: «Frauen und Männer unterscheiden sich nicht so sehr hinsichtlich ihrer faktischen Empathiefähigkeit, sondern vielmehr darin, als wie empathisch sie anderen gegenüber erscheinen wollen.» Das bedeutet, dass Personen in Situationen, in denen ihre Geschlechtszugehörigkeit ein Thema ist, dazu

neigen, in Rollen zu schlüpfen, sich also stereotypisch zu verhalten – weiblich oder männlich. Asma al-Assad trat so lange als gütiger, mitfühlender Mensch auf, der Kinderköpfe tätschelte, sich sozial engagierte und von Demokratie sprach, wie es die Situation zulies. Jetzt, da die Situation es nicht mehr zulässt, hat die Empathie als Strategie ausgedient. Nun verschanzt sich Asma al-Assad hinter den Palastmauern, an denen jeder moralische Appell abprallt. Währenddessen werden in Homs Kinder, Frauen und Männer abgeschlachtet.

Asma al-Assad hat unser Bedürfnis nach einer «Diana des Nahen Ostens» perfekt bedient. Unser Bild von ihr war auch eines, nach dem wir uns sehnten. Die Realität ist derart nüchtern, dass uns jedes Märchen recht ist. Unter ein Youtube-Video, auf dem Asma al-Assad die Brutalität im Gazastreifen verdammt, wurde Folgendes gepostet: «I just hate the way she speaks [...] she acts so innocent [...] cmon man, you helped your man killing 8000+ people [...]»

«Wir sind auch nur Menschen, man kann uns kneifen und weh tun», hat Asma al-Assad einmal gesagt. Frauen sind nicht die schlechteren Menschen, sie sind aber auch nicht automatisch die besseren.

Melanie Mühl ist Feuilleton-Redaktorin der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Autorin des Buchs «Die Patchwork-Lüge».



«Wie ein Sonnenuntergang im Zeitraffer»: Asma al-Assad.

Männer mit Unterhaltungswert

Selbst reiche und berühmte Frauen wie Whitney Houston, Sandra Bullock oder Quandt-Erbin Susanne Klatten fielen auf Bad Boys herein. Weshalb? Die Antwort wird vielen netten Männern nicht gefallen. Von *Beatrice Schlag*

Natürlich gibt es sie, die Bad Boys, die wirklich miesen Kerle. Die Heiratsschwindler, die Hochstapler, die Treulosen und die vielen, die schneller lügen als denken können. Und es gibt reihenweise reiche, durchschnittlich und unterdurchschnittlich verdienende Frauen, die sich in sie verlieben, sich die Augen ausweinen und oft lange nicht von ihnen loskommen.

Aber es gibt auch etwas anderes: den Mythos vom Bad Boy, und der stammt von Männern. Wer sich im Internet auf die Suche macht, findet Unmengen von Beschwerden von zeternden oder jammernden Männern über Frauen, bei denen sie nicht landen können. Die Männer schildern sich als rücksichtsvoll, sensibel, klug und attraktiv. Als das also, was sie für einen Frauentraum halten. Und was machen die Frauen? Sie lassen sie links liegen und ziehen mit einem Mistkerl ab. Oder jedenfalls mit einem, dem seine Geschlechtsgenossen den Widerling, den Macho, den Windhund von weitem anzusehen meinen. Dabei ist er manchmal nur selbstsicher und einfallsreich.

Wenn Frauen von ihren Erfahrungen mit Bad Boys – fast jede hat mindestens eine gemacht – erzählen, klingt es meist nachsichtiger. Zumindest dann, wenn die Trennung eine Weile zurückliegt. Und es ist fast immer die gleiche Geschichte, in der genau das, was den Bad Boy am Anfang so unwiderstehlich machte – seine Hartnäckigkeit, seine Abenteuerlust, sein Einfallsreichtum und eine leise Ahnung von Gefahr –, am Ende zur Trennung führte. Denn Bad Boys sind auf Dauer meist deutlich anstrengender als faszinierend. Irgendwann ist ihre Untreue, ihre Lügelei oder ihre Rastlosigkeit nur noch erschöpfend. Oder sie leisten sich die eine Rücksichtslosigkeit, die man nicht mehr erträgt und die einen die Koffer packen lässt. Trotzdem empfinden sich die Frauen weit weniger als Opfer von Bad Boys als Männer, die sich für nett halten und dennoch am Ende des Abends allein an der Bar stehen. Mit Bad Boys leben Frauen zumindest eine Weile lang auf dem Hochseil.

«In Wahrheit», sagt John Gray, Autor des Millionenbestsellers «Männer sind anders. Frauen auch», «wollen Frauen einen netten Mann. Sie wollen einen Netten, der ein Bad Boy sein könnte, es aber nicht ist. Sorry, Männer, aber in dieser Kontroverse zwischen Bad Boys und Nice Guys sind nicht Frauen das Problem – Ihr seid es!»

Gray wirft den netten Männern vor, oft weder unterhaltsam noch aufmerksam genug zu sein, um eine Frau für sich zu interessieren. «Frauen mögen selbstbewusste Männer, die etwas riskieren, die Initiative ergreifen und wirklich einen Dialog führen. Es ist nun einmal so, dass Männer am Anfang den Frauen nachsteigen müssen. Das ändert sich später in der Beziehung, wenn ein Fundament da ist.» Immer wieder, sagt Gray, höre er von Frauen, dass nette Männer bei der ersten Schwierigkeit viel zu leicht aufgeben, während Bad Boys dranbleiben. «Bad Boys haben Mumm. Zeigt, dass ihr auch feiern könnt. Spielt nichts vor, was ihr nicht seid, aber seid kreativ, und lasst euch etwas einfallen!» Keine Frau, die dazu nicht energisch nicken würde.

Wer die Geschichten berühmter Frauen und ihrer Bad Boys mit etwas Distanz ansieht, entdeckt drei Dinge: Erstens bestätigen sie John Gray. Zweitens halten die Beziehungen nicht. Drittens sind es nur selten Tragödien. Hier eine kleine Auswahl.

Susanne Klatten: Teurer Betrug

Als vor vier Jahren bekannt wurde, dass Deutschlands reichste Frau ihrem Liebhaber, dem Schweizer Betrüger Helg Sgarbi, mit saten 7,5 Millionen Euro unter die Arme gegriffen hatte, war die Ungläubigkeit gross. Von der öffentlichkeitsscheuen BMW-Grossaktionärin

«Spielt nichts vor, was ihr nicht seid, aber seid kreativ und lasst euch etwas einfallen!»

Klatten, geborene Quandt, hatte man bis dahin nur gewusst, dass sie hochgebildet war, einen Ehemann, drei Kinder und unermesslich viel Geld hatte.

Klatten hatte Sgarbi im Sommer 2007 im feudalen Tiroler Kurhotel «Lanserhof» kennengelernt. «Er war charmant und aufmerksam», sagte sie später, «zudem wirkte er sehr traurig. Das weckte ein Gefühl bei mir, dass wir etwas gemeinsam hatten.» Viel mehr sagte die zurückhaltende Frau den Ermittlern nicht. Aber der Satz ist beredt genug. Sie wanderten zusammen. Als sie sich Wochen später wieder trafen, war Wandern kein Thema mehr. Sgarbi liess einen Bekannten die Sexszenen filmen. Als er Susanne Klatten um 7,5 Millionen Euro bat, um sich angeblich von Drohungen eines Mafioso freizukaufen, willigte sie nach an-

fänglichem Zögern ein. Aber bereits kurz darauf merkte sie, «dass er nicht der Mann ist, den er zu sein vorgab». Als sie von Trennung sprach, schickte er ihr Fotos aus dem Sexvideo und verlangte 14 Millionen Euro.

Die Frau, deren Vermögen auf etwa 14 Milliarden geschätzt wird, erklärte sich einverstanden und informierte die Polizei. Sgarbi wurde bei der Geldübergabe verhaftet und zu sechs Jahren Haft verurteilt. Susanne Klatten wusste, wie viel Klatsch und Schadenfreude ihre Anzeige auslösen würde. «Frau Klatten hat sich dazu entschlossen, weil sie erkannte, dass die Beziehung zu Herrn S. einen ausschliesslich kriminellen Hintergrund hatte. Das Ziel war von Anfang an, sie zu betrügen und Geld zu erpressen», sagte ihr Sprecher. Inzwischen taucht ihr Name gelegentlich im Wirtschaftsteil von Zeitungen auf. Über ihr Privatleben ist nichts bekannt.

Sandra Bullock: «The Blind Side»

Neun Tage, nachdem die Schauspielerin 2010 für «The Blind Side» ihren ersten Oscar bekommen und ihrem Mann überschwänglich für seine Liebe gedankt hatte, wurde bekannt, dass er sie in den fünf Jahren Ehe immer wieder betrogen hatte, zuletzt mit einer Stripperin, die ihre Geschichte an ein Klatschmagazin verhökerte. Die ganze Welt hatte Mitleid mit Sandy, dem bescheidenen Hollywood-Superstar. Jesse James, der Biker-Millionär, war eine Weile der bestgehasste Mann der Welt.

Er hatte ihr Geld nie gebraucht, er hatte seine eigene, sehr erfolgreiche Motorradshow im Fernsehen. Aber der Ruhm von Jesse James war, verglichen mit dem von Sandra Bullock, wie der von Gölä im Vergleich zu Céline Dion. Er fühlte sich befangen in ihrer Welt, sie war glücklich in seiner. Ein Jahr nach der Hochzeit jubelte sie in *Vanity Fair*, Jesse sei stärker als sie, spiritueller und toleranter, «und ich hatte das Glück, von ihm lernen zu dürfen und das Girl in mir auszuleben, was ich mir nie zuvor erlaubt hatte. Ich verlor nicht die Kontrolle. Ich kann heute einen Kuchen backen und Blumen schneiden und morgen nach Hollywood zurückgehen und meinen Job machen.»

Das mit der Kontrolle muss man bezweifeln. Jesse James schrieb Hunderte von E-Mails an die Frauen, mit denen er Sex hatte. Viele seiner Mitarbeiter wussten Bescheid. Irgendwas bekommt man irgendwann mit. Nach der Trennung sagte sie: «Die Dinge, die mir am wich-



«Er übernahm die Kontrolle»: Brown, Houston.

tigsten sind, hätten ohne Jesse nicht geschehen können. Vielleicht musste es so kommen, dass mir vor den Augen der ganzen Welt der Teppich unter den Füßen weggezogen wurde, damit ich ganz genau ansehen musste, was ich anzusehen hatte.» Er schrieb im letzten Jahr in seiner Autobiografie: «Das Problem war ich. Ich wünschte, sie wäre Lehrerin oder sowas gewesen. Sie konnte der ganzen Welt sagen, sie liebe mich. Ich glaubte ihr nicht. Sie war Schauspielerin. Ich war nur ein Mechaniker, der Motorräder bastelt.» Manche Frauen müssen sich die Frage gefallen lassen, warum sie ihrer Wahrnehmung nicht mehr trauen, nur weil einer vor sie hintritt und sagt: «Baby, lass mich das machen.»

Maria Shriver: Deal or No Deal?

Als Maria Shriver 2003 kurz vor der Wahl ihres Mannes zum kalifornischen Gouverneur gefragt wurde, ob sie auch zu den Kennedy-Ehefrauen gehöre, die die Untreue ihrer Männer einfach ignorierten, dementierte sie vehement: «Diese Vermutung macht mich wirklich rasend. Ich bin eine selbständige Frau, und ich bin nicht dazu erzogen worden, wegzusehen.» Kein Mensch glaubte ihr. Über Arnold Schwarzeneggers Seitensprünge war in Hollywood getratscht worden, seit ihn die

Heirat mit John F. Kennedys Nichte in eine Schicht katapultiert hatte, die in den USA dem Adel am nächsten kommt. Aber nun war Wahlkampf. «Wenn du Arnold angreifst, wirst du von Maria geköpft», sagte damals ihr Bruder Tim Shriver. Das musste nicht zwingend Liebe sein. Maria Shriver kannte von Kind auf nichts anderes als rückhaltlose Unterstützung ihrer politisierenden Sippe. Dass die rebellische Kennedy den «Terminator» nicht zuletzt deswegen geheiratet hatte, weil sie nie einen Politiker als Ehemann wollte, war nun egal. Er musste gewinnen.

Als First Lady Kaliforniens sah Maria Shriver, ohne deren Hilfe Schwarzenegger nie Gouverneur geworden wäre, von Jahr zu Jahr hagerer und unfroher aus, obwohl sie unentwegt beteuerte, wie sehr ihr Mann sie zum Lachen bringe. Kurz nach Ablauf von Schwarzeneggers Amtszeit im Januar 2011 trennte sich das Paar. Angeblich hatte Maria Shriver erst dann erfahren, dass ihr Mann mit der gemeinsamen Haushälterin seit vierzehn Jahren einen ausserehelichen Sohn hatte. Niemand hält das perfekte Timing für Zufall.

Whitney Houston: Absturz mit dem Bad Boy

Als sie sich 1989 kennenlernten, war Whitney Houston die bestbezahlte schwarze Künst-



«Baby, lass mich das machen»: James, Bullock.



Er musste gewinnen: Schwarzenegger, Shriver.

lerin der USA. R'n'B-Star Bobby Brown machte mit Drogenexzessen und Ausfälligkeiten schon damals mehr Schlagzeilen als mit seiner Musik. «Wir klickten einfach», sagte sie, «er war unterhaltend, leidenschaftlich, liebevoll. Daheim war er der Mann, er übernahm die Kontrolle. Das war erfrischend. Denn über jeden andern Aspekt meines Lebens hatte ich die absolute Kontrolle.» Sie heirateten drei Jahre später, im gleichen Jahr, als sie mit «The Bodyguard» neben Kevin Costner einen unvorhersehbaren Blockbuster landete. Der Welterfolg überforderte sie genauso wie Brown. «Mit einem Mann geschieht etwas, wenn eine Frau so viel Kontrolle hat», sagte sie nach der Scheidung, «ich fing an, mich kleinzumachen. Da begann es schiefzugehen.»

Dass Brown sie in den Drogensumpf mitzog, ist die Klischeeverversion der Ehe. Paargeschichten sind komplizierter als das. Tatsache ist, dass beide jahrelang schwer drogensüchtig waren. Als Whitney Houston nach Trennung und Entzug 2009 ein neues Album veröffentlichte, erschrakten Fans und Kritiker über die reduzierte Stimme der Sängerin, die einst «The Voice» genannt worden war. Die Ursache für ihren plötzlichen Tod am 11. Februar in Beverly Hills ist noch immer ungeklärt. ○

Die Frau des Diktators

Asma al-Assad galt als «Diana des Nahen Ostens». Eine gebildete, schöne Frau mit westlichem Demokratieverständnis. Die Realität ist nüchterner. Brutal widerlegt sie das Klischee, dass Frauen die besseren, mitfühlenderen Menschen seien. *Von Melanie Mühl*

Frauen sind die besseren Menschen. Würden Frauen die Welt regieren, heisst es, dann wäre die Welt gerechter, die Schere zwischen Arm und Reich würde sich bald schliessen, es würden weniger Kriege geführt, stattdessen herrschte allorts mehr Liebe und Empathie. Mit Frauen verhält es sich wie mit Kindern, über die Herbert Grönemeyer in seinem Lied «Kinder an die Macht» einmal sang: «Die Armeen aus Gummibärchen / Die Panzer aus Marzipan / Kriege werden aufgeessen / Einfacher Plan / kindlich genial.» Es wäre eine Welt, in der sich jeder aufgehoben fühlte.

Das ist natürlich Quatsch. Fest steht, dass wir bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen mit Weiblichkeit assoziieren und andere mit Männlichkeit. Frauen gelten als sanfter, diplomatischer, empfindsamer und sozialer als Männer. Während Männer stets Machtkämpfe auszutragen scheinen, streben Frauen nach Gerechtigkeit. Das Weibliche steht, zugespitzt, für das durch und durch Gute, weshalb unsere Enttäuschung jedesmal gross ist, wenn eine Frau die Erwartungen an die Rolle, die wir ihr zugeschrieben haben, nicht erfüllt, wenn sie sich von der guten Fee, die sie in Wahrheit ja nie gewesen ist, in eine böse Hexe verwandelt.

«Wie ein Sonnenaufgang im Zeitraffer»

Asma al-Assad, die Gattin des syrischen Diktators Baschar al-Assad, ist so eine Frau. Sie wurde in London als Tochter einer Diplomatin und eines Kardiologen geboren, sie studierte Informatik und französische Literatur am King's College, war Investmentbankerin bei J.P.Morgan und der Dresdner Bank. Eine gebildete, kluge Frau, vom westlichen Demokratieverständnis geprägt. Asma al-Assad ist auch eine schöne Frau: Das braune Haar trägt sie zum lockeren Bob geschnitten, die rehhaften Augen blicken neugierig. Ihr Stilbewusstsein veranlasste die *Elle* dazu, sie die «eleganteste Frau in der Weltpolitik» zu nennen. In Interviews legt Asma al-Assad den Kopf gerne leicht schräg, wie es Mädchen tun, wenn sie jemanden um den Finger wickeln möchten. Ihre Stimme klingt so verständnisvoll, als sei in ihrem Herzen für jeden Menschen Platz. «Dieses Lächeln, es beginnt langsam, mit einem Spiel der Lippen, die Mundwinkel zucken kaum sichtbar. Dann breitet es sich über ihr Gesicht aus, wie ein Sonnenaufgang im Zeitraffer», schrieb die *NZZ*. Es gibt ein Foto aus dem Jahr 2010, auf dem Asma al-Assad und ihr Mann mit Nicolas Sarkozy und Carla Bruni an einem Tisch im Elysée-Palast

sitzen und in die Kamera lachen. Dazu soll Sarkozy gesagt haben, dass eine Frau wie Asma unmöglich einen üblen Menschen zum Ehemann haben könne. Falls doch, schwingt als Subtext mit, so wird sie gewiss einen besseren Menschen aus ihm machen.

Empathie als Strategie

Die Wirkungsmacht, die Asma al-Assad oft zugeschrieben wurde, hatte sie nie. Womöglich wollte sie sie auch nie haben, da ihr wahres Wesen trotz allem zu dem ihres Mannes passt. Dass Frauen, was ihr Einfühlungsvermögen betrifft, genetisch besser ausgestattet sind als Männer, ist ein Irrglaube. Die Psychologinnen Nancy Eisenberg und Randy Lennon haben die affektive Empathiefähigkeit von Frauen und Männern untersucht und festgestellt, dass sich der weibliche Vorsprung bezüglich Empathie in dem Masse vermindert, wie die Offensichtlichkeit zurückgeht, dass das, was getestet werden soll, etwas mit Einfühlungsvermögen zu tun hat. In ihrem Buch «Die Geschlechterlüge» schreibt Cordelia Fine: «Frauen und Männer unterscheiden sich nicht so sehr hinsichtlich ihrer faktischen Empathiefähigkeit, sondern vielmehr darin, als wie empathisch sie anderen gegenüber erscheinen wollen.» Das bedeutet, dass Personen in Situationen, in denen ihre Geschlechtszugehörigkeit ein Thema ist, dazu

neigen, in Rollen zu schlüpfen, sich also stereotypisch zu verhalten – weiblich oder männlich. Asma al-Assad trat so lange als gütiger, mitfühlender Mensch auf, der Kinderköpfe tätschelte, sich sozial engagierte und von Demokratie sprach, wie es die Situation zulies. Jetzt, da die Situation es nicht mehr zulässt, hat die Empathie als Strategie ausgedient. Nun verschanzt sich Asma al-Assad hinter den Palastmauern, an denen jeder moralische Appell abprallt. Währenddessen werden in Homs Kinder, Frauen und Männer abgeschlachtet.

Asma al-Assad hat unser Bedürfnis nach einer «Diana des Nahen Ostens» perfekt bedient. Unser Bild von ihr war auch eines, nach dem wir uns sehnten. Die Realität ist derart nüchtern, dass uns jedes Märchen recht ist. Unter ein Youtube-Video, auf dem Asma al-Assad die Brutalität im Gazastreifen verdammt, wurde Folgendes gepostet: «I just hate the way she speaks [...] she acts so innocent [...] cmon man, you helped your man killing 8000+ people [...]»

«Wir sind auch nur Menschen, man kann uns kneifen und weh tun», hat Asma al-Assad einmal gesagt. Frauen sind nicht die schlechteren Menschen, sie sind aber auch nicht automatisch die besseren.

Melanie Mühl ist Feuilleton-Redaktorin der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Autorin des Buchs «Die Patchwork-Lüge».



«Wir sind auch nur Menschen»: Asma al-Assad.

Männer mit Unterhaltungswert

Selbst reiche und berühmte Frauen wie Whitney Houston, Sandra Bullock oder Quandt-Erbin Susanne Klatten fielen auf Bad Boys herein. Weshalb? Die Antwort wird vielen netten Männern nicht gefallen. Von *Beatrice Schlag*

Natürlich gibt es sie, die Bad Boys, die wirklich miesen Kerle. Die Heiratsschwindler, die Hochstapler, die Treulosen und die vielen, die schneller lügen als denken können. Und es gibt reihenweise reiche, durchschnittlich und unterdurchschnittlich verdienende Frauen, die sich in sie verlieben, sich die Augen ausweinen und oft lange nicht von ihnen loskommen.

Aber es gibt auch etwas anderes: den Mythos vom Bad Boy, und der stammt von Männern. Wer sich im Internet auf die Suche macht, findet Unmengen von Beschwerden von zeternden oder jammernden Männern über Frauen, bei denen sie nicht landen können. Die Männer schildern sich als rücksichtsvoll, sensibel, klug und attraktiv. Als das also, was sie für einen Frauentraum halten. Und was machen die Frauen? Sie lassen sie links liegen und ziehen mit einem Mistkerl ab. Oder jedenfalls mit einem, dem seine Geschlechtsgenossen den Widerling, den Macho, den Windhund von weitem anzusehen meinen. Dabei ist er manchmal nur selbstsicher und einfallreich.

Wenn Frauen von ihren Erfahrungen mit Bad Boys – fast jede hat mindestens eine gemacht – erzählen, klingt es meist nachsichtiger. Zumindest dann, wenn die Trennung eine Weile zurückliegt. Und es ist fast immer die gleiche Geschichte, in der genau das, was den Bad Boy am Anfang so unwiderstehlich machte – seine Hartnäckigkeit, seine Abenteuerlust, sein Einfallreichtum und eine leise Ahnung von Gefahr –, am Ende zur Trennung führte. Denn Bad Boys sind auf Dauer meist deutlich anstrengender als faszinierend. Irgendwann ist ihre Untreue, ihre Lügelei oder ihre Rastlosigkeit nur noch erschöpfend. Oder sie leisten sich die eine Rücksichtslosigkeit, die man nicht mehr erträgt und die einen die Koffer packen lässt. Trotzdem empfinden sich die Frauen weit weniger als Opfer von Bad Boys als Männer, die sich für nett halten und dennoch am Ende des Abends allein an der Bar stehen. Mit Bad Boys leben Frauen zumindest eine Weile lang auf dem Hochseil.

«In Wahrheit», sagt John Gray, Autor des Millionenbestsellers «Männer sind anders. Frauen auch», «wollen Frauen einen netten Mann. Sie wollen einen Netten, der ein Bad Boy sein könnte, es aber nicht ist. Sorry, Männer, aber in dieser Kontroverse zwischen Bad Boys und Nice Guys sind nicht Frauen das Problem – Ihr seid es!»

Gray wirft den netten Männern vor, oft weder unterhaltsam noch aufmerksam genug zu sein, um eine Frau für sich zu interessieren. «Frauen mögen selbstbewusste Männer, die etwas riskieren, die Initiative ergreifen und wirklich einen Dialog führen. Es ist nun einmal so, dass Männer am Anfang den Frauen nachsteigen müssen. Das ändert sich später in der Beziehung, wenn ein Fundament da ist.» Immer wieder, sagt Gray, höre er von Frauen, dass nette Männer bei der ersten Schwierigkeit viel zu leicht aufgeben, während Bad Boys dranbleiben. «Bad Boys haben Mumm. Zeigt, dass ihr auch feiern könnt. Spielt nichts vor, was ihr nicht seid, aber seid kreativ, und lasst euch etwas einfallen!» Keine Frau, die dazu nicht energisch nicken würde.

Wer die Geschichten berühmter Frauen und ihrer Bad Boys mit etwas Distanz ansieht, entdeckt drei Dinge: Erstens bestätigen sie John Gray. Zweitens halten die Beziehungen nicht. Drittens sind es nur selten Tragödien. Hier eine kleine Auswahl.

Susanne Klatten: Teurer Betrug

Als vor vier Jahren bekannt wurde, dass Deutschlands reichste Frau ihrem Liebhaber, dem Schweizer Betrüger Helg Sgarbi, mit saten 7,5 Millionen Euro unter die Arme gegriffen hatte, war die Ungläubigkeit gross. Von der öffentlichkeitsscheuen BMW-Grossaktionärin

«Spielt nichts vor, was ihr nicht seid, aber seid kreativ und lasst euch etwas einfallen!»

Klatten, geborene Quandt, hatte man bis dahin nur gewusst, dass sie hochgebildet war, einen Ehemann, drei Kinder und unermesslich viel Geld hatte.

Klatten hatte Sgarbi im Sommer 2007 im feudalen Tiroler Kurhotel «Lanserhof» kennengelernt. «Er war charmant und aufmerksam», sagte sie später, «zudem wirkte er sehr traurig. Das weckte ein Gefühl bei mir, dass wir etwas gemeinsam hatten.» Viel mehr sagte die zurückhaltende Frau den Ermittlern nicht. Aber der Satz ist beredt genug. Sie wanderten zusammen. Als sie sich Wochen später wieder trafen, war Wandern kein Thema mehr. Sgarbi liess einen Bekannten die Sexszenen filmen. Als er Susanne Klatten um 7,5 Millionen Euro bat, um sich angeblich von Drohungen eines Mafioso freizukaufen, willigte sie nach an-

fänglichem Zögern ein. Aber bereits kurz darauf merkte sie, «dass er nicht der Mann ist, den er zu sein vorgab». Als sie von Trennung sprach, schickte er ihr Fotos aus dem Sexvideo und verlangte 14 Millionen Euro.

Die Frau, deren Vermögen auf etwa 14 Milliarden geschätzt wird, erklärte sich einverstanden und informierte die Polizei. Sgarbi wurde bei der Geldübergabe verhaftet und zu sechs Jahren Haft verurteilt. Susanne Klatten wusste, wie viel Klatsch und Schadenfreude ihre Anzeige auslösen würde. «Frau Klatten hat sich dazu entschlossen, weil sie erkannte, dass die Beziehung zu Herrn S. einen ausschliesslich kriminellen Hintergrund hatte. Das Ziel war von Anfang an, sie zu betrügen und Geld zu erpressen», sagte ihr Sprecher. Inzwischen taucht ihr Name gelegentlich im Wirtschaftsteil von Zeitungen auf. Über ihr Privatleben ist nichts bekannt.

Sandra Bullock: «The Blind Side»

Neun Tage, nachdem die Schauspielerin 2010 für «The Blind Side» ihren ersten Oscar bekommen und ihrem Mann überschwänglich für seine Liebe gedankt hatte, wurde bekannt, dass er sie in den fünf Jahren Ehe immer wieder betrogen hatte, zuletzt mit einer Stripperin, die ihre Geschichte an ein Klatschmagazin verhökerte. Die ganze Welt hatte Mitleid mit Sandy, dem bescheidenen Hollywood-Superstar. Jesse James, der Biker-Millionär, war eine Weile der bestgehasste Mann der Welt.

Er hatte ihr Geld nie gebraucht, er hatte seine eigene, sehr erfolgreiche Motorradshow im Fernsehen. Aber der Ruhm von Jesse James war, verglichen mit dem von Sandra Bullock, wie der von Gölä im Vergleich zu Céline Dion. Er fühlte sich befangen in ihrer Welt, sie war glücklich in seiner. Ein Jahr nach der Hochzeit jubelte sie in *Vanity Fair*, Jesse sei stärker als sie, spiritueller und toleranter, «und ich hatte das Glück, von ihm lernen zu dürfen und das Girl in mir auszuleben, was ich mir nie zuvor erlaubt hatte. Ich verlor nicht die Kontrolle. Ich kann heute einen Kuchen backen und Blumen schneiden und morgen nach Hollywood zurückgehen und meinen Job machen.»

Das mit der Kontrolle muss man bezweifeln. Jesse James schrieb Hunderte von E-Mails an die Frauen, mit denen er Sex hatte. Viele seiner Mitarbeiter wussten Bescheid. Irgendwas bekommt man irgendwann mit. Nach der Trennung sagte sie: «Die Dinge, die mir am wich-



«Er übernahm die Kontrolle»: Brown, Houston.

tigsten sind, hätten ohne Jesse nicht geschehen können. Vielleicht musste es so kommen, dass mir vor den Augen der ganzen Welt der Teppich unter den Füßen weggezogen wurde, damit ich ganz genau ansehen musste, was ich anzusehen hatte.» Er schrieb im letzten Jahr in seiner Autobiografie: «Das Problem war ich. Ich wünschte, sie wäre Lehrerin oder sowas gewesen. Sie konnte der ganzen Welt sagen, sie liebe mich. Ich glaubte ihr nicht. Sie war Schauspielerin. Ich war nur ein Mechaniker, der Motorräder bastelt.» Manche Frauen müssen sich die Frage gefallen lassen, warum sie ihrer Wahrnehmung nicht mehr trauen, nur weil einer vor sie hintritt und sagt: «Baby, lass mich das machen.»

Maria Shriver: Deal or No Deal?

Als Maria Shriver 2003 kurz vor der Wahl ihres Mannes zum kalifornischen Gouverneur gefragt wurde, ob sie auch zu den Kennedy-Ehefrauen gehöre, die die Untreue ihrer Männer einfach ignorierten, dementierte sie vehement: «Diese Vermutung macht mich wirklich rasend. Ich bin eine selbständige Frau, und ich bin nicht dazu erzogen worden, wegzusehen.» Kein Mensch glaubte ihr. Über Arnold Schwarzeneggers Seitensprünge war in Hollywood getratscht worden, seit ihn die

Heirat mit John F. Kennedys Nichte in eine Schicht katapultiert hatte, die in den USA dem Adel am nächsten kommt. Aber nun war Wahlkampf. «Wenn du Arnold angreifst, wirst du von Maria geköpft», sagte damals ihr Bruder Tim Shriver. Das musste nicht zwingend Liebe sein. Maria Shriver kannte von Kind auf nichts anderes als rückhaltlose Unterstützung ihrer politisierenden Sippe. Dass die rebellische Kennedy den «Terminator» nicht zuletzt deswegen geheiratet hatte, weil sie nie einen Politiker als Ehemann wollte, war nun egal. Er musste gewinnen.

Als First Lady Kaliforniens sah Maria Shriver, ohne deren Hilfe Schwarzenegger nie Gouverneur geworden wäre, von Jahr zu Jahr hagerer und unfroher aus, obwohl sie unentwegt beteuerte, wie sehr ihr Mann sie zum Lachen bringe. Kurz nach Ablauf von Schwarzeneggers Amtszeit im Januar 2011 trennte sich das Paar. Angeblich hatte Maria Shriver erst dann erfahren, dass ihr Mann mit der gemeinsamen Haushälterin seit vierzehn Jahren einen ausserehelichen Sohn hatte. Niemand hält das perfekte Timing für Zufall.

Whitney Houston: Absturz mit dem Bad Boy

Als sie sich 1989 kennenlernten, war Whitney Houston die bestbezahlte schwarze Künst-



«Baby, lass mich das machen»: James, Bullock.



Er musste gewinnen: Schwarzenegger, Shriver.

lerin der USA. R'n'B-Star Bobby Brown machte mit Drogenexzessen und Ausfälligkeiten schon damals mehr Schlagzeilen als mit seiner Musik. «Wir klickten einfach», sagte sie, «er war unterhaltend, leidenschaftlich, liebevoll. Daheim war er der Mann, er übernahm die Kontrolle. Das war erfrischend. Denn über jeden andern Aspekt meines Lebens hatte ich die absolute Kontrolle.» Sie heirateten drei Jahre später, im gleichen Jahr, als sie mit «The Bodyguard» neben Kevin Costner einen unvorhersehbaren Blockbuster landete. Der Welterfolg überforderte sie genauso wie Brown. «Mit einem Mann geschieht etwas, wenn eine Frau so viel Kontrolle hat», sagte sie nach der Scheidung, «ich fing an, mich kleinzumachen. Da begann es schiefzugehen.»

Dass Brown sie in den Drogensumpf mitzog, ist die Klischeeverision der Ehe. Paargeschichten sind komplizierter als das. Tatsache ist, dass beide jahrelang schwer drogensüchtig waren. Als Whitney Houston nach Trennung und Entzug 2009 ein neues Album veröffentlichte, erschrakten Fans und Kritiker über die reduzierte Stimme der Sängerin, die einst «The Voice» genannt worden war. Die Ursache für ihren plötzlichen Tod am 11. Februar in Beverly Hills ist noch immer ungeklärt. ○

«Ich manipulierte die Leute»

Thorsten Havener ist Gedankenleser. Er weiss, wie uns unsere Gedanken verraten, und er sagt, wie man Menschen dazu bringt, etwas zu tun, was sie eigentlich nicht wollen. *Von Daniela Niederberger*



«Ich habe noch kein übersinnliches Phänomen gesehen, das mich überzeugt hätte»: Thorsten Havener.

Herr Havener, Sie schreiben in Ihren Büchern, wie wichtig es sei, die Menschen genau zu beobachten, um zu wissen, was diese denken. Wie beobachtet muss ich mir jetzt vorkommen?

Wenn Sie sich beobachtet vorkommen, mache ich etwas falsch. Sich gemustert zu fühlen, ist unangenehm. Will ich jemanden für mich gewinnen, darf er sich nicht so vorkommen. Sobald jemand ängstlich wird, funktioniert das, was ich mache, nicht mehr. Es gibt eine Ausnahme: Wenn ich herausfinden will, ob jemand lügt. Je mehr Druck ausgesetzt und beobachtet sich einer fühlt, desto weniger kann er sich kontrollieren. So habe ich eine Chance, die Lüge zu erkennen.

In Ihrer Show versteckt ein Zuschauer eine Stecknadel im Raum, und Sie finden sie. Wie machen Sie das?

Es ist eines meiner Lieblingsexperimente.

Ich kann Ihnen genau beschreiben, was ich tue. Ich könnte es Ihnen, wenn Sie die Zeit investieren wollten, auch beibringen. Ich kann es aber nicht erklären. Es ist so, dass sich unsere Gedanken in unserem Körper äussern – teilweise bewusst, wenn ich Sie anlächle, weil ich eine Beziehung aufbauen will, teilweise unbewusst, wenn ich die Stirn runzle über etwas, was Sie sagen. Wenn ich jemanden berühre und ihn bitte, konkret zu denken, wo ich hingehen soll, im Kopf zu sagen: «Geh nach rechts, geh nach links», dann spüre ich das. Ich habe das über viel Training gelernt, und ein Teil ist auch Intuition.

Macht man eine minime Bewegung in die gedachte Richtung?

Da gibt es viele Thesen. Eine ist von einem amerikanischen Forscher, Benjamin Libet. Er fand heraus, dass wir eine unbewusste Bewegung machen, wenn wir an etwas denken. Nehmen wir dieses Stück Schokolade. Ange-

nommen, Sie denken in zwanzig Sekunden: «Das würde ich gerne essen.» Ihre Hand wird sich auf die Schokolade zubewegen – jetzt kommt der Clou –, bevor Sie den Gedanken gedacht haben. Das stellt die Wissenschaft vor philosophisch-ethische Fragen. Sind unsere Gedanken frei? Solche Themen finde ich spannend.

Wie oft finden Sie die Nadel nicht?

Mittlerweile finde ich sie immer.

In einer TV-Sendung forderten Sie den Moderator auf, an einen Menschen zu denken, der ihm nahesteht. Es war seine Tochter Maria. Haben Sie einfach gut geraten?

Ich mache das auch in meinen Bühnenprogrammen. Dort weiss ich nicht, wer da vor mir stehen wird. Das ist ein Experiment, mit dem ich Menschen unterhalte. Ich sage Ihnen nicht, was es ist. Nur so viel: Man kann nicht im Gesicht einer Person lesen, wie jemand heisst, an den er gerade denkt.

Könnten Sie es mit mir machen?

Etwas Ähnliches, ja. Kann ich mal ein Blatt haben? Sie kennen das vielleicht: Wenn man sich was merken möchte, schreibt man es sich auf. Nun gehe ich nicht davon aus, dass Sie den Namen einer Person aufschreiben müssen, um sich an sie zu erinnern. Ich weiss, Sie haben Kinder. Drei, oder?

Zwei.

Wenn Sie einen Namen notieren, und Sie lesen ihn drei-, viermal durch, dann ist er einfach präsenter. Ich drehe mich jetzt mal um, und Sie notieren den Namen einer Person, die Sie gerne mögen. Dann lesen Sie ihn zwei-, dreimal durch und falten den Zettel einmal in der Mitte.

Ich bin so weit.

Das hier ist Ihr Stift, das ist Ihr Blatt. (*Nimmt den gefalteten Zettel*) Sie konzentrieren sich jetzt ganz, ganz fest auf diesen Namen und halten Ihre Hände so nach vorne. Einfach so. Das ist Ihr Papier. (*Zerreisst den Zettel in kleine Stückchen, die auf die Handflächen fallen*) Konzentrieren Sie sich auf diese Person. Jetzt haben Sie sich gerade vorgestellt, wie die aussieht, nehme ich an.

Ja.

Ich müsste wissen, wie der Name ist. Sagen Sie den Namen im Kopf. Aha. Ein M-Laut, oder? Wenn Sie den Namen noch mal wiederholen würden. Der erste Buchstabe ist ein «M», der letzte ein «a». Stimmt es?

Ja.

Hat die Person ungefähr Ihr Alter?

Ja.

Eine weibliche Person?
Ja.
 Manuela?
Ja! Wie ging das?
(Lacht) Der Gesichtsausdruck, den Sie gerade machen! Deswegen mache ich das. Herrlich! Leute zu verblüffen, das ist toll.
Ich musste das Wort still für mich sagen. Bei «M» machte ich eine Mundbewegung. Genau.
In einer anderen Sendung hatte der Moderator ein Herrentäschchen. Darin befanden sich zwei Dinge. Er nannte drei – ein Spielzeugauto, einen Silberlöffel und eine Ingwerwurzel. Eines war also gelogen. Sie tippten richtig auf den Löffel. Wie merkten Sie das?
 Es geht darum, zu erkennen, wann jemand sein Verhalten ändert. Es gibt keinen Trick. Ich kann nicht sagen: «In dem Moment, wo er die Augenbrauen hebt, lügt er.» Irgendwas ist anders, da verlasse ich mich aufs Gefühl.
Das klingt wie Hellseherei.
 Überhaupt nicht. Ich habe noch kein übersinnliches Phänomen gesehen, das mich überzeugt hätte. Ich lernte aber schon viele Menschen kennen, die Dinge behaupteten, die nicht stimmen. Das mache ich ja auch in meinem Abendprogramm. Ich manipulierte die Leute, damit sie mir aus der Hand fressen und glauben, ich könne dies oder jenes. Am Schluss sage ich: «Da und dort habe ich euch manipuliert.»
Sie wurden schon von der Kriminalpolizei um Hilfe angegangen. Wofür?
 Das ist jedes Mal schlimm, weil ich denen nicht helfen kann. Ich bin Entertainer. Die Dinge, die ich mache, sind nicht zu hundert Prozent verlässlich.
Warum lassen sich manche Menschen hypnotisieren und andere nicht?
 Menschen, die keine Fantasie haben, die sich Dinge nicht vorstellen und nicht konzentriert bei einem Gedanken bleiben können, sind sehr schwer zu hypnotisieren.
Sie sagen, Sie würden am Fernsehen oder im Radio niemanden in Trance versetzen, weil das dann Tausenden passieren würde, einige von ihnen wären vielleicht gerade im Auto unterwegs. Ist das Ihr Ernst?
 Es wäre grobfahrlässig, im Radio eine Hypnose-Induktion zu machen und zu sagen: «Und jetzt gleich schlafen Sie tief und fest.» Wenn jemand hochgradig suggestibel ist, schläft er weg beim Autofahren. Gerade beim Autofahren.
Muss man die zu hypnotisierende Person nicht sehen?
 Nein, überhaupt nicht. Am Anfang meiner Karriere machte ich ein Experiment, bei dem ich drei Damen hinter mir stehen hatte. Ich wollte sie einfach nur beruhigen

und sagte: «Und wenn ich jetzt mit dem Finger schnippe, sind Sie komplett entspannt.» Ich machte schnipp, und eine ist in sich zusammengesackt. Ich sah das gerade noch und konnte sie auffangen. Das darf einem erfahrenen Hypnotiseur nicht passieren.
Wollen diese Leute in Trance fallen?
 Letzten Endes ist es immer eine Selbsttrance. Ich bin nur der Katalysator.
Und wenn ich mich sträube?
 Dann kommt es drauf an, wie gross mein Werkzeugkasten und meine Erfahrung sind. Wenn Sie sich komplett sträuben, kann ich das auch nutzen. Tatsächlich ist es so, dass der reine Ablauf, jemanden in Trance zu versetzen, nicht schwer ist. Ich könnte es Ihnen beibringen. Keiner weiss, wie das genau funktioniert. Ich kann auch einen Lichtschalter ein- und ausmachen, ohne dass ich weiss, wie es geht. Die Kunst besteht nicht darin, jemanden in Trance zu versetzen, sondern ihn in seinem Zustand so sauber zu führen, dass er mir vertraut.
Nehmen wir an, ich wäre in Trance. Könnten Sie mir sagen: «Kauf mir eine Uhr, und schenk sie mir», und ich würde das tun?
 Solange das nicht Ihren moralischen Grundsätzen zuwiderläuft, ja.
Könnte man jemandem befehlen, zu töten?
 Ja. Der Engländer Derren Brown hat das in einer Sendung demonstriert. Die Versuchsperson hat abgedrückt, bis das Magazin leer war, und hat sich am Schluss an nichts erinnert. Das war Teil der Suggestion. Brown sagte ihm: «Du drückst ab und weisst nachher von nichts.»
Oder jemanden in den Selbstmord treiben?
 Solche Gedanken habe ich mir noch nicht so oft gemacht. Ich würde sagen: «Wir sind hier oben, im fünften Stock, von diesem Balkon haben Sie eine tolle Aussicht über München.» In Wirklichkeit ist da aber kein Balkon. Es ist ein Aberglaube, zu meinen, Menschen seien gegen ihren Willen nicht hypnotisierbar.
Das müssten sich Sektenführer und Bösewichte zunutze machen.
 Klar. Eine Sekte funktioniert ja genau so. Diese ganzen Massenhysterien, die Selbstmordsekten: Das sind die Methoden von Manipulation und Gehirnwäsche.
Eine beliebte Methode, jemanden für sich einzunehmen, zu beeinflussen, ist das sogenannte Spiegeln. Man imitiert Körperhaltung und Mimik des Gegenübers. Schlaue Verkäufer nutzen das, schreiben Sie.
 Die Technik ist hocheffektiv, aber mittlerweile sehr bekannt. Wenn schon, müsste man es geschickt machen, versetzt. Ich gucke, wie Ihre Körperhaltung jetzt ist, und nehme diese ein, wenn Sie sie ändern.
Fühle ich mich wohler, wenn der andere sich bewegt wie ich?
 Ja. Sie fühlen sich verstanden. Sie denken:

«Der ist wie ich.» Ähnlich ist es, wenn wir am selben Tag Geburtstag haben. Sofort denken wir: «Der ist wie ich, der kann nicht böse sein.» Stimmt aber leider nicht, es gibt auch Idioten, die am selben Tag Geburtstag haben.
In einer Fernsehsendung verteilten Sie sieben persönliche Horoskope an sieben Teilnehmer. Alle fühlten sich erkannt und verstanden. Dabei waren es identische Texte. Warum funktionieren solche Dinge?
 Weil wir alle zwar Individuen sind, aber letzten Endes das Leben bei allen Menschen ähnlich verläuft. Je nach Alter haben wir bestimmte Bedürfnisse und stellen uns bestimmte Fragen. Ich lese gerade ein Buch von Seneca, der schrieb darüber, wie kurz das Leben sei und welche Dinge man tun sollte und was nicht. Das ist bald zweitausend Jahre her, aber uns bewegen heute die gleichen Dinge. Es gibt eine Paartherapeutin, Gail Sheehy, die hat ein Buch geschrieben mit dem Titel «Patterns». Es geht um die Lebensfragen der Menschen, Frauen und Männer. Und die gleichen sich in bestimmten Lebensaltern. Ich kann ungefähr abschätzen, welcher Generation Sie angehören. Sie fragen sich manchmal, was gewesen wäre, wenn Sie sich anders entschieden hätten, nicht für die Familie, sondern für den Beruf. Das fragt sich jeder.
Wäre ich kinderlos, könnten Sie sagen: «Sie fragen sich manchmal, was gewesen wäre, wenn Sie Kinder gehabt hätten.»
 Genau. Herausfinden, ob jemand Kinder hat oder nicht, kann man mit einer tollen Technik, der Oder-Technik. Ich sage: «Sie haben aber keine Kinder, oder?» Sie antworten etwas, und ich sage: «Ja, dachte ich mir.» Egal, wie Sie antworten, ich lande einen Treffer. Das sind die manipulativen Techniken, die Leute mit angeblich übersinnlichen Fähigkeiten anwenden. Sie stellen nie Fragen, sondern machen Aussagen. Am Schluss haben Sie den Eindruck: «Wow, der weiss alles.»
Wie muss ich das Zauberwort «oder» einsetzen, wenn ich Gäste habe, die einfach nicht gehen wollen?
 Sie sagen: «Nehmt ihr noch etwas Wein, oder ...?» Sie gehen mit der Stimme nach oben, damit klar wird, dass es um eine Aufzählung geht. Man ergänzt selber: «Oder nicht.» Anders ist es, wenn ich frage: «Nehmt ihr noch ein Glas?» Da sagt man automatisch ja.
Haben Sie diese Tasche bewusst ausgewählt, damit ich mich wohl fühle?
(Havener trägt ein Tasche aus einer Schweizer Armeewollldecke, braun, mit Schweizerkreuz) Das war mehr so ein Gag.
Thorsten Havener: Denk doch, was du willst. Wunderlich, 2011. 253 S., Fr. 27.90



Voralpine Hooligans

Ungehorsam ist eine Appenzeller Tugend. Im 15. Jahrhundert kämpfte das Ostschweizer Bauernvolk erfolgreich für seine Freiheit. *Von Peter Keller*

Den Unterschied machen zwei Tatzen. Vor ihren ersten Befreiungskämpfen lief der Bär, das Wappentier der Appenzeller, noch auf allen vieren. Als diese den St. Galler Fürstabt mitsamt seinen Verbündeten bezwangen, liessen die Bauernkrieger ein neues Wappen malen: Nun streckte das Tier seine Pranken in die Höhe – stolz, aufrecht, kämpferisch. Die Augen grimmig zusammengekniffen, zwischen den spitzen Zähnen stösst eine tiefrote Zunge hervor. In der gleichen Farbe sind auch die Krallen und das Gemächt zwischen den Beinen gehalten. Als Zeichen der Mannhaftigkeit Appenzells.

Wie fast alle Konflikte jener Zeit lassen sich die Appenzellerkriege nicht auf ein einziges Datum eindampfen. Wir haben es mit einer Serie des Ungehorsams zu tun, mit kleineren und grösseren Scharmützeln. Es geht um alte Freiheitsrechte, die der neue, etwas überhehrgeizige Kuno von Stoffeln, Fürstabt von St.

Gallen, nicht mehr gelten lassen will. Letztlich steckt ein Machtkampf dahinter zwischen den genossenschaftlich organisierten Bauern und den traditionellen Herrschaftsträgern aus Adel und Klerus.

So wiederholt sich um 1400 in der voralpinen Ostschweiz, was rund hundert Jahre zuvor rings um den Vierwaldstättersee passierte: Die Bauern schütteln ihre angestammte Obrigkeit ab – dank einer todesmutigen Kampfkraft. Auch die Appenzeller werden ihren Befreiungskrieg mit einer Heldenfigur garnieren – Ueli Rotach. Damit stellen sie sich auf eine Stufe mit den acht alten Orten und deren Freiheitshelden Wilhelm Tell und Arnold von Winkelried. Der aufrechte Bär demonstriert das neue Selbstbewusstsein: Wir wollen ebenbürtige Eidgenossen sein.

Die Schlinge zieht sich langsam zu

Am Anfang der Eskalation steht Kuno (vor 1365–1411) aus dem Geschlecht der Edlen von Stoffeln. Ihren Stammsitz hat die Familie zwischen Bodensee und Schaffhausen, nahe der deutschen Stadt Singen. 1379 wählen ihn die letzten verbliebenen Mönche zum Abt. Das Kloster hatte schon bessere Zeiten gesehen. Unter Kunos Vorgängern war der Konvent gründlich heruntergewirtschaftet worden, dazu kamen die Pest und das Wegbrechen der Naturaleinkünfte: Die Kleriker hatten es verpasst, die ge-

schuldeten Abgaben auf die Viehwirtschaft zu übertragen, die den Ackerbau in diesen Gebieten erfolgreich verdrängt hatte. St. Gallen wie auch die Appenzeller Bauern nutzten die Schwäche der Klosterbrüder und verschafften sich ein grosses Mass an Selbständigkeit.

Diese Freiheiten will der eben gewählte Abt wieder rückgängig machen – und holt sich dabei die erste demütigende Klatsche. Seine selbstbewussten Untertanen verweigern ihm die Huldigungspflicht: Weder die Stadt noch die Appenzeller lassen sich ein Treueversprechen gegenüber Kuno abringen. Letztere sind nicht einmal gewillt, die dem Lehnsherrn zustehenden Steuern zu entrichten. Ein Affront. Indem die Abtei St. Gallen 1381 die Vogteien Trogen, Teufen, Appenzell, Hundwil, Wittenbach, Gossau und Herisau erwirbt, verstärkt von Stoffeln seine Herrschaftsansprüche – und holt sich 1392 einen mächtigen Partner an Bord: Er schliesst mit Herzog Leopold IV. von Österreich ein Bündnis auf Lebenszeit.

Der Nervenkrieg geht in die nächste Runde, Leopold IV. zieht die Schlinge langsam zu. Österreich verbündet sich mit der Stadt Konstanz (1393), kauft die Herrschaft Bludenz (1394), erobert Rheineck (1395), pfändet die Herrschaft Sargans (1396). Mit einem «Volksbund» (1401) versuchen Appenzell und St. Gallen, den habsburgischen Expansionsplänen entgegenzuwirken und ihre hergebrachten Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten zu schützen. Schon das Jahr darauf fordert ein Schiedsgericht der Bodenseestädte das Ende dieses Widerstandspaktes. St. Gallen unterwirft sich dem Schiedsspruch, nicht aber Appenzell. Im Gegenteil: Noch am gleichen Tag, am 21. Dezember 1402, geht es eine Allianz, das gemeinsame Landrecht, mit Schwyz ein.

Unter wildem Kriegeschrei

Schwyz hatte seine Fühler schon länger Richtung Ostschweiz ausgestreckt. Nur dorthin konnte der Ort wachsen, ohne mit den eidgenössischen Bruderstaaten direkt in Konflikt zu geraten. Mit den Appenzellern fand sich der ideale Brückenkopf für seine Pläne. Unbeeindruckt davon, versammelt der St. Galler Abt sein Heer. Er fühlt sich nun, unterstützt von den Reichsstädten am Bodensee, stark genug, um das widerspenstige Bauernvolk militärisch zu unterwerfen. Am



Aufrecht, kämpferisch.



Frisierter Modell-Held in Nationaltracht: «Ueli

15. Mai 1403 ziehen Kunos Truppen über Speicher, Trogen und Gais gegen den Flecken Appenzell.

Dem mächtigen Aufmarsch – «wol mit fünfthuseng mannen ze rosse und ze fusse» (Konrad Justinger um 1420) – waren die Appenzeller zahlenmässig hoffnungslos unterlegen. Immerhin konnten sie die Topografie für sich nutzen und begannen, die bedrohten Einfallachsen mit Letzinen, eigentlichen Talsperren, zu verbarrikadieren; auch vor Trogen, etwa einen Kilometer unterhalb der Anhöhe Vögelinsegg. «Hier folgt der Aufstieg einem engen Hohlweg durch den Wald», analysiert der Militärhistoriker Hans Rudolf Fuhrer, «so dass



Rotach in der Schlacht am Stoss» am 17. Juni 1405, gemalt von Ludwig Vogel, 1829.

die Bewegungen des anmarschierenden Gegners kanalisiert und in die Länge gezogen wurden.» An dieser Stelle erwarten die Appenzeller, verstärkt durch eine Gruppe Schwyzer und einige Glarner, den Abt und dessen Mitstreiter. Offenbar hatte das Kommando der Schwyzer Feldhauptmann Löri Loppacher inne. Kriegshandwerk als Exportartikel ist bereits zur Tradition geworden: Über Jahrhunderte stehen Schweizer Söldner im Dienst fremder Mächte. Je nachdem gefürchtet wegen ihres Todesmutes oder geschätzt wegen ihrer Loyalität. In diesem schwyzerischen Engagement steckt jedoch kein unmittelbarer Geschäftssinn, es ging um territoriale Gelüste. Auch andere eid-

genössische Orte begannen, den Spiess umzudrehen. Aus Freiheitskämpfern wurden Eroberer wie etwa die Urner ennet dem Gotthard. Etwas gar sorglos aufgrund ihrer Übermacht steigt das Heer des Abtes den Weg empor, bis die Letzi vor Trogen den Weitermarsch vorerst stoppt. Es zeigt sich, dass das Hindernis unverteidigt ist, doch weiter oben lauern die Verteidiger. Ein Hinterhalt mit historischen Anleihen und schwyzerischer Handschrift: «Es sind die Leitgedanken des Sieges von Morgarten, die sich hier übertragen und angewendet finden auf das Schlachtfeld von Vögelinsegg: Auch hier sollte nicht das Hindernis als solches verteidigt werden, dieses sollte aber als wich-

Appenzellerkriege 1401–1429

Zahlen und Fakten

Bei der Hauptschlacht am Stoss (1405) besiegen 400 Appenzeller das rund 1200 Mann zählende österreichische Heer vernichtend.

Ursachen und Anlass

Nach einer Phase der Aufweichung versuchen die Äbte von St. Gallen ihre herrschaftlichen Rechte wieder durchzusetzen. «Appenzell daz lant», wie sich das hüglige Gebiet zwischen Alpstein und Säntis nennt, leistet Widerstand, pocht auf alte Freiheiten und geht schliesslich ein Bündnis mit der Stadt St. Gallen ein gegen die Ansprüche des Klosters.

Folgen und Bedeutung

Am Ende der Auseinandersetzungen (1429) haben sich die genossenschaftlich organisierten Appenzeller gegen die traditionellen Herrschaftsträger Adel (Österreich) und Kirche (Abt von St. Gallen) durchgesetzt. Die Annäherung an die Eidgenossenschaft führt zum Beitritt Appenzells im Jahr 1513.

Chronologie der Ereignisse

Ab 1379: Streit um die Huldigungspflicht der Appenzeller gegenüber der Abtei St. Gallen verschärft sich.

1392: Schutzbündnis zwischen Abt und Habsburg-Österreich.

1401: Stadt St. Gallen und Appenzeller schliessen den gegen das Kloster St. Gallen gerichteten «Volksbund».

1402: Appenzeller zerstören Burg Clanx.

1403: An der Vögelinsegg siegen die Appenzeller über die Bundestruppen der Bodenseestädte und des Abtes.

1405: Schlacht am Stoss. Vernichtende Niederlage der Österreicher.

Ab 1405: Nach dem Sieg unternehmen die Appenzeller verschiedene Plünderungszüge bis über den Arlberg hinaus.

1429: Friede zwischen Appenzell und dem Abt von St. Gallen.

1513: Appenzell wird als 13. Ort in die Eidgenossenschaft aufgenommen.

Ausflugstipp

Wanderung zum Schlachtdenkmal mit Kapelle und Gasthaus am Stoss.

tigste Hilfe im Kampf benützt werden, indem es die Bewegungen des Gegners stauen und trichterartig in eine einzige Richtung lenken sollte» (Hans Rudolf Fuhrer). Erst dann sollte überraschend der Angriff erfolgen, sowohl von vorne wie auch in die Flanken – und exakt dies geschieht: unter wildem Kriegsgeschrei und mit Steinwürfen (siehe Karten).

Was soll man sagen? Der Sieg der Appenzeller war schnell und umfassend, wobei das totale Gemetzel ausblieb. Der Chronist Konrad Justinger schreibt: «[. . .] bald warent die stette sigloz, und wer fliehen mocht, der sumde sich nüt» – «[. . .] bald waren die Städte [Reichsstädte des Bodensees] besiegt, und wer zu fliehen mochte, versäumte keine Sekunde». Durch die Panik machte sich ein Grossteil der äbtischen Truppen davon, noch ehe sie überhaupt in die Kämpfe eingegriffen hatten. Wie meistens in solchen Berichten folgt eine Aufzählung der gefallenen Ritter und ein Verweis auf die Beute und die gewonnenen Banner. Auf den Geschmack gekommen, eilen die Ostschweizer den Flüchtenden hinterher und verfolgen sie bis vor die Stadt St. Gallen.

Nach dem Sieg war kein Halten mehr. Die gleiche Frechheit, die Appenzell den Triumph über die edlen Herren und die Freiheit brachte, verleitete die Landleute zu wiederholten Plünderungszügen. Wie voralpine Hooligans machten sie das Umland unsicher, brachen Burgen, holten das Vieh aus fremden Ställen, stahlen, was ihnen in die Hände fiel. Bis vor die Stadt Konstanz seien die wilden Bauern gezogen und «branden und wüsten waz sie funden».

«... und hatten ihre Schuhe ausgezogen»

Keine zwei Jahre später wird ein erneuter Versuch lanciert, dieser appenzellischen «Landplage» Herr zu werden. Dabei gelingt dem Fürstabt Kuno ein taktischer Schachzug: Weil die Eidgenossen 1394 einen 20-jährigen Frieden mit Österreich schlossen, ist nun ein habsburgisches Heer auf dem Weg ins Kernland der Appenzeller. Damit ist es den Schwyzern und Glarnern untersagt, Hilfestellung zu leisten, wie sie es noch bei der Schlacht bei Vögelinsegg taten.

Allerdings waren die Österreicher nicht ganz uneigennützig aufgebrochen. Ihre Interessen hatten sich schon länger aus dem schweizerischen Mittelland Richtung Osten verschoben. Die Gegend um den Bodensee gehörte ins Zentrum ihrer neuen Machtpolitik. Vom Rheintal über Altstätten steigt das ritterliche Heer hinauf zur Passhöhe Stoss. Der 17. Juni 1405 muss ein trostloser Vorsommertag gewesen sein, regnerisch, der Boden unter den Hufen der Pferde wird mit jedem Schritt sumpfiger und schwerer. Wegen der Nässe fallen die österreichischen Armbrüste aus. Umso mehr profitieren die leichtfüssigen Bauernkrieger mit ihren Hieb- und Stichwaffen vom Gelände.

«1200 mannen, ritter und knecht» ziehen laut Quellen gegen Appenzell. Als sie an die Let-

zi vor dem Stoss gelangen, können die Habsburger in aller Ruhe eine Lücke hineinhausen. Kein Verteidiger lässt sich auf der Barrikade blicken. Anschliessend kämpfen sich die Ritter weiter Richtung Passhöhe – wo sie der Hinterhalt erwartet: «[. . .] da lagen der Appenzeller bei vierhundert oben auf dem Berg und hatten ihre Schuhe ausgezogen; denn es regnete und war sehr nass und wild Wetter. Und liefen also den Berg herab mit einem grossen Geschrei gegen die Herren und warfen mit Steinen unter sie und liessen auch Steine und anderes unter sie herablaufen» («Klingenberger Chronik»).

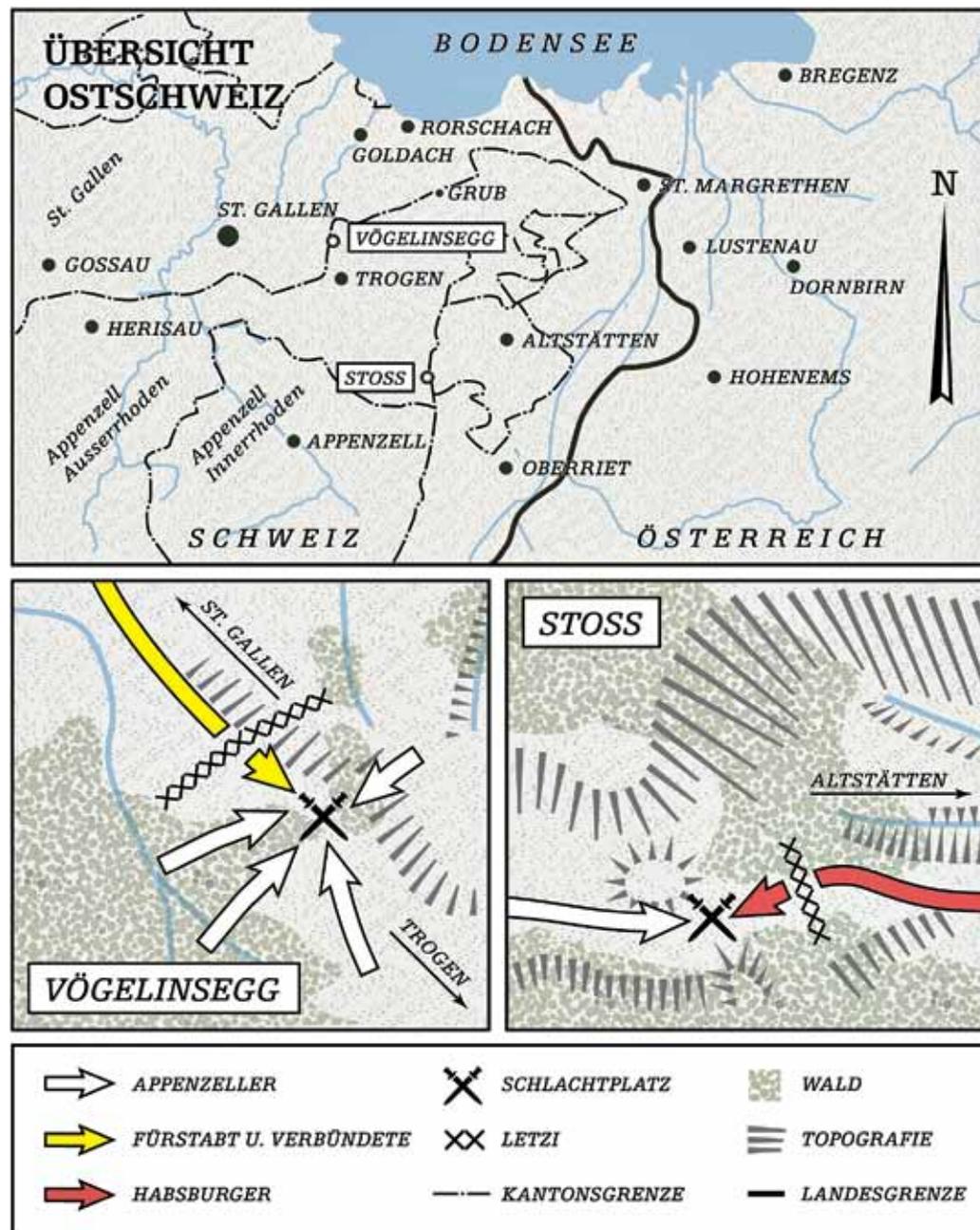
Da sie wegen der nasskalten Temperaturen ihrer schlagkräftigsten Waffe, der Armbrust, beraubt waren, wendete sich die Habsburger rasch zur Flucht – und nun sollte sich rächen, dass sie in ihrer Unbekümmertheit nur einen schmalen Durchgang in die Letzi gehauen hatten. «Also ward das Gedränge gross», hält der Schreiber trocken fest. Die Falle schnappt

endgültig zu. Wie verschreckte Mäuse laufen die Flüchtenden in die Halbarten der nachrückenden Appenzeller. Mit blutigem Ergebnis: Rund 400 der Angreifer bleiben tot liegen.

«Regelrechte Domestizierung»

Die Schlacht am Stoss ist detailliert wie selten überliefert, und wer die Vorgänge rund um Vögelinsegg kennt, kann sich nur wundern. Fast bis ins Detail wiederholt sich das Geschehen: Das ritterliche Heer tappt in die gleiche Falle, die Appenzeller gewinnen kolossal, und sie lassen sich den Sieg schmecken – indem sie das Umland noch hemmungsloser heimsuchen.

Ganz so lernunfähig sind die Gegner dann aber doch nicht. Zunächst überrennen die Sieger das Rheintal, Feldkirch, den Bregenzerwald und stürmen über den Vorarlberg hinaus bis nach Imst. Aber schon die Belagerung von Bregenz 1408 misslingt und untergräbt den Ruf der appenzellischen Unbesiegbarkeit. Empfindlicher



«Leitgedanken des Sieges von Morgarten»: Verlauf der Kämpfe in der Ostschweiz.

wirkt die Niederlage gegen Graf Friedrich von Toggenburg in der Schlacht bei Gossau 1428, wo der bäuerliche Kriegshaufen seine übliche Angriffstaktik anwendet: «Also luffent die von Appenzell den berg ab gen dem von Toggenburg mit ainem geschry, als sy gewonett hatten [gewohnt waren], die lüte ze erschrecken.» Der archaische Auftritt allein genügt nicht mehr. Sie kassierten eine Niederlage, die nur deswegen einigermaßen glimpflich ausfiel, weil der Adel – durch die Erfahrungen bei Vögelinsegg und am Stoss belehrt – von einer Verfolgung absah, um nicht wieder in einen Hinterhalt zu geraten.

Es ist ein Gewirr von Ereignissen, die diese Zeit kennzeichnen. Niederlagen, Siege, Schiedssprüche und verschiedenste Bündnisse wechseln sich ab, ein eindeutiger Gewinner lässt sich nicht ausmachen. Gleichwohl greift das Freiheitsfieber um sich. Nach eidgenössischem Muster bilden die Appenzeller und

St. Galler am 1. Juli 1405 einen eigenen «Bund ob dem See», dem im September das vorarlbergische Städtchen Feldkirch beitrifft, nachdem sich die dortigen Handwerker gegen das Patriat erhoben haben. Das Bündnis erweist sich bald einmal als offensiv ausgerichtetes Vehikel, um Burgen zu stürmen und Städte zu erobern.

Da die Stadt St. Gallen und vor allem das Land Schwyz eine Politik des Ausgleichs anstreben, versendet das Bündnis, zumal König Ruprecht von der Pfalz 1408 dessen Auflösung verlangt und die Herrschaftsrechte des Abtes bestätigt. «In dieser Situation suchten und fanden die Appenzeller die Rückendeckung von Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus», schreibt Volker Reinhardt in seiner «Geschichte der Schweiz», «allerdings fiel der im November 1411 geschlossene Pakt ungleich aus, ja er trug die Züge einer regelrechten Domestizierung.» Waffenhilfe hatten die sieben Orte nur nach eigenem Gut-

dünken, die Appenzeller aber ohne Einschränkungen zu leisten. Ohne Zustimmung ihrer Schutzmächte durften sie keinen Krieg mehr anfangen. So sah die Theorie aus.

Auch dieser Zähmungsversuch scheiterte am notorischen Ungehorsam der Ostschweizer. Wenigstens vorerst. Die Appenzeller verweigerten weiterhin die dem Abt geschuldeten Leistungen, selbst als ein eidgenössischer Schiedsspruch 1421 zugunsten des Abtes ausfiel und wiederholt die Reichsacht gegen sie verhängt wurde. Interessant ist, wie die alten Orte, als sie selber angingen, sich Untertanengebiete anzueignen, in solchen Fragen plötzlich viel obrigkeitssensibler argumentierten. Man erinnere sich: Ihre Vorfahren lehnten sich nicht zuletzt gegen das fremde Steuervogt-Regime auf.

Perfekte Identifikationsfigur

Nach der bereits erwähnten Niederlage gegen den Toggenburger Grafen (1428) mussten sich die Appenzeller beugen. Im folgenden Jahr schlossen sie Frieden mit dem Abt von St. Gallen und bestätigten nachträglich den eidgenössischen Schiedsspruch von 1421. Ganz ruhig wurde es deshalb nicht in der Region. 1445 folgte noch ein letztes Gefecht mit den Österreichern bei Wolfhalden. In einer nächsten Phase werden die Grenzen bereinigt. Ende des 15. Jahrhunderts sind die heutigen Marchen weitgehend gegeben.

Das Verhältnis zur Eidgenossenschaft vertieft sich. 1513 wird Appenzell als dreizehnter und für lange Zeit letzter Ort in den Bund aufgenommen. Gerade noch rechtzeitig, denn im Nachgang zur Reformation wird sich der Kanton teilen: in Appenzell Innerrhoden (katholisch) und Ausserrhoden (reformiert).

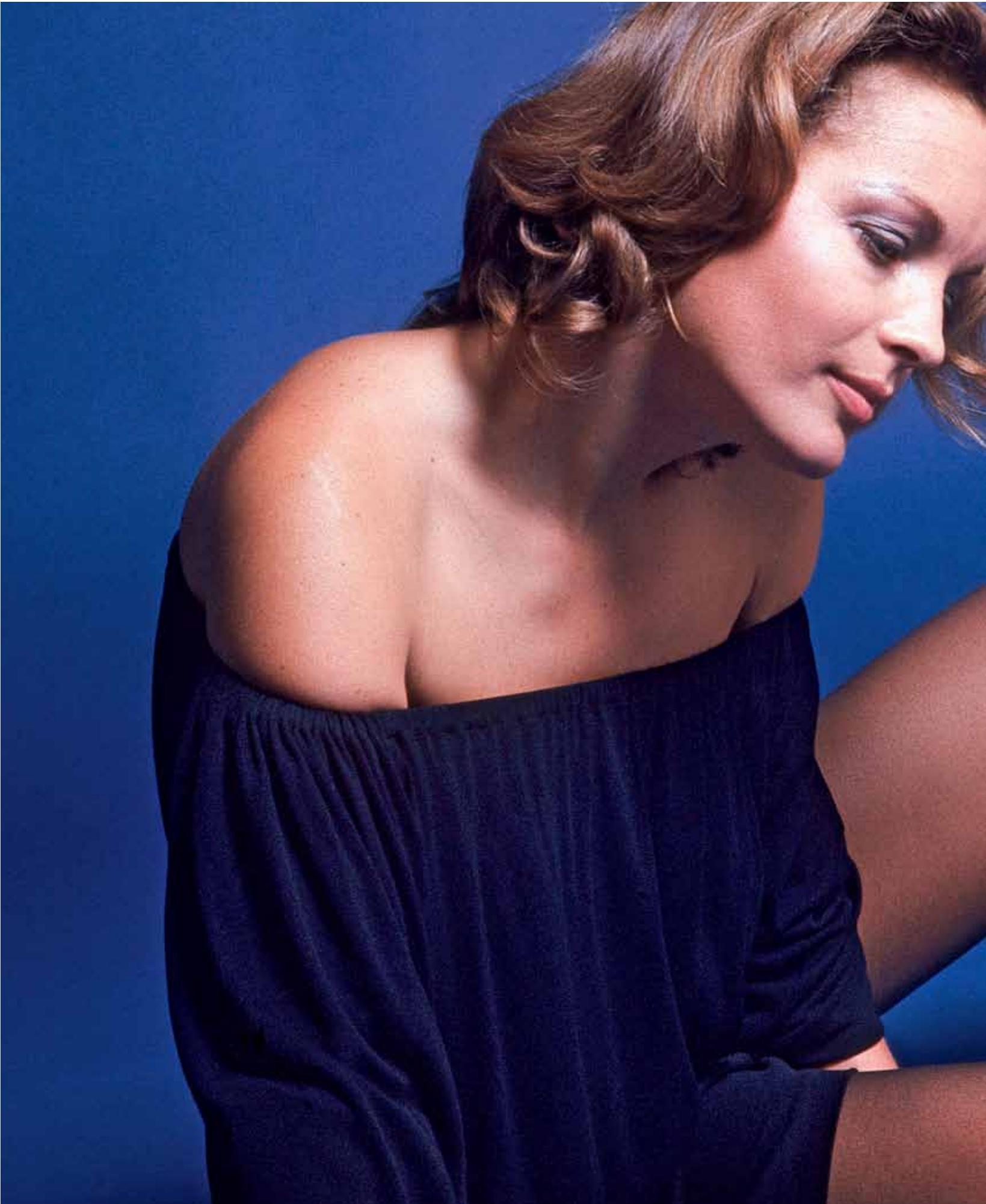
Die Geschichte trennt – und sie verbindet: Mit Ueli Rotach erhalten die widerspenstigen Ostschweizer ihre perfekte Identifikationsfigur. Österreichische Schergen sollen den tapferen Bauern vor seinem Hof überfallen haben. Seine Genossen finden die verkohlte Leiche. «Yren zwölff sind an ym gsin, us deren hatt er gut thail erleit.» Gleich ein Dutzend sei auf ihn losgegangen, einen «guten Teil» von ihnen habe er erledigt, bevor er, unbesiegt, in den Flammen umkam.

Eine Reihe Künstler hat sich von dieser Erzählung inspirieren lassen. Auch Ludwig Vogel, der den Kampf 1829 auf der Leinwand inszenierte und aus dem einfachen Bauern einen schön frisierten Modellhelden in adretter Nationaltracht machte. Erstmals erwähnt wird Rotach im Appenzeller Jahrbuch von 1566. Historisch lässt sich die Figur kaum belegen. Aber sie steht für eine unbestreitbare Tatsache: Die Schlagkraft der alten Eidgenossen hat weniger mit strategischen Meisterleistungen zu tun als mit ihrer ungebändigten Tapferkeit.



Schneller Sieg: «Schlacht um Vögelinsegg», 1403.

Schlachtenserie, nächste Folge: St. Jakob an der Birs



Nicht so intellektuell wie die Moreau, nicht so kühl wie die Deneuve: Schauspielerin Romy Schneider.



Die Unsterbliche

Von Daniele Muscionico

Weltberühmt, wunderschön, todunglücklich: Romy Schneiders Leben war der Versuch, dem Hellen zu entkommen, weil es tödlich für sie war – und das Dunkle zu suchen, weil es das Geheimnis erlaubte. Das Geheimnis, als Romy Schneider Romy Schneider zu entkommen. Denn wer war sie? Ein Stück kaiserlich-königliches Wiener Konfekt, für die Österreicher und die Deutschen. Eine Grande Dame für die Nation, die weiss, dass *la femme* das starke Geschlecht darstellt: die Franzosen.

Die französische Presse hob sie in den Himmel, die deutsche zog sie durch den Schmutz. Zur zerbrechlichen Diva wurde sie in den Augen der Öffentlichkeit erst nach ihrem Tod. Vor dreissig Jahren starb Romy Schneider, Frankreich vermisst sie noch immer, wie damals, als ihr Herz stillstand. Nie wieder haben die Franzosen eine Schauspielerin gefunden, die so schön, so sinnlich, so sensibel war. Nicht so intellektuell wie die Moreau, nicht so kühl wie die Deneuve. Schneider war die Konzentration all dessen, was die Franzosen lieben: Emotion.

Romy Schneider, das ist auf immer: südfranzösisches Mittagslicht, schläfrige Lust, kalkulierte Langeweile, eine Terrasse, ein Swimmingpool und der erotisch sensible Rücken der Autorin Marianne, die Alain Delon zum Mörder macht. Der Film «La Piscine» (1969) schenkte ihr das Leben als Schauspielerin zum zweiten Mal, und er trifft auch das Drama ihres Lebens. Sie kann nur lieben, was sie unglücklich macht.

Nach dem kommerziell überwältigenden Erfolg ist Sissi endgültig gestorben. Die herzige Österreicherin der Fünfziger-Filmbälle; das junge, vom teuflischen Alain Delon in die Irre geleitete Talent mit den internationalen Chancen; die verlobte, verheiratete, verführte Romy – alle tot. Und aus der Asche stieg: die Schauspielerin Romy Schneider. Wer immer sich ab jetzt auf sie einlassen wollte, der sollte das nicht vergessen.

Romy Schneider machte am 10. Mai 1982 in Zürich ihr Testament. Der Tod ihres Sohnes, Schulden – das Leben war dunkel geworden. Als man sie am 29. Mai 1982 in Paris an ihrem Schreibtisch fand, glich sie wieder dem jungen Mädchen von zwanzig Jahren. Sie trug ein Kleid von Yves Saint Laurent, und sie lächelte. So, dass man glauben mochte, sie hätte darauf gewartet, dass einer käme und sagte: «Komm, bleib noch ein wenig.» Und geblieben ist sie. Als Unsterbliche.

Romy Schneider: Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: 5. April bis 24. Juni

Belletristik

- 1 (1) **Jussi Adler-Olsen: Das Alphabethaus** (DTV)
- 2 (4) **Jonas Jonasson: Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand** (Carl's Books)
- 3 (2) **Daniel Glattauer: Ewig Dein** (Deuticke)
- 4 (3) **Milena Moser: Montagmenschen** (Nagel & Kimche)
- 5 (5) **Paulo Coelho: Aleph** (Diogenes)
- 6 (–) **Tess Gerritsen: Grabesstille** (Limes)
- 7 (–) **Fred Vargas: Die Nacht des Zorns** (Aufbau)
- 8 (8) **Catalin D. Florescu: Jacob beschliesst zu lieben** (C. H. Beck)
- 9 (10) **Jussi Adler-Olsen: Erlösung** (DTV)
- 10 (6) **Lukas Hartmann: Räuberleben** (Diogenes)

Sachbücher

- 1 (–) **Pascal Voggenhuber: Die geistige Welt hilft uns** (Giger)
- 2 (1) **Pierre Dukan: Die Dukan-Diät** (Gräfe und Unzer)
- 3 (3) **Barney Stinson, Matt Kuhn: Das Playbook** (Riva)
- 4 (2) **Rolf Dobelli: Die Kunst des klaren Denkens** (Hanser)
- 5 (8) **Duden: Die deutsche Rechtschreibung** (Bibliographisches Institut)
- 6 (4) **Walter Wittmann: Superkrise** (Orell Füssli)
- 7 (5) **Barney Stinson, Matt Kuhn: Der Bro Code** (Riva)
- 8 (9) **Walter Isaacson: Steve Jobs** (Bertelsmann)
- 9 (–) **Masha Gessen: Der Mann ohne Gesicht** (Piper)
- 10 (–) **Lorenz Marti: Eine Handvoll Sternenstaub** (Kreuz)

Apropos: Gute Fragen

Sven Michaelsen gehört zu den besten Interviewern im deutschsprachigen Raum. Auch für die *Weltwoche* entlockt er immer mal wieder Berühmtheiten überraschende und bewegende Geschichten. Nun gibt Michaelsen einen Fragenkatalog in Buchform heraus. Ohne Antworten. Nur Fragen. Die man sich selbst oder sonst jemandem stellen kann. Oder man kann sich einfach über ihre Raffinesse erfreuen. Einige Beispiele:

- Soll schweigen, wem nur die Wahrheit einfällt?
- Wie oft ist Ihr Sex unsexy?
- Macht Schwäche moralisch?
- Warum tragen die dicksten Männer die kleinsten Badehosen?
- Ist eine Handtasche letzten Endes eine Vagina am Riemen?
- Vielleicht fragen Sie sich nun: Kann man das Buch kaufen? Die Antwort lautet: Ja. (rb)

Sven Michaelsen: Ist Glück Glückssache? 800 Fragen, die Sie sich längst hätten stellen sollen. Pendo, 240 Seiten. Fr. 18.90.

Klassik

Bezahlt fürs Stillschweigen

Die legendäre französische Operndiva Natalie Dessay hat die Nase voll von der Oper und vom Publikum, das nur hohe Töne von ihr will. Sie will nun Schauspielerin werden. *Von Christian Berzins*

Sie sind ein geradezu wildes Bühnentier – berühmt für Ihr szenisches Engagement. War es nicht schrecklich für Sie, eine CD mit Liedern von Claude Debussy einzuspielen?

Furchtbar. Wenn ich Lieder singe, fühle ich mich nackt. Ich weiss nicht, wie man einen Liederabend gibt, ohne die anderen Kollegen rundherum, ohne mich hinter einer Rolle verstecken zu können. Darum habe ich es auch fünfzehn Jahre lang nicht gemacht. Ich weiss nicht, ob ich Freude daran haben werde. Ich weiss nur, dass ich sehr viel Freude hatte, mit Pianist Philippe Cassard zu arbeiten.

Singen Sie die Lieder auch am 22. August, dem 150. Geburtstag Debussys?

Nein, dann habe ich Ferien. Ich habe die CD für dieses Jubiläum gemacht.

Es zieht Sie viel eher wieder auf die Opernbühne: In New York singen Sie «La Traviata», in Mailand «Manon». Das sind fast schon normale Rollen, wenn man jene betrachtet, die Sie sonst singen ...

Immerhin sind es Prostituierte – von diesem Gesichtspunkt her ist es doch schon recht speziell, nicht?

Kein Zufall also, dass es nun gleich zweimal keine wahnsinnigen Mädchen, keine Aufziehpuppen, keine dieser unheimlich schweren Koloratur-Rollen sind, die Sie berühmt gemacht haben?

Überhaupt nicht. Ich wollte unbedingt «La Traviata» singen, obwohl die Violetta keine Rolle ist, die stimmlich zu mir passt. In meinem Hauptrepertoire als Koloratursopranistin gibt es bloss sehr wenige interessante Charaktere. Somit gibt es für mich wenig zu schauspielern – aber genau das will ich! Und so sagte ich mir: «Bevor es zu spät ist, spiele ich einmal noch eine grosse Repertoire-Rolle!» Und diese grosse Rolle ist die Violetta in der «Traviata»!

Sie sind 46, da geht's doch noch nicht ums Karriereende!

Doch. Ich habe abgeschlossen, in ein paar Jahren ist Schluss. Es gibt kaum neue Rollen mehr. Das Repertoire für meine Stimme, diesen Koloratursopran, ist zu klein. Ich kann nicht immer das Gleiche singen.

Haben Sie auch nach dem 100. Mal noch Angst, die Wahnsinnsarie in Donizettis «Lucia di Lammermoor» nicht meistern zu können?

Nein, das ist nicht das Problem. Ich habe einst beschlossen, dass ich keine Rolle mehr als 70 Mal singe. Als Olympia bin ich nun aber schon 80 Mal aufgetreten, als Königin der Nacht bestimmt 70 Mal.

Andere sangen diese Rollen 300 Mal.

Ich weiss nicht wie! Nach 70 Mal langweilt mich das, es sei denn, ich könnte in einer total neuen Inszenierung mittun! Aber warum sollte ich mitmachen?

Sie verdienen unheimlich viel Geld damit.

Ja, vielleicht, aber das ist nicht mein Antrieb. **Wirklich?**

Ich bin total altmodisch. Für mich macht Oper nur Sinn, wenn ich singen und auf der Bühne agieren kann. Sonst könnte ich ja Popmusik machen.

Fordert Sie denn eine verrückte Rolle wie jene der Lucia gar nicht mehr heraus?

Doch, aber ich habe keine Angst vor den Noten, sondern vor mir selbst.

Was ist die Entschädigung für diese Angst?

Eine schöne Arbeit mit einem guten Regisseur.

Die Bravos des Publikums sind keine Entschädigung?

Sie sind zwar eine Belohnung, aber das reicht nicht. Ich will stolz auf mich sein. Das Publikum ruft oft für Dinge Bravo, die ich nicht mag.

Eine unheilvolle Verbindung: Opernfans wollen hohe Töne hören, Sie hingegen wollen etwas ganz anderes geben.

Ja, doch das ist das Spiel. Ich akzeptiere es. Aber wenn ich eine Opernkarte kaufe, will ich doch nicht einfach nur eine gute Stimme hören! Natürlich muss die Stimme schön sein, aber man muss s-c-h-a-u-s-p-i-e-l-e-r-n! Wenn jemand ausgezeichnet singt, aber nicht spielt, ist es keine Oper.

Den meisten Opernfans reicht das.

Ja, leider. Das ist schön und gut, aber mich langweilt das nach fünf Minuten.

Wie kam es, dass Sie diese eher langweiligen Koloratur-Rollen zwanzig Jahre lang sangen?

Allein wegen meiner Stimme.

Das glaube ich nicht.

Sie müssen es mir glauben – leider: Wir sind Gefangene unserer Stimme, besonders wenn man bloss einen leichten Koloratursopran hat wie ich. Ich hatte Spass daran, als ich jung war! Heute möchte ich etwas anderes.

Haben Sie denn immer gehofft, dass sich Ihre Stimme noch verändert?

Nein, ich wusste, dass sie das nicht tun würde. Ich habe die Stimme eines Engels, bin aber eine Hexe. Das war schon immer mein Problem. Aber die Stimme hat sich sowieso verändert, allerdings nicht genug, um Salome singen zu können.



«Ich habe die Stimme eines Engels, bin aber eine Hexe»: Sopranistin Dessay.

Was können Sie denn eigentlich?

Im Moment bin ich eine echte Lucia. Und dennoch singe ich jetzt Violetta.

Faszinierenderweise passt Ihr Denken sehr zu jenem Ihrer Protagonistinnen. Der Ophelia in «Hamlet» oder der Lucia in «Lucia di Lammermoor»: zur Sonne hochsteigen und dann der Absturz – der Bühnentod.

Ich lebe noch.

Aber Sie wollen bald nicht mehr singen!

Schauen Sie, ich bin nun mal in einer Krise, die letzte Produktion an der Pariser Oper war peinlich. Aber vielleicht war es gut,

mir zu verstehen zu geben, dass ich mich retten müsse.

Gab es viele solche Momente in den letzten zwanzig Jahren?

Nein, aber jeder ist einer zu viel.

Das heisst, dass in diesem schöngefärbten Operndivenleben viele schreckliche Sachen lauern, die übertüncht werden.

In Paris wurde ich gezwungen, diese Produktion zu singen. Man änderte den Regisseur, den Tenor und das Opernhaus! Was kann ich da tun? Aber glücklicherweise darf ich nun in New York in Willy Deckers «Traviata» singen.

Ich glaube, dass viele Ihrer Kollegen manchmal auch gerne sagen: «Oper ist schrecklich!»

Oper ist nicht schrecklich. Wenn alles gelingt, ist es die schönste Kunst in der Welt, aber es ist schwierig. Ich habe viele Jahre hart gearbeitet, bin 46 und kann nicht mehr alles mitmachen. Mit 25 muss oder will man Karriere machen.

Kostet das zu viel Kraft?

Nein, es gab so viel zu lernen, zu entdecken! Selbst wenn es im Rückblick nicht so gut erscheint. Ich hinterfragte dieses Leben nicht, entdeckte dafür sehr viel. Es war zwar hart, manchmal schrecklich, aber ich wollte Lehren daraus ziehen. Nach zwanzig Jahren brauche ich etwas anderes.

Die Schauspielerin steckte schon früh in Ihnen, dann aber merkten Sie, dass Sie singen können?

Ja, man stellte fest, dass da eine ungeheure Begabung ist. Um sicher zu gehen, dass ich es auf die Bühne schaffe, sang ich. Ich hatte Angst davor, arbeitslos zu werden. Es ist viel schwieriger, als Schauspielerin auf die Bühne zu kommen.

War der Wille, Gesangskarriere zu machen, gross?

Ja, ich dachte, ich müsse aufsteigen, dachte, das künstlerische Niveau sei oben besser.

Und Sie wurden enttäuscht, da Sie sahen: Gerade an den grossen Häusern wird oft oberflächlich gearbeitet, am Stadttheater oft viel mehr und intensiver geprobt.

So ist es oft, obwohl die Orchester in grossen Häusern viel besser sind. Und ich wollte auch mit den besten Sängern arbeiten.

Und die Gage ist am Stadttheater dreimal tiefer ...

Bingo.

Wird man an den grossen Häusern fürs Stillschweigen so gut bezahlt?

Ja. Aber die dort gesetzten Prioritäten haben schon ihre Richtigkeit: Kaum einer kommt in die Oper, um uns spielen zu sehen. Immer geht es nur um die Stimme. Das nervt mich. Wenn das Drumherum hübsch ist, reicht das den Zuschauern. Ich konnte diese Welt nicht verändern.

Immerhin konnten Sie in den letzten zwanzig Jahren einen riesigen Turm CDs und DVDs einspielen ...

Für meine Enkelkinder – hoffentlich werde ich eines Tages welche haben! Oh Gott, jetzt sind Sie völlig deprimiert! Fügen Sie einige schöne Geschichten ein, sonst denken die Leser: «Die zwei sind verrückt geworden.»

Natalie Dessay ist eine der berühmtesten Koloratursopranistinnen (hohe Lage, grosse Beweglichkeit und Strahlkraft, viele puppenhafte Rollen) unserer Tage: Sie wurde 1965 in Lyon geboren. Bereits 1992 sang sie die Olympia in «Hoffmanns Erzählungen» an der Opéra Bastille – eine unheimliche Koloratursopran-Karriere nahm ihren Lauf. 2012 erschienen bei Virgin/Emi eine CD mit Liedern von Debussy und eine «Traviata»-DVD aus Aix-en-Provence.

Hauptsache gegen Israel

Viele Politiker und Bürger in Europa nehmen eine Vernichtung Israels in Kauf. Wie kommt das? *Von Henryk M. Broder*



Wundertüte des Antizionismus: Kriegsprotest in Berlin.

Israel ist im Wellness-Bewusstsein der Deutschen ein Störfaktor. Ein Stachel im Fleisch, ein Steckschuss, der immer wieder Schmerzen verursacht. Israel erinnert die Deutschen nicht nur täglich daran, dass es den Holocaust gegeben hat, es macht ihnen auch bewusst, dass ihre Väter und Grossväter mit einem kühnen Projekt gescheitert sind: Europa judenrein zu machen. Denn schlimmer, als ein Verbrechen zu verüben, ist es, ein Verbrechen nicht zu Ende gebracht zu haben. Erinnerungstechnisch wären die Deutschen – aber auch viele Europäer, die mit den Nazis kollaboriert haben – besser dran, wenn die Nazis die «Endlösung» vollendet hätten, wenn also niemand mehr da wäre, der sie daran erinnert, dass sie versagt haben.

Fairerweise muss man hinzufügen, dass Israel zu dieser Einstellung massgeblich beigetragen hat, indem es sich seit seiner Gründung als das Nachspiel zum Holocaust präsent

tiert. Es ist keine gute Idee, jeden Staatsgast, kaum dass er in Tel Aviv gelandet ist, nach Yad Vashem zu karren, ihn dort einen Kranz zur Erinnerung «an die sechs Millionen» niederlegen und das übliche «Nie wieder!» ins Gästebuch schreiben zu lassen. Auch wenn es nur ein Ritual ist, das beide Seiten lustlos absolvieren: Irgendwann wird der Bussgang zur Zumutung. «Allmächtiger! Nicht schon wieder!» Wer sich ständig als Opfer präsentiert, muss damit rechnen, dass das Mitgefühl der Umwelt irgendwann in Aggression umschlägt. Nicht zufällig ist «Du Opfer!» ein auf deutschen Schulhöfen beliebtes Schimpfwort geworden.

Israel ist «a pain in the ass»

Die Frage, ob Israel auch ohne den Holocaust gegründet worden wäre, mag eine interessante Aufgabenstellung für wissenschaftliche Konferenzen und akademische Arbeiten sein,

für den Alltag der Israelis und deren Beziehung zur übrigen Welt ist sie vollkommen irrelevant. Die zionistische Bewegung entstand Ende des 19. Jahrhunderts, Herzls «Judenstaat», der «Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage», erschien im Jahre 1896.

Wäre Israel tatsächlich nur ein weiterer Kollateralschaden des Zweiten Weltkrieges – wie beispielsweise die deutsche Teilung –, dann müsste man sich in der Tat fragen, warum die Juden ihren Staat nicht irgendwo in Europa, zum Beispiel in Schleswig-Holstein oder in der Steiermark, etabliert haben und warum die Palästinenser den Preis für die Sünden der Europäer bezahlen sollen. Wie man die Sache auch dreht und wendet, Israel ist «a pain in the ass». Und jetzt wollen die auch noch U-Boote! Es ist, als stünde einem jeden Morgen der Gerichtsvollzieher wegen längst verjährter Schulden vor der Haustür.

«Ein künstliches Gebilde»

Der Antizionismus in sich ist ebenso wenig eine monolithische Bewegung, wie es der Zionismus war: Der Bogen spannt sich von Neonazis, die mit dem Ruf «Nie wieder Israel!» zu erkennen geben, dass sie diskursmässig auf der Höhe der Zeit sind, bis zu durchgeknallten ultraorthodoxen Juden und Juden-Darstellern, die den Allmächtigen darum bitten, dem zionistischen Frevel im Heiligen Land ein Ende zu bereiten. Wirklich relevant aber, weil auf einer Art Theorie basierend, ist nur der linke Antizionismus. Der geht zusammengefasst so:

– Die Juden sind kein Volk, keine Nation, keine Ethnie, sie sind eine Glaubens- bzw. Schicksalsgemeinschaft. Als solche haben sie keinen Anspruch darauf, sich territorial zu organisieren.

Darüber diskutieren seit Tausenden von Jahren die Juden untereinander. Es wäre nett, wenn die Antizionisten es ihnen überlassen würden, darüber zu entscheiden, was sie sein möchten.

– Der Zionismus ist eine nationale Bewegung, die im 19. Jahrhundert entstanden ist. Inzwischen haben Nationalismen ausgedient. Die «jüdische Frage» oder das «jüdische Problem» kann nicht dadurch gelöst werden, dass sich die Juden zu einer Nation erklären, zumal auf Kosten eines anderen Volkes. Sie müssen sich «emanzipieren», überall dort, wo sie leben.

Wenn das so wäre, müssten die Völker des ehemaligen Jugoslawien ihre nationalen Organisationen wieder aufgeben. Osttimor, der Südsudan und die Slowakei ebenso. Auch die Palästinenser hätten keinen Anspruch darauf, als Nation anerkannt zu werden, denn sie sind Teil der Umma, der grossen arabischen Gemeinschaft. Falls sie doch ein Volk sein sollten, dann wurden sie dazu nur unter dem Druck der israelischen Besatzung. Und was die «Emanzipation» der Juden angeht, so heisst es schon bei Marx: «Die gesellschaftliche Eman-

zipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum.»

– *Israel ist ein Fremdkörper im Nahen Osten, ein künstliches Gebilde. Der jahrzehntelange Nahostkonflikt ist ein gefährlicher Brandherd, der zum Dritten Weltkrieg führen könnte. Es gilt, ihn zu entschärfen, ehe er ausser Kontrolle gerät.*

Fremdkörper im Nahen Osten sind auch die Kopten in Ägypten, die Bahai im Iran und die Kurden in der Türkei, im Irak, Iran und in Syrien, die seit dem Vertrag von Sèvres im Jahre 1920 auf die ihnen versprochene Autonomie warten. Ausser Island, Japan, den Malediven und den Königreichen Tuvalu und Tonga gibt es keinen Staat auf der Welt, der nicht ein künstliches Gebilde wäre.

Ginge es nach diesem Kriterium, müsste man über das Existenzrecht der Bundesrepublik als Erstes verhandeln. Man sollte dabei auch nicht vergessen, welche fatale Rolle die deutsche Aussenpolitik unter Genscher bei der Zerschlagung des «künstlichen Gebildes» Jugoslawien in andere «künstliche Gebilde» gespielt hat. Vor dem Hintergrund der Geschichte der letzten sechzig Jahre und gemessen an der Zahl der Opfer, ist der Kampf um Palästina einer der kleinsten und unwichtigsten Konflikte der Gegenwart.

Es ist aber auch der einzige Konflikt, bei dem der Flüchtlingsstatus vererbt wird, was dazu geführt hat, dass aus den etwa 800 000 Palästinensern, die nach der Gründung Israels fliehen mussten, inzwischen etwa 4,8 Millionen geworden sind, die auf ihr «Rückkehrrecht» nicht verzichten wollen. Die United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA), 1949 gegründet, ist mit über 29 000 Mitarbeitern und einem Budget von etwa 1,2 Milliarden Dollar allein im Jahre 2011 der grösste Arbeitgeber im Nahen Osten.

Die Juden sind selber schuld

Alle Argumente der Antizionisten laufen auf einen Punkt hinaus: Israel stelle eine Gefahr für den Weltfrieden dar. Ohne einen befriedeten Nahen Osten kein Frieden in der Welt. Sogar für die Juden wäre es besser, wenn der Zionismus sein eigenes Ende erklären würde, denn er fördert und befördert nur den Antisemitismus. Womit ein Klassiker reaktiviert wird: Am Antisemitismus sind nicht die Antisemiten, sondern die Juden schuld, die durch ihr Dasein und ihr Sosein ganz unvorgekommene Menschen dazu bringen, antisemitische Gefühle zu entwickeln.

Was aber ist es, das einen Kommunalpolitiker aus Duisburg, einen Rentner aus Dortmund und eine Hausfrau aus dem hinteren Kandertal dazu bringt, einen wesentlichen Teil ihres Lebens mit der Palästina-Frage zu verbringen? Kampagnen, Unterschriftenaktionen und Sammlungen zu organisieren, gegen die Zionisten zu agitieren, die Israel-

Lobby zu entlarven, sich für die Anerkennung der Hamas und der Hisbollah einzusetzen und Konferenzen zu veranstalten, die mit Appellen an die deutsche Bundeskanzlerin und den amerikanischen Präsidenten enden, den Palästinensern zu ihrem Recht zu verhelfen? Was ist es, das sie antreibt? Ein besonders hoch entwickelter Sinn für Gerechtigkeit und Menschenrechte? Dann würden sie sich für die Tibeter einsetzen, deren Land 1950 von den Chinesen überrannt wurde. Aber Tibet ist für sie kein Thema. Auch nicht der Aufstand in Syrien, der innerhalb weniger Monate über 5000 Menschen das Leben gekostet hat. Denn weder in Tibet noch in Syrien ist irgendeine «zionistische» Verwicklung erkennbar.

So muss man vermuten, dass den Antizionisten auch die Palästinenser egal sind, dass sie nur als Alibi und Ausrede benutzt werden, um Israel auf der Anklagebank halten zu können. Als bei den internen Auseinandersetzungen zwischen der Hamas und der Fatah erst Fatah-Leute von den Hamas-Leuten und dann Hamas-Leute von den Fatah-Leuten massakriert wurden, hüllten sich die deutschen Palästina-Freunde in vernehmbares Schweigen. Zu Brutalitäten Stellung zu beziehen, die von der einen Palästinenserfraktion an der anderen begangen werden, ist ihre Aufgabe nicht. Die Antizionisten vom Dienst wachen erst auf, wenn Israel ins Spiel kommt. Dann chartern sie Schiffe, laden sie mit alten Sachen voll und segeln nach Gaza, um die Welt auf die Not der Palästinenser aufmerksam zu machen.

Es gibt zum Antizionismus nur eine Parallele: den Antiamerikanismus. Der ist sogar noch älter, er entstand schon Anfang des 19. Jahrhunderts zur Zeit der deutschen Romantik. Der Begründer des intellektuellen Antiamerikanismus, der österreichische Dichter Nikolaus Lenau, wanderte 1832 in die USA aus. Nachdem er als Geschäftsmann und Farmer gescheitert war, kehrte er nach nur einem Jahr nach Europa zurück, um fortan den Materialismus der Amerikaner anzuprangern und den Mangel an Kultur in den «Verschweinerten Staaten» zu beklagen.

Seitdem wartet das deutsche Feuilleton darauf, dass die USA kollabieren. Die Lieblingsthemen der deutschen USA-Korrespondenten sind Armut, Gewalt, Korruption – und «der tägliche Faschismus» in den USA.

Antiamerikanismus und Antizionismus gehören zusammen wie Pech und Schwefel. Man wird keinen Antiamerikaner finden, der nicht zugleich ein Antizionist wäre, umgekehrt ist es genauso. Konsequenterweise gilt Israel als der «Brückenkopf der USA» im Nahen Osten, während in den USA die Zionisten das Sagen haben. Der «grosse» und der «kleine» Satan arbeiten zusammen, um die Völker der Welt zu unterjochen.

Der Antizionismus geriert sich als politische Philosophie, ist aber in Wirklichkeit eine

Flucht aus der Mausefalle der Geschichte. Wenn die Palästinenser die Juden von heute sind und wenn die «Islamophobie» den Antisemitismus ersetzt hat, dann muss man sich mit den Palästinensern solidarisieren und die «Islamophobie» bekämpfen, wenn man besser als die eigenen Eltern und Grosseltern sein will.

Was, wenn die Atombombe explodiert?

Das ist aber noch nicht alles, was in der Wundertüte des Antizionismus steckt. Stellen wir uns kurz das Udenkbare vor: Achmadinedschad beschliesst eines Tages, die friedliche Nutzung der Kernkraft zugunsten einer militärischen Option aufzugeben und die erste «selbstgebaute» Atombombe über Israel auszuprobieren. Die Antizionisten wären darüber nicht begeistert, denn der atomare Fallout würde auch über Jericho und Ramallah niedergehen – sie wären aber auch nicht allzu traurig. Wie schon zur Zeit des Golfkrieges von 1991, als irakische Scud-Raketen in Tel Aviv einschlugen, könnten sie auch diesmal Israel die Schuld geben, weil es mit seiner Politik gegenüber den Palästinensern diese Katastrophe heraufbeschworen habe. Damals erklärte der Sprecher der Grünen, Hans-Christian Ströbele: «Die irakischen Raketenangriffe auf Israel sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels.»

Das offizielle Europa würde sich, wie Deutschland im Jom-Kippur-Krieg 1973, für neutral erklären, allerdings auch versichern, eine «Neutralität der Herzen» könne es nicht geben, und den Überlebenden «humanitäre Hilfe» in Form von Zelten und Trinkwasser-aufbereitungsanlagen anbieten. Lea Rosh und ihre Freunde würden sofort eine Bürgerinitiative für ein «Mahnmal zur Erinnerung an den jüdischen Staat im Nahen Osten» gründen, das auf dem Gelände der nunmehr nicht mehr benötigten israelischen Botschaft in Berlin entstehen sollte. Das Beste aber wäre: Im Dunst der atomaren Endlösung der Nahostfrage würde der von den Nazis organisierte Holocaust mitsamt den Schuldgefühlen den Juden gegenüber im Abgrund der Geschichte verschwinden. Über eine Katastrophe kommt man nur hinweg, indem man eine noch grössere Katastrophe inszeniert.

Das ist die Substanz der antizionistischen Anstrengungen, ob sie den Protagonisten bewusst ist oder nicht: Sie nehmen die Vernichtung Israels als Preis für ihren inneren Frieden in Kauf. So denkt es in ihnen.



Vorabdruck

Dieser Text stammt aus Henryk M. Broders neuem Buch «Vergesst Auschwitz!» Knaus. 240 S., Fr. 27.90

«Der Staat traut dem Bürger kein eigenes Urteil zu»

Der Direktor der Kulturstiftung Pro Helvetia, Pius Knüsel, übt heftige Kritik an der Subventionskultur. In einem Buch fordert er die Schliessung der Hälfte aller Theater und Museen. Die Kultur habe mehr Markt und weniger Staat nötig. *Von Rico Bandle*

Sind Sie nach zehn Jahren als Direktor von Pro Helvetia desillusioniert?

Ich bin weniger verträumt oder naiv ...

Sie schreiben im Buch: Die Kulturförderung bringe «modischen Mainstream» hervor, «der aus all den verordneten Qualitätsansprüchen resultiert». Mit diesem Resultat kann man nicht zufrieden sein.

Über die Jahre macht man Feststellungen. Unter anderem die, dass Kulturförderung in einem immer engeren Korsett steckt. Dazu gehört ein wachsender Anteil an Verwaltung, an Richtlinien, Kriterien, Rastern, Verträgen. Da fällt es immer schwerer, das Neue noch zu erkennen. Geförderte und Förderer tendieren zur Übereinstimmung, das führt zu einer Art Mainstream und hemmt die Innovation.

Haben Sie schon daran gedacht, bei diesen enttäuschenden Resultaten Ihren Job hinzuschmeissen? Oder rechnen Sie gar damit, nach diesem Buch Ihre Stelle ohnehin zu verlieren?

Das Buch ist zweifellos ein Risiko. Die Resultate sind nicht enttäuschend, nur der Weg wird immer anstrengender. Seit Jahren versuche ich, und es gelingt in vielem auch, mit Pro Helvetia eine Förderpolitik zu betreiben, die offen ist, neue Bewegungen aufnimmt – zum Beispiel Computergames – oder auch den Laien ihren Tribut zollt. Zur Freude der einen, zum Zorn der anderen. Im Buch geht es nicht um Pro Helvetia, das muss ich hier mal sagen.

Weshalb wird der Weg anstrengender?

Die Erwartungen an die Kulturförderung wachsen ständig. Es gibt viel Besitzstand, der nach Kräften verteidigt wird. Kultur ist nahezu heilig. Die Ausdehnung der Kulturförderung macht mehr Verwaltung nötig. Alles muss transparent und nachvollziehbar ablaufen. Und vieles wird mit Subventionsverträgen festgelegt und damit für Jahre zementiert. Das sind die inneren Dilemmata. Das äussere ist, dass Kulturförderung seit den neunziger Jahren stark produktionsorientiert ist und das Publikum aus den Augen verloren hat.

Im Buch steht, Künstler riefen den Staat «wie eine Krankenversicherung» an. Auch bei Pro Helvetia kommen fünfzig Prozent der Gesuche durch; wer es diesmal nicht schafft, schafft es das nächste Mal.

Darüber diskutieren wir regelmässig. Doch demokratische Förderung gelangt

immer zur Giesskanne. Ähnliche Projekte müssen ähnlich unterstützt werden, das geht nicht anders – Gerechtigkeit und Gleichbehandlung sind in der Verwaltung essenziell. Ausserdem ist Pro Helvetia viel zu klein, um das System zu drehen. Die wirklichen Probleme liegen meines Erachtens auch nicht in der Einzelförderung, da kann man immer ein wenig schrauben. Im Buch gehen wir davon aus, dass unsere Infrastrukturen zu gross und zu schwer sind und zu viel Mittel absorbieren.

Sie kritisieren die Nähe zwischen Kultur und Staat heftigst.

In fast allen Bereichen traut der Staat dem Bürger ein selbständiges Urteil zu. In der Kultur nimmt er ihn jedoch an der Hand und erklärt ihm, was gute und was schlechte Kunst sei. Das passt nicht zusammen.

Ist diese Nähe dafür verantwortlich, dass Kulturleute auch politisch stark auf der Linie des Staates stehen?

Das kann man so sehen. Und wenn sie doch opponieren, wie im Falle Hirschhorn, schlägt das Parlament zu ... Ich glaube nicht, dass man die Kunst repolitisieren kann. Diese Zeit ist vorbei. Und wenn die Politik auf die Bühnen zurückkehrt, dann nicht, weil wir Kulturförderer es wünschen, sondern, weil die Zeit es verlangt. Kultur ist heute wieder eine Art Hintergrundmusik. Schön, sie zu haben. Im Überangebot, über das sich alle beklagen, fällt es immer schwerer, das Essenzielle zu erkennen.

Hintergrundmusik? Dann kann man sie ja ganz sein lassen, zumindest die Subventionierung.

Hintergrundmusik, was die politische Einmischung betrifft, nicht das individuelle Erlebnis.

Sie wollen fünfzig Prozent der Kultureinrichtungen streichen. Wie kommen Sie auf die fünfzig Prozent, ausser dass es eine gute Schlagzeile hergibt?

Wir machen ein Gedankenspiel: Wäre die Gesellschaft kulturell am Ende, wenn es nur noch die Hälfte der Kultureinrichtungen gäbe? Und wir kommen zum Schluss: Nein. Vor dreissig Jahren war es etwa die Hälfte, und es gab keine kulturelle Notlage (vielleicht eine politische, aber das ist eine andere Geschichte). Als wir über die Umverteilung diskutierten, kamen wir zum Schluss, dass wir eine einfache Formel benötigen. Wir hätten auch ein Drittel sagen können oder

24,6 Prozent. Uns geht es darum, das Undenkbare zu denken. Nun hören wir die Keulen kreisen ...

Die Keulen kreisen?

Den Kulturbetrieb, vor allem die Kulturförderung, von innen her in Frage zu stellen, braucht eine dicke Haut. Der deutsche Soziologe Gerhard Schulze («Die Erlebnisgesellschaft») sprach in den neunziger Jahren schon vom Rechtfertigungskonsens, der die Kultur beherrsche. Man dürfe alles nur gut finden, sobald das Wort Kultur dranhänge. Da ist was dran. Wer in Deutschland ein Theater schliessen will, ist ein Kulturfeind. Wer in der Schweiz sagt, Staat und Kultur müssten wieder etwas auseinanderrücken, auch. Weil, so das übliche Argument, nichts schlimmer ist als die Nachfrage, der der Künstler dann verstärkt ausgesetzt sei. Dabei denken wir vier Autoren nur an eine andere Kultur, nicht an weniger und schon gar nicht an keine. Die Digitalisierung wird viele Einrichtungen obsolet machen, die junge Generation baut viel mehr auf direkte Beziehungen als auf Vermittlung durch Autoritäten und Institutionen. Sie fühlt sich vom gegenwärtigen System nicht angezogen.

Werden wir konkret: Welche Kulturinstitutionen in der Schweiz sind obsolet?

Es gibt viele, die zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben haben. Und eine sehr schmale Publikumsbasis haben. Institutionen, die weniger als 30 Prozent der Einnahmen selber erwirtschaften, würde ich unter die Lupe nehmen. Einzelbeispiele will ich nicht nennen, da lauern zu viele Fallen ...

In der Schweiz wird noch immer kräftig ausgebaut: In den letzten zehn Jahren haben fast alle grossen Theater neue, zusätzliche Spielstätten bezogen, es sind Projekte für Museumsneubauten in der Höhe von 600 Millionen Franken in der Pipeline. Droht hier wie in Deutschland der Kollaps?

Finanziell nicht, die Schweiz kann sich den Ausbau offenbar noch leisten. Aber es zeigt sich, dass die Leuchttürme kosten, und zwar immer mehr. Dagegen haben wir nichts, wir würden einfach konzentrieren. Leuchttürme haben eine Beispielfunktion. Doch die Leute sind mobiler, sie fahren heute weiter für das, was sie interessiert. Auch das würde eine Reduktion erlauben.

Sie kritisieren die zu tiefen Eintrittspreise in subventionierten Häusern, sprechen von

«Preisdumping». Sollen Leuchttürme der Oberschicht vorbehalten bleiben?

Wir meinen, dass gute und aufwendige Kultur ihren Preis haben muss. Die Karten werden trotzdem abgestuft sein. Die laufende Verbilligung hat die Hochkultur nicht viel populärer gemacht.

Sie fordern einerseits mehr Markt und unternehmerisches Handeln, andererseits wollen Sie ein duales System einführen, bei dem die subventionierten Häuser nicht mehr auf Sponsoring- und Stiftungsgeld zurückgreifen dürfen, das sollte den Privaten vorbehalten bleiben. Die Subventionierten können sich dann zurücklehnen.

Das ist ein sehr roher, noch nicht ausgedachter Vorschlag. Er orientiert sich am dualen Finanzierungssystem des französischen Fernsehens. Die staatlichen Sender sind werbefrei. Die Werbeeinnahmen sind den Privaten vorbehalten, die dafür keine Gebühren eintreiben. So ergeben sich zwei sehr unterschiedliche Fernsehwelten. In der Kulturwelt setzen sich die Sponsoren meist auf die öffentliche Finanzierung oben drauf. Das Geld fehlt dann den Privaten.

Die Anzahl Künstler wächst ständig, das Publikum aber stagniert. Werden die Künstler vom Staat zu sehr verhätschelt?

Das ist ein gesellschaftliches Phänomen: Der Künstler ist mehr denn je das Idealbild des selbstverantwortlichen, nicht entfremdeten Menschen. Die Kulturförderung hat auf diesen Trend zur Individualisierung reagiert: Sie ist heute auf das kreative Subjekt fixiert, nicht auf Verstehen. Die Wirkung ist nebensächlich. Vor dreissig Jahren ging es noch um Gemeinschaft.

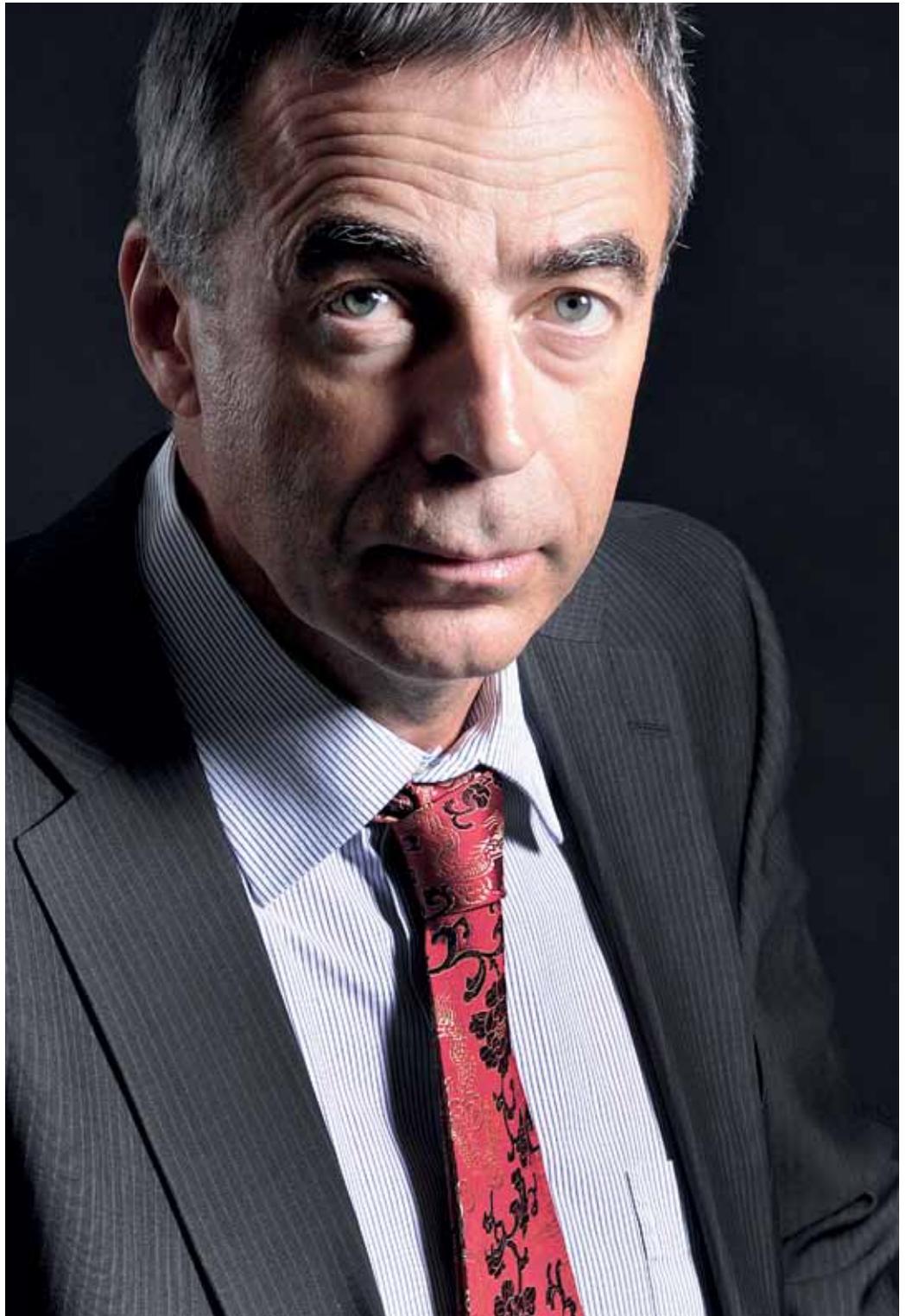
Was ist die Alternative?

Wir schlagen vor, nicht mehr die einzelnen Künstler zu unterstützen, sondern die Einrichtungen, die die Künstler engagieren. Die Institutionen regulieren Angebot und Nachfrage. Auch meinen wir, für eine erfolgreiche Kulturindustrie wäre mehr kultureller Unternehmergeist nötig, dafür Starhilfen mit Abnabelung vom Staat. Daneben Laienförderung und multikulturelle Bildung.

Sie beschreiben die Kulturleute als konservativ und bloss daran interessiert, ihre Privilegien zu verteidigen. Nicht gerade ein schmeichelhaftes Urteil.

Kulturleute verteidigen ihren Besitzstand wie andere auch, zum Beispiel die Wissenschaftler oder die Bauern. Nur ist die Kultur einem viel schnelleren Wandel unterworfen. Kulturpolitik müsste Möglichkeiten schaffen, diesen Wandel abzubilden, ja zu erleichtern.

Ihr Buch könnte zum Bumerang werden, als Rechtfertigung für eine Budgetkürzung bei Pro Helvetia.



«Ich glaube nicht, dass man die Kunst repolitisieren kann»: Pro-Helvetia-Direktor Knüsel.

Das Buch will zuerst mal das Tabu brechen, dass es in der Kultur keinen Rück- oder Umbau geben dürfe. Was umgeschichtet wird, müssen letztlich Politiker und Stimmbürger entscheiden. An den Bumerang glaube ich nicht. Pro Helvetia macht über weite Strecken das, was das Buch vorschlägt: die unabhängige Produktion fördern, Gebiete der Populärkultur erkunden, um integrativ zu wirken statt elitär. Natürlich kann sie sich noch entwickeln, sie ist auch in Traditionen verhaftet und Teil einer Staatskultur. Wer Kulturgelder kürzen will, braucht dieses Buch nicht. Wer Zukunft gestalten will, hin-

gegen schon. Mit Pro Helvetia hat das Buch nichts zu tun, ausser über meine Person.

Wie lange möchten Sie noch Pro-Helvetia-Direktor bleiben?

Meine Zeit läuft ab, auch ohne Buch. Formal bleiben mir noch vier Jahre, allerdings werde ich früher aufhören, ich möchte vor der Pensionierung noch etwas Neues beginnen. Die Möglichkeit wird sich finden.

Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz: Der Kulturinfarkt. Knaus. 288 S., Fr. 28.50. Erscheint am 20. März.

Die bösen Winkelzüge der Zeit

Was wäre, wenn man Kennedys Tod rückgängig machen könnte? Horror-Meister Stephen King spielt es durch. *Von Wolfram Knorr*



Chronist der Befindlichkeit: Bestseller-Autor King.

Sind die Schranken der Zeit überwindbar? In der Fantasie immer. Mag sich die Physik mit der Frage quälen, in Romanen und Filmen sind Zeitreisen, von H. G. Wells bis Michael Crichton und «Back to the Future» bis «The Terminator», ein beliebtes «Was wäre, wenn ...?»-Spiel. Ihr besonderer Reiz besteht ja darin, die Zeit im Griff zu haben, sie austricksen und mit ihr spielen zu können. Zum Beispiel, mal ins Gestern zu spazieren, um Verurktestes wieder rückgängig zu machen.

«Die Zeit», behauptet Astrophysiker Paul Davies, «ist die Hintertür zum menschlichen Geist.» Und durch die marschiert Horror-Spezialist Stephen King für eine Zeitreise in die späten fünfziger und frühen sechziger Jahre, um am 22. 11. 1963 die Ermordung Präsident John F. Kennedys rückgängig zu machen. Schon in den frühen Siebzigern, als seine Karriere begann, hatte er die fixe Idee, konnte sie aber nicht umsetzen. Vierzig Jahre später gelang ihm der verwegene Trip. «Der Anschlag», ein Wälzer von über tausend Seiten, könnte manche King-Fans ernüchtern: Es gibt keine Zombies, keine bösen Clowns, Vampire und Gespenster. Für Horror sorgt die Zeit mit ihren tückischen Winkelzügen, und ihr fehlt, was solider Horror eben hat: eine identifizierbare Wahrnehmung, ein Körper, ein Gesicht. Mister Spock aus «Star Trek» hat es am besten formuliert: «Zeit ist das Feuer, in dem wir brennen.»

Und King schickt seinen Ich-Erzähler Jake Epping, seines Zeichens Lehrer aus Maine, hinein in die Flammen, bis er fast verbrennt. Jakes Freund Al Templeton entdeckt in der Vorratskammer seines Imbiss-Trailers einen Zeitriss, durch den er in die Vergangenheit und wieder zurück kann. Immer ist es Dienstag, der 9. September 1958, wenn er die Gegenwart hinter sich lässt. Aufgrund dieser Jahreszahl reift in ihm der Plan, den Mord an Kennedy rückgängig zu machen. Denn das Attentat, davon ist er überzeugt, habe den Niedergang der Weltmacht eingeleitet.

Glühendes Panorama

Unermüdlich recherchiert er, vor allem bezüglich der Vita des Attentäters Lee Harvey Oswald. Dann rafft ihn unbarmherzig die Zeit dahin; er wird schwach und schwer krank. Besessen von seinem Plan, bittet er Jake Epping, ihn fort- und auszuführen. Jake ist misstrauisch und will die Möglichkeiten, in die Vergangenheit einzugreifen, erst mittels eines Familienmassakers «testen». Der behinderte Hausmeister an seiner Schule hatte als Kind als Einziger diese Tragödie schwer verletzt überlebt. Epping gelingt es, den Amoklauf zu verhindern; der Junge, an Geist und Körper gesund, wird kein Hausmeister, dafür fällt er in Vietnam.

Dieses Schicksal bestätigt Jake darin, Templetons Plan durchzuführen. Er ist sicher, Ken-

nedy würde den Vietnamkrieg verhindern. King entfacht, bis in winzige Details recherchiert, ein Panorama der fünfziger und sechziger Jahre, das vor Zeitgenossenschaft nur so glüht. Die Retro-Seligkeit à la «Mad Men» oder «Pan Am» (beides TV-Serien), die sich auch hier einstellt, wird zugleich immer wieder konterkariert. Da schreibt King etwa über Toiletten, von denen es drei gibt: eine für «ladies», eine für «men» und eine dritte für «colored», die, zwischen giftigem Efeu, aus einem Brett hinterm Haus besteht. Oder wenn er die aggressiven, rassistischen Bewohner von Dallas beschreibt und – schon damals – eine verbiesterte Tea Party erwähnt, dann verdampft in der Glut der Abscheu die Nostalgie.

Die Vergangenheit ist gefährlich

«Der Anschlag», wohl der ehrgeizigste von Kings rund vierzig Romanen (!), enthüllt, was King – Horror-Elemente hin oder her – im Grunde immer war: ein Befindlichkeits-Chronist, ein penibler Alltagsbeschreiber, der vor allem die Träume und Ängste der Jugend in nuancenreichen und immer auch tückischen Beobachtungen schildert. Aus dieser Fülle von Impressionen bildet sich der kingsche Sog. Jake, der sich in der Vergangenheit George nennt und als Lehrer in der Nähe von Dallas eine Anstellung findet, verliebt sich in die Bibliothekarin Sadie. Genau das sollte er vermeiden. Heiraten und bleiben, sie mitnehmen in seine Gegenwart? Optionen voll heikler Risiken. Schon seine Präsenz in der Vergangenheit löst Kettenreaktionen aus, deren Folgen er nicht im Griff hat. Die Zeit lässt sich nicht verschaukeln, sie ist erbarmungslos.

King erweist sich – trotz mancher Längen im Roman – als gerissener Drahtzieher dramaturgischer und emotionaler Effekte. Die Spannung entwickelt sich aus der unterschwelligem Gefahr, Jake könnte für einen Hochstapler oder gar Verbrecher, der hinter einem gewissen Oswald her ist, gehalten werden. Die Zeitbahn, auf der er sich bewegt, wird immer mehr zum schmalen Pfad. Den neuen Freunden, auch Sadie, wird Jake, bei aller Sympathie und Liebe, suspekt. Wer ist er, woher kommt er? Der Zeitgeist der Fünfziger drückt und presst und würgt ihn. Er kann das Attentat verhindern – aber nicht die Folgen.

King (und sein Ich-Erzähler) glaubt nicht an die Verschwörungstheorien, sondern an die Einzeltäter-Version. Sie ist natürlich auch praktischer für die dramatische Stringenz. Sein Opus magnum ist das ideale Libretto für eine Mini-Serie. Jonathan Demme («Das Schweigen der Lämmer») sicherte sich die Filmrechte.

Stephen King: Der Anschlag. Heyne. 1056 S., Fr. 36.90

«Bewaffnet bis unters Schliessfach»

Der Kabarettist Simon Enzler widmet sich im neuen Programm der Politik und anderen Katastrophen. *Von Rico Bandle*

Es ist der klügste Satz des Abends: «Die effizienteste Katastrophenbewältigung ist die nächste Katastrophe.» Simon Enzler erzählt, wie schon in seiner Kindheit immer eine Katastrophe durch die nächste verdrängt wurde: das Ozonloch durch das Waldsterben oder Tschernobyl durch Schweizerhalle («der rote Rhein mit den weissen Fischbäuchen sah wunderbar aus»). Dann kam der Klimawandel. Und über Treibhausgase weiss Enzler, der Meister der parodierten Stammtischweisheiten, natürlich Bescheid: «Wenn eine Kuh *gorpset* [rülpst], entspricht das 21 Autos, die am Hang anfahren.»

Die Bühnenfigur Simon Enzler entspricht ziemlich genau dem durch TV-Werbung berühmt gewordenen «Wetterschmöcker» Martin Horat – einfach jünger und aus Appenzell: ein Mann, der mit einem Wissen Furore macht, das an keiner Universität erlernbar ist, sondern allein exakter Beobachtung und einer kruden Logik entspringt. Die Schweiz, sagt Enzler zum Beispiel, sei führend im Export – von kriminellen Ausländern. 79 Prozent der Gefängnisinsassen seien Ausländer, also exportfähig. Die andern 21 Prozent «nehmen auf unchristliche Art den Ausländern den Platz weg».

Das ewige Licht löschen

Als Repräsentant des einfachen Bürgers, als Sprachrohr der Volksseele hat es Enzler an die Spitze der Schweizer Komikerszene gebracht: Wöchentlich erreicht der «Konsumenzler» im «Kassensturz» Hunderttausende von Zuschauern, mit seinen Programmen füllt er die grossen Säle. Enzler befriedigt nicht nur die Nachfrage nach Bodenständigem, Heimatlichem und urchigem Dialekt. Enzlers Erfolgsrezept besteht auch darin, dass sich bei seiner politischen Satire alle bestätigt fühlen: Die Linken sehen darin eine Parodie auf die polternden Rechten, die Rechten eine Zuspitzung von realen, ernstzunehmenden Problemen. Enzler weiss sich perfekt hinter seiner Bühnenfigur zu verstecken und umgeht damit, politisch festgemacht zu werden.

In seinem neuen Programm «Vestolis» versucht er zeitweilig aus seiner angestammten Rolle herauszukommen: Mal ist er ein korrupter Dorfpräsident, der mit einem russischen Investor telefoniert, mal lässt er als Politbeobachter das Publikum skandieren: «Danke, Ueli, für die beste Armee der Welt. Danke, Ueli, für die beste Armee der Welt.» Die zweitbeste Armee der Welt habe übrigens Liechtenstein, ein Land auf der Achse des Bösen zwischen



Stammtischweisheiten: Kabarettist Enzler.

Teheran und Vaduz: Es sei «bewaffnet bis unter die Schliessfächer».

Zu wahrer Stärke findet Enzler aber, wenn er zu seiner Urfigur zurückfindet: jenem bodenständigen Appenzeller, der den grossen Problemen der Menschheit mit Gelassenheit und Spott begegnet, dessen Zornpotenzial aber exponentiell steigt, je lokaler das Geschehen. Er poltert gegen den heiligen Antonius, dem Wiederbringer verlorener Sachen, weil er ihm den verlorenen Schlüssel nicht findet. Oder wettet lauthals gegen die «dämlichen» Leserbriefschreiber in den Zeitungen, die immer Sätze schreiben wie «Kann es denn sein, dass ...» oder «Wo kämen wir denn hin, wenn ...».

Ein Fehler war, dem bereits auf der letzten Tournee präsenten Musiker Daniel Ziegler mehr Raum zu gewähren. Er sorgt nicht bloss für kurze musikalische Intermezzi, sondern versucht sich auch noch mit eigenen komödiantischen Einwüfen – der Niveauunterschied zum scharfzüngigen Profi Enzler ist zu gross. Enzler könnte den Abend auch alleine stemmen – so wie er auch alleine die Welt zu retten vermag. Der Energieengpass zum Beispiel ist laut dem Appenzeller Kabarettisten einfach zu lösen: indem man nach dem Tod das ewige Licht löscht.

Simon Enzler: Vestolis. Casinotheater Winterthur. Bis 23. März. Anschliessend auf Schweizer Tournee.

Reise ans Ende der Gemütlichkeit

Von Peter Rüedi

Heisst eine CD «Pilgrim» und ist das Ziel der imaginären Pilgerschaft der neuseeländische Mount Tongariro, befürchtet der gegenüber Esoterik und spirituellen Attitüden eher skeptische Chronist so etwas wie einen ins Globale verlängerten Jakobsweg: Coelho meets World Music oder so. Aber zum Glück ist in einem Tonträger nicht immer drin, was draufsteht. Will sagen: Die Musik, die der Zürcher Tenorsaxofonist Christoph Irniger mit seinem Quartett (Vera Kappeler am Piano, Christian Weber am Bass und Michi Stulz am Schlagzeug) spielt, beginnt zwar fast ganz im Schweigen, und sie kreist über weite Strecken so behutsam um sich selbst, dass ich nur die Wahl habe, mich entweder ganz auf sie einzulassen oder überhaupt nicht. Andererseits ist sie aber auch wohlthuend fragmentarisch, schafft (und lässt mir) viel Raum, ist von knisternder Unvorhersehbarkeit. Nicht in grossen, ambitiös inszenierten Einfällen, vielmehr in vielen kleinen Überraschungen wie nebenher: kleinen Fussangeln oder, medizinisch gesprochen, Herzrhythmusstörungen. Und kaum sind wir im Innenraum angelangt – Strahl, Wetter und Stulz! –, reisst das Seelenkabinett auf ins Vulkanische, bricht die Materie aus, das reine Geräusch, und die Gemütlichkeit (die schon vorher ein Irrtum war: Es gibt auch ungemütliche Formen des Leisen!), bricht in Trümmer («Dead Man», z. B., oder Teile von «Pathfinder»).

Insgesamt aber ist die Musik höchst sparsam, sehr verdichtet. Sie hat schon ein kontemplatives Zentrum, und das heisst Vera Kappeler. Die eigenwillige, uneitle Pianistin, stets auf das Gleichgewicht bedacht zwischen Wahrung und Preisgabe ihrer Geheimnisse, greift auch mal in die Eingeweide des Flügels, wenn's ihr denn gar zu innig wird: Sie hat, wie all ihre Partner übrigens auch, ihren eigenen Humor. Dieser spielerische Witz ist der Grund dafür, dass wir die musikalische Reise nicht mit Erbsen in den Sandalen oder gar auf den Knien absolvieren müssen. Die Absolution erhalten wir als Geschenk. Fast wenigstens. Ein bisschen anstrengen müssen wir uns schon.



Christoph Irniger: Pilgrim. Mt. Tongariro. Between the Lines. BTLCHR71228

Top 10

Knorr's Liste

1	Hugo	★★★★★
	Regie: Martin Scorsese	
2	The Descendants	★★★★☆
	Regie: Alexander Payne	
3	Intouchables	★★★★☆
	Regie: O. Nakache / E. Toledano	
4	Headhunters	★★★★☆
	Regie: Morten Tyldum	
5	Haywire	★★★★☆
	Regie: Stephen Soderbergh	
6	John Carter	★★★★☆
	Regie: Andrew Stanton	
7	Shame	★★★★☆
	Regie: Steve McQueen	
8	The Iron Lady	★★★★☆
	Regie: Phyllida Lloyd	
9	The Artist	★★★★☆
	Regie: Michel Hazanavicius	
10	War Horse	★★★★☆
	Regie: Steven Spielberg	

Kinozuschauer

1 (1)	Intouchables	34 848
	Regie: O. Nakache / E. Toledano	
2 (2)	This Means War	15 601
	Regie: McG	
3 (-)	John Carter	14 104
	Regie: Andrew Stanton	
4 (3)	The Iron Lady	11 458
	Regie: Phyllida Lloyd	
5 (6)	Journey 2: The Mysterious Island	7333
	Regie: Brad Peyton	
6 (-)	Haywire	6875
	Regie: Steven Soderbergh	
7 (4)	Safe House	5240
	Regie: Daniel Espinosa	
8 (7)	The Artist	4949
	Regie: Michel Hazanavicius	
9 (5)	Eine wen iig, dr Dällebach Kari	4526
	Regie: Xavier Koller	
10 (-)	Die Wiesenberger	3950
	Regie: Bernard Weber	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Abduction (Impuls)
2 (1)	Die drei Musketiere (Rainbow)
3 (-)	Die Rache der Wanderhure (Rainbow)
4 (5)	Contagion (Warner)
5 (3)	Footloose (Rainbow)
6 (2)	Johnny English (Universal)
7 (7)	One Way Trip (Ascot Elite)
8 (6)	Crazy Stupid Love (Warner)
9 (4)	Wie ausgewechselt (Universal)
10 (8)	Trespass (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Reklamegesicht für den regionalen Käse: Candice Lecœur (Sophie Quinton).

Kino

Marilyn im Frost

Die tragikomische Krimi-Groteske «Poupupidou» ist ein Kino-Juwel aus Frankreich.

Von Wolfram Knorr

Nicht nur wegen eines Testaments seines verstorbenen Onkels nimmt David Rousseau (Jean-Paul Rouve) die Strapaze auf sich, in Frankreichs kälteste Ecke zu fahren, wo sich die Füchse gute Nacht sagen: in den Jura, ins Grenzgebiet zur Schweiz. Er flieht auch vor seiner Schreibhemmung in die frostige Region; Rousseau ist Krimiautor, und seine Lektorin nervt ihn. Und ausgerechnet in dem öden Refugium, im Kaff Mouthe, wird eine Tote im Schnee gefunden, eine wasserstoffblonde junge Schönheit. Kann also nicht schaden, sich mal über die Verstorbene kundig zu machen. Vielleicht eine Inspirationsquelle.

Candice Lecœur (Sophie Quinton) hiess sie, war das Reklamegesicht des regionalen Käses und Wetterfee im Regionalfernsehen; eine Dorfschönheit, die mit Schlaftabletten Selbstmord begangen haben soll, draussen im Schnee, im Niemandsland. Ermittlungen sind dort wegen des Zuständigkeitswirrwarrs erschwert. Das weckt Rousseaus Interesse und macht ihn ein wenig stutzig. Wieso hat sie sich für einen Suizid dort hinausbegeben? Sollte etwas anderes dahinterstecken? Ein «Stoff» für ihn werden? Es wird ein Stoff, und ein skurriler dazu.

Das signalisiert schon der Zungenbrecher-Titel «Poupupidou», über den man allzu leicht stolpert, so wie er geschrieben ist. Ge-

meint ist der durch Marilyn Monroe weltberühmt gewordene Song «I Wanna Be Loved by You», den sie zu John F. Kennedys Geburtstag hauchte und mit dem lasziven, lautmalerschen «poo poooo beee dooo» zur erotischen Klimax führte. Candice färbte ihre Haare blond, stieg zur umschwärmten Schönheit auf und wurde auch vom Regionalpräsidenten lüstern begehrt, zu dessen Geburtstag sie ebenjenes Song trällerte. Dem Provinz-Polit-Gockel war sie auch sonst zu Diensten.

Rousseau beginnt sich für ihre Vita zu interessieren, stösst auf Ungereimtheiten und findet in Brigadier Bruno Leloup (Guillaume Gouix) einen Genossen, der seinen Chef ohnehin für nicht ganz kosher hält. Rousseau findet das Tagebuch von Candice, entdeckt fehlende Seiten und wird von den Krähenwinkel-Muffeln alles andere als gerne gesehen; David Rousseau ist ihnen zu neugierig. Vor allem der Polizeichef ist ein Nebelwerfer – und mehr als das. Schritt für Schritt erkennt Rousseau in Candice' kurzer Popularität Parallelen zur Monroe, bis zum Bruder des Polit-Prinzipals, der sich – wie Robert Kennedy – für die Blondine mehr als interessiert.

Mit Rousseaus Lektüre ihres Tagebuchs wird Candice' Leben in Rückblenden erzählt. «Poupupidou» von Gérald Hustache-Mathieu ist eine Tragikomödie über eine Hinterwelt

mit ihren menschlichen Abgründen, Hinterbänklermief und Grössenwahn, aufgebrezelten Damen und Macho-Kerlen, und dazwischen ist ein skurril-knatschiger Jean-Paul Rove als Schnüffler. Nach dem Erfolg von «Intouchables», hat «Poupoupidou» die Voraussetzungen für einen weiteren Kino-Erfolg aus Frankreich. ★★★★★

Weitere Filmstarts

The Best Exotic Marigold Hotel — Britische Pensionäre haben von ihrer britischen Heimat, ihrer Verwandtschaft, den Lebenshaltungskosten und so weiter die Nase voll und wandern nach Indien aus. Sie kennen sich nicht, und ihre Motive sind unterschiedlich. Erst im Hotel, auf dessen Reize sie unabhängig voneinander reingefallen sind, lernen sie sich kennen. Zwar ist das «Marigold» billig, aber so mürrisch und verpennt haben sich die Senioren ihren Alterssitz nicht vorgestellt. Daran lässt sich aber auch was ändern. John Madden («Shakespeare in Love»), ein Meister von *feel-good movies*, überzeugt auch hier mit seiner Rentnertruppe auf ganzer Linie. Alle Altgrößen britischer Schauspielkunst sind mit von der Partie – Maggie Smith, Judi Dench, Tom Wilkinson, Bill Nighy, Celia Imrie, Ronald Pickup – und glänzen mit schrulligen Charakteren und bissig-bösen Dialogen. Zu den Glanzlichtern gehört Maggie Smith als nö-



Bissig-böse: «The Best Exotic Marigold Hotel».

lende Alte, die sich im Krankenhaus zu einer Hüftgelenk-Untersuchung einfindet, von einem schwarzen Arzt behandelt wird («Seine Haut wird auch nicht weisser, wenn er sich die Hände wäscht»), einen britischen verlangt – und einen indischen bekommt. Herrlich schrill und exzentrisch und voll sanfter Ironie auf die Indien-Trip-Mode. ★★★★★

Contraband — Fast schon krankhaft, mit welcher Sturheit Hollywood erfolgreiche, europäische Filme noch mal verfilmt. Prominentestes Beispiel: «The Girl with the Dragon



Remake: Wahlberg (l.) in «Contraband».

Tattoo», die US-Version des Schweden-Krimis «Verblendung» nach Stieg Larsson. Da kann man davon ausgehen, dass auch Jo Nesbø's Reisser «Headhunters» mit US-Stars verfilmt werden wird. Es muss halt alles original amerikanisch sein. Neuer Fall ist «Reykjavik–Rotterdam» aus dem Jahre 2008. Der isländische Thriller, den Baltasar Kormákur produzierte (und in dem er die Hauptrolle spielte), wurde mit Mark Wahlberg amerikanisiert, und Kormákur durfte die Version sogar inszenieren. Die US-Variante um den Profi-Schmuggler Faraday (Mark Wahlberg), der sich aus dem Geschäft zurückgezogen hat und erpresst wird, wieder einzusteigen, ist in der US-Version eine Spur zu aufgeblasen, aber Lokalkolorit und Typenreichtum sind stimmig. Giovanni Ribisi als *bad guy* sticht Wahlberg aus. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Früher gab's im amerikanischen Film das Method-Acting. Ein Freund hat behauptet, das sei passé. Stimmt das?

F. M., Liestal



Man sieht's weniger, aber das Method-Acting, das auf Lee Strasberg zurückgeht (der es wieder von Konstantin Stanislawski übernahm), wird immer noch gelehrt. Häufig ist es reine Abzocke. Strasberg nutzte Freuds Analyse (Erinnerungen hochbaggern), um in den Rollen zu «leben». Marlon Brando

und Robert De Niro waren Meister. Für Pragmatiker ist Method-Acting Quatsch. Regie-Haudegen Delmer Daves drehte mal mit Method-Acting-Schauspieler Rod Steiger den Western «Jubal» (1955), eine «Othello»-Variante. Steiger war Jago. «Ich bin fast wahnsinnig geworden», so Daves, «die Cowboys starrten fassungslos Steiger an, der sich stundenlang «vorbereitete», sich schnaufend erhob und jede Aufnahme übertrieb.»

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Nächster Angriff der SRG auf Private

Von Rico Bandle

Seit einigen Monaten ist der private Jugendsender Joiz auf Sendung. Das Konzept: junge Moderatoren, viel Musik, verwackelte Bilder, konsequente Einbindung des Publikums via Twitter oder Facebook. Dem jugendlichen Publikum gefällt's. Letzte Woche startete SF 2 mit «Virus» eine neue Jugendsendung. Das Konzept: junge Moderatoren, viel Musik, verwackelte Bilder, konsequente Einbindung des Publikums via Twitter oder Facebook. Auch wenn die SRG nichts davon wissen will, die Absicht ist offensichtlich: dem erfolgreichen Privatsender Joiz das Publikum abspenstig zu machen.

Die Angriffe haben Tradition. Seit dem Start der Privatradios vor gut dreissig Jahren missbraucht die SRG mit ihren Gebührenmillionen ihre Marktmacht und reagiert auf private Initiativen mit deckungsgleichen Konkurrenzprodukten:

- Auf den Start der Privatradios antwortete die SRG mit der Einführung des 24-Stunden-Programms, der Lancierung von DRS 3 und den Regionaljournalen.

- Als 1992 private Initianten mit Radio Eviva, einem Volksmusiksender auf Mittelwelle, auf Sendung gingen, startete die SRG mit der Musikwelle 531 ebenfalls einen Volksmusiksender auf Mittelwelle.

- Auf das private Jugendradio 105 reagierte die SRG 1998 mit einem eigenen neuen Jugendsender: Virus – nach dem die neue TV-Sendung benannt ist.

Auch SF 2 mit den vielen US-Serien und -Spielfilmen und das stark ausgebaute Nachrichtenangebot auf den SRG-Seiten im Internet wurden mit dem Ziel lanciert, die private Konkurrenz auszubooten.

Der Start der TV-Sendung «Virus» löste ausser einem Artikel in der Gratiszeitung *20 Minuten* keinerlei Echo aus. Man scheint sich so sehr an das Vorgehen der SRG gewöhnt zu haben, dass sich niemand mehr auch nur die Augen reibt.

Demnächst wird publik, wie sich die privaten Verleger und die SRG bezüglich des Werbeverbots des Gebührensenders im Internet geeinigt haben. Geben die Verleger dieses Feld ebenso kampflos verloren, sieht es düster aus für die Zukunft der Schweizer Medienlandschaft.

Virus: Freitag, 19 Uhr, SF 2.

Familiensache

Salsa, Samba und Lindy-Hop am Zürcher Opernball, der grossen Abschiedsparty von Intendant Pereira. *Von Hildegard Schwaninger*



Jüngste Generation: Kinder der Ballgäste.

Intendant **Alexander Pereira**, in Frack mit Orden, stand am Eingang und begrüßte jeden Gast persönlich. Die Damen, nach eleganter Wiener Art, mit Handkuss. Es war seine grosse Abschiedsparty, ehe er Zürich Richtung Salzburg verlässt, wo er bereits Intendant der Festspiele ist. Der Zürcher Opernball, von Pereira als Sponsoring-Event ins Leben gerufen, ist unbestritten das grösste gesellschaftliche Ereignis des Jahres in «Little Big Zurich».

Der Erlös kommt dem Opernhaus zugute, auch heuer dürfte es zirka eine halbe Million Franken sein. Für viele ist der Opernball längst eine *family affair*. Erst machen die Kinder als Losverkäufer für die Tombola mit, dann sind sie Debütanten, und später kommen sie mit ihren Partnern als Ballgäste. Und mit etwas Glück werden sie auch Opernliebhaber. Die Karten kosten 950 Franken pro Person, Sponsoren kaufen ganze Tische auf und laden ihre Gäste ein, und wer keinen Sponsor hat und kein dickes Portefeuille, ist für 300 Franken ab 21 Uhr (nach dem Diner) als Flaniergast dabei.

Der Ball beginnt um sechs Uhr abends. Beim letzten Sonnenschein marschieren die Gäste über den roten Teppich ein. Anders als in Wien, beim berühmtesten aller Opernbälle, der erst nach dem Abendessen und gleich mit «Alles Walzer» beginnt. Fernsehkameras laufen, Reporter stehen mit gezückten Kameras und Schreibblock bereit. Zürich hat

zwar keinen Baumeister **Lugner**, der in Wien jeweils einen (mehr oder weniger) Megastar anschleppt, doch ein paar Promis müssen schon sein, damit die Leute was zum Schauen und die Journalisten was zum Schreiben haben.

Vor allem Grössen aus Politik und Wirtschaft: Lindt-&-Sprüngli-CEO **Ernst Tanner**, Sergio Mantegazza (Globus Reisen), der zu den 400 Reichsten der Welt gehört und aus Lugano angereist ist, der bulgarische Unternehmer mit Schweizer Pass **Rumen Hranov**,



Die Damen mit Handkuss: Gastgeber Pereira.

Unternehmer **Patrick Liotard-Vogt**, Stadtpräsidentin **Corine Mauch**, ihr Kollege Stadtrat **André Odermatt**, Regierungsrätin **Ursula Gut**, IWC-CEO **Georges Kern**.

Sehen konnte man an diesem Ball, dass es in Zürich viele schöne Frauen gibt. Alle exquisit und teuer gekleidet. PR-Unternehmerin **Martina Baeriswyl-Holzach** war, als Freundin der Zürcher Oper, federführend bei der Ball-Organisation. **Harold Grüniger**, Präsident der Freunde der Zürcher Oper, gebürtiger Basler, trug eine Laudatio in Versform vor, eine liebevolle Eloge auf den Intendanten.

Die Gäste sassen an Tischen, die «Meistersinger», «Don Carlo» und «Rosenkavalier» hiessen, «Rigoletto», «Don Giovanni», «Salome». Das Hotel «Baur au Lac» sorgte für das Diner, sorgsam überwacht von Food-and-Beverage-Manager **Christian von Rechenberg**. Das *filet de bœuf* war butterzart. Nach dem Essen Gesangseinlagen. Der bewährte **Theodor Guschlbauer** dirigierte, das Opernhaus-Orchester spielte, zauberhaft war die Sopranistin **Eva Liebau**, die eine Arie aus «Roméo et Juliette» sang. Um zwei Uhr verliess die Künstlerin mit ihrem Mann das Opernhaus.

Getanzt wurde ausgiebig. Lindy-Hop im Eingangsfoyer, Salsa und Samba im Bernhard-Theater, wo man Drinks aus grossen Kokosnüssen schlürfte. Hier sah man **Andrea Rinderknecht** in einem grünen Seidenkleid (mit ihrem Ehemann, Rechtsanwalt **Thomas Rinderknecht**), Immobilienkönig **Gerri Walde** und **Marianne Walde**, die treuen Opernfans **Beat Meyerstein** (Autop) und **Kurt Compagnoni** (Elektro Compagnoni) mit ihren Ladys.



Roger Lehmann, Nadja Schildknecht.

Auf der Hauptbühne schliesslich die gemeinsame Quadrille, angeführt von Tanzmeisterin **Marianne Kaiser**. Im ganzen Haus wurden Lindt-&-Sprüngli-Pralinés verteilt – Schokolade, so viel man wollte. Wem der Sinn nach einer guten Wurst stand, der ging ins «Belcanto» zum Heurigen. Im Gedränge gesichtet: **Shawne Fielding**, **Nadja Schildknecht**, **Carolina Müller-Möhl**, **Karin Keller-Suter**, **Sandra Bauknecht**, **Günter Netzer** mit **Elvira**, **Nubya**, **Ljuba Manz**, **Michael von der Heide**, **Walter Beller** mit **Irina**. Der Opernball findet unter der neuen Intendanz weiter statt. Dann wird uns **Andreas Homoki** begrüßen.

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Mein später Blüher

Unser Kolumnist fährt in das schönste Voralpen-Dorf der Schweiz. Und greift ein in den aktuellen Streit der Feuilletons.
Von Mark van Huisseling

Vergangene Woche war ich in Gstaad. Zuerst aber E-Kultur: Ebenfalls vergangene Woche fand im «Kaufleuten» die bisher einzige Lesung von Christian Kracht aus seinem neuen Roman «Imperium» statt. Für Leser, nur kurz, die sich mehr für U- oder Populärkultur plus halbfette Namen interessieren – im Spiegel stand, das Buch sei «durchdrungen von einer rassistischen Weltsicht», der Schriftsteller ein «Türsteher der rechten Gedanken».

Mit Kracht bin ich ... ich würde gerne schreiben «ein bisschen bekannt», doch das wäre übertrieben. Zwar wurde er mir einmal vorgestellt (auf dem Fest zu dem vierzigsten Geburtstag meines Verlegers, als der noch Chefredaktor der Welt war und in Berlin wohnte). Doch ich brachte es nicht zustande, zu dem Schriftsteller durchzudringen mit Worten (ich versuchte mitzuteilen, dass ich seine Bücher «Faserland» beziehungsweise «1979» gut fand oder dass ich mit Gliedern der Familie Kracht, die in Zürich leben und denen das Hotel «Baur au Lac» gehört, bekannt sei). Er hörte zu, so sah es aus, aber verstand nicht (wie Carl Hirschmann irgendwie); er war in, sagen wir, *high spirits*, vermutete ich (auch darum hörte ich auf zu reden, was ihm ebenfalls egal war).

Mit Georg Diez, dem Schreiber des «vierseitigen, wütenden» Spiegel-Artikels (*Neue Zürcher Zeitung*), verband mich eine *working relation*, als ich noch *Weltwoche*-Redaktor war; ich bearbeitete einen Artikel von ihm (geschrieben mit Maxim Biller, den ich gern lese, über Hedi Slimane, damals Chefdesigner bei Dior Homme). Der Text war okay, Teile davon jedenfalls, und

der Schreiber nicht interessiert an Rückmeldungen beziehungsweise an Änderungsvorschlägen von mir, die die Teile, die ich nicht okay fand, angingen (er war damals bei der *Süddeutschen Zeitung* – das musste genügen für die Schweiz). Doch das ist in Ordnung und egal für seine Arbeit von heute, Diez ist, möglicherweise, ein *late bloomer* (wie Ihr Kolumnist).

Die Lesung fand ich recht langweilig. Die Stellen, die Kracht vorlas, waren in der Mehrheit Beschreibungen von Reisenden auf einem Schiff (ich verliess das «Kaufleuten» nach vierzig Minuten, gebe ich zu, verpasste also vierzig Leseminuten oder so). Der Schreiber ist, finde ich, ein ziemlich schwacher Leser. Was nicht schlimm wäre, MvH kann ebenfalls nicht vorlesen (das macht *the redhead*). Sibylle Berg, die mir auf Twitter folgt, übrigens (und ich ihr, @SibylleBerg), fragte in dem sozialen Netzwerk, ob jemand einen Beitrag habe zu der Auseinandersetzung um das Buch. (@MyMvH: «Männer um Mitte vierzig wollen wichtig sein. Oder relevant wenigstens.») Lustig ausserdem: Man durfte den Schriftsteller, 45, nicht fotografieren, keine Tonaufnahme machen, ihn nicht anreden (finde ich lustig, weil es bei Lesungen von mir – die selten sind, da ich wenig vorzulesen habe –, ein Schild gibt, auf dem steht: «Es ist verboten, den Künstler zu fotografieren.» Was ich nicht ernst meine und kaum einer tun möchte sowieso, denke ich).

Jetzt in das schönste, in den Voralpen gelegene Dorf der Schweiz, von wo aus man zeitnah Orte zum Wintersporttreiben erreichen kann: Das «Palace» in Gstaad ist, in meinen Augen, vielleicht das beste Hotel des Landes (die Junior-Suite mit Nummer 111 empfehle ich), die Bar in der Halle mit Sicherheit die beste, die ich kenne (sich einen Tisch neben dem Kamin geben lassen; ich war Gast der Besitzerfamilie). Zehn Kilometer entfernt, an der Strasse Richtung Aigle (hinter Feutersoey, wo ich im «Rössli» mit Gunter Sachs einmal Forellen essen war), befinden sich Gsteig und der «Bären», ein Hotel/Restaurant von Familie Scherz, der ebenfalls das «Palace» gehört. Es gibt Käsefondue und Raclette vom Feuer oder Rinds-Entrecôte auf heissem Stein (ich empfehle das Entrecôte). Was ich ausserdem empfehle: Ernst Voegelis Reitschule in Gstaad respektive den Ritt nach Grund (bei Gstaad); in wenigen Wochen, wenn der Schnee weg sein wird, wird die Landschaft vielleicht ein wenig weniger Zauber haben, aber immer noch mehr als schön sein und die Pferde sicherer unterwegs.

Die gute Nachricht aus Zürich Tiefenbrunnen: Am 29. ds. Mts. findet MvHs nächste «Promi Interview Night» statt im «Meylenstein». Es handelt sich dabei um eine sogenannte «After Work»-, nicht um eine «Night»-Veranstaltung (Türe: 18.00 Uhr, Beginn 18.30, Ende 19.30); für Leser dieser Spalte ist der Eintritt gratis (für Nichtleser ebenfalls). Dieses Mal mit Gaststar Claudia Lässer.

Gesellschaft

Sarah! Sarah?

Von Beatrice Schlag — Der Name Palin sorgt auch nach vier Jahren noch für Aufregung.

Wer sich in den USA für Politik interessiert, sass am letzten Wochenende vor dem Fernseher. Am Samstagabend zeigte der Privatsender HBO den zweistündigen Fernsehfilm «Game Change» über John



McCains Ernennung der damaligen Gouverneurin Alaskas zur republikanischen Kandidatin für die Vizepräsidentschaft im Wahlkampf gegen Barack Obama. Einen Tag später strahlte der Sender Reelz die Palin-Dokumentation «Die Unbesiegte» aus, die Sarah Palin ihren Fans per Internet dringend ans Herz gelegt hatte. Der Winzling Reelz ist weitgehend unbekannt, HBO steht politisch deutlich links.

Reelz zeigte eine Jubelsendung über ihre politischen Verdienste, die so frei war von jeder Kritik, dass vermutlich selbst ihre Fans gähnten. «Game Change» hingegen zwang alle zum Nachdenken, die das populistische Ausnahmetalent Sarah Palin vom ersten Tag an nicht leiden konnten. Unvergesslich der Satz einer unscheinbaren, ziemlich dicken Mutter, die nach einem Palin-Auftritt in den Film sagt: «Ich habe fünf Kinder. Sie spricht mit mir, und niemand spricht je mit mir.» Den kann man nicht einfach wegstecken. Ebenso wenig wie die Ungläubigkeit über die republikanischen Kampagnenstrategen, die auf der hektischen Suche nach einem Überraschungscoup schlicht vergassen, Palins politischen Wissensstand zu testen. Obama führte in allen Meinungsumfragen, die Zeit drängte. Palin war attraktiv und redengewandt. Den Rest würde man hinbiegen. Aber Palin liess sich nicht biegen. Sie hatte sich nicht aufgedrängt, sie wollte keine adretten Outfits bezahlt haben, sie verweigerte eine Schnellbleiche in Aussenpolitik. Und machte katastrophale Fehler.

«Game Change» geht behutsam mit Sarah Palin und respektvoll mit ihren Talenten um. Deswegen hängt einem der Film nach. Was bleibt, ist die Ahnung, dass sie mit mehr Zeit und besserem Verständnis der Kampagnenstrategen für ihre Fähigkeiten den Wahlkampf durchaus zu McCains Gunsten hätte entscheiden können. Eine Folgerung, die, wie die *Los Angeles Times* schrieb, «je nach politischer Gesinnung sehr traurig oder sehr, sehr erschreckend ist».



Bayrisch-rotzig: Schöneberger.



Jenseits des Weisswurst-Äquators: Gruber.



Medialer Selbstläufer: Katzenberger.

Fernsehen

Zu blond für den Samstagabend

Daniela Katzenberger, Barbara Schöneberger, Monika Gruber: Das neue deutsche TV-Fräuleinwunder ist witzig, frech und hemmungslos hübsch. *Von Peter Keller*

Das deutsche Fernsehen erlebt gerade sein blondes Fräuleinwunder: Mit Daniela Katzenberger, Barbara Schöneberger und jetzt noch Monika Gruber. Letztere hat im ZDF eine eigene Sendung erhalten. «Leute, Leute» lehnt sich an das inzwischen eingestellte Boulevardmagazin «Leute heute» an – aber nur im Titel.

Sülziger Promiklatsch ist nicht zu befürchten. Die bayrische Kabarettistin verteilt keine Nettigkeiten, sondern lästert über alles herunter, was die Politik und die Plüschklasse des Showbusiness zu bieten haben. Zum hinausgezögerten Rücktritt des Bundespräsidenten Christian Wulff meinte sie nur, der Mann habe ja Steherqualitäten gezeigt, «die jeden Pornoproduzenten in Ekstase versetzen würden».

Massentaugliches Hochbayrisch

Das ist öffentlich-respektlos, doch «die Gruberin», wie sie sich selber in heimatlicher Diktion nennt, war noch nie bekannt für besondere Zurückhaltung. Keine Fernsehkabarettistin kann so würzig drauflosschimpfen wie die Bauerntochter aus Erding – und das Ganze auf High Heels. Aus dieser Differenz zieht sie ihren Reiz: Frau, hübsch, blond, hört sich an wie ein stiernackiger Bierschädel ohne Redehemmung. Gerhard Polt mit Brüsten. «Luja, sog il!»

Monika Grubers einzige Konzession: Sie spricht jetzt ein massentaugliches Hochbayrisch, dass ihre Sprüche jenseits des Weisswurst-Äquators nicht bloss akustisch ankommen. Wie etwa in ihrem Generationenplädoyer für die vor 1990 Geborenen. «Wenn wir mit schlechten Noten nach Hause kamen, wurden wir von unseren Eltern ausgeschimpft – und nicht unsere Lehrer.» Weil damals auch nur jene Kinder ins Gymnasium gegangen seien,

«Bei schlechten Noten wurden wir von unseren Eltern ausgeschimpft – und nicht unsere Lehrer.»

die wirklich gute Noten hatten, «und nicht jeder hyperaktive, Ritalin fressende Schratz» (kleines unerzogenes Kind), dessen Eltern glaubten, «ihr Ableger sei hochbegabt».

Mal schauen, wie lange der Gebührensender ZDF sich diese bayrische Walküre leistet, zumal sie auch vor den hauseigenen Göttern nicht zurückjuckt. Zur Nachfolge von Thomas Gottschalks «Wetten, dass...?» meinte sie, Markus Lanz sei wirklich eine gute Wahl, um dann nachzuschieben: «als Assistentin, aber sicher nicht als Moderator!» – Es hat was, wenn eine attraktive Frau einen TV-Schnuckel in zwei Sätzen abfertigt.

Im Gespräch für «Wetten, dass...?» war auch Barbara Schöneberger: bayrisch-rotzig-blond wie Monika Gruber. Das wäre wohl zu viel für den Samstagabend im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Wobei die Schöneberger von ihrem Mutterwitz eingebüsst hat, seit sie sich ins ernsthafte Fach absetzte als Moderatorin des NDR-Talk und glaubt, noch als Chansonnière reüssieren zu müssen.

Katzenberger stöckelt nach Hollywood

Während Monika Gruber sich ungeschminkt bodenständig gibt, kommt Daniela Katzenberger als aufgedonnerte Version daher. Wobei sie es schafft, trotz künstlicher Wimpern und Oberweite irgendwie authentisch rüberzukommen. Das hat mit ihrer pfälzischen Unbekümmertheit zu tun. Mit dieser stöckelte sie im Reality-TV-Format «Auf und davon» nach Hollywood. Ihr Traum: Häschen im Reich von Playboy-Gründer Hugh Hefner zu werden. Eigentlich unverzeihlich. Umso erstaunlicher scheint ihr anschließender Aufstieg.

Dass nach dem Absturz von Verona Feldbusch gerade die Stelle als Fernseh-Dummchen frei wurde, greift zu kurz. Katzenberger ist nicht nur blonder als die Bohlen-Ex, sondern auch schlauer, witziger, sperriger. Sie ist längst zum medialen Selbstläufer geworden.

Das Trio ist blond, drall und witzig. Zum neuen Selbstbewusstsein gehört auch der unverkrampfte Umgang mit der eigenen Weiblichkeit. Daniela Katzenberger plaudert ungeübert über ihre gemachten «Möpse», Barbara Schöneberger zeigt sie, Monika Gruber macht sich darüber lustig. Die perfekte Rollenenteilung. ○

Verschärftes Schweizer Ticken

Von Jürg Zbinden

1 — An der Baselworld (8. bis 15. März) dreht sich alles um Uhren. Da müssen Schweizer Marken Aussergewöhnliches zeigen, um noch aufzufallen. Die Doxa «Splash Gent» aus der neuen Kollektion «Aqua» – nomen est omen – ist eine Uhr für den Taucher mit kräftigem, das heisst breitem Handgelenk: Edelstahlgehäuse (Ø 47 mm), Lünette mit gravierten Sekunden, kratzfestes, entspiegeltes Saphirglas, wasserdicht bis 100 m/10 atm. Quarzwerk, Index und Zeiger mit Leuchtmasse, Tachymeterskala auf dem Höhenring. Das Kautschukband leuchtet so orange wie der Clownfisch Nemo. Um Fr. 500.–.

1



2 — Ein Mann führt immer ein Taschenmesser mit sich – und ein Schweizer ein Schweizer Sackmesser. Ein Klassiker ist das Modell «Cadet» von Victorinox, erhältlich in Rot, Blau, Schwarz oder in einer silberfarbenen Retroversion sowie in kräftigem Orange, das zur Taucheruhr passt. Bei ausgewählten Victorinox-Konzessionären für Fr. 49.– ab Mitte März.

2



3 — Die Style-Gadgets schlechthin sind diese «Tourbillon»-Manschettenknöpfe von TF Est. 1968. In einem Käfig aus Edelstahl, verziert mit Karbonmuster, begleitet ein funktionsfähiges Uhrwerk jede Bewegung des Handgelenks. Durch ein Glas, wie auch bei Uhren verwendet, wird das Auge vom uhrentechnischen Schauspiel angezogen. Was das Design betrifft, so trägt die erhöhte Welle zur Funktionalität des Objekts bei, indem sie eine Drehung um die eigene Achse verhindert. Ein raffiniertes Federverschlussystem sorgt dafür, dass der Knopf perfekt am Hemd anliegt. Info: www.tf1968.com (Retailers).

3



4 — Ventura, Erfinder der ersten Automatik-Digitaluhr, setzt einen weiteren Meilenstein mit der multifunktionalen «Sparc MGS» mit zwei separaten Werken. Das eine, das mechanische Mikro-Generator-System, erzeugt aus den Bewegungen des Handgelenks die elektrische Energie zum Betrieb des separaten Zeitmoduls mit Digitalanzeige. Das geniale Easy-Skroll-System erlaubt die Bedienung der Funktionen. Ein Ewiger Kalender über hundert Jahre, eine zweite Zeitzone, Alarm, Countdown und Chronograf werden intuitiv ausgewählt über die einzige Krone. In Japan ausgezeichnet mit dem internationalen Good Design Award 2011. Preis auf Anfrage, im ausgewählten Fachhandel.

4



Vaterschaftsprozesse

Von Peter Rüedi



Wer wie ich so schamlos ist, das Fernsehen als das zu benutzen, was es ist, nämlich als Boulevardmedium, weiss von zahllosen Krimis, dass der DNA nichts entgeht. Beim Wein und seiner verwickelten Genetik löst die Analyse gelegentlich seit langem schwelende Vater- oder Mutterschaftsprozesse. Valentin Blattner, der grösste Kreuzungstüftler unter den Schweizer Winzern, kann ein Lied davon singen, sind ihm im jurassischen Soyhières doch schon Züchtungen gelungen, aus denen sich selbst in Alaska Wein machen liesse. Irgendwie. Wie lange glaubten wir, dem legendären Hermann Müller sei mit dem Müller-Thurgau die Kreuzung Riesling Silvaner gelungen, bevor Öno-Detektive erst einen andern Riesling, dann einen Chasselas als Vater verdächtigten, um neuerdings eine Paarung von Riesling und Madeleine royale zu vermuten.

Der Humagne rouge, als Walliser Spezialität inzwischen zunehmend verbreitet, ist kein weniger vertrackter Fall. Erst einmal hat er nichts mit dem Humagne blanc zu schaffen. Dann entdeckte man, dass er mit dem Cornalin verwandt ist, aber nicht etwa mit dem hochgelobten aus dem Wallis (der wiederum eine Kreuzung aus den ennetbirgischen Rebsorten Mayolet und Petit Rouge ist), sondern dem aus dem Aostatal, der seinerseits ein Cousin, wenn nicht ein Bruder der Opriou-Rebe ist. Da soll sich eine Sau auskennen! Ist ja auch egal, beim Weinbau ist Reinrassigkeit so absurd wie in der Humangenetik. Es genügt, dass die Walliser unter der Affiche Humagne rouge inzwischen bemerkenswerte, tanninreiche, eigenwillige, kantige Rotweine keltern. Im Angebot von Provins (wo wir inzwischen vor lauter verschiedenen Produktelinien kaum mehr den Rebberg sehen) reicht die Palette von 15 bis 39 Franken. Wir versuchten einen mittleren, den 2010er des Labels Le Grand Stockalper. Trotz seiner Jugend schon fast verdächtig angenehm, in der Vinifikation etwas sehr domestiziert, aber mit schöner Unterholz- und Waldfruchtaromatik. Als Einführung für Humagne-rouge-Novizen nicht schlecht geeignet. Für mich dürfte er etwas wilder und bissiger sein.

Le Grand Stockalper Humagne rouge 2010.
13,5%. Provins Valais, Sitten. Fr. 19.90. www.provins.ch

Mein Hund ist Fisch

Von Andreas Thiel — Hundehütte mit Swimmingpool gesucht. Zum Glück haben wir nicht sechs Wochen Ferien, sonst hätten wir jetzt auch noch einen Mangel an Ferienwohnungen zu beklagen.

Behördenvertreter: Und das ist bestimmt keine Zweitwohnung?

Meier: Nein.

Behördenvertreter: Wer genau wird denn darin wohnen?

Meier: Mein Hund.

Behördenvertreter: In dieser Villa?

Meier: Es ist ein reinrassiger Hund mit Stammbaum. Er hat Anspruch auf eine standesgemässe Unterkunft.

Behördenvertreter: Hunde gehören in einen Zwinger.

Meier: Erstens ist mein Hund nicht Muslim, und zweitens ist er kein Terrorist. Mag sein, dass sie diese Foltermethoden in Guantánamo...

Behördenvertreter: Ich habe nichts von Muslimen gesagt.

Meier: Sie haben gesagt, Hunde gehörten in einen Zwinger.

Behördenvertreter: Aber damit habe ich nicht die Muslime in Guantánamo gemeint.

Meier: Von welchen Terroristen sprechen Sie denn?

Behördenvertreter: Ich spreche von Ihrem Hund...

Meier: Mein Hund ist kein Terrorist!

Behördenvertreter: Das habe ich auch nie behauptet...

Meier: Dann werden Sie ja wohl erlauben, dass ich meinen Hund nicht in einen Zwinger sperre.

Behördenvertreter: Bauen Sie für ihren Hund doch eine Hundehütte.

Meier: Wenn Sie wollen, nennen Sie es eine Hundehütte.

Behördenvertreter: Eine Hundehütte mit Swimmingpool, Skiraum und Tiefgarage? Das ist doch lächerlich.

Meier: Wieso denn? Wenn ich ein Baugesuch für einen Kindergarten einreiche, dann erwarten Sie auf den Plänen auch nicht nur einen Garten.

Eggenschwiler: Guten Tag, ich möchte ein Baugesuch für einen Kindergarten einreichen.

Behördenvertreter: Darf ich mal sehen?

Eggenschwiler: Beachten Sie den grossen Garten für die Kinder.

Behördenvertreter: Ein Kindergarten mit Swimmingpool, Skiraum und Tiefgarage?

Eggenschwiler: Es ist für übergewichtige Kinder.

Gnägi: Guten Tag, haben Sie mein Baugesuch für das Tierheim schon geprüft?

Behördenvertreter: Ja, es ist bewilligt. Wir haben an den Plänen nur einige wenige Änderungen vornehmen müssen.

Gnägi: Wie? Was für Änderungen?

Behördenvertreter: Wir haben den Skiraum durch einen Stall ersetzt, anstelle des Swimmingpools ein Terrarium und eine Voliere eingeplant, und in die Tiefgarage kommt ein Tiefkühlager für Futtermittel. Aber die Idee mit den Katzenklappen in allen Türen hat uns gefallen.

Gnägi: Ein Tierheim ohne Swimmingpool? Das wird der Gans aber gar nicht gefallen.

Meier: Stellen Sie sich vor, mir will er den Skiraum für die Hundehütte verweigern.

Gnägi: Ihr Hund fährt Ski?

Meier: Natürlich nicht. Wie soll er Ski fahren, wenn man ihm nicht einmal einen Skiraum bewilligt?

Gnägi: Mein Hund liegt den ganzen Tag am Pool und starrt ins Wasser.

Meier: Ist es ein Seehund?

Gnägi: Nein, er ist Fisch.

Meier: Ihr Hund isst Fisch?

Gnägi: Nein, er ist im Zeichen des Fisches geboren. Er weiss nie, was er will.

Meier: Vielleicht sollten Sie ihm einen Skiraum bauen.

Behördenvertreter: Hundehütten mit Skiraum werden hier

nicht bewilligt.

Meier: Ihr Staatsangestellten habt einfach keinen Sinn für die sinnlichen Seiten des Lebens. Schon als Kind habe ich nie begriffen, warum die Schalterbeamten auf der Post die Briefmarken immer mit einem Schwämmchen benetzt haben, anstatt sie alle abzulecken.

Zraggen: Entschuldigen Sie, kann man hier Baugesuche einreichen?

Behördenvertreter: Ja. Darf ich mal die Pläne sehen?

Zraggen: Bitte sehr.

Behördenvertreter: Sie planen einen ganzen Hang voller Chalets? Tut mir leid, wir bewilligen keine Zweitwohnungen mehr.

Zraggen: Das sind keine Zweitwohnungen, das sind Sexboxen.

Behördenvertreter: Ah, das ist natürlich etwas anderes. Wo darf ich die Baubewilligung hinschicken?

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.





Auto

Die andere Wahl

Wer einen vernünftigen Wagen sucht, der trotzdem das gewisse Etwas hat, fährt im Jaguar XF Diesel ausgezeichnet. *Von David Schnapp*

Wenn man auf den Startknopf eines Jaguars drückt und zunächst das grummelnde Nageln eines Dieselmotors hört, könnte einen das irritieren. Muss es aber nicht. Ein Auto wie der neue Jaguar XF ist nicht deshalb ein gutes Auto, weil der Motor mit dem wütenden Fauchen eines grossen Benzin-Aggregats anspringt. Nein, einen solchen Wagen fährt man, weil das Leben es einigermaßen gut mit einem gemeint hat, weil einen nicht nur das Was, sondern auch das Wie interessiert. Gleichzeitig will der XF-Fahrer sich ein Minimum an Extrovertiertheit bewahren.

Jaguar XF 2.2 Diesel

Leistung: 190 PS, Hubraum: 2179 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 225 km/h
Preis: ab Fr. 59 500.–



Deshalb fährt er keinen 5er-BMW, keinen Audi A6 und auch keine Mercedes-E-Klasse, sondern einen Jaguar, der das gewisse britische Extra hat: die klassisch schöne Form der Karosserie, das gelungene moderne Design der Front- und Heckleuchten mit LED-Technologie und vor allem den Innenraum, der mehr Flair hat als die meisten Konkurrenten made in Germany.

Ich nahm in meinem Testwagen Platz und blickte über sauber vernähtes Leder auf dem Armaturenräger. Edles, helles Holz war eingesetzt, aber leider auch so etwas wie eine Edelmetall-Attrappe, die Teile der Armaturen überzog und nicht so recht zur sonst hochwertigen Anmutung passen wollte. Dem kleinen Jungen in mir gefiel hingegen, dass die Lüftungsdüsen im Ruhezustand unsichtbar sind und die Klappen, welche die Luftausströmer verdecken, erst hochfahren, wenn man die Klimaanlage einschaltet. Man hat so etwas schon im VW Phaeton gesehen, aber es ist trotzdem eine Spielerei, die Freude macht.

Lobenswert ist, dass man seit einiger Zeit bei Jaguar die Anzahl der Knöpfe dramatisch reduziert hat. Nur die wichtigsten Funktionen

sind direkt über Tasten steuerbar, für das meiste muss man über einen Touchscreen durch die Menüs der zentralen Steuereinheit navigieren. In Einzelfällen ergeben sich aber umständliche Bedienvorgänge. Um etwa die Sitzheizung zu aktivieren, drückt man zuerst eine Taste, wartet eine Sekunde, bis auf dem Bildschirm die entsprechende Funktion erscheint, und tippt anschliessend die gewünschte Heizstufe ein.

Vornehme Geräusche

Das erwähnte Nageln des Diesels hört man übrigens nur kurz und eigentlich auch nur, wenn ein Fenster oder eine Tür offen ist. Sobald man fährt, sind die Geräuschpegel der Aussenwelt und des Antriebs auf Oberklasse-Niveau heruntergedämmt. Dafür klingt der Blinker vornehm wie das Pendel einer alten Standuhr. Während die Landschaft lautlos an mir vorbeirauschte, freute ich mich über das komfortable Fahrwerk, das bei höheren Geschwindigkeiten Unebenheiten sauber wegbügelt. Und der Motor, obwohl der kleinste in der Angebotspalette, ist eine echte Offenbarung: spritzig, lauffruhig und sparsam (7,5 Liter auf 100 Kilometer im Wintertest).

Der XF ist ein Auto, in dem man sich einfach gerne bewegt und das einem das Gefühl gibt, etwas Besonderes zu sein, ohne dass man deswegen unangenehm auffällt. Genau deshalb fährt man ihn ja auch.

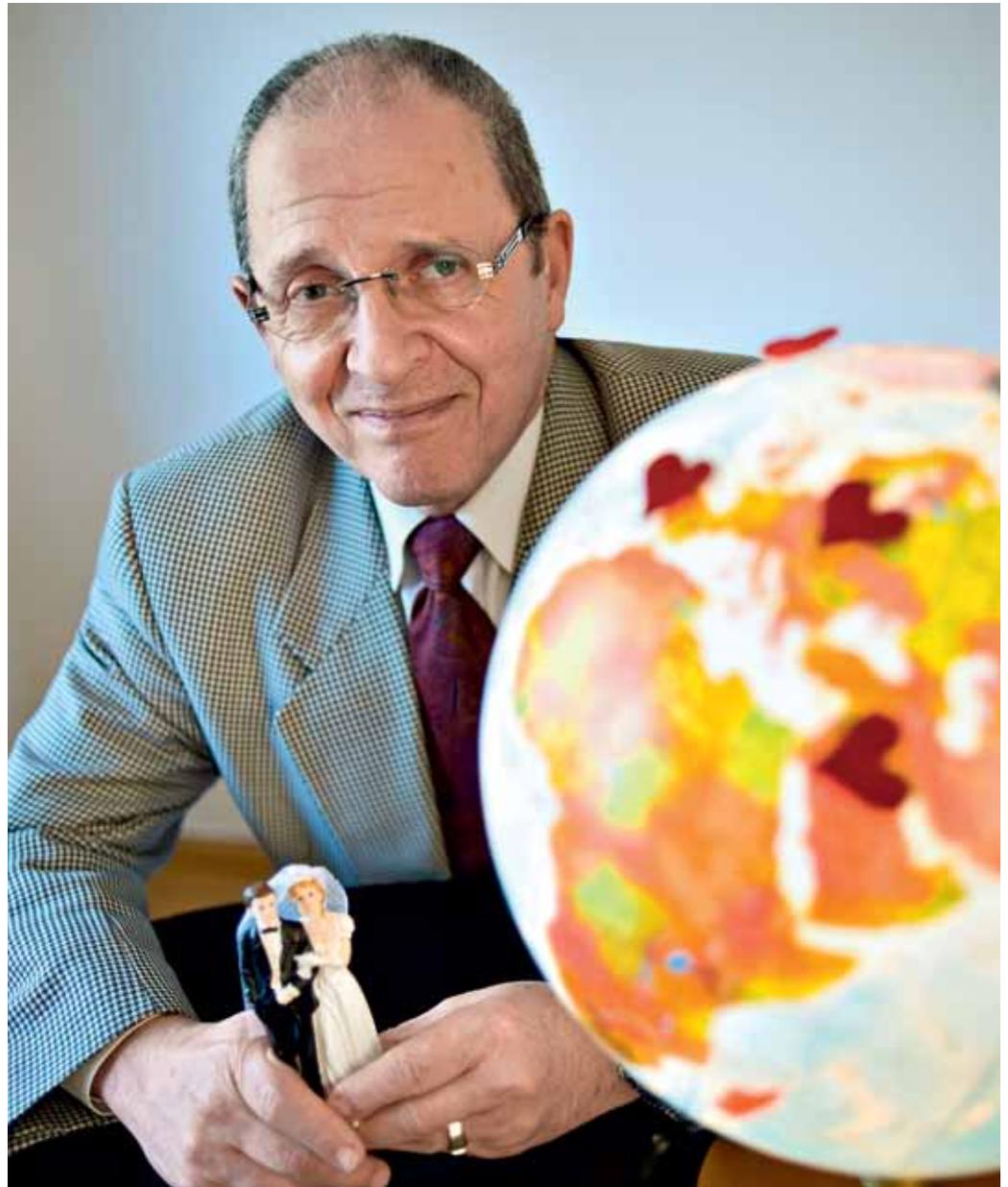
Matchmaker

Jose Weber, 64, ist der einzige jüdische Heiratsvermittler Europas. Seit er verkuppelt wurde, weiss der ehemalige Immobilienmakler, wie wichtig die Arbeit des Schadchens ist.

Die Geschichte: Der jüdische Heiratsvermittler ist der Vorläufer aller Partnervermittler. Bis vor 200 Jahren war er vor allem in Osteuropa per Kutsche oder zu Pferd unterwegs und begab sich in die kleinsten und oft sehr weit auseinander liegenden jüdischen Gemeinden, um heiratswillige Menschen miteinander zu verkuppeln. Man muss es sich so vorstellen: Wenn sich ein Witwer in einem Dorf mit zehn jüdischen Bewohnern und Bewohnerinnen wieder verheiraten wollte, waren die Chancen gleich null. Das galt auch für junge Frauen und Männer in heiratsfähigem Alter. Es mangelte an der Auswahl, gleichzeitig konnte man die Heimatscholle damals aufgrund fehlender Mobilität nicht einfach verlassen. Also beauftragten die Betroffenen, oft auch die Eltern, den Schadchen. Er reiste an, machte sich ein Bild von den jeweiligen Kandidaten, informierte sich über ihre Wünsche und hielt auf seinen Reisen in den kommenden Monaten nach einem passenden Pendant Ausschau; oder er wusste bereits, dass in einem anderen Dorf ein passender Mensch wartete.

Der Tauschhandel: Besitztum, Einkommen, Intelligenz, Bildung und natürlich die Schönheit sind Werte eines Tauschhandels, der auch in der heutigen Zeit funktioniert. Nur: Was die Menschen anbieten, deckt sich heute oft überhaupt nicht mit den schriftlich oder telefonisch gemachten Schilderungen. Bei der modernen Partnersuche scheint es ein Überlebensprinzip zu sein, dass man sich schöner, reicher und gescheiter macht, als man eigentlich ist.

Damit kommen die Kandidaten bei mir aber nicht durch, und jetzt kommen wir zum Geheimnis, wieso es den Schadchen immer noch braucht: Ich bereise ganz Westeuropa, aber auch Israel, um die Kandidaten persönlich kennenzulernen. Wenn man so will, zählt mein persönlicher Eindruck, und der ist aufgrund meines Alters und der damit verbundenen beruflichen sowie persönlichen Erfahrung selten falsch. Ich tadle die Menschen nicht für ihre Übertreibungen, aber ich mache im stillen Kämmerlein eine realistische Übersetzung ihrer Selbsteinschätzung und führe die Bewerber kommentarlos mit jener Person



«Job und Beziehung sind Fügungen des Schicksals»: Heiratsvermittler Weber.

zusammen, die charakterlich, optisch und in der Lebensführung passen könnte. Das wird meist akzeptiert; und besteht Interesse, arrangiere ich ein Zusammentreffen, irgendwo in der Mitte der – teilweise Tausende von Kilometern auseinanderliegenden – Wohnorte.

Wieso jüdisch? Ich habe zurzeit 800 Kandidaten und Kandidatinnen aus zwanzig verschiedenen Ländern in meiner Kartei. Das Jüdischsein ist Pflicht, sonst wäre ich ja kein Schadchen. Wenn sich ein toller Katholik bei mir meldet, muss ich ihn also enttäuschen. Ich bin nicht übermässig religiös, aber es ist meine Überzeugung, dass vor allem junge Menschen, die irgendwann Kinder haben werden, der gleichen Glaubensrichtung angehören sollten. Alles andere gibt nach der ersten Verliebtheit nur Probleme.

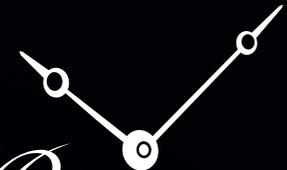
Der eigene match: Meine erste Ehe dauerte elf Jahre. Ich arbeitete als Immobilienmakler, und als es zur Trennung kam, war ich einsam, hoff-

nungslos und sehr traurig. Frau Kahn, die damalige Besitzerin meiner jetzigen Firma, brachte mich mit einer wunderbaren Frau zusammen, auf die ich von alleine nicht gekommen wäre. Für sie warf ich manch konservative Vorstellung über Bord und lebte sogar einige Jahre in wilder Ehe mit ihr zusammen, bevor wir heirateten.

Als Frau Kahn aufhören wollte, übernahm ich – vor 25 Jahren – ihre Aufgaben als Schadchen. Job und Beziehung sind Fügungen des Schicksals, so sehe ich das heute. Mein Beruf ist wie eine glückliche Ehe, und mit meinen Klienten pflege ich absolute Vertrauensverhältnisse: Wir lachen, streiten und heulen miteinander. Hunderten von Menschen verhalf ich bereits zu einer Heirat. Die meisten Verbindungen sind glücklich, und wenn es Nachwuchs gibt, heisst es: «Der Schadchen hat wieder ein Kind bekommen.»

Jüdische Heirat: www.simantov.de
Protokoll: Franziska K. Müller




Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur.

Die Kunst und der Stil von Breguet, 1775

Als Erneuerer der traditionellen Uhrenästhetik Ende des 18. Jahrhunderts ersetzte Breguet deren Schnörkel durch ein zeitlos-puristisches Design. Heute findet sich dieser klassische Breguet Stil mit seinen typischen Merkmalen im Modell Classique 5157 wieder: ein elegant verfeinertes Profil, das kannelierte Gehäuse, Breguetzeiger und ein fein von Hand guillochiertes goldenes Zifferblatt. Wir schreiben die Geschichte fort...

